



LANDRATSAMT
BODENSEEKREIS

12. BETEILIGUNGSBERICHT



Impressum

Herausgegeben vom Finanzdezernat des Bodenseekreises

Fachliche Verantwortung: Uwe Hermanns, stv. Finanzdezernent

Bearbeitung: Stephanie Schwarzkopf, stv. Amtsleiterin Kämmerei

Bezugsadresse: Landratsamt Bodenseekreis
Kämmerei
Glärnischstraße 1 - 3
88045 Friedrichshafen
Tel.: 07541 204-5324

Friedrichshafen, im September 2012

Vorwort

Der Bodenseekreis legt zum zwölften Mal seit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 einen Beteiligungsbericht vor. Der Bericht umfasst das Geschäftsjahr 2011 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr das Geschäftsjahr 2010/2011) und wurde von der Kreiskämmerei des Landratsamtes Bodenseekreis erstellt. Der Beteiligungsbericht wird öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Nach der Beratung im Kreistag wird er auch im Internet abrufbar sein (www.bodenseekreis.de).

Der Bodenseekreis nimmt für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen innerhalb, aber auch außerhalb des Kreishaushalts. Aus dieser Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Als wichtiges Instrument dient hierzu der Beteiligungsbericht.

Im Beteiligungsbericht sind sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises zusammengefasst. Zum einen gibt die Kreiskämmerei mit ihm einen umfassenden Überblick über das Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen außerhalb des Kernhaushaltes. Zum anderen soll der Beteiligungsbericht dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften des Privatrechts für den Kreistag und die Bürger transparent bleibt.

Im Beteiligungsbericht ist folgender Inhalt dargestellt:

- Gegenstand des Unternehmens
- Anteil des Bodenseekreises am Unternehmen - die Beteiligungsverhältnisse -
- Besetzung der Organe
- Wesentliche Verträge und Finanzbeziehungen mit dem Bodenseekreis
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Kennzahlen zur Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie Leistungskennzahlen.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Kreistages nach den gesetzlichen Bestimmungen der Landkreisordnung, der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung des Landkreises. Der Bodenseekreis wird in den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen durch den Landrat vertreten.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die zu diesem Bericht beigetragen haben sowie den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Beteiligungen.

Friedrichshafen, im September 2012

Lothar Wölfle
Landrat

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
I. Vorbemerkungen	5
II. Abkürzungsverzeichnis	7
III. Die Beteiligungsunternehmen auf einen Blick	9
1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss	10
2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen	11
3. Abschlussprüfer	12
IV. OEW-Gruppe	13
OEW - Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke	14
OEW Energie-Beteiligungs GmbH	19
V. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
<u>Entsorgung und Verkehr</u>	
ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	25
Flughafen Friedrichshafen GmbH	33
BODO - Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH	43
BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	57
Bodensee-Oberschwaben-Bahn Verwaltung GmbH	67
<u>Wirtschaftsförderung</u>	
Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH	73
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	81
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	95
Energieagentur Bodenseekreis GbR	105
<u>Soziales</u>	
Klinik Tettang GmbH	107
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH	125
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	137
<u>Kultur</u>	
Bodensee-Festival GmbH	151
VI. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
Energieagentur Ravensburg gGmbH	161
frieiks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH	175
Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH	183
Radweg Reisen GmbH	187
Gesundheitsakademie Tettang GmbH	189
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettang GmbH	191
Waldburg-Zeil Personalservice GmbH	193
Medizinisches Versorgungszentrum Tettang GmbH	195
VII. Sonstige Mitgliedschaften des Bodenseekreises	
Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG	197
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG	199
Baugenossenschaft Überlingen eG	201
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	203
Zweckverband PROTEC Orsingen	207
Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm	209

VIII. Stiftungen des Bodenseekreises	
Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises	211
KOB – Stiftung Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee	213
NAZ – Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch	215
Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis	217
IX. Anhang	
Auszug aus der Gemeindeordnung	219
Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	220

I. Vorbemerkungen

Rechtliche Grundlage

Mit dem Gesetz zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 14. Juli 1999 (GABL. 292) hat der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen.

Zitat aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf:

Das Gesetz will "... einen Beitrag zum Aufbau eines Steuerungssystems leisten, das es der Gemeinde ermöglicht, alle Bereiche der Kommunalverwaltung in vergleichbarer Weise der kommunalpolitischen Verantwortung des Gemeinderats und des Bürgermeisters zu unterstellen. Wesentliche Grundentscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Vertretungsorganen getroffen und verantwortet werden. Dagegen besteht kommunalrechtlich keine Notwendigkeit, in operative Geschäfte einzuwirken.

Kommunale Unternehmen erfahren nach § 102 GemO ihre Rechtfertigung durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Im Lichte des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG ist es deshalb unabdingbar, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht nur die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe, sondern auch die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform als Teil der Verwaltung entsprechend ihren Vorstellungen von der Erfüllung des öffentlichen Zwecks letztverantwortlich steuern und kontrollieren.

Erläuterungen zum Bericht

Nach § 105 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung hat der Landkreis jährlich einen Bericht über die Unternehmen des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, reduziert sich der Inhalt des Berichts auf die wesentlichen Aussagen des Unternehmens gemäß § 105 Abs. 2, letzter Satz, der Gemeindeordnung.

Für die bessere Vergleichbarkeit werden jedoch alle unmittelbaren gleich und auch alle mittelbaren Beteiligungen gleich dargestellt. Auf die Darstellung von mittelbaren Beteiligungen über Zweckverbände wurde verzichtet. Einzige Ausnahme ist aufgrund der besonderen Bedeutung für den Landkreis die OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

Zusätzlich zum gesetzlichen Umfang erfolgt weiterhin die Darstellung von Baugenossenschaften, Zweckverbänden und Stiftungen. Mitgliedschaften an Vereinen sind nicht enthalten.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen eigenen Jahresabschluss erstellt, wird anstelle dessen auf den Jahresabschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen.

Allgemeines

Berichtsjahr ist grundsätzlich das Geschäftsjahr 2011 vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011.

Abweichend hiervon gilt für die BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG und die BodenseeOberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2010 bis 30. September 2011.

Die Zwischenergebnisse und Kennzahlen werden zum Teil von den Gesellschaften abweichend von der kreiseigenen Festlegung definiert. Eine direkte Abstimmung mit den dargestellten Analysen ist daher nicht immer möglich. Die Kernaussagen sind jedoch vergleichbar.

Die Angaben unter Nr. 10 (Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens) sind aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen übernommen. Die Inhalte wurden mit den Gesellschaften im Vorfeld abgestimmt.

Aufgrund der gerundeten Darstellung in T € können Zwischen- oder Endsummen Differenzen aufweisen. Die Summenwerte sind in diesem Fall korrekt.

Neuerungen im Beteiligungsbericht 2011

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2010 ergeben sich grundsätzlich keine Änderungen in Form der Gestaltung, Neuaufnahme oder Wegfall einzelner Beteiligungen oder Änderungen in den Gesellschaftsanteilen.

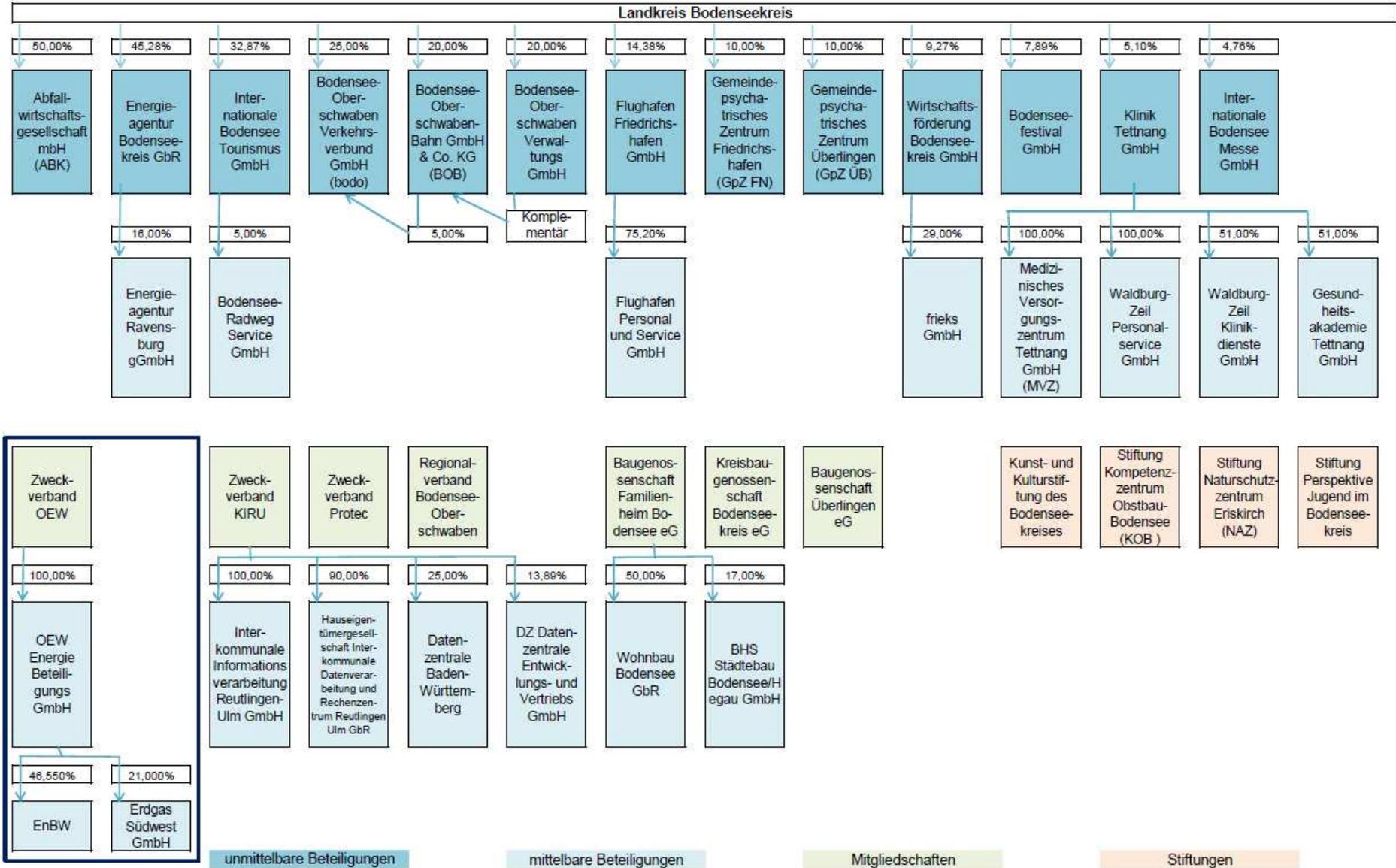
Neu aufgenommen wurde dennoch die mittelbare Beteiligung Radweg-Reisen GmbH an der der Bodenseekreis über die Internationale Bodensee Tourismus GmbH beteiligt ist. Die Gesellschaft wurde als Bodensee-Radweg Service GmbH gegründet und im Mai 2011 umfirmiert und trägt seither den Namen Radweg-Reisen GmbH.

II. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
ALG II	Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AVA	Abfallverbrennungsanlage
AWB	AWB GmbH Abfallwirtschaft Bodensee
äzq	Ärztliches Zentrum für Qualität
betr.	betreffend, betreffs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BOB	Bodensee-Oberschwaben-Bahn
Bodo	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund
Dipl.	Diplom
DIVA	Dialoggesteuertes Informations- und Verkehrsmanagementsystem
Dr.	Doktor/in
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EK	Eigenkapital
E-Mail	E-Mail-Adresse bzw. Internet-Adresse
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
Fa.	Firma
Fax	Telefaxnummer
ff.	fortfolgende
FFG	Flughafen Friedrichshafen
FN	Friedrichshafen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GnR	Genossenschaftsregister
GpZ	Gemeindepsychiatrisches Zentrum
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Handelsregister
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive
insg.	insgesamt
KEZO Hinwil	Kehrichtverwertung Zürcher Oberland
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausgesetz
km	Kilometer
KOB	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
KStG	Körperschaftssteuergesetz

KVA	Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz
LKrO	Landkreisordnung
Mio.	Million
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
MZV	Müllabfuhr-Zweckverband
m ²	Quadratmeter
naldo	Neckar-Alb-Donau-Verkehrsverbund
NAZ	Naturschutzzentrum
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannte
OB	Oberbürgermeister
OEW	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
p.a.	per anno
RAB	Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
RBO	Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben
rd.	rund
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
sog.	sogenannte
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
Stv.	Stellvertreter/Stellvertretender
s.u.	siehe unten
T €	Tausend €
to.	Tonne
TWF	Technische Werke Friedrichshafen GmbH
u.	und
u.a.	und andere
vgl.	vergleiche
VIE	Vienna International Airport
Vj.	Vorjahr
WFB	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Württ.	Württembergischen
z.B.	zum Beispiel
ZF	Zahnradfabrik Friedrichshafen
ZfP	Zentrum für Psychiatrie
z.T.	zum Teil
ZV	Zweckverband

III. Beteiligungsunternehmen auf einen Blick



1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Bilanzzahlen

Unternehmen	Stammkapital	Anteil Bodenseekreis	Eigenkapital	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Umlaufvermögen	Verbindlichkeiten	Umsatzerlöse	Jahresfehlbetrag/ -überschuss (-/+)
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	26.000 €	13.000 €	64.269 €	1.494.964 €	0 €	1.494.964 €	1.423.039 €	9.332.686 €	-2.754,81 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	21.272.000 €	3.059.000 €	12.088.657 €	46.046.353 €	43.418.073 €	2.488.281 €	32.823.431 €	10.564.050 €	-2.663.297,01 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	32.000 €	8.000 €	99.498 €	762.525 €	40.542 €	721.921 €	640.566 €	4.672 €	2.121,66 €
BOB GmbH & Co. KG	1.278.400 €	255.680 €	6.154.109 €	9.648.697 €	8.081.857 €	1.556.409 €	2.464.135 €	7.116.872 €	612.465,56 €
BOB VerwaltungsGmbH	30.000 €	6.000 €	27.598 €	29.902 €	0 €	29.877 €	4 €	0 €	-606,47 €
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	3.150.000 €	150.000 €	41.621.883 €	114.385.337 €	105.313.516 €	5.718.095 €	71.631.230 €	7.759.819 €	-31.248.441,96 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	96.050 €	8.900 €	124.610 €	272.625 €	32.813 €	232.964 €	108.065 €	53.868 €	0,00 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	431.000 €	141.500 €	115.058 €	382.035 €	43.545 €	338.274 €	207.619 €	477.717 €	1.536,98 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	62.650 €	nur mittelbar über die Energieagentur Bodenseekreis GbR	437.139 €	747.845 €	51.650 €	696.138 €	189.408 €	495.083 €	108.184,06 €
Klinik Tett nang GmbH	300.000 €	15.300 €	10.063.419 €	31.108.538 €	20.830.797 €	5.617.529 €	12.023.375 €	24.768.705 €	-1.332.512,06 €
Gemeindepsychiatriezentrums Friedrichshafen gGmbH	50.000 €	5.000 €	3.177.073 €	6.473.831 €	4.723.864 €	1.749.966 €	2.036.729 €	2.199.907 €	269.071,03 €
Gemeindepsychiatriezentrums Überlingen gGmbH	25.000 €	2.500 €	1.107.544 €	2.800.841 €	1.759.395 €	1.041.446 €	1.005.213 €	1.861.910 €	109.411,99 €
Bodensee Festival GmbH	197.600 €	15.600 €	214.166 €	260.118 €	13.656 €	242.546 €	39.652 €	282.573 €	45.127,88 €

2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen

Unternehmen	Anlagenintensität	Umlaufintensität	Eigenkapitalquote	Fremdkapitalquote	Anlagedeckung	Umsatzrentabilität	Eigenkapitalrentabilität	Gesamtkapitalrentabilität	Kostendeckung	Cash Flow in T €
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	AV = 0	100,00%	4,30%	95,70%	AV = 0	0,02%	-4,29%	-0,18%	97,22%	-38.599 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	94,29%	5,40%	26,25%	73,75%	27,84%	-12,73%	-22,03%	-2,87%	68,55%	-122.247 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	5,32%	94,68%	13,05%	86,95%	245,42%	20,13%	2,13%	0,28%	0,55%	9.807 €
BOB GmbH & Co. KG	83,76%	16,13%	63,78%	36,22%	76,15%	10,42%	9,95%	6,69%	107,16%	1.160.159 €
BOB VerwaltungsGmbH	AV = 0	99,92%	92,30%	7,70%	AV = 0	Umsatz = 0	-2,20%	-2,03%	0,00%	-606 €
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	92,07%	5,00%	36,39%	63,61%	39,52%	15,30%	-75,08%	-30,28%	108,02%	-25.493.331 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	12,04%	85,45%	45,71%	54,29%	379,76%	-9,56%	0,00%	0,00%	7,26%	17.486 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	11,40%	88,55%	30,12%	69,88%	264,23%	-1,44%	1,34%	0,40%	29,38%	38.246 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	6,91%	93,09%	58,45%	41,55%	846,35%	22,01%	24,75%	14,47%	61,11%	124.749 €
Klinik Tettang GmbH	66,96%	18,06%	32,35%	67,65%	48,31%	-7,89%	-13,24%	-5,66%	89,24%	950.027 €
Gemeindepsychiatriezentrums Friedrichshafen gGmbH	72,97%	27,03%	49,08%	50,92%	67,26%	14,17%	8,47%	4,98%	106,05%	467.963 €
Gemeindepsychiatriezentrums Überlingen gGmbH	62,82%	37,18%	39,54%	60,46%	62,95%	6,94%	9,88%	4,82%	104,01%	289.052 €
Bodensee Festival GmbH	5,25%	93,24%	82,33%	17,67%	1568,35%	8,17%	21,07%	17,35%	39,34%	41.637 €

3. Abschlussprüfer

Unternehmen	Abschlussprüfer 2011	Abschlussprüfer 2010	Abschlussprüfer 2009
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Flughafen Friedrichshafen GmbH	Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	EversheimStuible Treuberater GmbH	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart
BOB GmbH & Co. KG	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BOB VerwaltungsGmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Kanzlei Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz	Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz	Prof. Dr. Nann, Villingen-Schwenningen
Energieagentur Ravensburg gGmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH, Ravensburg	Dr. Gretter & Partner GmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH
Klinik Tett nang GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Gemeindepsychiatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Gemeindepsychiatriezentrum Überlingen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Bodensee Festival GmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Kanzlei Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen

IV. OEW Gruppe

OEW Gruppe

Geschäftsverlauf

a) Wirtschaftliche Lage

Für die folgende Zusammenstellung wurden die wesentlichen Daten der rechtlichen Einheiten Zweckverband OEW und OEW Energie-Beteiligungs GmbH zusammengefasst und die Auswirkungen aus internen Vertragsverhältnissen vor allem im Finanzierungsbereich, aber auch im Hinblick auf die Einnahmen (Verrechnungen) aus dem Beteiligungsverhältnis, weitestgehend ausgeklammert. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gruppe sind ausschließlich Verbindungen zu Dritten zu betrachten.

b) Ertragslage

Die Tätigkeit des Zweckverbands umfasst nahezu ausschließlich die Verwaltung und Erhaltung des Verbandsvermögens, das in wesentlichen Teilen aus den indirekten Beteiligungen (über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH) an der EnBW und der ESW GmbH besteht. Damit bestehen auch die Erträge/Einnahmen der OEW-Gruppe nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW und ESW GmbH, so dass die Ertragslage sich in erster Linie in Abhängigkeit von der Ausschüttungspolitik der EnBW entwickelt. Die von der ESW GmbH vereinnahmten Erträge machen einen geringeren Anteil an den gesamten Beteiligungserträgen aus.

Im Jahr 2011 betragen die Beteiligungserträge von der EnBW und der ESW GmbH 179,2 Mio. €.

Nennenswerte Aufwendungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ergeben sich in Form von Zinszahlungen aus der Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten (insg. 17,6 Mio. €; Vj. 16,8 Mio. €). Ausgaben im Rahmen der Kulturpflege wurden vom Zweckverband OEW in Höhe von 1,4 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €) getätigt.

c) Zusammenfassung und Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des Zweckverbandes OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie-Beteiligungs GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Verbandes eng mit der der OEW Energie-Beteiligungs GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gruppe ist die Ausschüttungspolitik der EnBW.

Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW)

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 85-92 40 Fax: 0751 / 85-92 06 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	20. Dezember 1909
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1987
Letzte Änderung vom:	27. Januar 2012
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Aufgaben

Der Zweckverband OEW hat die Aufgabe, das Vermögen des Verbandes zu verwalten, die Belange seiner Mitglieder zu vertreten und zu fördern und die Interessen der Energieabnehmer wahrzunehmen. Der Verband kann nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes einen Teil der Vermögenserträge zur Förderung kultureller Zwecke im Verbandsgebiet verwenden.

3. Verbandsvermögen

	Anteil
Alb-Donau-Kreis	20,989 %
Landkreis Biberach	11,126 %
Bodenseekreis	15,812 %
Landkreis Freudenstadt	5,007 %
Landkreis Ravensburg	21,821 %
Landkreis Reutlingen	3,825 %
Landkreis Rottweil	6,479 %
Landkreis Sigmaringen	6,229 %
Zollernalbkreis	8,712 %
	100,00%

4. Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsitzender: Kurt Widmaier, Landrat

Verbandsversammlung:

Die gesetzlichen Vertreter (Landräte) der beteiligten Landkreise und weitere von den Kreistagen gewählte, beschließende und beratende Vertreter der Landkreise

Verwaltungsrat:

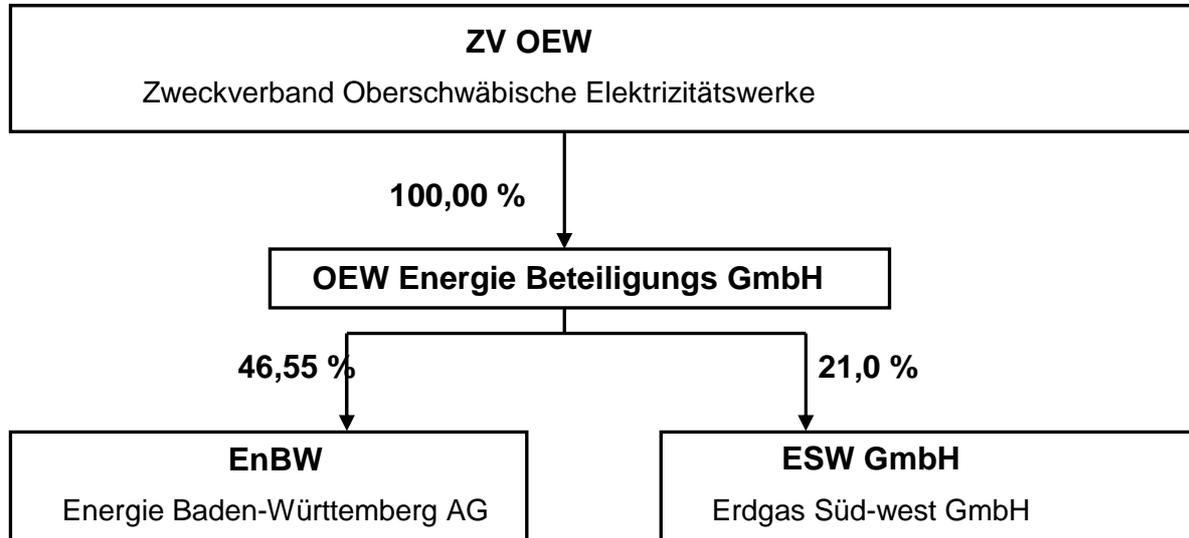
Von der Versammlung gewählte Vertreter der Landkreise, derzeit die jeweiligen Landräte.

Geschäftsführerin:

Barbara Endriss

5. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Der Zweckverband OEW ist alleiniger Gesellschafter der OEW Energie-Beteiligungs GmbH. Über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband OEW mit einem Anteil von 46,55 % an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und mit einem Anteil von 21 % an der Erdgas Südwest GmbH beteiligt.



6. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Die Ausschüttung des Zweckverbandes betrug im Jahr 2011 für den Bodenseekreis 9.487.200 €.

Weiterhin fördert der ZV OEW verschiedene Kulturprojekte, wodurch auch der Bodenseekreis Zuschüsse erhält. Der jährliche Zuschuss beträgt 189.744 € und wird auf verschiedene Projekte, Vereine oder Privatpersonen im Kreis verteilt. Im Haushaltsjahr 2011 erhielt der Bodenseekreis für Kunstdrucke, Salem2Salem und die Katalogerstellung 14.000 €.

7. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Der Zweckverband beschäftigt eine Assistentin der Geschäftsführung in Vollzeit und vier geringfügig Beschäftigte.

8. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband übt keine operative Geschäftstätigkeit aus. Die Vermögenserträge werden zur Förderung der Kultur und für die Ausschüttung an die Mitgliedslandkreise verwendet. Das Rechnungswesen wurde zum 1. Januar 2010 auf die kaufmännische Buchführung auf der Grundlage des Eigenbetriebsrechts umgestellt. Die Finanzdaten des Berichts beschränken sich auf die kaufmännischen Geschäftsjahre 2010 und 2011.

a) Vermögens- und Finanzlage

- ⇒ Für die Kunstsammlung wurden Kunstwerke im Wert von 1.083.781 € beschafft. Kunstwerke mit Wert unter 1.000 € im Gesamtwert von 47.619 € wurden den Landkreisen übereignet und in Abgang genommen. Die Kunstsammlung ist zum 31. Dezember 2011 mit einem Wert von 25,6 Mio. € (Vj. 24,6 Mio. €) bilanziert.

- ⇒ 12 Gesellschafterdarlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH sind endfällig. Für ein Darlehen ist eine Annuität vereinbart und wird jährlich getilgt. Die Gesamtforderung betrug zum Bilanzstichtag 862,3 Mio. € (Vj. 873,0 Mio. €).
- ⇒ Die Liquiditätslage des Zweckverbands war ganzjährig gut.

b) Ertragslage

- ⇒ Für Geldanlagen und Darlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH wurden Zinsen und Kursgewinne in Höhe von insgesamt 41.499.299 € (Vj. 42.158.809 €) vereinnahmt.
- ⇒ Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH hat wie im Vorjahr 16 Mio. € aus ihrem Ergebnis ausgeschüttet.
- ⇒ Für die Pflege der Kunstsammlung und die Veröffentlichung von zwei Buchreihen wurden 79.109 € (Vj. 80.263 €) aufgewendet.
- ⇒ Für die Kulturförderung in den Mitgliedslandkreisen entstanden Aufwendungen in Höhe von 1.305.581 € (Vj. 1.126.617 €).

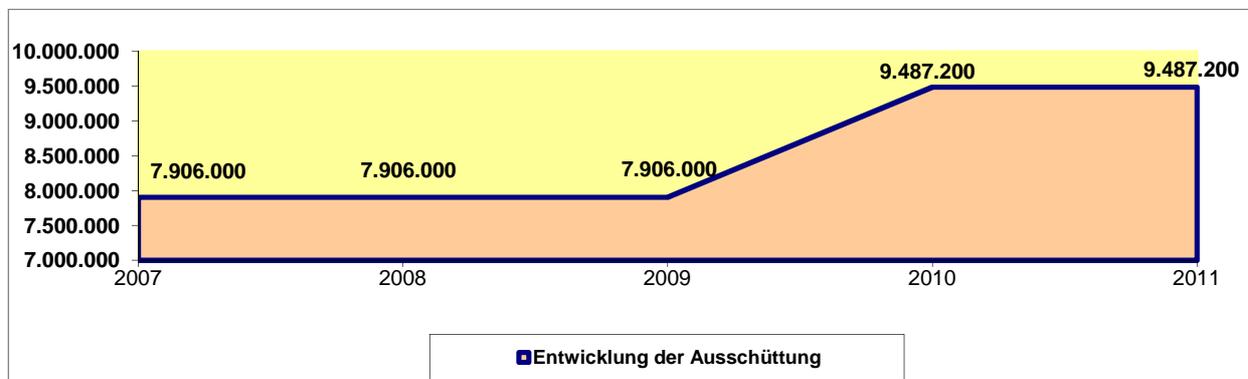
c) Ausblick

Die Verbandsversammlung hat am 27. Januar 2012 zugestimmt, der EnBW über die OEW-Energie-Beteiligungs GmbH Kapital in Höhe von 400 Mio. € zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig hat sich die Übernahme einer Bürgschaft für die OEW Energie-Beteiligungs GmbH in gleicher Höhe und eine Reduzierung der Ausschüttung an die Landkreise ab 2012 zum Ausgleich des Finanzierungsaufwands beschlossen.

d) Finanzströme

	2011	2010	2009	2008	2007
Ausschüttung	60.000.000 €	60.000.000 €	50.000.000 €	50.000.000 €	50.000.000 €

9. Entwicklung der Ausschüttung



Bilanz des ZV OEW zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010	
	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen				
I. <u>Sachanlagen</u>	25.613,8	0,9	24.577,7	0,9
II. <u>Finanzanlagen</u>	1.907.865,0	66,4	1.907.865,0	66,2
	1.933.478,8	67,3	1.932.442,7	67,1
B. Umlaufvermögen				
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>				
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	862.350,3	30,0	873.010,5	30,3
2. Sonstige Vermögensgegenstände	2.374,7	0,1	2.800,9	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>				
1. Wertpapiere	51.397,9	1,8	52.588,3	1,8
2. Guthaben bei Kreditinstituten	23.747,2	0,8	19.620,1	0,7
	939.870,1	32,7	948.019,9	32,9
Bilanzsumme	2.873.348,9	100,0	2.880.462,5	100,0

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010	
	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklage	2.820.451,5	98,2	2.824.281,2	98,0
II. Jahresüberschuss	52.768,9	1,8	56.166,3	1,9
	2.873.220,4	100,0	2.880.447,5	100,0
D. Rückstellungen	124,5	0,0	3,7	0,0
E. Verbindlichkeiten	4,0	0,0	11,3	0,0
Bilanzsumme	2.873.348,9	100,0	2.880.462,5	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung des ZV OEW zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010	
	T €	%	T €	%
1. Sonstige betriebliche Erträge	35,7	100,0	2.638,6	100,0
2. Gesamtleistung	35,7	100,0	2.638,6	100,0
3. Materialaufwand	79,1	3,9	80,3	4,3
4. Personalaufwand	153,8	7,5	172,0	9,2
5. Kulturfördermittel	1.305,6	63,6	1.126,6	60,4
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	514,9	25,1	486,6	26,1
7. Gesamtaufwand	2.053,3	100,0	1.865,5	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-2.017,6		773,1	
9. Erträge aus Beteiligungen	16.000,0		16.000,0	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren	1.531,7		1.097,1	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39.967,6		41.061,7	
12. Abschreibungen auf Wertpapiere	-176,8		-229,9	
13. Finanzergebnis	57.322,5		57.928,9	
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55.304,9		58.702,0	
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.536,0		-2.535,7	
16. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	52.768,9		56.166,3	

OEW Energie-Beteiligungs GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	OEW Energie-Beteiligungs GmbH
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751/85-9240 Fax: 0751/85-9206 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	7. Januar 2003
Verbandssatzung vom:	19. November 2002
Letzte Änderung vom:	19. April 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Ausgenommen sind dabei solche Tätigkeiten, die einer gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnis bedürfen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital von 1 Mio. € ist voll einbezahlt.

Einzigter Gesellschafter ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Barbara Endriss

Generalvollmacht: Landrat Heinz Seiffert

Ein Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat besteht nicht.

5. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ EnBW Energie Baden-Württemberg AG (Anteil: 46,55 %)
- ⇒ Erdgas Südwest GmbH (Anteil: 21,00 %)

6. Wesentliche Verträge

Darlehensverträge

Der ZV OEW hat der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2010 insgesamt 13 Darlehen gewährt. Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2010 auf insgesamt 862,3 Mio. € und werden mit einem Zinssatz zwischen 2,0 % und 5,4 % p. a. verzinst. Zu den Restlaufzeiten der Darlehen vgl. Abschnitt 9.a) Vermögens- und Finanzlage.

⇒ **b) Bürgschaften**

Zum 31. Dezember 2011 bestanden aus Sicht des ZV OEW selbstschuldnerische Bürgschaften zugunsten der OEW Energie GmbH gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 555,0 Mio. €.

Der ZV OEW erhielt im Haushaltsjahr 2011 Avalprovisionen in Höhe von 2,7 Mio. € von der OEW Energie GmbH.

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zwischen dem Bodenseekreis und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH gibt es keine direkten Finanzbeziehungen und Zahlungsströme.

8. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben der Geschäftsführerin ist kein weiteres Personal beschäftigt.

9. Geschäftsverlauf

Einzigster Unternehmenszweck der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist das Halten der Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmen. Die Erträge des Unternehmens ergeben sich daher nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie Beteiligungserträge aus der ESW GmbH.

a) Vermögens- und Finanzlage

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die genannten Beteiligungen an der EnBW und der ESW GmbH (95,4 % der Bilanzsumme).

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Darlehen gegenüber dem Zweckverband OEW (862,35 Mio. €) und aus Bankverbindlichkeiten (555 Mio. €).

Die langfristig und nachhaltig erzielbaren Erträge aus der EnBW bestimmen den Wert der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und damit als indirekte Folgewirkung auch den des Vermögens des Zweckverbandes OEW.

b) Ertragslage

Aufgrund des Unternehmenszwecks ergeben sich die Erträge nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie Beteiligungserträge aus der ESW GmbH.

Nennenswerte Aufwendungen sind vor allem Zinszahlungen an Kreditinstitute (17,6 Mio. €) und an den alleinigen Gesellschafter Zweckverband OEW für verschiedene Darlehen (39,7 Mio. €) und eine Ausschüttung an den alleinigen Gesellschafter (16 Mio. €). Außerordentliche Aufwendungen fielen im Berichtsjahr nicht an.

Aus diesen Gründen ist die Ertragslage in erster Linie abhängig von der Ergebnisentwicklung und Ausschüttungspolitik der EnBW.

c) Ausblick

Das Land Baden-Württemberg hat mit Vertrag vom 6. Dezember 2010 über seine 100%-Tochter NECKARPRI GmbH die Anteile der EDFI an der EnBW AG übernommen. Am 10.02.2011 haben die Kartellbehörden dem Kauf zugestimmt. Mit Übergang der Aktien ins Eigentum des Landes traten das Land Baden-Württemberg und die NECKARPRI GmbH in die mit der EDF geschlossene Aktionärsvereinbarung ein. Mittlerweile ist mit der NECKARPRI GmbH, der NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH und dem Land Baden-Württemberg eine neue Aktionärsvereinbarung abgeschlossen worden. Sie regelt weiterhin die Wahrnehmung der Aktionärsrechte untereinander sowie die jeweilige Rechtsposition eines Vertragspartners bei eventuellem Verkauf von Aktien des anderen Vertragspartners. Allerdings wurde eine feste Vertragslaufzeit bis zum 31. Dezember 2016 vereinbart.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes OEW hat am 8. April 2011 den Ankauf von 50 % der Aktien, die dem Land im Rahmen des öffentlichen Übernahmeangebots angedient

wurden, beschlossen. Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH hat daraufhin am 11. April 2011 3.852.236 EnBW-Aktien zum Stückpreis von 41,50 € erworben. Zur Finanzierung wurde ein Darlehen in Höhe von 80 Mio. € aufgenommen. Der Zweckverband OEW hat für dieses Darlehen eine selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. Der Restbetrag in Höhe von 79,87 Mio. € wurde aus dem laufenden Betrieb finanziert.

Aufgrund der Ereignisse in Fukushima hat der Bundestag 2011 beschlossen, die vereinbarte Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke rückgängig zu machen. An der im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung erhobenen Kernbrennstoffsteuer wurde jedoch festgehalten. Diese Entwicklungen und weitere Einmaleffekte haben sich enorm belastend auf das Ergebnis der EnBW ausgewirkt. Zur Verbesserung der Kapitalstruktur und um das Rating im A-Bereich halten zu können, hat die EnBW die Eigentümer um eine Kapitalerhöhung gebeten. Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes OEW hat bereits am 17. Oktober 2011 signalisiert, die EnBW mit frischem Kapital unterstützen zu wollen. Nachdem auch die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH sich bereit erklärt hatte, an einer Kapitalerhöhung teilzunehmen, stimmte die Verbandsversammlung am 27. Januar 2012 einer Beteiligung in Höhe von 400 Mio. € zu. Am 26. April 2012 gab auch die Hauptversammlung grünes Licht für eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals. Zur Finanzierung ihres Anteils an der Kapitalerhöhung wird die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ein oder mehrere Darlehen in Höhe von insgesamt 400 Mio. € aufnehmen. Die Verbandsversammlung hat bereits eine Bürgschaftsübernahme zugesagt.

Auch in Zukunft ist die wirtschaftliche Entwicklung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH im Wesentlichen von der Ergebnisentwicklung und der Dividendenpolitik der Energie Baden-Württemberg AG - daneben auch von der Ergebnisentwicklung und der Ausschüttung der Erdgas Südwest GmbH - abhängig. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Energiebranche ist davon auszugehen, dass die Erträge aus den Beteiligungen in den kommenden Jahren weiterhin eher rückläufig sein werden. Dies schränkt den finanziellen Spielraum der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ein. Deswegen ist in den kommenden Jahren nicht mit einer Ausschüttung an den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke zu rechnen.

10. Kennzahlen

Kennzahlen	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €	Veränderung in %
Bilanz			
Eigenkapital ohne Bilanzgewinn	2.278,9	2.176,5	7,10
Eigenkapitalquote (%)	62,8	63,0	0,32
Bilanzsumme	3.855,4	3.675,2	1,85
Gewinn- und Verlustrechnung			
Ergebnis nach Steuern	123,1	118,4	8,67
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	124,0	118,7	9,77
Beteiligungserträge	179,2	174,5	7,39
Zinsergebnis	-54,7	-54,4	-0,55
- davon gegenüber ZV OEW	-39,7	-40,8	-1,11
Finanz-/Liquiditätskennzahlen			
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	168,3	150,6	17,88

Bilanz der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010	
	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen				
I. <u>Sachanlagen</u>	0,7	0,0	1,8	0,0
II. <u>Finanzanlagen</u>	3.678.312,0	95,4	3.518.444,2	95,7
	3.678.312,7	95,4	3.518.446,0	95,7
B. Umlaufvermögen				
I. <u>sonstige Vermögensgegenstände</u>	8.839,3	0,2	6.203,1	0,2
II. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>				
1. Wertpapiere	131.727,8	3,4	145.914,1	4,0
2. Guthaben bei Kreditinstituten	36.560,0	0,9	4.687,7	0,1
	177.127,1	4,6	156.805,0	4,3
Bilanzsumme	3.855.439,8	100,0	3.675.251,0	100,0

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010	
	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital				
I. gezeichnetes Kapital	1.000,0	0,0	1.000,0	0,0
II. Kapitalrücklage	1.906.865,0	49,5	1.906.865,0	51,9
III. Gewinnrücklage	371.048,3	9,6	268.679,8	7,3
IV. Bilanzgewinn	143.053,4	3,7	138.368,5	3,8
	2.421.966,7	62,8	2.314.913,3	63,0
D. Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9,6	0,0	5,7	0,0
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	321,0	0,0
III. Sonstige Rückstellungen	247,0	0,0	410,1	0,0
	256,6	0,0	736,8	0,0
E. Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	555.000,0	14,4	475.000,0	12,9
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	862.350,3	22,4	873.010,5	23,8
III. Sonstige Verbindlichkeiten	15.866,2	0,4	11.590,4	0,3
	1.433.216,5	37,2	1.359.600,9	37,0
Bilanzsumme	3.855.439,8	100,0	3.675.251,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010	
	T €	%	T €	%
1. Erträge aus Beteiligungen	179.170,7	99,6	174.478,3	99,9
2. Sonstige betriebliche Erträge	728,2	0,4	216,0	0,1
3. Gesamtleistung	179.898,9	100,0	174.694,2	100,0
3. Abschreibungen	1,3	0,1	1,1	0,1
4. Personalaufwand	96,3	8,9	88,1	8,8
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	987,3	91,0	907,7	91,1
7. Gesamtaufwand	1.085,0	100,0	996,8	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	178.813,9		173.697,4	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.326,2		3.263,2	
12. Abschreibungen auf Wertpapiere	-70,9		-569,9	
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-58.074,3		-57.669,3	
13. Finanzergebnis	-54.818,9		-54.976,0	
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	123.995,0		118.721,4	
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-941,5		-352,5	
Sonstige Steuern	0,0		-0,4	
16. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	123.053,4		118.368,5	
15. Gewinnvortrag	20.000,0		20.000,0	
16. Bilanzgewinn	143.053,4		138.368,5	

ABK -Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis u. Konstanz mbH**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH
Kontakt:	Glärnischstraße. 1-3, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204 - 5492 Fax: 07541/204 - 7492 E-Mail: abfallwirtschaftsamt@bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	19. Februar 1997
Eintragung Handelsregister:	20. Juni 1997
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	7. November 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 7. November 2000 die Verwertung und Behandlung von Abfällen einschließlich der hierfür erforderlichen Transportleistungen. Das Unternehmen trägt dazu bei, dass im Gebiet seiner Gesellschafter eine nachhaltige und kostengünstige Erfüllung der übertragenen Aufgaben gewährleistet wird.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der ABK GmbH von 26.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	13.000,00 €	50,00%
Landkreis Konstanz	13.000,00 €	50,00%
	26.000,00 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Berthold Restle, Verwaltungsdezernent
Heidi Schwartz, Finanzdezernentin (bis 15.07.2012)

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen 10 T €.

Aufsichtsrat:

Vorsitzender: Lothar Wölfle, Landrat (bis 30.04.2011)
Frank Hämmerle, Landrat (seit 01.05.2011)

stv. Vorsitzender: Frank Hämmerle, Landrat (bis 30.04.2011)
Lothar Wölfle, Landrat (seit 01.05.2011)

Mitglieder: Dr. Gerhard Barisch, Rektor a. D.
Birgit Brachat-Winder, Bankkauffrau
Werner Endres, Gastwirt (bis 30.06.2011)
Volker Fouquet, Bürgermeister a.D.
Bernd Gerber, Bürgermeister
Erich Habisreuther, Polizeibeamter a.D.

Dieter Hornung, Bürgermeister a.D.
Helmut Kennerknecht, Bürgermeister
Franz Moser, Bürgermeister a.D.
Artur Ostermaier, Bürgermeister
Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt
Bernhard Volk, Bürgermeister
Edwin Weiss, Bürgermeister (seit 01.07.2011)

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 45 T €.

5. Öffentlicher Zweck

Der Bodenseekreis hat als zuständige Körperschaft im Sinne von §§ 13 Abs. 1, 15 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 06.10.1994 (Krw/AbfG) unter anderem die in seinem Gebiet anfallenden Restabfälle zu entsorgen. Hierfür arbeitet er mit dem Landkreis Konstanz zusammen. Beide Landkreise haben diese Aufgabe auf die ABK GmbH übertragen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keines

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Landkreis Bodenseekreis vom 8. Oktober 1998 zur Regelung ihres Rechtsverhältnisses untereinander und zur ABK; der Vertrag trat zum 8. Oktober 1998 mit unbegrenzter Dauer in Kraft.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Bodenseekreis vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Konstanz vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Änderungsvertrag vom 20./21. Dezember 2001 und Vertrag zur Ergänzung des Behandlungsvertrages vom 2. August 2002 und Ergänzungsvertrag zur Behandlung von Abfällen im Kehrichtkraftwerk Josefstraße in Zürich vom 11./17. März 2010.
- ⇒ Vertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, über die Kosten einer Neuausschreibung und den Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom 2. August 2002.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit dem Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden/Schweiz, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis zum 31. Dezember 2025. Hierzu Vereinbarung über Rückvergütung vom 08. November 2010.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Transporte von den Umladestationen im Landkreis Konstanz zur Bahnverladung mit der RWE Umwelt Süd GmbH, Villingen-Schwenningen, vom 3./13. Dezember 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Der Vertrag verlängert sich maximal zweimalig um zwei Jahre, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten durch den Auftraggeber zum jeweiligen Vertragsende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über Umladung auf und Ferntransporte von den Umladestationen der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz zur AVA Stuttgart-Münster mit der ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG, diese vertreten durch die Zwisler GmbH & Co. KG, Tettngang, vom 14. September 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Nachtrag vom 19. Januar/01. März 2011 und Vereinbarung zwischen ABK GmbH, ARGE Schmid GmbH und Stark GmbH und Zwisler GmbH & Co. KG und der AWB GmbH, Abfallwirtschaft Bodensee, Friedrichshafen, vom 7./10. Februar 2005 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils

- ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über das Containerpooling mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH & Riester GmbH, diese vertreten durch die MZV Dienstleistungs GmbH, Rielasingen-Worblingen, vom 8./14. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Änderungsvertrag vom 29. November/3. Dezember 2004 und Nachtrag vom 23. September/22. Oktober 2010.
 - ⇒ Dienstleistungsvertrag über Ferntransporte mit der Bahn zur Kehrrechtverbrennungsanlage Weinfelden mit der Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen vom 14. Oktober/8. November 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Vereinbarung zwischen der ABK GmbH, Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen und der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen vom 14./29. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird. Der Dienstleistungsvertrag wurde zum 31. Dezember 2011 gekündigt.
 - ⇒ Dienstleistungsvertrag für Übernahme und Transport von Abfällen mit der Bahn zur Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) in Weinfelden mit der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen vom 4. August/13. September 2011 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2015.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Landkreis erhielt 2011 für den geleisteten Personaleinsatz 26.448 € von der ABK. Im Gegenzug hat der Regiebetrieb Abfallwirtschaft 4.570.812,15 € für die Restabfallbehandlung an die ABK gezahlt.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben den beiden Geschäftsführern waren zwei Prokuristen sowie eine weitere Mitarbeiterin beschäftigt. Sie werden sämtlich von den Landkreisen gestellt.

10. Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2011 der ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 3 T €.

Es wurden insgesamt 63.678 to. Restabfälle von den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz übernommen und der thermischen Behandlung zugeführt.

Der gesamte Hausmüll sowie ein Teil des Sperr- und Gewerbemülls aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 28.981 Tonnen wurden bei der KVA Thurgau in Weinfelden entsorgt.

Die gesamte Müllmenge aus dem Bodenseekreis sowie die Restmenge aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 34.697 Tonnen wurden über die TPLUS GmbH entsorgt. Hiervon wurden 34.556 Tonnen in den Kehrrechtverbrennungsanlagen Zürich und Hinwil und 141 Tonnen im Restmüllheizkraftwerk in Stuttgart behandelt.

a) Mengenbilanz 2011

Behandlung: Abfallherkunft:	TPLUS GmbH (RMHKW Stuttgart-Münster und KHKWs Zürich und Hinwil)	KVA Thurgau (KVA Weinfel- den)	Insgesamt
Bodenseekreis	31.187 to	0 to	31.187 to
Landkreis Konstanz	3.510 to	28.981 to	32.491 to
Insgesamt	34.697 to	28.981 to	63.678 to

Die entsorgte Menge lag im Rahmen der angemeldeten Mengenbandbreiten.

Logistik: Die KVA Thurgau hat der ABK GmbH die Möglichkeit der LKW-Anlieferung für eine Teilmenge von 1.457 to. in Weinfelden eingeräumt.

Kosten: Den Landkreisen wurde im Jahr 2011 ein Mischpreis von 146,56 €/to. berechnet. Dieser Preis lag um 1,22 €/to. niedriger als der kalkulierte Wert von 147,78 €/to. Grund hierfür ist im Wesentlichen die im Jahr 2011 erfolgte Rückerstattung der KVA Thurgau (Entsorgungspreisrabatt) für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 259.560 Euro.

Verträge: Die Bahntransportleistungen wurden mit Wirkung ab 1. Januar 2012 EU-weit neu ausgeschrieben. Günstigster Bieter war die Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen, mit der ein entsprechender Vertrag abgeschlossen wurde.

b) Prognose Geschäftsjahre 2012 und 2013

Die Abfallmengen sind in beiden Landkreisen bislang stabil. Die bei den Behandlungsanlagen für das Jahr 2012 angemeldeten Mengenbandbreiten (57.000 to bis 68.000 to) können eingehalten werden. Auch für 2013 wird mit gleichbleibenden Mengen gerechnet.

Die Behandlung der Restabfälle erfolgt in den Jahren 2012 und 2013 bei folgenden Anlagen:

- ⇒ TPLUS GmbH: KHKW Zürich-Josefstraße (Zürich-Hagenholz und Hinwil i.R. des Ausfallbundes)
- ⇒ KVA Thurgau: KVA Weinfelden

Aufgrund der unveränderten Rahmenbedingungen wird für die Jahre 2012 und 2013 mit einem gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 gleichbleibenden Jahresergebnis gerechnet.

c) Chancen und Risiken

Durch die abgeschlossenen Behandlungsverträge mit der TPLUS GmbH und der KVA Thurgau ist die Entsorgungssicherheit für die Landkreise grundsätzlich gewährleistet.

Abweichungen von den angemeldeten Mengenfenstern bei den Behandlungsanlagen sind nach derzeitigem Stand nicht zu befürchten, können andererseits aber aufgrund der Abhängigkeit von gewerblichen Anlieferungen auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Probleme können sich jedoch bei einem kurzfristig auftretenden Ausfall der Behandlungs- oder Transportmöglichkeiten ergeben, da die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz über keine geeigneten Zwischenlagermöglichkeiten verfügen.

Transportmehrkosten können sich ergeben, falls der LKW-Transport zum RMHKW Stuttgart-Münster in Zukunft nicht mehr wie bisher durch die Innenstadt von Stuttgart erfolgen kann. Durch die im Rahmen des Ergänzungsvertrages mit der TPLUS GmbH vereinbarte Behandlung der Abfälle in der Schweiz wird dieses Risiko bis zum Jahr 2020 deutlich minimiert.

Mittel- bis langfristig können sich Mehrkosten durch notwendige Nachrüstungen der Behandlungsanlagen, aufgrund neuer gesetzlicher Anforderungen oder Anordnungen der Genehmigungsbehörden ergeben. Weitere finanzielle Risiken liegen, neben den allgemeinen

Preissteigerungen, bei sich ändernden Heizwerten oder Schlackeanteilen sowie bei Änderungen des Wechselkurses zum Schweizer Franken.

Da jedoch alle Kosten der ABK gemäß Gesellschaftsvertrag auf die Landkreise umgelegt werden, liegen hier keine finanziellen Risiken im eigentlichen Sinn vor. Diese werden vielmehr von den Landkreisen getragen.

Die Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg zum Export der Abfälle in die Schweiz steht unter einem Widerrufsvorbehalt. Auch dies stellt ein Risiko für die ABK GmbH dar. Das Ministerium hat jedoch schriftlich erklärt, dass es innerhalb der Laufzeit des Vertrags mit der KVA Thurgau (bis 31.12.2025) von dem Vorbehalt nicht Gebrauch machen wird.

Auch in der schlanken Personalstruktur der ABK sind z.B. bei kurzfristigem Ausfall und damit verbundenem Know-How-Verlust Risiken vorhanden.

Friedrichshafen, den 11. Mai 2012

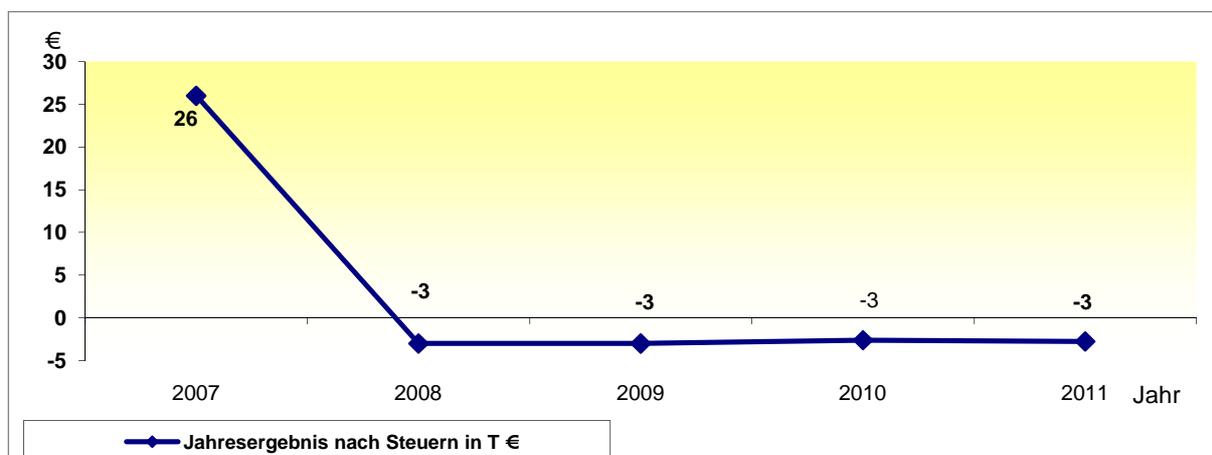
Die Geschäftsführung

11. Abschlussprüfer
RSW Treuhand GmbH

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2011	2010	2009	2008	2007
Entsorgter Abfall insgesamt in to	63.678	65.021	68.119	66.595	68.661
Entsorgter Abfall in kg / Einwohner im ABK-Gebiet	130,110	133,130	140,520	137,670	142,450

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung						
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	857,2	57,3	988,7	91,3	453,3	40,1
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1,1	0,1	0,8	0,1	351,6	31,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	636,6	42,6	93,9	8,7	326,0	28,8
	1.495,0	100,0	1.083,4	100,0	1.130,8	100,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. <u>Disagio</u>						
II. <u>Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</u>						
Bilanzsumme	1.495,0	100,0	1.083,4	100,0	1.130,8	100,0

Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	26,0	1,7	26,0	2,4	26,0	2,3
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	41,0	2,7	43,6	4,0	46,8	4,1
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2,8	-0,2	-2,6	-0,2	-3,1	-0,3
	64,3	4,3	67,0	6,2	69,6	6,2
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	7,7	0,5	43,5	4,0	7,6	0,7
	7,7	0,5	43,5	4,0	7,6	0,7
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.327,2	88,8	877,0	81,0	1.010,7	89,4
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	29,4	2,0	32,6	3,0	42,9	3,8
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	66,4	4,4	63,2	5,8	0,0	0,0
	1.423,0	95,2	972,9	89,8	1.053,6	93,2
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	1.495,0	100,0	1.083,4	100,0	1.130,8	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der ABK GmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	9.332,7	97,2	9.653,0	98,2	10.062,5	99,8
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	268,6	2,8	174,9	1,8	18,4	0,2
5. Gesamtleistung	9.601,2	100,0	9.827,9	100,0	10.080,9	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.466,4	98,6	9.654,1	98,3	9.913,0	98,3
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	18,7	0,2	19,0	0,2	20,1	0,2
b) Soziale Abgaben	3,8	0,0	3,8	0,0	4,0	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	110,6	1,2	147,9	1,5	143,4	1,4
10. Gesamtaufwand	9.599,5	100,0	9.824,9	100,0	10.080,5	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	1,7		3,0		0,4	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,4		2,5		4,8	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	3,4		2,5		4,8	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,2		5,4		5,2	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7,9		8,1		8,4	
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-2,8		-2,6		-3,1	-2,8

Flughafen Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Flughafen Friedrichshafen GmbH
Kontakt:	Am Flugplatz 64, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 284-01 Fax: 07541 / 284-119 E-Mail: info@fly-away.de Homepage: www.fly-away.de
Gründungsdatum:	6. Juni 1928
Eintragung Handelsregister:	14. September 1928
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	2. Mai 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen GmbH von 21.272.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
VIE International Beteiligungsmanagement Ges.m.b.H.	5.350.000 €	25,15%
Stadt Friedrichshafen	3.059.000 €	14,38%
Landkreis Bodenseekreis	3.059.000 €	14,38%
Land Baden-Württemberg	2.647.000 €	12,44%
ZF Friedrichshafen AG	1.994.000 €	9,37%
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	1.897.000 €	8,92%
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.635.000 €	7,69%
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	731.000 €	3,44%
Dornier GmbH	450.000 €	2,12%
Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH	450.000 €	2,12%
	21.272.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:

Hans Weiss

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Dieter Hornung, Stadt Friedrichshafen

stv. Vorsitzender

Prof. Dr. Peter Jany, IHK Bodensee-Oberschwaben

Mitglieder:

Prof. Georg Fundel, Flughafen Stuttgart GmbH

Werner Hackenberg, Immobilien und Center Management der Flughafen Wien AG

Hans-Georg Härter, ZF Friedrichshafen AG

MMag. Michael Höferer, VIE International Beteiligungsmanagement Gesellschaft mbH (seit 15.11.2011)

Hans-Peter Kaldenbach, Luftschiffbau Zeppelin GmbH

Dr. Stefan Köhler, Stadt Friedrichshafen

Joachim Kruschwitz, Landratsamt Bodenseekreis

Alfred Müllner, Technische Werke Friedrichshafen GmbH

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr 2011 Vergütungen in Höhe von 37 T €.

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Anlage und den Betrieb eines öffentlichen Flughafens erfüllt die Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der verkehrstechnischen Anbindung der Drei-Länder-Region Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Gesellschaft ist somit ein wichtiger Pulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Flughafen Personal- und Servicegesellschaft mbH, Friedrichshafen
(Einlage: 18.800 €, Anteil: 75,2 %)

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Laut Vereinbarung vom 15. Dezember 1997 (1. Änderung vom 2./11. Februar 1999) erstattet das Land Baden-Württemberg der FFG gemäß § 29 Abs. 1 LuftVG bzw. § 27d LuftVG pauschal die von der FFG für das Land erbrachten Luftaufsichtsdienste bzw. Flugsicherungsbetriebsdienste.
- ⇒ Die Erstattung für Fluggastkontrolldienste wurde mit Vertrag vom 22./29. Juni 2009 zwischen dem Land Baden-Württemberg und der FFG neu geregelt. Seit 1. Januar 2010 vergütet das Land Baden-Württemberg der FFG eine Pauschalvergütung pro eingesetztem Luftsicherheitsassistenten und Einsatzstunde zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Pauschalvergütung setzt sich grundsätzlich aus dem tariflichen Stundenlohn, den lohnabhängigen Kosten und den sonstigen Kosten zusammen.
- ⇒ Mit verschiedenen Airlines bestehen IATA Standard Ground Handling Verträge, die über die Entgeltordnung hinaus Abfertigungs- und Sonderdienste mit den Vertragspartnern regeln.
- ⇒ Vertrag über Lagerung, Verkauf und Auslieferung von Flugbetriebsstoffen auf dem Flughafengelände vom 31. Oktober 2008 für die Schell Deutschland Oil GmbH.
- ⇒ Mit dem Instandhaltungs- und Dienstleistungsvertrag vom 19. März 2010 wird vereinbart, dass die IBS Luftfahrt und Service GmbH, Friedrichshafen, alle Instandhaltungsarbeiten übernimmt, die für einen störungsfreien und regelkonformen Betrieb der Flugbetriebstechnik erforderlich sind.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Der Bodenseekreis gewährte der Flughafen Friedrichshafen GmbH Ausfallbürgschaften zusammen mit der Stadt Friedrichshafen (je 50 %), damit die FFG zinsverbilligte Darlehen in Anspruch nehmen konnte.
Der aktuelle Stand der Darlehen zum 31. Dezember 2011 beträgt 2.407.058,04 €.
Die Bürgschaften betragen entsprechend 1.203.529,02 €.

Weitere Finanzbeziehungen gab es im Jahr 2011 nicht.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2011 waren neben dem Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 165 Mitarbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf die Gruppen wie folgt:

- ⇒ Verkehr 127,
- ⇒ Kaufmännische Dienste/Personal 9,
- ⇒ Vertrieb/Parkplatz- und Infoservice 24 und
- ⇒ allgemeine Verwaltung/Unternehmensleitung 4.

10. Lagebericht

a) Vorstellung des Unternehmens

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG) betreibt einen regionalen Verkehrsflughafen am Standort Friedrichshafen. Die Bodenseeregion gilt als wirtschaftlich überdurchschnittlich stark mit einer Vielzahl innovativer Unternehmen. Das persönlich verfügbare Einkommen ist überdurchschnittlich hoch und die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig. Seit über 20 Jahren versorgt der Flughafen Friedrichshafen diese Region mit wichtigen Flugverbindungen und kompensiert teilweise den Verkehrsschatten der Region, charakterisiert durch mangelhafte Infrastruktur der übrigen Verkehrsträger. Vom Flughafen profitieren sowohl die heimische Industrie als auch die Einwohner im Einzugsgebiet durch ein Angebot an attraktiven Urlaubsflügen. Die navigatorische Ausstattung des Flughafens besteht aus moderner Technik und die Dimensionierung der Flugbetriebsflächen entspricht internationalem Standard. Der Flughafen ist somit für jede Fluggesellschaft mit allen Mittelstreckenflugzeugen anfliegbar.

b) Geschäftsverlauf und Entwicklung der Branche

Das Berichtsjahr war geprägt von kurzfristigen Sondereffekten und aktuellen Marktereignissen. Die Krise der Luftfahrtunternehmen spiegelt sich besonders an den regionalen Flughäfen wider. Zwei Drittel aller deutschen Flughäfen verzeichneten im Jahr 2011 rückläufige Verkehrszahlen. Kurzfristige Streichungen und Sondereffekte bremsten das angestrebte Wachstum und sorgten für leicht rückläufige Passagierzahlen am Bodensee-Airport Friedrichshafen.

Das erste Halbjahr war geprägt durch die Krisen in der arabischen Welt, die sich am Standort durch den Wegfall der Destinationen in Ägypten und Tunesien äußerten. Die Insolvenz der Hamburg International hatte zudem eine Verkürzung der Winterketten und einen späteren Beginn der Sommerketten der Veranstalter Thomas Cook und TUI zur Folge.

Kurzfristige Flugplanoptimierungen bei einzelnen Fluggesellschaften und die Flottenreduzierung der InterSky dämpften ebenso die Verkehrsentwicklung.

Die Luftverkehrsabgabe bremste die Branche in Deutschland. Da Umsteigeverkehre von der Abgabe nicht betroffen sind, litten Regionalf Flughäfen ohne Anschlussflüge besonders unter der neuen Belastung.

Auf innerdeutschen Verbindungen sowie Flügen nach Österreich wird die Luftverkehrsabgabe sogar doppelt fällig, weil an beiden Abflugorten der Betrag zu leisten ist.

Zusätzlich sind bei innerdeutschen Flugverbindungen noch 19 % Mehrwertsteuer auf die doppelte Luftverkehrsabgabe zu entrichten. Daher wurde unter anderem die Strecke nach Münster/Osnabrück unrentabel und eingestellt.

Seit 2011 ergeben sich Mehrbelastungen für Flugreisende von bis zu 45 € pro Ticket ab Friedrichshafen, die zum Beispiel in der Schweiz nicht anfallen.

Alle Regionalflughäfen im Umkreis spürten diese Entwicklung deutlich: Innsbruck verzeichnete einen Passagierrückgang von 3,5 %, Karlsruhe Baden-Baden von 5,3% und der Flughafen Memmingerberg von 15,8 %.

c) Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse der FFG sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 10.660 T € um 96 T € oder rd. 0,9 % auf 10.564 T € gefallen. Die operativen Kernerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % gestiegen. Somit konnten trotz leichter Passagierrückgänge von 3,2 % die operativen Kernerlöse pro Passagier deutlich gesteigert werden (4,0 %). Aufgrund des milden Winters 2011/2012 lagen die operativen Zusatzerlöse allerdings rund 13 % unter dem Vorjahresergebnis. Hier sind im Wesentlichen die Flugzeug-Enteisungen, die nicht auf Vorjahresniveau durchgeführt werden mussten, zu nennen. Die Steigerung der Non Aviation-Erlöse beträgt rd. 4 %. Durch die Fertigstellung sowie Inbetriebnahme des Neuen Terminals, Bauteil A, konnten die Erlöse im Bereich Mieten und Pachten um ca. 11 % gesteigert werden. Dem entgegen steht ein Rückgang der Parkerlöse von rund 5 % aufgrund des Passagierrückgangs. Zusätzlich profitiert der Bereich Vermarktung Werbeflächen in erheblichem Ausmaß von der Fertigstellung des Terminals und der damit verbundenen Angebots-erweiterung in diesem Bereich. Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen "operative Kernerlöse", "operative Zusatzerlöse" und "Non Aviation-Erlöse" zusammen. Umsatzsteigerungen haben im Berichtsjahr in den Bereichen operative Kernerlöse sowie Non Aviation-Erlöse stattgefunden.

d) Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Im Berichtsjahr sind Investitionen ins Anlagevermögen in Höhe von 5.148 T € vor Verrechnung von Zuwendungen durchgeführt worden. Die FFG hat im Berichtsjahr Zuwendungen der öffentlichen Hand in Höhe von 5.670 T € erhalten. Diese werden aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt.

Insbesondere die Fertigstellung des Ankunftsterminals Teil A und C, sowie der Ausbau des Ankunftsterminals Teil B haben zu hohen Zahlungsabflüssen im Wirtschaftsjahr 2011 geführt. Die Terminalerweiterung ist wichtig, um die jetzt schon bestehenden und für die Zukunft erwarteten Passagierströme entsprechend einem guten "Service-Level" abwickeln zu können.

Auch im Jahr 2012 sind nochmals Investitionen geplant. Diese betreffen insbesondere die Fertigstellung der Erweiterung des Ankunftsterminals Teil B (Gastronomie).

e) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die im Berichtsjahr durchgeführten und oben unter Gliederungspunkt d) beschriebenen Investitionen haben unter Berücksichtigung der Zuwendungen für das Terminal durch das Land Baden-Württemberg in Höhe von 5.670 T € und den Abschreibungen zu einer Reduzierung des Anlagevermögens der FFG geführt. Das Anlagevermögen hat sich in 2011 gegenüber dem Vorjahr um 3.541 T € reduziert.

Das Eigenkapital hat sich um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 2.663 T € auf rd. 12.089 T € verringert. Die Eigenkapitalquote der FFG beträgt per 31. Dezember 2011 rd. 26 %.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr reduziert. Ursächlich sind insbesondere die Abnahmen bei der Rückstellung für Altersteilzeit und der Rückstellung für Überstunden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die Reduzierung ist auf den Kapitalzufluss für die Einlagen der stillen Gesellschafter in Höhe von 5.000 T € sowie den Zuwendungen des Landes Baden-Württemberg in Höhe von 5.670 T € zurückzuführen.

Die Bilanzsumme hat sich in 2011 gegenüber dem Vorjahr um 3.032 T € reduziert. Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt in 2011 - 768 T € (Vj. 836 T €). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt in 2011 844 T € (Vj. - 8.810 T €) und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt in 2011 71 T € (Vj. 7.886 T €).

Die Entwicklung der Umsatzerlöse ist im Detail unter Gliederungspunkt c) dargestellt. Die höheren Materialaufwendungen entfallen im Wesentlichen auf höhere Verbrauchsmengen (sowohl Strom als auch die neu eingeführte gesplittete Abwassergebühr) und teilweise gestiegene Marktpreise. Da sich im Berichtsjahr die Anzahl der Fluggäste im Linien- und Touristikverkehr reduziert hat, kam es zu einer Verschlechterung des operativen Ergebnisses von Zinserträgen und –aufwendungen sowie Steuern (EBIT) gegenüber dem Vorjahr. Das EBIT hat sich von - 1.129 T € auf - 1.281 T € verschlechtert. Die FFG schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 2.663 T € (Vj. 2.659 T €) ab.

f) Risikobericht

Die FFG unterliegt einer Vielzahl von Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Die FFG versucht die Chancen zu nutzen und geht dafür auch Risiken ein, soweit sie für beherrschbar angesehen werden. Hierfür hat die FFG seit 2001 ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Ein Team von erfahrenen Mitarbeitern analysiert in regelmäßigen Abständen Gefahrenpotentiale, bewertet diese, macht Vorschläge zur Risikobewältigung und berichtet an die nächsthöhere Ebene/Geschäftsführung.

Unternehmensplanungen und andere Informationssysteme unterstützen das Risikomanagement der FFG. Im Berichtsjahr 2011 wurden insgesamt vier Risikoberichte erstellt. Der Risikomanager ist für die Einheitlichkeit des Standards bei der Risikobeurteilung und Risikodokumentation verantwortlich. Er arbeitet den Risikobericht jeweils für den Quartalsbericht an den Aufsichtsrat auf.

Im Geschäftsjahr 2011 haben sich Änderungen bezüglich der Risikoeinstufung für existenzbedrohende Risiken ergeben. Als existenzbedrohend wird weiterhin das Risiko "Luftfahrt-haftpflicht, Krieg und Terror" angesehen, welchem auch durch eine weitere Aufstockung der Versicherungssumme unter Risiko- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll begegnet werden kann. Ferner wurde das Risiko "Liquidität" im Berichtsjahr weiterhin als existenzbedrohend eingestuft. Als weiteres A-Risiko wurde das Tower-Gebäude angesehen. Hier wird allerdings bereits an der Umsetzung der fachlichen Verbesserungsvorschläge gearbeitet, so dass davon auszugehen ist, dass sich die Rückstufung auf "B" im Jahr 2012 einstellen wird.

g) Ausblick - Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Bodensee-Airport Friedrichshafen ist gut aufgestellt. Airlines und Reiseveranstalter zeigen sich überzeugt vom Flughafen und dem Potential im Einzugsgebiet. Neue Airlines (z.B. airberlin) haben den Markt erkannt und bauen ihr Angebot aus. Die großen Reiseveranstalter unter anderem Thomas Cook und TUI haben für das Jahr 2012 deutliche Steigerungen angekündigt. Mit Hamburg Airways kommt die Nachfolgegesellschaft der Hamburg International zurück an den Bodensee und baut hier zugleich ihre technische Basis aus. Nach Eintritt der Intro Aviation GmbH sieht der Home-Carrier InterSky optimistisch in die Zukunft. Weitere Flottenreduzierungen sind nicht zu erwarten.

Als einziger Regionalflughafen im Umkreis mit einem Instrumentenlandesystem der besten Kategorie CAT IIIb bewährt sich der Bodensee-Airport bei Nebel und Schneefall mit höchster Zuverlässigkeit. Die ideale Lage zu den Skigebieten in Vorarlberg und der Ostschweiz hat zu einem Umdenken der Skireiseveranstalter geführt und neben einem Ausbau der Charterflüge nach Friedrichshafen ebenso die Etablierung als erste Ausweichalternative zu Innsbruck ermöglicht.

Unvorhersehbare Ereignisse und zusätzliche Belastungen wie zum Beispiel der Streik am Flughafen Frankfurt, eine ungünstige Entwicklung des Ölpreises oder der 2012 eingeführte Emissionshandel werden auch in Zukunft den Luftverkehr beeinflussen.

Ein breites Kundenportfolio und der weitere Ausbau der Destinationsvielfalt sind daher oberstes Ziel.

Anfang April 2011 gewährte das Land Baden-Württemberg Zuwendungen. Ferner erfolgten Einzahlungen von Einlagen stiller Gesellschafter. Die Kapitalzuflüsse haben zu einer kurzfristigen Entspannung der Liquiditätslage geführt. In der Gesellschafterversammlung vom 29. Februar 2012 wurde beschlossen, dass eine notwendige Kapitalzuführung an die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2012 zu klären und diesbezüglich bis spätestens zum 31. Juli 2012 ein verbindlicher Gesellschafterbeschluss herbeizuführen ist. Sollte der Gesellschaft kein neues Kapital zufließen, ist im Jahr 2013 die Fortführung der Unternehmenstätigkeit nicht mehr gesichert.

Friedrichshafen, den 29. März 2012

Hans Weiss, Geschäftsführer

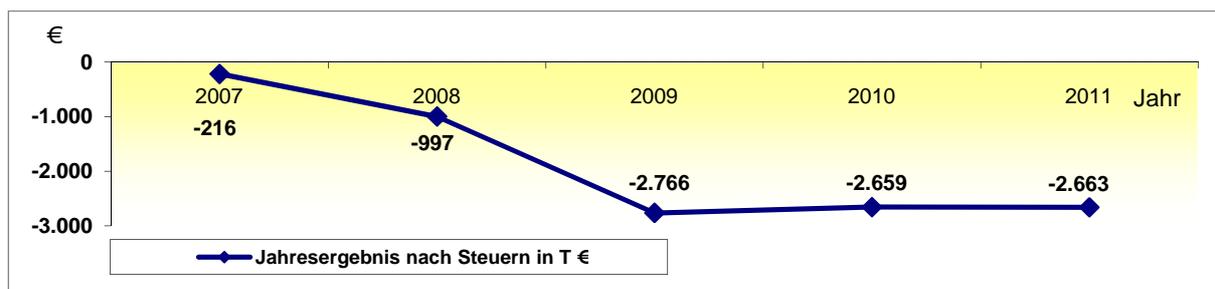
11. Abschlussprüfer

Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2011	2010	2009	2008	2007
Start- u. Landebewegungen	45.413	43.503	44.605	44.705	47.242
Fluggäste	571.709	590.640	578.475	649.646	655.689

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0,0	0,0	0,0	0,0	1.121,0	2,7
B. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Software	133,2	0,3	122,4	0,2	148,7	0,3
2. Nutzungsrechte	7,4	0,0	7,4	0,0	7,4	0,0
3. Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	27,0	0,1
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	34.537,6	75,0	37.650,0	76,7	28.426,4	65,3
2. Technische Anlagen	977,1	2,1	2.168,4	4,4	1.551,8	3,6
3. Start- und Landebahnen, Rollwege, Vorfelder	2.354,0	5,1	1.504,5	3,1	1.379,1	3,2
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.099,7	6,7	3.284,9	6,7	3.551,3	8,2
5. Geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	1.510,8	3,3	1.102,0	2,2	6.147,0	14,1
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	18,8	0,0	18,8	0,0	18,8	0,0
2. Sonstige Ausleihungen	779,4	1,7	1.100,0	2,2	0,0	0,0
	43.418,1	94,3	46.958,4	95,7	41.257,6	94,7
C. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	122,9	0,3	92,4	0,2	107,1	0,2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	1.540,6	3,3	905,8	1,8	872,7	2,0
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen	22,1	0,0	55,0	0,1	24,4	0,1
3. Forderungen gegen Gesellschafter	180,7	0,4	110,9	0,2	146,6	0,3
4. Sonstige Vermögensgegenstände	105,2	0,2	349,3	0,7	551,1	1,3
III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	516,9	1,1	370,5	0,8	458,5	1,1
	2.488,3	5,4	1.884,0	3,8	2.160,4	5,0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	140,0	0,3	236,1	0,5	142,0	0,3
Bilanzsumme	46.046,4	100,0	49.078,4	100,0	43.559,9	100,0

Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	21.272,0	46,2	21.272,0	43,3	21.272,0	48,8
II. Kapitalrücklage	277,6	0,6	277,6	0,6	277,6	0,6
III. Andere Gewinnrücklagen	245,6	0,5	245,6	0,5	245,6	0,6
IV. Verlustvortrag	-7.043,2	-15,3	-4.384,0	-8,9	-1.618,3	-3,7
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-2.663,3	-5,8	-2.659,2	-5,4	-2.765,8	-6,3
	12.088,7	26,3	14.752,0	30,1	17.411,2	40,0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen	7,3	0,0	34,2	0,1	201,5	0,5
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
III. Sonstige Rückstellungen	899,5	2,0	1.096,9	2,2	1.406,0	3,2
	906,8	2,0	1.131,1	2,3	1.607,6	3,7
E. Verbindlichkeiten						
I. Einlagen stiller Gesellschafter	5.000,0	10,9	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.497,8	57,5	30.926,7	63,0	23.041,5	52,9
III. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	906,5	2,0	1.285,0	2,6	895,7	2,1
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	227,0	0,5	513,2	1,0	97,6	0,2
V. Sonstige Verbindlichkeiten	192,1	0,4	222,8	0,5	187,2	0,4
	32.823,4	71,3	32.947,8	67,1	24.221,9	55,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	227,4	0,5	247,6	0,5	319,2	0,7
Bilanzsumme	46.046,4	100,0	49.078,4	100,0	43.559,9	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	10.564,1	75,1	10.659,7	76,0	9.330,2	73,3
2. abzgl. Mineralölsteuer						
3. andere aktivierte Eigenleistungen	80,0	0,6	95,9	0,7	83,1	0,7
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.420,6	24,3	3.261,7	23,3	3.310,1	26,0
5. Gesamtleistung	14.064,7	100,0	14.017,2	100,0	12.723,4	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.451,9	9,4	1.333,5	8,7	1.089,7	7,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.710,1	11,1	1.673,7	11,0	1.734,8	11,9
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	4.713,7	30,6	4.351,3	28,5	4.426,4	30,4
b) Soziale Abgaben	1.021,2	6,6	921,6	6,0	833,5	5,7
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2.765,3	17,9	2.863,7	18,8	2.856,6	19,6
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.747,7	24,3	4.115,1	27,0	3.626,3	24,9
10. Gesamtaufwand	15.409,9	100,0	15.258,9	100,0	14.567,4	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1.345,2		-1.241,7		-1.844,0	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	69,9		2,9		8,4	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.342,9		-1.277,6		-884,1	
18. Finanzergebnis	-1.273,0		-1.274,7		-875,7	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.618,1		-2.516,3		-2.719,7	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen	0,0		97,0		0,0	
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	45,1		45,9		46,1	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-2.663,3		-2.659,2		-2.765,8	

Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (BODO)**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
Kontakt:	Schussenstraße 22, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 3614141 Fax: 0751 / 3614151 E-Mail: info@bodo.de Homepage: www.bodo.de
Gründungsdatum:	24. Februar 2003
Eintragung Handelsregister:	11. September 2003
Gesellschaftsvertrag:	24. Februar 2003
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich SPNV (Schienen-Personen-Nahverkehr) in diesen Landkreisen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen, Verbundgesellschaften, Verkehrs- und Tarifgemeinschaften und vergleichbaren Einrichtungen schließen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft von 32.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	8.000 €	25,00%
Landkreis Ravensburg	8.000 €	25,00%
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB)	8.100 €	25,31%
Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben (RBO)	3.300 €	10,31%
Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	1.600 €	5,00%
Stadtverkehr Friedrichhafen GmbH	1.600 €	5,00%
Stadtbus Ravensburg Weingarten GmbH	1.400 €	4,38%
	32.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

<u>Geschäftsführer:</u>	Jürgen Löffler
<u>Gesellschafterversammlung:</u>	Vertreter aller Gesellschafter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
 stv. Vorsitzender
 Mitglieder

Kurt Widmaier, Landrat
 Lothar Wölfle, Landrat
 Peter Allgaier, Bürgermeister a.D., Kreisrat
 Manfred Foss, BOB GmbH & Co.KG
 Reimund Hausmann, Bürgermeister
 Jutta Koch, Kreisrätin
 Dieter Krattenmacher, Bürgermeister
 Edgar Lamm, Bürgermeister
 Silvio Matt, DB ZugBus Regionalverkehr
 Alb-Bodensee GmbH
 Alfred Müllner, Stadtverkehr Friedrichshafen
 Margarete Peipp-Koch, Umweltministerium
 Wolfgang Pfefferle, Regionalverkehr Bodensee-
 Oberschwaben GmbH
 Andreas Pfingst, Geschäftsführer RAB
 Dr. Andreas Thiel-Böhm, rundumbus Ravensburg
 Weingarten GmbH
 Dieter Unseld, Leiter Geschäftsfeld Bus
 Hermann Vogler, Oberbürgermeister, Landratsamt
 Ravensburg
 Dr. Josef Zeiselmaier, Regionalverkehr Bodensee-
 Oberschwaben GmbH

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 1.560 € (Aufwandsentschädigung).

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Einführung des Tarif- und Verkehrsverbundes bodo wird der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV-Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. Bodo trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den beiden Landkreisen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Die Vereinbarung über die Finanzierung des bodo vom 25./27. Oktober 2010 bzw. 4./30. November 2010 mit dem Land Baden-Württemberg und den Landkreisen Ravensburg und Bodenseekreis trat zum 1. Januar 2011 in Kraft und endet zum 31. Dezember 2018. Sie ersetzt die bis dahin gültige Vereinbarung aus dem Jahr 2003.
- ⇒ Zusammenarbeitsverträge zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo sowie zwischen der BOB, der RAB und bodo. Die Verträge vom 12. Dezember 2003 gelten auf unbestimmte Zeit. Sie können unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Die letzte Ergänzung dieser Verträge wurde am 24. November 2011 geschlossen.
- ⇒ Der Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen bodo, der RAB, der BOB und den Verkehrsverbundunternehmen vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo ist ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 4) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.

- ⇒ Der Vertrag über die Einnahmeverteilung zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo ist während der Dauer des Verbundes ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 1) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.
- ⇒ Der Vertrag über den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das verbundweit gültige Semesterticket (StudiTicket) zwischen dem Land Baden-Württemberg und bodo vom 22. November 2004 trat mit Einführung des Semestertickets im bodo zum Wintersemester 2003/2004 in Kraft; er verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn nicht mindestens elf Monate, d.h. zum 30. September, vor Ende des Sommersemesters, zum 31. August des Folgejahres, gekündigt wird. Durch Vertragsänderung vom 12./17. September 2008 wurden die Auszahlungen zu jeweils 50 % auf den 15. Juli und 15. November des jeweiligen Vertragsjahres festgelegt.
- ⇒ Der Dienstleistungsvertrag zwischen TWS GmbH & Co. KG und bodo vom 30. Juli 2010 haben die Vertragsparteien den bisher gültigen Vertrag ersetzt. Der Vertrag kann jährlich zum Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis hat folgende Zahlungen im Jahr 2011 an BODO geleistet:

- ⇒ an BODO für Eigenaufwand: 129.675,00 €
- ⇒ an BODO für Ausgleich verbundbedingter Belastungen: 655.807,00 €
- ⇒ an BODO für Sonstiges: 16.775,43 €

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH beschäftigte am 31. Dezember 2011 neben dem Geschäftsführer vier Gehaltsempfänger und eine geringfügig beschäftigte Angestellte. Im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführung und ohne die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) beschäftigte die Gesellschaft 4,5 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

a) Fahrpreis- und Tarifentwicklung

Zum 1. Januar des Berichtsjahres wurden die Fahrpreise des Verbundtarifs um durchschnittlich 1,61 % angehoben. Wie bereits im Vorjahr wurden die Preise der Einzelfahrscheine der Preisstufe 1 wegen der in den Nahentfernungen vorhandenen Preissensibilität nicht erhöht. Neu in das Fahrscheinangebot wurde im Berichtsjahr eine EinzelTageskarte aufgenommen, welche Einzelreisenden ermöglicht, im gewählten Geltungsbereich beliebig viele Fahrten zu unternehmen. Ein weiterer Vorteil dieses Angebots ist, dass die Rückfahrt in einem Kaufvorgang mit der Hinfahrt gelöst werden kann. Die Kinderaltersgrenze wurde von 11 auf 14 Jahre angehoben. Der Verkehrsverbund entspricht damit dem Wunsch des Landes sowie des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) nach einer landesweiten Harmonisierung der Kinderaltersgrenze. Zur Gegenfinanzierung wurde der Rabatt bei Kinderfahrscheinen von 50 % auf 40 % reduziert, was einer Anhebung der Kinderfahrpreise zwischen 17 und 22 % entspricht. Mit Beginn des Sommersemesters wurde zum 1. März für den Bereich des Verbundgebiets ein Anschluss-StudiTicket eingeführt. Zusammen mit den zeitgleich eingeführten Anschluss-StudiTickets der Verbünde DING und naldo wurde für Studierende, ein verbundübergreifendes System von Anschlusskarten geschaffen, das unbegrenzte und kostengünstige öffentliche Mobilität ermöglicht. Weitere Merkmale dieses Angebots sind, dass dieses System auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit zwischen den Verbänden beruht, dass die Konditionen einfach und transparent sind und dass die Finanzierung ausschließlich über die Nutzer (Studierende) erfolgt, also ohne Bezuschussung durch öffentliche Hände. Dieses Angebotskonzept wurde mit dem Studentenwerk und den Studierendenvertretern bereits im

Vorjahr zum Berichtsjahr verhandelt und die Finanzierung durch Zuschläge auf den Verkaufspreis des StudiTickets und auf den Solidarbeitrag realisiert.

b) Fahrgast- und Einnahmeentwicklung

(vorläufiges Ergebnis, Stand Feb. 2012, ohne StudiTicket-Verkäufe)

Fahrgastentwicklung Mio. beförderte Fahrgäste	2011	2010	Veränderung %
VE 1 Verbundtarif einschließlich Stadtverkehre Friedrichshafen und Überlingen	26,236	26,014	+ 0,85
EZV-Stadtverkehre Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg Weingarten, Tettnang und Wangen mit besonderem Stadt- tarif	7,231	7,291	-0,81
VE 2 Gesamtverbund (= VE 1 + EZV-Verkehre; ohne Studierende)	33,468	33,305	+0,49

Im Statistikbereich VE 1 ist nach dem Fahrgastrückgang im Jahr 2010 wieder eine leichte Belegung zu verzeichnen. Dagegen ist die Fahrgastentwicklung im Bereich der EZV-Stadtverkehre leicht rückläufig.

Im Gesamtergebnis (VE 2) ergibt sich ein Fahrgastzuwachs von 163.000 Beförderungen (Vj. - 115.000) entsprechend 0,5 % (Vj. - 0,35 %). Die bundesdeutsche Entwicklung im Berichtsjahr im Personennahverkehr mit Bussen und Bahnen liegt bei 0,4 % Fahrgastzuwachs gegenüber dem Vorjahr (Quelle: vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamts vom 26. Januar 2012).

Die Fahrgastentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten:

Fahrgastentwicklung in Marktsegmenten Mio. beförderte Fahrgäste	2011	2010	Veränderung %
Gelegenheitsverkehr	5,067	5,179	-2,48
Berufsverkehr	7,261	7,064	+3,02
Ausbildungsverkehr Schüler	21,139	21,060	+0,37
GESAMTERGEBNIS	33,468	33,303	+0,49

Die Fahrgäste mit Einzelfahrscheinen und Tageskarten haben einem mehrjährigen Trend folgend weiter abgenommen. Dagegen beträgt im Segment Berufsverkehr der Fahrgastzuwachs gegenüber dem Vorjahr 213.000 Beförderungen (Vj. 81.000) entsprechend 3,02 % (Vj. 1,16 %). Wie bereits im Vorjahr profitierte der ÖPNV von weiter gestiegenen Benzinpreisen und der guten Wirtschafts- und Beschäftigungslage. Auch die Bemühungen der Verkehrsunternehmen um gute Betriebsqualität und hohe Kundenzufriedenheit waren Erfolgsfaktoren einer stärkeren Nutzung des ÖPNV.

Die Beförderungsleistung im Schülerverkehr stieg im Berichtsjahr um 79.000 Beförderungen (Vj. - 193.000) entsprechend 0,4 % (Vj. - 0,9 %). Bei einem gewichtigen Anteil von knapp 2/3 an allen Beförderungen macht sich dieser leichte Anstieg durchaus positiv im Gesamtergebnis bemerkbar. Der demografisch vorgezeichnete Schülerrückgang wird im Berichtsjahr von positiven Effekten gebremst wie z.B. dem Schulwechsel von G8-"Flüchtlings" zurück an die Gymnasien, der Schließung bzw. Konzentration von Schulstandorten sowie dem positiven Zuzugsaldo in der Region.

Einnahmeentwicklung

Die Entwicklung der Fahrgeldeinnahmen:

Einnahmeentwicklung	2011	2010	Veränderung %
Mio. € einschl. ges. Mehrwertsteuer			
VE 1 Verbundtarif einschließlich Stadtverkehre Friedrichshafen und Überlingen	24,245	23,614	+2,67
EZV-Stadtverkehre mit besonderem Stadttarif Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg Weingarten, Tettngang und Wangen	4,822	4,843	-0,45
VE 2 Gesamtverbund (= VE 1 + EZV-Verkehre)	29,067	28,458	+2,14

Die Entwicklung im Einnahmebereich VE 1 betrug im Berichtsjahr 2,67 % (Vj. 1 ,33 %) und liegt damit einen Prozentpunkt über der Tarifierungsrate. Entgegen der Entwicklung im Vorjahr konnten die Stadtverkehre des EZV-Bereichs von der Belebung der Verkehrsnachfrage im Berichtsjahr nicht profitieren und stagnierten. Das Gesamtergebnis liegt bei 2,14 % Einnahmewachstum und damit einen halben Prozentpunkt über der Tarifierungsrate. Die Einnahmeerwartung konnte damit übertroffen werden.

Die Einnahmeentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten:

Einnahmeentwicklung	2011	2010	Veränderung %
Mio. € einschl. ges. Mehrwertsteuer			
Gelegenheitsverkehr	9,088	9,116	-0,31
Berufsverkehr	6,598	6,272	+5,20
Ausbildungsverkehr Schüler	13,381	13,070	+2,38
GESAMTERGEBNIS	29,067	28,458	+2,14

Der mit den rückläufigen Nutzerzahlen im Gelegenheitsverkehr verbundene Einnahmerückgang konnte durch die Fahrpreismaßnahme im Berichtsjahr annähernd kompensiert werden. Der Berufsverkehr war mit einem Einnahmewachstum von 5,2 % das dynamischste Segment. Es kann angenommen werden, dass ein Teil dieses Zuwachses jedoch nicht durch Neuverkehr erzielt wurde, sondern aus Umlagerungen aus dem Segment Gelegenheitsverkehr herrührt. Das Volumen dieser Umlagerung lässt sich indes nicht abschätzen.

Die genannten vorläufigen Ergebnisse beinhalten noch keine Ergebnisse des Angebotsbereichs Studierende, weil die Abrechnungen der Angebote StudiTicket, Anschluss-StudiTicket und Solidarregelung zum Redaktionsschluss noch nicht vorlagen. Aufgrund der allgemeinen Tendenz kann für das Berichtsjahr von einer gestiegenen Nachfrage in diesem Segment ausgegangen werden, mit entsprechend positiver Wirkung auf das endgültige Verbundergebnis.

c) Wirtschaftliches Ergebnis

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2011 neben der Erwirtschaftung eigener Erträge vor allem aus Werbe- und Beratungsleistungen ausreichend Zuschüsse zur Deckung der Aufwendungen aus der verbundbedingten Tätigkeit erhalten; insgesamt wurde ein Jahresüberschuss von 2 T € nach 22 T € Jahresfehlbetrag im Vorjahr erwirtschaftet.

d) BedienungsangebotSchiienenverkehr

Mit der Erweiterung des Rad Express Oberschwaben nach Pfullendorf konnte im Berichtsjahr ein ehrgeiziges Ziel realisiert werden. Der neue Streckenabschnitt Aulendorf - Althausen - Ostrach - Pfullendorf (neue Kursbuchstrecke 754) wurde am 4. Mai mit einer Schienen-Pressefahrt unter großem öffentlichem Interesse eingeweiht. Bis Saisonende im Oktober wurden an Wochenenden im Wechsel die Rad Express-Strecken 752 Aulendorf - Bad Wur-

zsch und 754 Aulendorf - Pfullendorf von Triebwagen der Baureihe VT 628 bedient. Die Kooperationsgemeinschaft von Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, OB Zug Bus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB), Schwäbischer Albbahn GmbH (SAB), den Landkreisen Ravensburg und Sigmaringen sowie den Anliegergemeinden und dem bodo Verbund setzte im Berichtsjahr ihre Arbeit erfolgreich fort. In diesem Zusammenhang sei noch die rechtzeitige Bereitstellung der neuen Bahnsteiganlage am Endbahnhof Pfullendorf erwähnt, welche die Stadt Pfullendorf gebaut und finanziert hat.

Nach der Kürzung von ca. 400.000 Zugkilometern im Allgäu zum Jahresfahrplan 2005 wurde zum 11. Dezember des Berichtsjahres auf den Verbindungen Aulendorf - Kißlegg - Leutkirch, Aulendorf - Kißlegg - Wangen und Leutkirch - Kißlegg - Wangen wieder ein teilweise stündliches Zugangebot eingeführt. Bedienungslücken bestehen noch vormittags unter der Woche und im Wochenendverkehr. Die Verbesserung des Zugangebotes auf diesen Streckenabschnitten ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines attraktiven Nahverkehrsangebots für Bürger und Gäste und eine zumindest teilweise Wiederherstellung eines ursprünglich sehr attraktiven Zugangebotes. Möglich wurde diese Maßnahme, weil die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW) im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur 80.000 zusätzliche Zugkilometer bestellt hat. Erarbeitet wurde dieses Konzept in der Arbeitsgruppe Allgäubahn, die das Landratsamt Ravensburg vor Jahren eingerichtet hat und in der neben dem Bürgermeister von Kißlegg Dieter Krattenmacher als Sprecher der Allgäubahn-Gemeinden auch Vertreter von RAB, privaten Busunternehmen, bodo und dem Regionalverband BodenseeOberschwaben beteiligt waren.

Busverkehr

Im Jahresfahrplan 2011, der für das Berichtsjahr maßgeblich war, konnten zahlreiche Angebotsänderungen und -verbesserungen verzeichnet werden:

Stadtverkehr Friedrichshafen: neue Linie 8 zum Airport; Wegfall Linie 16 Berg und Übernahme der Bedienungsaufgabe durch Linie 12; Verlängerung der Linie 3 bis Meistershofen; Einführung einer neuen Linie 9 Fischbach - Fallenbrunnen - Innenstadt.

Gemeinden Meersburg, Daisendorf und Uhltingen-Mühlhofen: Einführung eines Anrufsammeltaxis als Kooperation zwischen Gemeinden, RAB und örtlichem Taxiunternehmen

Stadtverkehr Überlingen: neue Linie 6 Innenstadt - La Piazza auf direktem Weg

Linien 30 und 31: erhöhtes Fahrtenangebot an Mo-Fr (Bad Waldsee - RV) und Samstagen sowie Einrichtung eines Spätbusses auf Linie 31 nach Wolfegg

Linie 7537 Ravensburg - Meersburg: Neues Fahrplankonzept mit verstetigtem, vertaktetem und verdichtetem Angebot

Linie 7394 Städte-Schnellbus Friedrichshafen - Konstanz: Einführung eines Samstagsangebots

Linie 7545 Hopfenlinie Ravensburg - Tettnang: Durchbindung der Samstagskurse nach und von Friedrichshafen, damit umsteigefreie Verbindung z.B. für Besucher aus der Schweiz ab Fähranleger Friedrichshafen Hafenbahnhof zum Spielesand

Linie 7587 Friedrichshafen - Kressbronn: Einführung eines neuen Fahrplankonzepts mit vertaktetem und verdichtetem Fahrtenangebot, Fahrzeitbeschleunigung im Abschnitt Langenargen - Kressbronn, Einrichtung zusätzlicher Haltestellen im Ortsbereich von Kressbronn und am Campingplatz Gohren.

e) Betrieb im Schienen- und Omnibusverkehr

Der bogenschnelle Betrieb der Sprinter-Linie Ulm - Basel, die das Verbundgebiet durchquert, wurde im Berichtsjahr zum 12. Juni im Rahmen des sog. kleinen Fahrplanwechsels wieder aufgenommen. Die beschleunigten Fahrzeiten brachten Fahrzeitverkürzungen im Minutenbereich sowie leicht geänderte Abfahrtszeiten auf der Bodenseegürtelbahn. Die Betriebsqualität im Schienenverkehr war insgesamt gut, die Einflüsse Anfang des Jahres durch die winterliche Witterung waren zeitlich begrenzt.

Der regionale und städtische Omnibusverkehr lief stabil, abgesehen von jahreszeitlich bedingten Witterungseinflüssen am Jahresanfang. Aufgetretene Kapazitätsengpässe wurden

im Berichtsjahr, wie auch schon in den Vorjahren, in bewährter Weise von den Omnibusunternehmen flexibel gelöst. Besonders in den Hauptverkehrszeiten verstärkte sich die Auslastung. Auffällig ist auch der Anstieg von Beeinträchtigungen des Omnibuslinienverkehrs durch das steigende Verkehrsaufkommen auf den Straßen v. a. im Berufspendlerverkehr und entlang des Bodensees in der Tourismussaison. Der ÖPNV ist durch Fahrplan- und Linienbindung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr signifikant im Nachteil. Die Qualitätseinbußen durch Fahrzeitverlängerungen und Anschlussverluste gehen zu Lasten der Kunden und damit zu Lasten des Images des ÖPNV.

f) Umweltbilanz

Berechnungen des Verbundes ergeben, dass die zusätzlichen Fahrgäste, die anstelle des motorisierten Individualverkehrs die umweltfreundlichen Verkehrsmittel Bus und Bahn nutzen, eine CO₂-Entlastung von ca. 225 Tonnen im Berichtsjahr bewirken. Die seit 2003 erreichte, nachhaltige jährliche Entlastungswirkung von ca. 7.300 Tonnen Kohlendioxid kann damit auf ca. 7.525 Tonnen gesteigert werden. Das System ÖPNV ist klimarelevant und trägt vor Ort nachhaltig zur Schonung der natürlichen Ressourcen bei.

g) Verbundabrechnung

Das Testat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young über die Jahresabrechnung für das Vorberichtsjahr lag zur Jahresmitte des Berichtsjahres vor. Auf dieser Grundlage wurde der endgültige Einnahmeausgleich für das Vorberichtsjahr (2010) zeitnah und reibungslos vorgenommen. Die Geschäftsstelle konnte ihre Aufgaben als Abrechnungsstelle für § 45a-PBefG-Ausgleichsleistungen fristgerecht und vollständig erledigen.

h) Verbundübergreifende Zusammenarbeit

Das zum 1. März des Berichtsjahres eingeführte Anschluss-StudiTicket ist ein weiteres Ergebnis der kontinuierlichen verbundübergreifenden Zusammenarbeit der Verbünde bodo, DING und naldo.

Das Projekt einer tariflichen Verknüpfung mit dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee im Raum Überlingen/Stockach (Teilprojekt 1.1) wurde im Berichtsjahr intensiviert. Ende September legte das beratende Unternehmen, die PTV Planung Transport Verkehr AG Karlsruhe den Endbericht vor, ergänzt durch eine Nutzenanalyse der tariflichen Maßnahmen bezogen auf die Bürger der Kreise Bodenseekreis und Konstanz.

Im Teilprojekt Städteschnellbus/Schiffsverbindungen (Teilprojekte 1.2 - 1.4) wurden Projekt-sitzungen und bilaterale Gespräche durchgeführt. Das beauftragte Beratungsunternehmen PTV legte im Herbst erste Ergebnisse vor. Die Projektarbeiten werden auf dieser Grundlage im Folgejahr intensiv fortgeführt.

In den Bemühungen um eine tarifliche Zusammenarbeit zwischen bodo und dem Landkreis Lindau ist im Berichtsjahr ein Durchbruch zu verzeichnen. Der Landkreis Lindau hat im Rahmen der Erstellung seines Nahverkehrsplanes die Möglichkeiten einer tariflichen Kooperation mit dem bodo-Verkehrsverbund untersucht. An einigen Workshops haben die Geschäftsführung und Vertreter der bodo-Landkreise teilgenommen. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschafts- und Regionalentwicklung des Landkreises Lindau am 21. November wurde auf der Grundlage einer Handlungsempfehlung des beratenden Unternehmens MVV consult die Fortsetzung der Untersuchungen mit dem Ziel der Integration in den bodo-Verkehrsverbund beschlossen. Damit lag am Ende des Berichtsjahrs diese wichtige Weichenstellung des Landkreises Lindau vor.

i) Fahrplandaten- und elektronisches Fahrgeldmanagement

Das Berichtsjahr stand ganz im Zeichen der Erarbeitung von Inhalten für den geografischen Bereich des Fahrplanauskunftssystems EFA, dem sogenannten DIVA Geo. Alle bodo-Linien und -Haltestellen wurden georeferenziert, d.h. die tatsächliche Linienführung und Lage der Haltestelle recherchiert und im Geoinformationssystem hinterlegt. Somit konnten die Ziele einer einheitlichen Bezeichnung der Haltestellen, einheitlichen Linienstruktur, Bereitstellung aller Daten für die landesweite Fahrplanauskunft sowie Bereitstellung von Linienverlaufs-

und Verkehrslinienplänen im Berichtsjahr vollumfänglich erreicht werden. Darüber hinaus wurde zur Verbesserung der Logistik im Printmedienbereich eine Vertriebsdatenbank konzipiert, die die Daten und Lieferadressen konsolidiert und mit der die Logistik zielgenau ab Druckerei gesteuert werden kann. Die Minifahrpläne wurden im Berichtsjahr für das Folgejahr in einer Auflage von 200.000 Stück produziert und dank der Vertriebsdatenbank zielgenau ausgeliefert. Für den Verbundfahrplan des Folgejahres (Auflage von 13.000) wurde der Drucksatz im Fahrplandatenprogramm DIVA erfolgreich erstellt.

Mit dem Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung LGL erfolgte im Berichtsjahr eine Kontaktaufnahme mit dem Ziel, die Nutzungsrechte an aktuellen topographischen Karten für interne und externe Verwendung zu erhalten. Die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg hat sich inzwischen dieser Aufgabe angenommen. Im Berichtsjahr wurden Verkaufshilfen für die Minifahrpläne (v.a. zur Verwendung in den Omnibussen) beschafft.

j) Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb

Auf den im Vorjahr im Dezember fristgerecht beim Land Baden-Württemberg eingereichten Projektantrag zum 3. Innovationsprogramm erhielt der bodo-Verkehrsverbund im Mai des Berichtsjahres einen positiven Förderbescheid. Fast zur gleichen Zeit zog das Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und Städtebau (BMVBS) seine Förderaktivität der 2. E-Ticket-Förderinitiative zugunsten der politisch priorisierten E-Mobilität zurück. Damit wurde dem zwischen Land und Bund abgestimmten Finanzierungskonzept, das eine Förderung der Verbünde DING, htv und bodo durch das Land und des Verbundes DING durch den Bund vorsah, die Grundlage entzogen. Land und Verbünde wurden von dieser Entscheidung überrascht und vor eine völlig veränderte Situation gestellt. Aufgrund der mit dem Regierungswechsel im Land verbundenen neuen Zuständigkeiten und politischen Prioritäten (u .a. Volksentscheid zum Bauprojekt Stuttgart 21) konnte bis zum Ende des Berichtsjahres keine Lösung für eine Finanzierung dieses Gemeinschaftsprojekts erzielt werden.

Bei einer Informationsveranstaltung im Schloss Laupheim am 25. Juli erläuterten die Geschäftsführer der vier Verbünde den Stand des EFM-Projekts und standen den ca. 50 Teilnehmern von Verkehrsunternehmen und Landratsämtern Rede und Antwort.

k) Vertragswesen

Mit einem Mix aus Informationsständen, Presseveranstaltungen und Aktionen warb der Verbund im Berichtsjahr gemeinsam mit den jeweiligen Verkehrsunternehmen für sein attraktives Angebot und begegnete aktiv allen Fragen rund um das Thema Öffentlicher Nahverkehr. Einen großen Stellenwert hatten die beiden Publikumsmessen Internationale Bodenseemesse in Friedrichshafen sowie Oberschwabenschau in Ravensburg. Der Gemeinschaftsstand mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH (NVBW) überzeugte durch eine auffällige, professionelle Gestaltung und war Zuschauererwartung, auch Dank sympathischer, fachkundiger Moderation. Unterjährig informierte der Verbund zudem in Schulzentren, im Kreisseniorrat Ravensburg, auf Prospektbörsen und weiteren öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen. Erstmals führte der Verbund gemeinsam mit den AboCentern ein Abokunden-Mailing durch, das eine positive Resonanz bewirkte.

Mit einer Pressesonderfahrt am 4. Mai eröffnete der Verbund gemeinsam mit den Projektpartnern die Radexpress Oberschwaben Saison 2011. Erfreulicher Anlass war die Wiederbelebung der Strecke Aulendorf - Altshausen - Ostrach - Pfullendorf. An Sonn- und Feiertagen zwischen Mai und Oktober fuhren daher im Wechsel ab Aulendorf die bereits bekannte Radexpress Oberschwaben Linie 752 mit Ziel Bad Wurzach und erstmals die neue Linie 754 mit Zielbahnhof Pfullendorf. Insgesamt wurden 4.300 Fahrgäste und über 900 Fahrräder befördert. Der Verbund bewarb den Radexpress Oberschwaben während der Saison regelmäßig in verschiedenen Medien, auch mit Unterstützung einiger Gemeinden und Städte entlang der Strecke.

Bereits zum fünften Mal jährte sich am 11. September der bodo-Erlebnistag. Bei spätsommerlichen Temperaturen begrüßte der Verbund insgesamt rund 2.100 Fahrgäste. Insbesondere die Ringzüge waren mit knapp 860 Fahrgästen auf Rekordkurs. Die Stadt Wangen im Allgäu unterstützte den Tag als Veranstaltungszentrum. Oberbürgermeister Michael Lang begrüßte zu einem kulinarischen wie auch unterhaltsamen Empfang am Wangener Bahnhof. Darüber hinaus bot die Stadt ein abwechslungsreiches Freizeitprogramm. Ein Team von Regio TV sowie Redakteure der lokalen Printmedien folgten der Einladung des Verbunds und berichteten.

Anlässlich der Verbesserungen auf der Württemberg-Allgäu-Bahn zum Fahrplanwechsel legte der Verbund einen Fahrplanprospekt auf. Der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg Winfried Hermann bereiste am 9. Dezember per Sonderzug das Verbundgebiet mit offiziellen Empfängen in Kißlegg und Wangen. Die Geschäftsführung erläuterte ihm in einem persönlichen Gespräch die aktuell anstehenden Themen und Projekte des Verbundes. Mitarbeiter des Verkehrsministeriums, der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg sowie der Verbundgeschäftsstelle organisierten einen informativen und unterhaltsamen Sonderzug-Nachmittag, der große Beachtung in der Presse fand.

Die Internetseite des Verbunds erstrahlt seit dem 20. Oktober in frischem Look, enthält moderne Anwendungen und ist optimal abgestimmt auf die Bedürfnisse der Nutzer. Dank Beachtung der Anforderungen an die barrierefreie Nutzung von Anfang an können sehbehinderte Nutzer die Inhalte mit entsprechender Software nun erfassen. Das Internetportal www.bodo.de verzeichnet im Berichtsjahr 534.560 (Vj. 426.195) Zugriffe, was eine Steigerung um 108.365 (Vj. 62.129) Zugriffe entsprechend 25 % (Vj. 25 %) bedeutet. Interessant sind auch die Verbesserungen seit Relaunch hinsichtlich Absprungrate, durchschnittliche Besuchszeit und Seitenaufrufe pro Besuch. Die Absprungrate konnte von rund 40 % auf unter 20 % reduziert werden, außerdem blieben die User mit durchschnittlich 4 Minuten länger auf der Internetseite (vor Relaunch durchschnittlich 2:40 Minuten) und riefen mehr Seiten pro Besuch auf (5,89 Seiten zu 3,37 Seiten vor Relaunch). Dies spricht für eine gelungene Umsetzung des Relaunch-Konzepts, das zum Ziel hatte, die Kunden intuitiv und erfolgreich an die jeweils gewünschte Information zu leiten.

Neben dem Onlineauftritt des Verbunds wurden unterjährig zahlreiche, hochwertige Informationsbroschüren, Aktionsflyer- und Plakate sowie Pressemitteilungen und anderweitige Medienerzeugnisse erstellt und veröffentlicht. Durch das Bespielen unterschiedlicher Medien wurden die verschiedenen Zielgruppen und eine breite Öffentlichkeit angesprochen.

I) Vertragswesen

Im Berichtsjahr wurden Vereinbarungen für die Durchführung der Verbundkooperation zwischen bodo und DING im Raum Bad Wurzach abgeschlossen. Dazu gehörten der 5. Nachtrag zum Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen zwischen den Verkehrsunternehmen und dem Landkreis Ravensburg sowie eine Vereinbarung zwischen dem Landkreis Biberach, Ravensburg und dem bodo-Verkehrsverbund über die Finanzierung und Abrechnung der kooperationsbedingten Lasten.

Die formelle Verlängerung der zum Ende des Berichtsjahres auslaufenden Vereinbarung über die Pauschalierung von § 45a-Ausgleichsleistungen konnte im bodo-Verkehrsverbund ebenso wenig wie in allen anderen baden-württembergischen Verbänden erreicht werden. Über den Sachverhalt einer beabsichtigten Verlängerung der Vereinbarung um zwei Jahre hat das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur den Verbund jedoch rechtzeitig informiert.

m) Verkehrsplanung

Die Verabschiedung der Nahverkehrspläne der bodo-Landkreise erfolgte in den Kreistags-sitzungen des Bodenseekreises am 30. Mai 2011 und des Landkreises Ravensburg am 16. Dezember 2010. Die Verbundgeschäftsstelle hat im Berichtsjahr, wie bereits im Vorjahr, die Landkreise bei der Erstellung der Nahverkehrspläne beraten.

Die Fahrplananhörung für das Fahrplanjahr 2011 wurde im Frühjahr des Berichtsjahres auf elektronischem Wege durchgeführt. Im Rücklauf waren 86 (Vj. 55) Fahrplananträge beim Verbund eingegangen, die von der Verbundgeschäftsstelle den betreffenden Verkehrsunter-nehmen zugestellt wurden. Diese haben 20 (Vj. 19) Vorschläge zur Realisierung zugesagt.

Im Zuge der Umsetzung der Nahverkehrspläne wurden im Berichtsjahr durch Verbund und Unternehmen die Grundlagen für ein Verkehrsraummanagement gelegt. Das Verbundgebiet wurde in sechs Verkehrsräume aufgeteilt, für die künftig Verkehrsraummanager aus dem Kreise der Verkehrsunternehmen zuständig sind. Mit dem Pilotprojekt Deggenhausertal star-tete im Sommer des Berichtsjahres ein erstes Verkehrsraumprojekt, das bereits im Dezember mit einem überplanten Regionalbusangebot und einem bedarfsorientierten Sams-tagsangebot realisiert wurde.

n) Geschäftsstellenangelegenheiten

Ein Mitarbeiter im Bereich Verbundplanung hatte der Geschäftsführung im Januar des Be-richtsjahres seine Entscheidung mitgeteilt, die Gesellschaft Ende Juli auf eigenen Wunsch zu verlassen. Diese frühzeitige Information ermöglichte der Geschäftsführung die zügige Neu-ordnung der Aufgabenverteilung innerhalb der Geschäftsstelle sowie das Einleiten von personellen Maßnahmen. Als Ergebnis wurde die Stelle Verbundplanung und Fahrplanda-tenmanagement einem Mitarbeiter übertragen. Die Stelle Marketing wurde im April nach einem Auswahlverfahren nachbesetzt.

o) Fazit und Ausblick

Mit der verbesserten Wirtschafts- und Beschäftigungslage ging im Berichtsjahr eine verstärk-te ÖPNV-Nachfrage einher. Das Einnahmeergebnis, das über der Prognose lag, konnte einen nachhaltigen Beitrag zur Deckung der steigenden Produktionskosten und zur Siche-rung des Angebots leisten. Die Anstrengungen von Verbund und Unternehmen, das im Markt vorhandene Potential zu heben, waren insbesondere bei den Nutzergruppen Berufspendler und Studierende erfolgreich. Das Berichtsjahr kann als ein erfolgreiches Verbundjahr bewert-et werden.

Aus Sicht der Geschäftsführung werden im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen und Problemen steigende Anforderungen an den ÖPNV gestellt werden. Die bereits bestehende Diskrepanz zwischen diesen Anforderungen und den tatsächlichen Möglichkeiten wird sich deshalb vertiefen, weil der ÖPNV nicht im gleichen Maße entsprechende finanzielle und in-frastrukturelle Unterstützung erfährt. Ohnehin knappe Ressourcen werden für das Thema Elektromobilität eingesetzt, obwohl in den seit langen Jahren bestehenden Aufgabenfeldern des ÖPNV Defizite bestehen. Für den Ausbau des Verkehrsangebots können die notwendi-gen Mittel weder von staatlicher Seite noch von den mit Kostensteigerungen belasteten Verkehrsunternehmen aufgebracht werden. Wegen unklarer rechtlicher und wettbewerbli-cher Rahmenbedingungen fehlt es zudem an der erforderlichen Vertrauensbasis, um in neue Mobilitätskonzepte zu investieren. Nur die Entwicklung von neuen Konzepten und eine an-gebotsorientiertere Marktstrategie könnten nach Einschätzung der Geschäftsleitung eine nachhaltige Veränderung des Modalsplits bewirken.

Die Geschäftsführung sieht deshalb die Notwendigkeit, sich auf das Machbare zu konzentrie-ren und noch vorhandene Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. So sollen die tariflichen Kooperationsprojekte mit dem Verkehrsverbund VHB und dem Landkreis Lin-dau vorangetrieben und auf solide rechtliche und finanzielle Grundlagen gestellt werden.

Weiterhin soll auch das Ziel einer Einführung des Elektronischen Fahrgeldmanagements mit innovativen Kundenservices und verbesserten Informationsmöglichkeiten energisch weiterverfolgt werden. Für die Verbesserung des Kundenservice im Verkehrsverbund durch Einrichtung von ServiceCentern in Friedrichshafen und Ravensburg sind die Weichen gestellt und die Arbeiten bereits eingeleitet. Die Weiterentwicklung des Fahrscheinangebots und der Ausbau des Fahrtenangebots entlang des finanziell Machbaren bleiben weiterhin Herausforderungen für alle Akteure im ÖPNV. Hierfür bieten die Nahverkehrspläne der beiden Landkreise sowie das Verkehrsraummanagement im bodo eine solide Arbeitsgrundlage.

Die Geschäftsführung erachtet es als eine wichtige Zukunftsaufgabe, die Maßnahmen aller Akteure im ÖPNV darauf auszurichten, eine Senkung der Zugangshemmnisse zum ÖPNV zu bewirken. Insbesondere die sich verändernden Nachfragestrukturen wie zunehmende (E-) Motorisierung, individualisiertere Mobilitätsbedürfnisse (u.a. Freizeitnachfrage) und demografisch bedingte Veränderungen müssen dabei in den Fokus gerückt werden. Ziel der Bemühungen ist der Erhalt und Ausbau eines ÖPNV, der durch seinen hohen Gesamtwirkungsgrad effizient ist und durch seinen Kundennutzen eine hohe gesellschaftliche Zustimmung erfährt.

Ravensburg, den 22. Februar 2012

Jürgen Löffler, Geschäftsführer

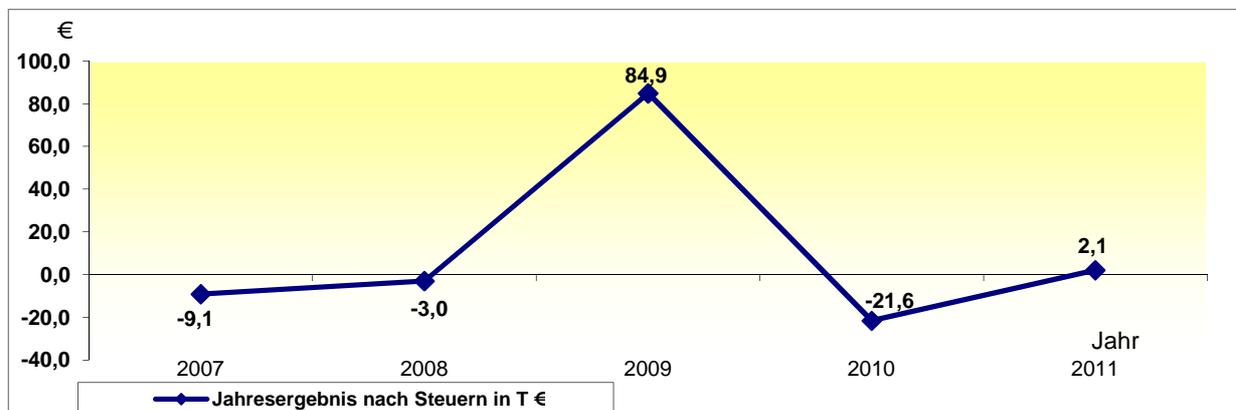
11. Abschlussprüfer

EversheimStuible Treuberater GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2011 in T €/ Fahr- gäste	2010 in T €/ Fahr- gäste	2009 in T €/ Fahr- gäste	2008 in T €/ Fahr- gäste
Verbundeinnahmen	29.067	28.458	28.260	26.020
Fahrgastzahlen	33.305	33.468	33.720	33.000

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	2,4	0,3	1,2	0,2	5,5	0,5
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	2,0	0,3	2,6	0,4	0,0	0,0
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	36,1	4,7	26,6	3,7	12,5	1,1
	40,5	5,3	30,4	4,2	18,0	1,6
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Waren	8,2	1,1	7,1	1,0	6,6	0,6
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	7,6	1,0	15,3	2,1	4,6	0,4
2. Forderung gegen Gesellschafter	0,8	0,1	12,6	1,7	31,3	2,8
3. Sonstige Vermögensgegenstände	23,6	3,1	20,6	2,9	11,8	1,1
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	681,8	89,4	633,8	87,8	1.046,1	93,5
	721,9	94,7	689,4	95,5	1.100,6	98,4
C. C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,0	1,8	0,2	0,1	0,0
Bilanzsumme	762,5	100,0	721,6	100,0	1.118,7	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	32,0	4,2	32,0	4,4	32,0	2,9
II. Rücklagen						
1. Gewinnrücklagen	65,4	8,6	86,9	12,0	2,0	0,2
III. Jahresfehlbetrag	2,1	0,3	-21,6	-3,0	84,9	7,6
	99,5	13,0	97,4	13,5	118,9	10,6
B. Rückstellungen	22,5	2,9	29,4	4,1	29,6	2,6
C. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	98,0	12,9	144,7	20,1	161,8	14,5
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4,3	0,6	4,3	0,6	0,0	0,0
III. Sonstige Verbindlichkeiten	538,2	70,6	445,8	61,8	808,2	72,3
	640,6	84,0	594,8	82,4	970,1	86,7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	762,5	100,0	721,6	100,0	1.118,6	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	4,7	0,5	4,6	1,3	5,8	1,8
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	849,6	99,5	345,0	98,7	317,8	98,2
5. Gesamtleistung	854,3	100,0	349,6	100,0	323,6	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	56,3	6,6	61,8	7,1	36,9	5,3
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	69,1	8,1	126,2	14,5	51,7	7,4
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	323,6	37,9	290,9	33,4	295,2	42,2
b) Soziale Abgaben	52,4	6,1	45,0	5,2	45,2	6,5
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	14,6	1,7	13,9	1,6	26,7	3,8
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	337,3	39,5	334,1	38,3	243,5	34,8
10. Gesamtaufwand	853,3	100,0	871,9	100,0	699,2	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	0,9		-522,3		-375,7	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,2		2,2		2,1	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	0,0		498,5		458,5	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
18. Finanzergebnis	1,2		500,7		460,6	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2,1		-21,6		84,9	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	2,1		-21,6		84,9	

BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Kontakt:	Kornblumenstraße 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	5. Februar 2002
Eintragung Handelsregister:	26. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

An der BOB GmbH & Co.KG ist die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH als Komplementärin und persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage und Kapitalanteil beteiligt. Das ins Handelsregister eingetragene Haftkapital der Kommanditisten beträgt 1.278.400 €. Es verteilt sich auf die Kommanditisten wie folgt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	351.560 €	27,50%
Stadt Ravensburg	319.600 €	25,00%
Landkreis Bodenseekreis	255.680 €	20,00%
Landkreis Ravensburg	223.720 €	17,50%
Gemeinde Meckenbeuren	127.840 €	10,00%
	1.278.400 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens**Geschäftsführung:**

Die Geschäftsführung wird von der BOB VerwaltungsGmbH, Friedrichshafen, wahrgenommen. Diese wird durch ihren Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Verw.-Betriebswirt Manfred Foss, Friedrichshafen, vertreten. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Beirat:

Der Beirat ist bei der Komplementärin, der BOB Verwaltungs-GmbH installiert.

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Lothar Wölfle, Landrat
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Rechtsvorgängerin: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH) betreibt seit 1993 Schienenpersonennahverkehr zwischen Friedrichshafen Stadt und Ravensburg. Ab 1997 hat sie ihr Bedienungsgebiet im Norden bis Aulendorf und im Süden bis Friedrichshafen Hafen erweitert und sich damit als fester Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben etabliert.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Beteiligung an der Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (Anteil: 5%)

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Vertrag über die technische Betriebsführung im Schienenpersonennahverkehr mit der Hohenzollerischen Landesbahn AG, Hechingen (HzL), und der DB ZugBus Regionalverkehr Alb Bodensee GmbH (RAB), Ulm, vom 30. September/5. Juli 1993. Der Vertrag trat am 1. Juli 1993 in Kraft und lief bis zum 30. September 2002 mit automatischer Verlängerung um ein Kalenderjahr bei unterlassener Kündigung.
- ⇒ Betriebsführungsvertrag mit der Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) über die kaufmännische Betriebsführung vom 19./15. April 1993 in der Fassung des 3. Nachtrags vom 25. Januar 2000. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Oktober 1991 in Kraft und lief bis zum 30. September 2002 mit automatischer Verlängerung um ein Kalenderjahr bei unterlassener Kündigung.
- ⇒ Verkehrsvertrag über ein Verkehrsangebot auf der Eisenbahnstrecke zwischen Friedrichshafen (Hafenbahnhof) und Aulendorf mit dem Land Baden-Württemberg vom 22. November 1996 (in Kraft getreten am 1. Juni 1997) bezüglich Art, Umfang und Qualitätsmerkmalen des Schienenpersonennahverkehrs auf der Strecke Friedrichshafen (Hafenbahnhof) und Aulendorf sowie Bezuschussung und Betriebskosten. Am 1. Januar 2010 ist eine überarbeitete Fassung dieses Vertrags in Kraft getreten. Soweit sich aus der Vertragsverlängerung nichts anderes ergibt, gelten die Regelungen des ursprünglichen Vertrags fort. Nach der Vertragsänderung werden die Stations- und Trassenentgelte zukünftig in vollem Umfang vom Land Baden-Württemberg bezuschusst. Im Gegenzug wird die Bezuschussung je Zugkilometer auf € 3,38 (mit jährlicher Dynamisierung ab 2011 von 1,5 %) reduziert.
- ⇒ Infrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG vom 5./14. Februar 2002 (Trassennutzung). Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Oktober 2001 in Kraft und endete grundsätzlich mit Ablauf des Fahrplanjahres 2011/2002 am 14. Dezember 2002. Der Vertrag verlängert sich jedoch jeweils um ein Jahr, sofern er nicht frist- und/oder formgerecht gekündigt wird.
- ⇒ Stationsnutzungsvertrag zwischen der DB Station & Service AG und der BOB KG vom 11. November 2010. Der Vertrag trat zum 12. Dezember 2010 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 11. Dezember 2011.
- ⇒ Vertrag über die Durchführung von Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Ravensburg und Aulendorf als Ergänzung der bestehenden Verkehre der BOB (Zuschussvertrag) mit den Gebietskörperschaften des nördlichen mittleren Schussentals (Landkreis Ravensburg, Stadtwerke Ravensburg, Stadt Weingarten, Stadt Aulendorf, Gemeinde Baienfurt, Gemeinde Wolpertswende, Gemeinde Berg, Gemeinde Baidnt) über die Bezuschussung der Erweiterung im Abschnitt Ravensburg - Aulendorf vom 22. November 1996. Am 29. September 2004 wurde der 1. Nachtrag und am 16. Dezember 2010 der 2. Nachtrag zu diesem Zuschussvertrag abgeschlossen. Der 2. Nachtrag trat zum 1. Januar 2011 in Kraft und endet mit Ablauf des Fahrplanjahres 2015/2016.

- ⇒ Vertrag über die anteilige Mitfinanzierung und Durchführung von Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Ravensburg und Aulendorf als Ergänzung der bestehenden Verkehre der BOB (Zuschussvertrag) mit der Gemeinde Fronreute über die Bezuschussung der Erweiterung im Abschnitt Ravensburg – Aulendorf vom 22. November 1996. Am 20. Oktober/29. September 2004 wurde der 1. Nachtrag und am 16. Dezember 2010 der 2. Nachtrag zu diesem Zuschussvertrag abgeschlossen. Der 2. Nachtrag trat zum 1. Januar 2011 in Kraft und endet mit Ablauf des Fahrplanjahres 2015/2016.
- ⇒ Vertrag über die Durchführung von Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Friedrichshafen Stadtbahnhof und Friedrichshafen Hafenbahnhof als Ergänzung der geplanten Verkehrsausweitung der BOB (Zuschussvertrag) mit der Stadt Friedrichshafen vom 28./25. November 1996 betreffend die Bezuschussung der Erweiterung im Abschnitt Friedrichshafen Stadt - Friedrichshafen Hafen. Am 30. September 2004 wurde der 1. Nachtrag und am 16. November der 2. Nachtrag zu diesem Zuschussvertrag abgeschlossen. Der 2. Nachtrag trat zum 1. Januar 2011 in Kraft und endet mit Ablauf des Fahrplanjahres 2015/2016.
- ⇒ Einzelnutzungsvertrag über die Nutzung von Serviceeinrichtungen der DB Netz AG zwischen der DB Netz AG und der BOB vom 15. Dezember 2008. Der Vertrag regelt die Nutzung von einzelnen Infrastrukturanlagen in den Betriebsstellen Aulendorf und Friedrichshafen (Gleise, Weichen).
- ⇒ Vertrag zur Übernahme von Dienstleistungen der BOB-Verkaufsorganisation mit der RAB. Der Vertrag trat am 1. April 1993 in Kraft und wurde auf drei Jahre abgeschlossen. Wird er nicht schriftlich unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt, verlängert er sich jeweils um ein Jahr.
- ⇒ Kooperationsvertrag über die Bildung einer Tarifgemeinschaft vom 6. Oktober/23. September 2004 mit der RAB. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und endete am 31. Dezember 2006. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht form- und fristgerecht gekündigt wird. Mit Datum vom 12. August/16. September 2009 wurde der 1. Nachtrag und mit Datum vom 16. September/17. November 2009 der 2. Nachtrag zum Kooperationsvertrag vereinbart.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über die Betreuung der BOB-Fahrausweisautomaten mit der Technische Werke Friedrichshafen GmbH. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2010 in Kraft und endet zum 31. Dezember 2014. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht mit einer Frist von 9 Monaten zum Kalenderjahresende gekündigt wird.
- ⇒ Dienstleistungsvertrag über den Vertrieb von Fahrkarten mit der DB Vertrieb GmbH. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2010 in Kraft und endet frühestens mit Ablauf des Jahres 2012. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht mit einer Frist von 6 Monaten zum Ablauf eines Fahrplanjahres gekündigt wird.
- ⇒ Mietverträge mit der DB Immobiliengesellschaft mbH vom 20./30. April 1999 sowie vom 7./15. März 2001 (mit verschiedenen Nachträgen). Mietgegenstände sind der Betriebsbahnhof in Friedrichshafen sowie das Betriebsgelände in Aulendorf. Die Mietverhältnisse begannen am 1. September 1998 bzw. am 1. März 1999 und endeten am 31. August 2008 bzw. 28. Februar 2009; nach Ablauf der Mietzeit steht der BOB ein zweimaliges Optionsrecht auf Verlängerung des Mietverhältnisses um jeweils fünf Jahre zu, wobei die Option mit einer Frist von 12 Monaten vor Vertragsablauf zu erklären ist. Die BOB hat für beide Vertragsverhältnisse die erste Verlängerungsoption ausgeübt. Die Vertragslaufzeit endet nun zunächst am 31. August 2013 bzw. am 28. Februar 2014.

Verträge im Zusammenhang mit der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (BODO):

- ⇒ Gesellschaftsvertrag vom 24. Februar 2003; Laufzeit unbefristet; Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des Geschäftsjahres; erstmals zum 31. Dezember 2006.
- ⇒ Zusammenarbeitsvertrag vom 12. Dezember 2003 zwischen der BOB und der RAB einerseits und BODO andererseits. Der Vertrag trat mit der Einführung des Verbundtarifs

- in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden; erstmals zum 31. Dezember 2006.
- ⇒ Einnahmezuscheidungsvertrag vom 12. Dezember 2003 zwischen BODO, RAB und BOB einerseits und verschiedenen Verkehrsunternehmen andererseits. Der Vertrag trat mit der Einführung des Verbundtarifs am 1. Januar 2004 in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Zuscheidungsvertrag gilt derzeit in der 3. Ergänzungsvertrages vom April 2006.
 - ⇒ Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB zur Regelung des Ausgleichs der Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2004 in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden; erstmals zum 31. Dezember 2006.
 - ⇒ Vereinbarung über verbundbedingte Investitionen und deren Finanzierung vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB zur Regelung der Beschaffung, Finanzierung und Instandhaltung von für den Verbund notwendigen Geräten und Ausrüstungen.

8. Wesentliche Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis leistete 2011 folgende Zahlungen an die BOB:

- ⇒ Zuschüsse für die Umwelt-Abo-Karten: 25.554,31 €
- ⇒ für Schülermonatskarten: 82.051,90 €
- ⇒ für Ausgleich verbundbedingter Belastungen: 23.025,30 €

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags werden Gewinnanteile den Darlehenskonten der Kommanditisten gutgeschrieben, falls nicht die Gesellschafterversammlung vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, Teile des Gewinns den Rücklagenkonten zuzuschreiben.

9. Anzahl der 2010/2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer war ein weiterer Mitarbeiter als Prokurist beschäftigt. Die für die Abwicklung des operativen Geschäfts erforderlichen Leistungen werden von den Betriebsführern über Betriebsführungsverträge gegen Entgelt erbracht.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf

Wiederum erfolgreich, und zwar unter verkehrs- als auch betriebswirtschaftlichen Aspekten, verlief für die Bodensee-Oberschwaben-Bahn das Geschäftsjahr 2010/11. Eine pünktliche und zuverlässige Betriebsdurchführung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise der positive Trend bei den Fahrgastzahlen fortgesetzt werden konnte. Daneben ist es der Gesellschaft erneut gelungen, einen signifikanten Gewinn zu erzielen.

Da die Verantwortung für den SPNV bei den Bundesländern angesiedelt ist, führt die Gesellschaft ihren Verkehr im Auftrag des Landes Baden-Württemberg durch. Die vertragliche Grundlage hierfür bildet ein Verkehrsvertrag, der mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 angepasst wurde. Danach werden die Kosten für die Inanspruchnahme der DB-Schieneninfrastruktur (Trasse und Bahnhöfe bzw. Haltepunkte) nunmehr vom Land separat abgegolten, sodass sich diese kostensteigernden Maßnahmen für die Gesellschaft nicht mehr auswirken. Für die Nutzung der Infrastruktur bestehen für die Trasse ein Infrastruktur-

nutzungsvertrag mit der DB Netz AG sowie ein Stationsnutzungsvertrag mit der DB Station & Service AG. Aufgrund der exorbitanten Steigerungsraten bei den Stationspreisen in den zurückliegenden Jahren kürzt die Gesellschaft seit Anfang 2008 ihre Zahlungen an die DB Station & Service AG (die Einbuchung der entsprechenden Verbindlichkeiten wird aber in voller Höhe vorgenommen). Nachdem die Gesellschaft in diesem Rechtsstreit in erster Instanz unterlegen ist, läuft hier gegenwärtig das Berufungsverfahren. Diesbezüglich steht die Gerichtsentscheidung noch aus. Der Verkehrsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg wurde mit Wirkung ab 1. Januar 2010 bezüglich der Infrastrukturkosten geändert; seit diesem Zeitpunkt werden auch die Stationspreise in vollem Umfang – allerdings unter Vorbehalt – bezahlt.

Die für die Betriebsdurchführung erforderlichen Dienstleistungen werden wie bisher von den betreffenden Vertragspartnern erbracht. So ist weiterhin die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) für die kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführung zuständig, im Produktionsbereich zeichnen die DBZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) für die Personalgestellung der Triebwagenführer und die Hohenzollerische Landesbahn AG für den eisenbahntechnischen Part verantwortlich. Seit 1. Januar 2010 hat es auch bei der Verkaufsorganisation eine Änderung gegeben. Für die technische und kassenmäßige Betreuung dieser Verkaufsgeräte ist seit diesem Zeitpunkt die TWF (bisher DB Vertrieb) zuständig.

Die Gesellschaft hat ihr Fahrplanangebot im Fahrplanjahr 2010/2011 (12. Dezember 2010 - 10. Dezember 2012) unverändert beibehalten. Das Fahrleistungsvolumen betrug im Geschäftsjahr (1. Oktober 2010 – 30. September 2011) rd. 534.600 km.

Der Einsatz des einheitlichen Wagenparks bewirkt neben den betriebswirtschaftlichen Vorteilen bei der Instandhaltung auch positive Effekte bei der Betriebsabwicklung. Beispielhaft dafür steht die weiterhin hohe Pünktlichkeitsquote, die wie im Vorjahr auch im laufenden Kalenderjahr 2011 (01. Januar - 30. September 11) erneut 98,7 % erreicht - ein Ergebnis, welches bundesweit zur Spitzengruppe zählt.

Die Gesellschaft ist Vollmitglied im Verkehrs- und Tarifverbund „bodo“, der die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg umfasst und am 1. Januar 2004 gestartet ist. Das verbundweite Fahrgastaufkommen ist im Jahr 2011 (Januar bis August) um 1 % gestiegen.

Bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn ist auch im laufenden Jahr eine positive Fahrgastentwicklung festzustellen. Die durchschnittliche Anzahl der Fahrgäste hat sich entsprechend den Zählungen im November, März, Juni und September um rd. 2,4 % gegenüber den entsprechenden Zählungen des Vorjahres erhöht. Damit wird auch der bundesweite ÖPNV-Wert (1,4 %) deutlich übertroffen.

Der stetige Anstieg der Fahrgastzahlen, der zunehmend zu Kapazitätsengpässen im Spitzenverkehr führt, und die hohe Belastung des Wagenparks hat dazu geführt, dass der Beirat in seiner Sitzung im Juli 2011 eine Grundsatzentscheidung zum Kauf zweier zusätzlicher Triebwagen getroffen hat. Das Investitionsvolumen hierfür beläuft sich auf 4,7 Mio. € und wird von der Gesellschaft aus Eigenmitteln bzw. Fremdkapital finanziert. Die Auslieferung dieser Fahrzeuge erfolgt im Juni 2013.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2010/11 auf 0,71 Mio. € (Vj. 1,04 Mio. €). Die Umsatzerlöse verringerten sich dabei geringfügig um 0,01 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken aufgrund fehlender Mieterträge und geringerer Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 0,06 Mio. €. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen hauptsächlich aufgrund höherer Preise im Treibstoffbezug um 0,15 Mio. €, wogegen sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen

aufgrund höherer Ausgaben für die technische Betriebsführung sowie höherer Trassen- und Stationsentgelte um 0,19 Mio. € erhöhten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich hauptsächlich aufgrund gesunkener Rechts- und Beratungskosten um 0,09 Mio. € verringert.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010/11 beläuft sich nach Steuern auf 0,61 Mio. €. Er liegt damit 0,29 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die Vermögens- und Finanzlage war im Geschäftsjahr 2010/11 weiterhin konstant. Es standen jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, was schon durch den Bestand an Bank- und Kassenguthaben zum 30. September 2011 in Höhe von rd. 0,6 Mio. € dokumentiert wird. Unter voller Einrechnung des Jahresüberschusses 2010/11, der vollständig in die Rücklagen eingestellt werden soll, errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 64 % (Vj. 62 %). Neben der planmäßigen Darlehenstilgung von 0,3 Mio. € wurden auch in diesem Geschäftsjahr weitere 0,25 Mio. € als Sondertilgung geleistet. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betrugen rd. 2,39 Mio. €; und entfielen mit 2,28 Mio. € im Wesentlichen auf die 1. Anzahlung für zwei neue Triebwagen.

c) Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Zur Beherrschung und Kontrolle der Risiken hat die TWF im Rahmen ihrer Aufgabenstellung als kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführerin der BOB KG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es finden halbjährlich Risikoinventuren statt. Gemäß dem letzten Risikobericht mit Stand Oktober 2011 besteht bei der Gesellschaft ein bestandsgefährdendes Risiko: Ein ausbleibender Verlustausgleich der Gesellschafter für die negativen Jahresergebnisse ab 2012/2013 (Auswirkung zusätzlicher Triebwagen) kann zu Unterliquidität führen. Die Gegenmaßnahme (Finanzierung des Verlust durch Darlehen wurde Ende des Geschäftsjahres angegangen und die entsprechenden Darlehensverträge wurden mittlerweile abgeschlossen. Als weitere Risiken für die Zukunft werden angesehen: Anstieg der Treibstoffkosten und steigende Personalkosten, die sich über die entsprechenden Dienstleistungsverträge auch bei der BOB KG niederschlagen werden.

d) Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2011/12 wird nicht zuletzt aufgrund der Beschaffung der beiden zusätzlichen Triebwagen mit einer verhalteneren Entwicklung gerechnet. Steigerungen im Aufwandsbereich (insbesondere bei der Instandhaltung der Fahrzeuge, höhere Personalkosten der Triebwagenführer, Entwicklung der Treibstoffpreise) stehen – abgesehen von den höheren Betriebskostenzuschüssen des Landes aufgrund des deutlichen Anstiegs bei den Infrastrukturkosten – nur geringe Zuwächse bei den Erlösen gegenüber. Hier machen sich seit Jahresbeginn 2011 die geringeren Zahlungen der regionalen Zuschussgeber (Gebietskörperschaften des nördlichen mittleren Schussentals) sowie der Stadt Friedrichshafen bemerkbar. Unter diesen Rahmenbedingungen wird auch im Geschäftsjahr 2011/12 mit einem Gewinn in einer knapp sechsstelligen Größenordnung gerechnet.

Gemäß mittelfristiger Finanzplanung werden sich die Unternehmensergebnisse im Planungszeitraum bis zum Geschäftsjahr 2014/15 verschlechtern. Sowohl die Hauptuntersuchungen der sieben Triebwagen in den Geschäftsjahren 2012/13 und 2013/14, insbesondere jedoch der Anstieg der Kapital- und zusätzlichen Betriebskosten aufgrund des Zugangs der zusätzlichen Triebwagen im Geschäftsjahr 2012/13, führen zu einem deutlichen Anstieg der Aufwendungen. Unter diesen Rahmenbedingungen ergeben sich ab dem Geschäftsjahr 2012/13 negative Unternehmensergebnisse.

e) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

Friedrichshafen, den 21. November 2011

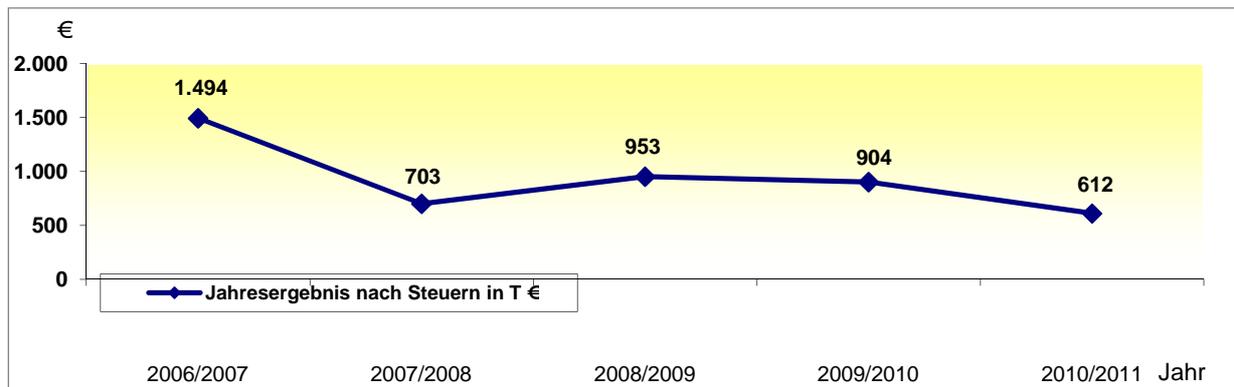
Manfred Foss, Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

12. Leistungskennzahlen

Leistungskennzahlen	2010/ 2011	2009/ 2010	2008/ 2009	2007/ 2008
Pünktlichkeitsquote	98,7 %	98,7 %	98,3 %	98,5 %
Fahrgäste/Werktag	4.977	4.760	k.A.	k.A.
Fahrleistungsvolumen in km	534.615	531.815	532.517	533.459

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2011

Bilanz zum 30.09.2011 Aktiva	2010/2011		2009/2010		2008/2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	101,0	1,0	46,2	0,5	0,0	0,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	270,7	2,8	290,2	3,0	302,3	2,9
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.890,2	50,7	5.319,0	54,8	5.747,8	55,9
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	543,5	5,6	658,6	6,8	42,2	0,4
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.275,0	23,6	0,0	0,0	223,4	2,2
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	1,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
	8.081,9	83,8	6.315,6	65,1	6.317,3	61,4
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Waren		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0,0	0,0	0,0	0,0	216,9	2,1
2. Forderung gegen Gesellschafter	36,3	0,4	21,9	0,2	16,1	0,2
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	916,1	9,5	436,8	4,5	354,7	3,4
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	604,0	30,1	2.920,1	30,1	3.374,3	32,8
	1.556,4	16,1	3.378,8	34,8	3.962,0	38,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10,4	0,1	10,4	0,1	4,6	0,0
Bilanzsumme	9.648,7	100,0	9.705,2	100,0	10.283,9	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2011

Bilanz zum 30.09.2011 Passiva	2010/2011		2009/2010		2008/2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Feste Kapitaleinlagen der Kommanditisten	1.278,4	13,2	1.278,4	13,2	1.278,4	12,4
II. Rücklagen	4.263,2	34,2	3.810,9	39,3	3.525,0	34,3
III. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	612,5	6,3	904,6	9,3	953,1	9,3
	6.154,1	63,8	5.994,0	61,8	5.756,5	56,0
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	134,8	1,4	199,5	2,1	264,3	2,6
C. Rückstellungen						
I. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	99,1	1,0
II. Sonstige Rückstellungen	888,5	9,2	961,8	9,9	1.229,2	12,0
	888,5	9,2	961,8	9,9	1.229,2	12,9
D. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	625,0	6,5	1.725,0	12,1	1.725,0	16,8
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.496,3	15,5	1.003,6	10,3	1.176,9	11,4
III. Verbindlichkeiten gegen Gesellschaftern	258,4	2,7	258,7	2,7	2,1	0,0
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	74,4	0,8	71,8	0,7	23,9	0,2
V. Sonstige Verbindlichkeiten -davon aus Steuern:	10,0 (205,6)	0,1	31,9 (284,4)	0,3	3,6 (143,5)	0,0
	2.464,1	25,5	2.541,0	26,2	2.931,5	28,5
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7,2	0,1	9,0	0,0	3,4	0,0
Bilanzsumme	9.648,7	100,0	9.705,2	100,0	10.283,9	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2010/2011		2009/2010		2008/2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	7.116,9	96,4	7.128,5	95,7	6.789,4	95,8
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	265,9	3,6	323,9	4,3	299,6	4,2
5. Gesamtleistung	7.382,8	100,0	7.452,5	100,0	7.089,0	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	920,8	13,9	774,8	12,2	662,8	11,2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.434,8	66,8	4.246,7	66,7	4.195,9	70,7
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	15,5	0,2	15,5	0,2	10,6	0,2
b) soziale Abgaben	2,5	0,0	2,4	0,0	1,0	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	621,0	9,4	591,1	9,3	461,4	7,8
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	646,7	9,7	732,5	11,5	603,0	10,2
10. Gesamtaufwand	6.641,1	100,0	6.363,0	100,0	5.934,7	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	741,7		1.089,5		1.154,3	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24,2		25,5		53,3	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	-19,0		-19,0		-18,9	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-33,4		-54,6		-76,2	
18. Finanzergebnis	-28,2		-48,1		-41,8	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	713,5		1.041,3		1.112,5	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-100,6		-136,3		-159,1	
22. Sonstige Steuern	-0,4		-0,4		-0,3	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	612,5		904,6		953,1	

Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH
Kontakt:	Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	12. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	27. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag:	12. Dezember 2001
Letzte Änderung:	23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Am Stammkapital des Unternehmens von 30.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	8.250,00 €	27,50%
Stadt Ravensburg	7.500,00 €	25,00%
Landkreis Bodenseekreis	6.000,00 €	20,00%
Landkreis Ravensburg	5.250,00 €	17,50%
Gemeinde Meckenbeuren	3.000,00 €	10,00%
	30.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Manfred Foss, Dipl.-Verw.-Betriebswirt

Beirat:

Vorsitzender: Lothar Wölfle, Landrat (ab 01.01.2010)
 stv. Vorsitzender: Kurt Widmaier, Landrat
 Mitglieder: Andreas Brand, Oberbürgermeister (bis 25.11.2010)
 Peter Hauswald, Bürgermeister (bis 25.11.2010)
 Alfred Müllner, Geschäftsführer
 Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister (ab 25.11.2010)

Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister (ab 21.06.2010)
Hans-Georg Kraus, Erster Bürgermeister
Dr.-Ing. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer
Gerd Hägele, Regierungsdirektor
Norbert Schültke, Dipl.-Ingenieur
Andreas Schmid, Bürgermeister

Die Mitglieder des Beirates erhalten keine Vergütung.
Auch der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung; die Personalaufwendungen der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG betreffen dagegen den Geschäftsführer und den Prokuristen.

5. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht in der Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Weitere Beteiligungen können erworben und verwaltet werden. Eine eigene unternehmerische Geschäftstätigkeit entfaltet die Gesellschaft bislang nicht.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Gesellschaft ist an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG als Vollhafterin (Komplementärin) beteiligt. Sie hat in dieser Eigenschaft keine Einlage erbracht und hält keinen Kapitalanteil.

7. Wesentliche Verträge

Es bestehen keine wichtigen Verträge.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Es bestehen keine direkten Finanzbeziehungen.

9. Anzahl der 2010/2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

10. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Gesellschafter der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH sind die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (27,5 %), die Stadtwerke Ravensburg (25,0 %), der Landkreis Bodenseekreis (20,0 %) der Landkreis Ravensburg (17,5 %) und die Gemeinde Meckenbeuren (10,0 %). Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 30.000 €. Die Gesellschaftsdauer ist unbefristet.

Da Gegenstand des Unternehmens der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG ist, fallen in der Gesellschaft nur wenige Geschäftsvorfälle an. Es gibt gegenwärtig keine Überlegungen, wonach die Gesellschaft eine eigene operative Geschäftstätigkeit entwickeln wird. Die GmbH hat keinen Kapitalanteil an der KG übernommen. Der Komplementärin werden sämtliche Auslagen erstattet, die bei ihr für die Geschäftsführung und Vertretung der KG entstehen.

Darüber hinaus erhält sie eine Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) in Höhe von 6 % des eingezahlten Stammkapitals nach dem Stand zu Beginn des Geschäftsjahres.

Für die anstehenden Geschäftsjahre sind Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung bei der BOB derzeit nicht zu erwarten. Für die Zukunft wird eine weitgehende Deckung des Eigenaufwandes durch die Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) erwartet.

Friedrichshafen, den 15. November 2011

Manfred Foss, Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen.

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2011

Bilanz zum 30.09.2011	2010/2011		2009/2010		2008/2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
Aktiva						
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung						
2. Forderung gegen Gesellschafter						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	2,1	6,9
4. Sonstige Vermögensgegenstände	0,1	0,4	0,1	0,4	0,3	0,8
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	27,7	99,5	30,4	99,5	28,8	92,2
	29,9	99,9	30,5	99,9	31,2	99,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Bilanzsumme	29,9	100,0	30,5	100,0	31,5	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2011

Bilanz zum 30.09.2011 Passiva	2010/2011		2009/2010		2008/2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	30,0	100,3	30,0	98,3	30,0	96,1
II. <u>Rücklagen</u>	-1,8	-6,0	-0,4	-1,2	0,0	-0,1
III. <u>Jahresfehlbetrag</u>	-0,6	-2,0	-1,4	-4,7	-0,3	-1,0
	27,6	92,3	28,2	92,4	29,6	95,0
B. Rückstellungen	2,3	7,7	2,3	7,5	1,5	4,8
C. Verbindlichkeiten						
I. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>						
II. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung</u>						
III. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	29,9	100,0	30,5	100,0	31,2	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2010/2011		2009/2010		2008/2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1,8	100,0	1,8	100,0	1,8	100,0
5. Gesamtleistung	1,8	100,0	1,8	100,0	1,8	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben						
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2,5	100,0	3,3	100,0	2,6	100,0
10. Gesamtaufwand	2,5	100,0	3,3	100,0	2,6	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-0,7		-1,5		-0,8	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1		0,1		0,5	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	0,1		0,1		0,5	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,6		-1,4		-0,3	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-0,6		-1,4		-0,3	

Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH	
Kontakt:	Neue Messe 1, 88046 Friedrichshafen Tel.: +49 7541 708-0 Fax: +49 7541 708-110 E-Mail: info@messe-fn.de Homepage: www.messe-friedrichshafen.de	
Gründungsdatum:	10. Juni 1992	
Eintragung Handelsregister:	28. Dezember 1992	
Letzte Eintragung:	10. Februar 2010	
Gesellschaftsvertrag:	24. Juni 2004	
Letzte Änderung:	3. Dezember 2009	
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember	

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die Erstellung von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen für Messezwecke und die Verwaltung dieses Grundbesitzes, insbesondere die Vermietung an die Messe Friedrichshafen GmbH zur Durchführung von Messen und Veranstaltungen.

Die Maßnahmen und Geschäfte der Gesellschaft haben sich auf das kommunalrechtlich Zulässige zu beschränken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3.150.000 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	2.940.000 €	93,33%
Landkreis Bodenseekreis	150.000 €	4,76%
Industrie und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	30.000 €	0,95%
Handwerkskammer Ulm	30.000 €	0,95%
	3.150.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

<u>Geschäftsführer:</u>	Herr Klaus Wellmann
<u>Gesellschafterversammlung:</u>	
Vorsitzender:	Andreas Brand, Oberbürgermeister
Mitglieder	Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Das Messewesen wird in Deutschland traditionell als eine öffentliche Aufgabe angesehen, der sich hauptsächlich Länder und Gemeinden annehmen.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 1991/1992 veranstaltete die Internationale Messe Friedrichshafen GmbH (INTERNATIONALE) Messen und Ausstellungen hauptsächlich in eigener Regie. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. August 1992 wurde von der bis dahin einheitlichen Gesellschaft das operative Messegeschäft abgespalten und auf die neue Messe Friedrichshafen GmbH (MESSE) übertragen. Im Rahmen dieser Betriebsaufspaltung fungiert die INTERNATIONALE ab dem Geschäftsjahr 1992/1993 als Besitzgesellschaft.

Der Bau des neuen Messegeländes nahe dem Flughafen wurde im Geschäftsjahr 2001/2002 fertiggestellt. Die „Neue Messe“ wurde am 26. Juli 2002 eröffnet. Inzwischen gibt es verschiedene Erweiterungshallen (2002/2003 Halle A6, 2003/2004 Halle B4, 2009 Hallen A7 und B5).

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Mit Kaufvertrag vom 30. Juni 1992 verkaufte die Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH an die Messe Friedrichshafen GmbH sämtliche dem operativen Bereich zuzuordnenden Aktiven und Passiven nach dem Stand am 1. August 1992 (Übernahmestichtag). Nicht mit verkauft wurden die Grundstücke einschließlich der Gebäude, die grundstücksgleichen Rechte (insbesondere die Erbbaurechte), die mit den nicht verkauften Immobilien zusammenhängenden Verbindlichkeiten sowie die laufenden Pensionsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Arbeitnehmern einschließlich der damit zusammenhängenden Rückstellungen. Das Messegelände wurde von der INTERNATIONALE an die MESSE vermietet.
- ⇒ Zum 1. Juli 2002 wurde ein neuer Mietvertrag (Vertrag vom 28. Juni 2002) mit der MESSE (Mieter) abgeschlossen. Mietgegenstand ist die „Neue Messe Friedrichshafen 2002“ mit den Grundstücken und Bauten, dem Zubehör, den Einrichtungen und Geräten einschließlich der vom Vermieter von dritter Seite angemieteten Parkplätze für das Messegelände. Der zu entrichtende Mietzins wurde in der Folgezeit durch verschiedene Nachträge zum Mietvertrag mehrfach angepasst.
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 7./22. Dezember 2005 über die Parkplätze P 2 Ost und P 5. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2033 (P 2 Ost) bzw. vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2013 (P 5).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 20. Dezember 2006 über die Parkplätze P 7 und Maierhöfle/Zirkusplatz. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2015 (P 7) bzw. vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2016 (Maierhöfle/Zirkusplatz).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 15. Dezember 2010 über die Parkplätze P Ost 2 und P West 2. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2008 bis zum 28. Februar 2033 (P Ost 2) bzw. vom 1. Juli 2008 bis zum 31. Dezember 2017 (P West 2).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE besteht eine Vereinbarung über die Bereitstellung von Ausgleichsflächen vom 3. März 2008. Eine weitere Vereinbarung wurde am 14./21. Dezember 2010 getroffen.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Es gab im Jahr 2011 keine Zahlungsströme zwischen dem Bodenseekreis und der Internationalen Bodensee-Messe GmbH.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Beschäftigt war im Geschäftsjahr ein Angestellter.

10. Lagebericht**a) Allgemeines**

Die Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2011 wie in den Vorjahren mit der Verwaltung und Vermietung ihres Grundbesitzes und der Messeimmobilien beschäftigt. Die Mieterin, die Messe Friedrichshafen GmbH, hatte im Berichtszeitraum ein dem Messeturnus entsprechend sehr erfolgreiches Messejahr.

Die Messe Friedrichshafen GmbH hat im Geschäftsjahr 2011 eine Gesamtmiete inkl. Übernahme der Grundsteuer von 7.723 T € geleistet (davon 7.315 T € Miete sowie 408 T € Übernahme Grundsteuer 2011).

Für das Geschäftsjahr 2011 wird ein Fehlbetrag von 2.588 T € ausgewiesen.

b) Instandsetzungsarbeiten

Die gewöhnlichen laufenden Instandhaltungs- und Wartungsaufgaben wurden gemäß Mietvertrag von der Messe Friedrichshafen GmbH durchgeführt und bewegten sich im Wesentlichen im budgetierten Rahmen. Eine umfassende Instandsetzung der Parkplätze ist für Anfang 2012 vorgesehen.

c) Sicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung langfristiger Darlehen werden vereinzelt Swapgeschäfte abgeschlossen. Aufgrund des geringen Umfangs solcher Transaktionen sind spezielle Risikomanagementregelungen hierfür unseres Erachtens nicht erforderlich.

Spekulative derivative Finanzinstrumente werden nicht genutzt und sind nach einem Gesellschafterbeschluss untersagt.

d) Schlussbemerkungen

Der Mietvertrag mit der Messe Friedrichshafen GmbH berücksichtigt die Aufrechterhaltung der Liquidität der Internationalen Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH wie auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Messe Friedrichshafen GmbH. Die gesamte Mietzahlung reichte nicht aus, die laufenden Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen zu decken. Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 wird aufgrund der vereinbarten, nicht kostendeckenden Miete mit einem Jahresfehlbetrag gerechnet.

Dennoch sind nach derzeitiger Planung voraussichtlich mittelfristig keine weiteren Mittelzuführungen des Hauptgesellschafters notwendig, solange keine neuen Großinvestitionen finanziert werden müssen. Begründet liegt dies in den guten Mietzahlungen der Betriebsgesellschaft und einer erfolgten Darlehensstreckung.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Friedrichshafen, 16. März 2012

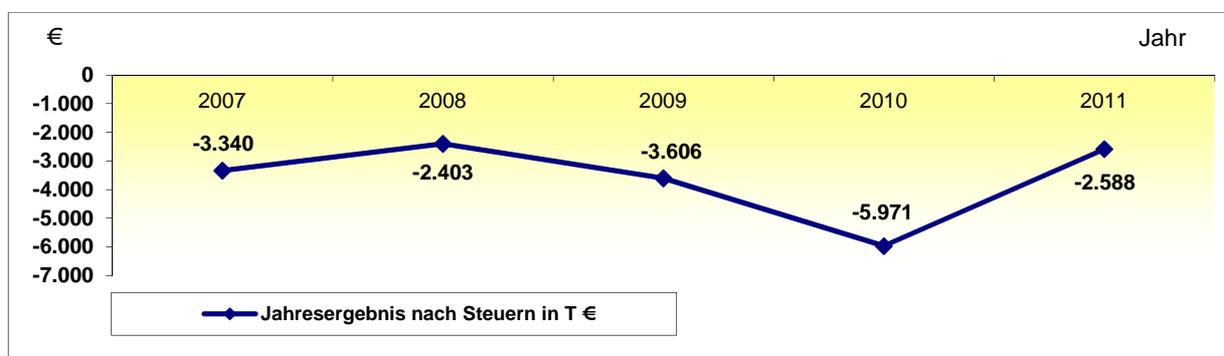
Die Geschäftsführung

11. Abschlussprüfer

Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

12. Kennzahlen

Kennzahlen	2011 in T €	2010 in T €	2009 in T €	2008 in T €	2007 in T €
Mieterträge	7.760	5.008	6.417	5.715	3.612
derivate Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken (Nominalvolumen)	3.255	3.765	4.276	4.442	4.689

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €

Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	105.313,5	92,1	112.471,9	94,9	117.757,3	94,3
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	105.313,5	92,1	112.471,9	94,9	117.757,3	94,3
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	714,7	0,6	95,5	0,1	381,7	0,3
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	12,9	0,0	6,9	0,0	10,6	0,0
III. <u>Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	4.990,5	4,4	2.380,9	2,0	3.000,5	2,4
	5.718,1	5,0	2.483,3	2,1	3.392,8	2,7
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.353,7	2,9	3.529,9	3,0	3.719,2	3,0
Bilanzsumme	114.385,3	100,0	118.485,1	100,0	124.869,2	100,0

Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	3.150,0	2,8	3.150,0	2,7	3.000,0	2,4
II. Rücklagen	69.720,3	61,0	69.720,3	58,8	68.870,3	55,2
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-28.660,3	-25,1	-22.689,2	-19,1	-19.082,9	-15,3
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.588,1	-2,3	-5.971,1	-5,0	-3.606,3	-2,9
	41.621,9	36,4	44.210,0	37,3	49.181,1	39,4
B. Zur Durchführung der am 3. Dezember 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0	0,4
C. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtung	127,6	0,1	145,6	0,1	160,2	0,1
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	1.004,6	0,9	1.174,5	1,0	1.136,0	0,9
	1.132,2	1,0	1.320,1	1,1	1.296,2	1,0
D. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlung						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	141,3	0,1	44,0	0,0	653,7	0,5
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	10.641,0	9,3	10.323,2	8,7	6.485,1	5,2
VII. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	49.718,4	43,5	51.247,1	43,3	52.638,1	42,2
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	11.130,5	9,7	11.340,8	9,6	14.114,9	11,3
	71.631,2	62,6	72.955,0	61,6	73.891,9	59,2
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	114.385,3	100,0	118.485,1	100,0	124.869,2	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH
zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%			T €	%
1. Umsatzerlöse	7.759,8	92,7	5.008,4	98,4	6.417,1	98,4
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	611,3	7,3	82,7	1,6	107,2	1,6
5. Gesamtleistung	8.371,1	100,0	5.091,1	100,0	6.524,3	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	121,2	1,7	119,9	1,7	119,6	1,9
b) Soziale Abgaben	11,2	0,2	11,8	0,2	12,7	0,2
c) Aufwendungen f. Altersvorsorge	8,9	0,1	8,8	0,1	30,3	0,5
8. Abschreibungen auf Sachanlagen	5.942,9	82,7	5.942,8	81,8	5.266,3	82,0
9. Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.099,3	15,3	1.179,9	16,2	995,0	15,5
10. Gesamtaufwand	7.183,6	100,0	7.263,2	100,0	6.423,8	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	1.187,5		-2.172,1		100,5	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21,8		26,2		40,3	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.389,7		-3.412,1		-3.430,7	
18. Finanzergebnis	-3.367,9		-3.385,9		-3.390,4	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.180,4		-5.558,1		-3.289,9	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	0,0		-5,3		0,0	
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	-407,8		-407,8		-316,4	
23. Jahresfehlbetrag	-2.588,1		-5.971,1		-3.606,3	
24. Verlustvortrag	-28.660,3		-22.689,2		-19.082,9	
25. Bilanzverlust	-31.248,4		-28.660,3		-22.689,2	

Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
Kontakt:	Leutholdstraße 30, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 385 88-0 Fax: 07541 / 385 88-33 E-Mail: info@wf-bodenseekreis.de Homepage: www.wf-bodenseekreis.de
Niederlassung Überlingen:	Heiligenbreite 34, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 9471-937 Fax: 07551 / 9471-939
Gründungsdatum:	1. Januar 2006
Eintragung Handelsregister:	8. Dezember 2006
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	2. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Dazu gehören insbesondere:

- ⇒ **Existenzgründungsberatung**
d. h. die Beratung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie die Unterstützung und Koordination im Umgang mit Behörden und Ämtern
- ⇒ **Beratung und Betreuung von klein- und mittelständischen Unternehmen**
z. B. bei der Standortwahl sowie bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen usw.; Ausgenommen sind Rechts-, Steuerrechts- und Finanzberatungen
- ⇒ **Standortmarketing**
d. h. die Erarbeitung und Umsetzung von Standort- und Regionalmarketingprojekten mit dem Ziel, den Bodenseekreis überregional als herausragenden Technologiestandort bekannt zu machen und dadurch Produktions- und Dienstleistungsunternehmen für eine Ansiedlung im Bodenseekreis zu interessieren und sie in Zusammenarbeit mit den Gesellschafterkommunen bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken, bei der vorbereitenden Planung und bei der Durchführung von Projekten zu beraten und zu unterstützen
- ⇒ **Unterstützung von Außenwirtschaftsaktivitäten**
d. h. die Mitwirkung beim Aufbau und der Pflege von Wirtschaftskontakten der Gesellschafter, der Gesellschafterkommunen und der angesiedelten Betriebe zu Unternehmen und Institutionen im Ausland

- ⇒ **Technologietransfer**
d. h. die Konzeption und Umsetzung von Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die ansässigen Unternehmen z. B. durch Veranstaltungen zu den Themenbereichen Innovations- und Technologiepolitik, Technologietransfer, Verkehrsinfrastruktur sowie Unternehmensgründung bzw. durch die Organisation von Qualifizierungsmaßnahmen
- ⇒ **Schaffung eines Netzwerkes von Gründer- und Technologiezentren im Bodenseekreis sowie das Management ausgewählter Zentren**
- ⇒ **Beratung der beteiligten Kommunen**
d. h. die Beratung und Unterstützung der Gesellschafterkommunen bei ihren Planungen, insbesondere bezüglich der aktuellen Anforderungen an die wirtschaftliche Infrastruktur
- ⇒ **Förderung weicher Standortvorteile; z. B. Ansprechpartner für Landschaftsparkprojekte**
d. h. die Mitwirkung bei der Schaffung und Verbesserung weicher Standortfaktoren (Einrichtungen für Kinderbetreuung, Ausbildung, Freizeit und Versorgung)
- ⇒ **Intensivierung und Ausbau von Kooperationen mit benachbarten Wirtschaftsräumen im In- und Ausland**
insbesondere zur Schweiz und zu Österreich sowie zu den benachbarten Landkreisen Konstanz, Lindau, Ravensburg und Sigmaringen
- ⇒ **Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Region gegenüber Institutionen**
d. h. die Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des Bodenseekreises gegenüber Bund, Land, Kammern und Verbänden sowie sonstigen von der Wirtschaftsförderung berührten Institutionen
- ⇒ **Koordination, Projektentwicklung und –abwicklung von Fördermaßnahmen**

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 96.050,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt.

	Stammkapital	Anteil
<u>Städte/Gemeinden/Kreise</u>		
Stadt Friedrichshafen	20.650,00 €	21,50%
Landkreis Bodenseekreis	8.900,00 €	9,27%
Stadt Überlingen	7.150,00 €	7,44%
Stadt Tettngang	5.850,00 €	6,09%
Gemeinde Meckenbeuren	4.000,00 €	4,16%
Stadt Markdorf	3.950,00 €	4,11%
Gemeinde Salem	3.250,00 €	3,38%
Gemeinde Immenstaad	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Kressbronn	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Langenargen	2.200,00 €	2,29%
Gemeinde Uhdlingen-Mühlhofen	2.100,00 €	2,19%
Stadt Meersburg	1.700,00 €	1,77%
Gemeinde Eriskirch	1.200,00 €	1,25%
Gemeinde Deggenhausertal	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Oberteuringen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Owingen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Bermatingen	1.050,00 €	1,09%
Gemeinde Heiligenberg	900,00 €	0,94%
Gemeinde Herdwangen-Schönach	900,00 €	0,94%
Gemeinde Neukirch	800,00 €	0,83%
Gemeinde Frickingen	750,00 €	0,78%

Gemeinde Hagnau	400,00 €	0,42%
Gemeinde Daisendorf	400,00 €	0,42%
Gemeinde Stetten	250,00 €	0,26%
<u>Industrie</u>		
ZF Friedrichshafen AG	5.850,00 €	6,09%
ZEPPELIN GmbH	5.850,00 €	6,09%
Dornier GmbH	4.400,00 €	4,58%
MTU Friedrichshafen GmbH	1.450,00 €	1,51%
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.450,00 €	1,51%
<u>Mittelstand</u>		
Georg Fischer GmbH	725,00 €	0,75%
Messe Friedrichshafen GmbH	750,00 €	0,78%
RAFI Eltec GmbH	725,00 €	0,75%
	96.050,00 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:

Benedikt Otte

Aufsichtsrat

Vorsitzender

stv. Vorsitzende

Lothar Wölfle; Landrat Bodenseekreis
Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Überlingen
Andreas Brand, Oberbürgermeister Friedrichshafen
(bis 22. November 2011)

Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister Friedrichshafen
(seit 23. November 2011)

Mitglieder

Edmund Dengler, ehem. Vorstand Volksbank
Friedrichshafen eG (bis 11. Mai 2011)

Josef Dietenberger, ZF Konzern (bis 22. November 2011)

Bernd Gerber, Bürgermeister Markdorf
(seit 1. Januar 2011)

Michael Grossmann, Grossmann AG
(seit 23. November 2011)

Manfred Härle, Bürgermeister Salem

Hans-Peter Kaldenbach, Luftschiffbau Zeppelin GmbH
(bis 22. November 2011)

Edgar Klotz, Sparkasse Bodensee (seit 1. Januar 2011)

Edgar Lamm, Bürgermeister Uhdlingen-Mühlhofen
(seit 1. Januar 2011)

Matthias Lenz, ZF Friedrichshafen AG
(seit 23. November 2011)

Stefan Mittag, Messe Friedrichshafen AG
(seit 23. November 2011)

Harald Riehle, Vorstand Volksbank Friedrichshafen eG
(seit 23. November 2011)

Martin Rupp, Bürgermeister Bermatingen
(seit 1. Januar 2011)

Markus Spieth, Bürgermeister Eriskirch
(seit 1. Januar 2011)

Bruno Walter, Bürgermeister Tettngang
(seit 1. Januar 2011)

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Gesellschafterversammlung

Vorsitzender
 stv. Vorsitzende
 Mitglieder

Lothar Wölfle, Landrat
 Sabine Becker, Oberbürgermeisterin
 Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Gemäß Gesellschaftsvertrag wird mit der WFB das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen und Strukturen im Bodenseekreis so zu gestalten und zu verändern, dass Arbeitsplätze für die Bevölkerung gesichert und neue geschaffen werden können. Dazu verfolgt die Gesellschaft die oben aufgeführten Zielsetzungen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Projekte und Beratungen liegen dabei auf den Bereichen:

- ⇒ **Existenzgründungen und Jungunternehmerberatung:**
 Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern
- ⇒ **Unternehmensbetreuung:**
 Maßnahmen, die auf einzelne Betriebe (Beratung, Informationsbeschaffung und -weitergabe) wie auch auf die Gesamtheit der Unternehmen (Veranstaltungen, Publikationen, Veröffentlichungen) ausgerichtet sind
- ⇒ **Kommunal- und Kreisberatung:**
 Beratung der Kommunen sowie des Landkreises und deren/dessen Gremien bei der Gestaltung der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen (u. a. Wirtschaft- und Gewerbeflächenentwicklung, Infrastrukturaufbau, Betrieb eines Immobilienportals im Internet)
- ⇒ **Karriereberatung:**
 Betrieb einer Stellbörse im Internet sowie die Durchführung von Veranstaltungen, bei denen potentielle Arbeitskräfte Unternehmen und vakante Stellen bzw. Ausbildungsplätze kennen lernen können.
- ⇒ **Regionales und überregionales Standortmarketing:**
 Durchführung von Maßnahmen, die das Profil und die Attraktivität des Wirkungskreises außerhalb seiner Grenzen bekannt machen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ frieks GmbH (Einlage: 7.250 €, Anteil: 29,00 %).

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Kooperationsvereinbarung Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben vom 16. März 2000
- ⇒ Dienstleistungsvertrag „Geschäftsbesorgung frieks GmbH“ vom 1. Februar 2002
- ⇒ Gesellschaftsvertrag frieks GmbH vom 30.09.1999, zuletzt geändert am 18.03.2005
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Leutholdstraße 30, Friedrichshafen, vom 12. August 2002
- ⇒ Gesellschaftsvertrag vom 2. August 2006
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Heiligenbreite 34, Überlingen, vom 28. November 2006
- ⇒ Finanzierungserklärung für die Jahre 2007 – 2009 Filmförderung Bodensee-Oberschwaben, Film Commission Bodensee-Oberschwaben vom 21. Dezember 2006, verlängert bis einschließlich des Jahres 2013 am 16. Dezember 2011
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Regionale Internet-Suchmaschine www.karriere-im-sueden.de bis 2011, verlängert bis einschließlich des Jahres 2014 am 21. Dezember 2011

- ⇒ Zuwendungsbescheid für die regionale Clusterinitiative „BodenseeAIRea“ vom 20. Dezember 2011 mit einer Laufzeit bis 30. November 2014

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis gewährte der WFB im Jahr 2011 einen Gesellschafterzuschuss von 48.858 €.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 7,5 Mitarbeiter (8 Personen) bei der Gesellschaft beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Rahmenbedingungen, Lage und Geschäftsverlauf

Die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (WFB) ist eine Gesellschaft zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Die Aktivitäten der WFB gliedern sich im Wesentlichen wie folgt in:

- ⇒ Gründerberatung
- ⇒ Unternehmensbetreuung/Bestandspflege
- ⇒ Kommunal- und Kreisservice
- ⇒ Karriereservice, Fachkräfteakquisition
- ⇒ Standortmarketing

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises (außer Sipplingen), die Gemeinde Herdwangen-Schönach aus dem Landkreis Sigmaringen, der Landkreis Bodenseekreis sowie acht Unternehmen (bis 31. Dezember 2011 sieben Unternehmen) aus der Großindustrie und dem Mittelstand. Zwei Sparkassen sowie zwei Volksbanken sind zudem Konsortialpartner.

Die WFB beschäftigt in Summe 7,75 Personen im Sinne von Vollzeitäquivalenten. Eine weitere Person befindet sich in Elternzeit.

Im Rahmen der inhaltlichen Arbeit wurden die Besuche bei einer Vielzahl von Institutionen, Unternehmen, Gremien, Vereinen, Auftragnehmern und Kooperationspartnern fortgesetzt sowie in einzelnen Fällen Wiederholungsbesuche absolviert. Dadurch konnte der weitere Aufbau und die Festigung des Beziehungsnetzwerkes der WFB vorangetrieben werden. Zudem wurde ein regelmäßiger Kontakt zu den Gesellschaftern und Konsortialpartnern gepflegt.

Die Standardveranstaltungen der WFB, wie z. B. das zweimal im Jahr stattfindende „Business Breakfast Bodensee“, das „Forum Fit für die Selbständigkeit“ mit 8 Veranstaltungen in 2011, der „Business Treffpunkt Bodensee“ mit 3 Veranstaltungen in 2011 und das neue, einmal pro Jahr stattfindende Format „Business Night Bodensee“ haben mehr als 850 Teilnehmer besucht. Auf der neu initiierten B2B-Messe „Business Marktplatz Bodensee“ präsentierten sich 40 Unternehmen. Mehr als 800 Teilnehmer meldeten sich für die Schüleraktion „Wissen was geht“ an. Abgerundet wird das Angebot der WFB durch die Teilnahme

an einer Reihe von Kooperationsveranstaltungen, z. B. am „BioLAGO Finanzforum“, am „Marketing Tag“ und an den Veranstaltungen des „Netzwerk Bodensee“.

Auf den Seiten der Homepage der WFB findet sich ein breit gefächertes Angebot an Informationen, z. B. sämtliche Presseveröffentlichungen, Übersichten über Kindergarten-Plätze, Restaurants mit fremdsprachiger Speisekarte, Gemeindeprofile, Wirtschaftskalender usw. Mehr als 63.000 Besucher im Jahr 2011 auf der Homepage zeugen von einem regen Interesse an dem Internetangebot der WFB.

Ziel der zahlreichen Messeauftritte der WFB ist es, Standortmarketing für den Bodenseekreis zu betreiben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 13 Messen besucht, darunter fünf Hochschulmessen. Dabei liegt der Fokus einerseits auf der Fachkräfteakquisition, andererseits präsentierte die WFB den Standort Bodenseekreis u. a. auf der international bedeutenden Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München und der Messe IT & Büro in Friedrichshafen und gab im Rahmen eines organisierten Gemeinschaftsstandes auf der Messe Intertech in Dornbirn Unternehmen der Region die Möglichkeit, sich einem breiten Interessentenkreis zu präsentieren.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Rahmen der Jungunternehmer- und Existenzgründungsberatung sowie der Bestandspflege etwa 250 Beratungsgespräche und Unternehmensbesuche durch die WFB GmbH durchgeführt.

Das Gewerbeimmobilienportal www.immoportal-bodensee.net weist weiterhin eine erfreuliche Entwicklung auf. Dazu tragen die Alleinstellungsmerkmale des Portals bei, zum Beispiel die den See umspannende und grenzüberschreitende Verfügbarkeit von Gewerbeimmobilien ausschließlich aus der Bodenseeregion, die mögliche Einbindung in die kommunalen Internetauftritte, die Verifizierung durch die kommunalen Wirtschaftsförderer sowie die angebotenen Standortprofile. Am Bilanzstichtag betrug die Anzahl der registrierten Benutzer 341 (Vj. 263). Im Jahr 2011 wurden 77 Immobilien als vermittelt gemeldet. Ca. 55.000 Besucher auf den Immobilienseiten und ca. 7.600 Besucher auf den Standortseiten der Kommunen wurden seit der Eröffnung des Portals im Juli 2009 gezählt.

Das von 15 Partnern rund um den See getragene Projekt „Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee – Vierländerregion Bodensee“ ist bis zum Jahr 2014 finanziert und wird durch das Programm Interreg IV der Europäischen Union gefördert. Am 23. September 2011 wurde die neue Regionenmarke Vierländerregion Bodensee der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Nächstes Ziel ist die Schaffung einer Internetplattform, die als „Eingangstor“ zur Bodenseeregion dienen soll.

Die WFB hat im Jahr 2010 mit dem Konzept einer Standortmarketingstrategie zur besseren Vermarktung der innovativen Region Bodenseekreis erfolgreich am Clusterwettbewerb des Landes Baden-Württemberg teilgenommen. Der daraus folgende Antrag auf Förderung des Projektes aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) wurde im Dezember 2011 genehmigt. Dadurch ist die Finanzierung des Projektes „BodenseeAIRea“ bis Ende 2014 gesichert. Ziele des Clusters sind die Vernetzung der für die Luft- und Raumfahrt tätigen Unternehmen untereinander und mit Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen, der Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis, Erkenntnisgewinne über Branchen- und Technologieentwicklungen, die Förderung von Innovationen zum Ausbau und zur Sicherung der Beschäftigung sowie die gemeinsame Darstellung und Identifikation als Luft- und Raumfahrtregion. Das Cluster zählt derzeit 21 Mitglieder.

Insgesamt konnten die für das Jahr 2011 gesteckten Ziele erreicht werden. Alle durchgeführten Projekte verliefen erfolgreich und bestätigten den durch den Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Weg der kreisweiten Wirtschaftsförderung.

Wesentliche Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht getätigt.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 96.050 € ist voll eingezahlt.

Die Bilanzsumme ermäßigte sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 8 T € auf 272,6 T €. Begründet ist das im Wesentlichen durch das durch planmäßige Abschreibungen verringerte Anlagevermögen. Das Umlaufvermögen blieb im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unverändert. Die Erhöhung der Bankguthaben korrespondiert mit dem Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Rückstellungen um 3 T €, während sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 4 T € verringerten.

Die Rentabilität des Eigenkapitals beträgt aufgrund des ausgeglichenen Ergebnisses 0 %. Die Liquidität ersten Grades beträgt 153,60 % (Vj. 133,52 %), die Liquidität zweiten Grades 157,01 % (Vj. 150,51 %).

Das working capital beträgt 85 T € (Vj. 79 T €).

Die Gesellschaft ist in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich über Gesellschafterzuschüsse und Zuschüsse der Konsortialpartner sowie über Drittmittel. Zahlungsstromschwankungen, die durch die zeitverzögerte Auszahlung von Drittmitteln entstehen, kann die Gesellschaft aufgrund der vorhandenen Liquidität jederzeit ausgleichen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die sparsame Verwaltung des Budgets der Gesellschaft, ohne dass die Aufgabenerfüllung der WFB beeinträchtigt wird. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement und Projektcontrolling sichergestellt. Zur Verfügung stehende kurzfristige Kreditlinien in Höhe von T€ 51 wurden nicht in Anspruch genommen.

Ertragslage

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 0,00 € aus. Zur Erreichung dieses ausgeglichenen Ergebnisses wurden 7,3 T € aus überzahlten Zuschüssen der Vorjahre erfolgswirksam vereinnahmt, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erfasst sind.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen von Messebesuchen sowie Erlöse aus durchgeführten Projekten. Unter anderem wurde ein Gemeinschaftsstand auf der im 2-jährigen Turnus stattfindenden Messe Intertech in Dornbirn organisiert. Zudem wurde die Vermarktung des Immobilienportals weiter vorangetrieben.

Die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner sowie die Erträge aus Drittmitteln werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Der Rückgang der Erträge aus Drittmitteln um 39 T € begründet sich im Wesentlichen durch das Ende der Förderperioden der Projekte „Expo Real“ und „Karriere im Süden“.

Während die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner seit der Gründung der Gesellschaft im Jahr 2006 gleichbleibend sind, ist die Höhe der akquirierten Drittmittel von entsprechenden geförderten Projekten abhängig und somit nicht nachhaltig. Die Gesellschaft ist jedoch bestrebt, die Einnahmesituation aus Drittmitteln zu verstetigen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 16 T €. Bei Gehaltsanpassungen wurde auf eine für das Unternehmen positive Entwicklung geachtet. Außerdem

wirkten sich die Kosten für eine auf ein Jahr beschränkte zusätzliche geringfügig entlohnte Beschäftigte aus.

Im Vergleich zum Vorjahr ermäßigten sich die Abschreibungen um 8 T €.

Die Aufwendungen für Werbe- und Reisekosten ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahr um 43 T €. Begründet ist dies zum einen, weil die Hannover Messe nicht besucht wurde und die ILA in Berlin aufgrund des zweijährigen Turnus nicht stattfand. Zum anderen wurden fünf Bondingmessen anstatt acht wie im Vorjahr besucht. Der Rückgang der sonstigen Projektkosten um 35 T € erklärt sich im Wesentlichen durch den Wegfall der im Vorjahr angefallenen Einmalaufwendungen für die Projekte „Creative Industries“ und „Demografie Konferenz“ sowie den Aufwendungen für die Machbarkeitsstudie für das Luft- und Raumfahrtcluster. Die Personalbeschaffungskosten ermäßigten sich um 9 T €, die Wartungskosten für Hard- und Software ermäßigten sich um 7 T €. In den anderen Kostenbereichen konnten Kostensteigerungen teilweise durch Kosteneinsparungen neutralisiert werden. Als Ergebnis der Betriebsprüfung im Jahr 2010 wurde der WFB der Vorsteuerabzug ab dem Jahr 2011 aberkannt. Die nicht abziehbare Vorsteuer ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 30 T € enthalten. Im Vergleich zum Vorjahr ermäßigten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt betrachtet um 37 T €.

Ergebnis der Betriebsprüfung war außerdem, dass die WFB von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit ist. Das Zinsergebnis erhöhte sich aufgrund der beantragten Freistellungsbescheinigungen um 1 T € gegenüber dem Vorjahr und beinhaltet die Zinseinnahmen für die laufenden Konten und Festgeldzinsen.

Die durch die WFB erbrachten Leistungen (z. B. Beratungen) erfolgen in der Regel kostenlos.

c) Voraussichtliche Entwicklung

Das Jahr 2011 war von der Schuldenkrise im Euroraum geprägt. Dennoch entwickelte sich die Wirtschaft gut. Aus Sicht der WFB wird die Wirtschaft mittelfristig in abgeschwächter Form weiter wachsen. Die Einnahmesituation der Kommunen wird sich in den kommenden Jahren aufgrund steigender Gewerbesteuereinnahmen stabilisieren. Risiken werden in der nach wie vor bestehenden Schuldenkrise im Euroraum gesehen. Wirtschaftsförderung wird deshalb auch weiterhin ein wichtiges Betätigungsfeld der Kommunen sein, insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel und den Wettbewerb der Standorte.

Die Anstrengungen der WFB werden sich wie im Vorjahr auch im Jahr 2012 unter anderem darauf richten, Projekte zu initiieren und durchzuführen, die insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Region unterstützen sollen. Die Maßnahmen werden soweit möglich kostenneutral durchgeführt.

Außerdem wird die WFB das Cluster-Projekt „BodenseeAIRea“ weiter vorantreiben, da der Bodenseekreis mit dem Bereich Luft- und Raumfahrt ein Alleinstellungsmerkmal in der Region besitzt. Im Rahmen von Gemeinschaftsständen wird die WFB die Luft- und Raumfahrtmessen AERO in Friedrichshafen und ILA in Berlin besuchen. Bei der Immobilien- und Standortmesse Expo-Real im Oktober 2012 in München wird die WFB wieder zusammen mit benachbarten Wirtschaftsförderungsgesellschaften die Bodenseeregion präsentieren.

Das Ziel, die WFB zu einem überregional anerkannten Ansprechpartner für wirtschaftliche Belange im Bodenseekreis zu entwickeln, um auch so die ihr zugewiesenen Aufgaben vollumfänglich abzudecken, wird weiterhin forciert.

Das am Bedarf orientierte Standardprogramm der WFB wird fortgeführt bzw., soweit erforderlich, angepasst.

Ergebnis der im Jahr 2010 durchgeführten Betriebsprüfung ist die Aberkennung der vollumfänglichen Vorsteuerabzugsberechtigung ab dem Geschäftsjahr 2011. Um dennoch weiterhin Wirtschaftsförderung für den Landkreis im gewohnten Umfang betreiben zu können, wird die daraus resultierende Liquiditäts- und Ergebnisbelastung mittelfristig zu negativen Jahresergebnissen führen, die durch nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse der Vorjahre ausgeglichen werden. Dadurch wird in den nächsten Jahren bei moderat steigenden Kosten mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet. Aus heutiger Sicht werden die liquiden Mittel mit Ablauf des Geschäftsjahres 2014 auf ein Niveau absinken, das aus unternehmerischer Sicht nicht unterschritten werden sollte. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wurde darüber berichtet mit dem Hinweis, dass eine Erhöhung der Zuschüsse der Gesellschafter notwendig werden könnte. Die Gesellschaft prüft außerdem alternative Finanzierungsmöglichkeiten.

Aus den dargestellten Gründen erwartet die WFB keine unmittelbar negativen Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft. Die institutionelle Situation wird als stabil beurteilt. Ebenso sieht die Gesellschaft die Zahlung der Zuschüsse in den kommenden Jahren als hinreichend gesichert an. Sollte es zu Kündigungen von Gesellschaftern oder Konsortialpartnern kommen, kann die Gesellschaft zeitnah durch Reduzierung des Leistungsspektrums reagieren.

Größere Investitionen in den Jahren 2012 und 2013 stehen aus heutiger Sicht nicht an. Außerplanmäßige finanzielle Belastungen oder notwendige Vorfinanzierungen von neuen Projekten können jederzeit im üblichen Umfang getragen werden.

Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr mit Fragen des europäischen Beihilferechts befasst. Die der Gesellschaft vorliegenden Fördermittelbescheide geben nicht Anlass zu der Annahme, dass es sich um unzulässige staatliche Beihilfen im Sinne der europarechtlichen Regelungen handeln könnte. Die Geschäftsführung geht daher davon aus, dass sämtliche von öffentlichen Stellen empfangene Zuschüsse in vollem Umfang zulässig sind. Aufgrund der Komplexität des EU-Beihilferechts können aus Sicht der Gesellschaft rechtliche Unsicherheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Aus dieser Betrachtung werden jedoch keine die Entwicklung beeinträchtigenden Risiken hergeleitet. Die Gesellschaft wird insoweit die weitere Entwicklung in Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung verfolgen.

Aus heutiger Sicht sind deshalb keine zukünftigen finanziellen Risiken bekannt oder zu erwarten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht bekannt.

Friedrichshafen, 30. März 2012

Benedikt Otte, Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung (Wirtschaftsprüfer Gerold Keller), Owingen

12. Leistungskennzahlen

Leistungskenndaten nach Geschäftsbereichen	2011	2010	2009	2008
Existenz und Jungunternehmerberatung				
Individualberatungen	168	175	132	86
Veranstaltungen	12	13	14	11
Kooperationsberatungen Kompetenzzentrum Existenzgründung	120	150	125	95
Mittelstandsberatung				
Unternehmensberatungen	111	115	69	75
Veranstaltungen	26	8	7	15
Projekte	2	2	2	1
Kommunalberatung				
Unterstützung bei der Vermarktung von Gewerbeflächen	208	147	130	151
Multimediaprojekte				
Homepage und Karriereportal im Internet Immoportal	3	3	3	2
Standort- und Regionalmarketing				
Messeteilnahmen	13	14	11	11
Sonstige Marketingaktivitäten	21	18	13	11
Projekte	11	13	11	5
Sonderprojekte				
Projekte	6	5	4	4

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011		2011		2010		2009	
Aktiva		T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen							
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	4,0	1,5	8,9	3,2	24,9	8,9
II.	Sachanlagen						
1.	Anlagen und Maschinen						
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	20,8	7,6	23,0	8,2	30,5	10,8
III.	Finanzanlagen						
1.	Beteiligungen	7,3	2,7	7,3	2,6	7,3	2,6
2.	Sonstige Ausleihungen	0,8	0,3	0,8	0,3	0,8	0,3
		32,8	12,0	39,9	14,2	63,4	22,5
B. Umlaufvermögen							
I.	Vorräte						
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1,8	0,7	5,6	2,0	19,8	7,0
2.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	3,8	1,4	21,6	7,7	12,5	4,4
		5,6	2,1	27,2	9,7	32,3	11,5
III.	Wertpapiere, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	227,3	83,4	208,4	74,2	181,8	64,6
		233,0	85,5	235,6	83,9	214,1	76,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten		6,8	2,5	5,2	1,9	3,8	1,3
Bilanzsumme		272,6	100,0	280,7	100,0	281,3	100,0

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	96,1	35,2	96,1	34,2	96,1	34,1
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	28,6	10,5	28,6	10,2	28,6	10,2
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	124,6	45,7	124,7	44,4	124,6	44,3
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,3	0,1	0,5	0,2
2. Sonstige Rückstellungen	39,7	14,5	36,2	12,9	31,4	11,1
	39,7	14,5	36,5	13,0	31,8	11,3
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13,2	4,9	17,2	6,1	23,3	8,3
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	87,0	31,9	94,3	33,6	93,7	33,3
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon Steuern 7,0 T € (Vj. 6,9 T €)	7,8	2,9	6,8	2,4	7,9	2,8
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	1,2	0,4	0	0,0
	108,1	39,6	119,5	42,6	124,9	44,4
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	272,6	100,0	280,7	100,0	281,3	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	53,9	7,3	55,6	7,3	29,3	4,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	682,7	92,7	708,9	92,7	653,7	95,7
5. Gesamtleistung	736,6	100,0	764,5	100,0	683,0	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	358,9	48,4	342,8	44,7	343,1	50,0
b) Soziale Abgaben	67,6	9,1	64,2	8,4	64,1	9,3
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	14,3	1,9	22,2	2,9	20,9	3,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	300,9	40,6	337,5	44,0	258,4	37,6
	741,7	100,0	766,7	100,0	686,4	100,0
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-5,2		-2,2		-3,5	
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,8		2,7		4,7	
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Aufwendungen aus Gewinnabführung						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
19. Finanzergebnis	3,8		2,7		4,7	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1,3		0,5		1,2	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,6		0,0		-0,7	
23. Sonstige Steuern	-0,3		-0,5		-0,6	
24. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	0,0		0,0		0,0	
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	28,6		28,6		28,6	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	28,6		28,6		28,6	

Internationale Bodensee Tourismus GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Internationale Bodensee Tourismus GmbH



Kontakt: Hafenstraße 6, 78462 Konstanz
 Tel.: 07531 / 9094-90
 Fax: 07531 / 9094-94
 E-Mail: info@bodensee.de
 Homepage: www.bodensee.eu

Gründungsdatum: 1. Januar 1998

Eintragung Handelsregister: 17. Februar 1998

Gesellschaftsvertrag:
 Letzte Änderung: 6. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 431.000 €. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	141.500	32,87%
Landkreis Konstanz	99.000	23,01%
Vorarlberg Tourismus GmbH	42.500	9,86%
Internationaler Bodensee Verkehrsverein e.V.	35.500	8,22%
Oberschwaben Tourismus GmbH	35.500	8,22%
Landkreis Lindau	28.500	6,60%
Thurgau Tourismus	18.500	4,27%
St. Gallen-Bodensee Tourismus	17.000	3,94%
Fürstentum Lichtenstein	7.000	1,64%
Schaffhausen Tourismus	6.000	1,31%
Gesamt	431.000	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Daniela Pahl-Humbert

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
Stv. Vorsitzender

Ulrich Müller, Minister a.D.
Mag. Christian Schützinger, Direktor
Dr. Christoph Tobler, Präsident

Aufsichtsräte

Gräfin Bettina Bernadotte, Geschäftsführerin
Peter Brecht, Kreisverwaltungsrat
Prof. Dr. Wolfgang Fuchs, Studiengangsleiter
Norbert Henneberger, Geschäftsführer
Dipl. Ing. Thomas Kinz, Vorstand
Florian Rossknecht, Hotelier
Prof. Roland Scherer, Vizedirektor

5. Öffentlicher Zweck

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Radweg Reisen GmbH (Einlage: 1.250 €, Anteil 5 %)

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Gesellschafterversammlung wurde vorgeschlagen, den Bilanzverlust, der sich aus dem Verlustvortrag und dem Jahresüberschuss zusammensetzt, auf das nächste Geschäftsjahr vorzutragen.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Berichtsjahr waren 7 Vollzeitmitarbeiter und 2 Teilzeitmitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

10. Lagebericht**a) Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft 2011**

Die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) war auch in 2011 neben den laufenden Tätigkeiten im operativen Geschäft, zur Förderung des Tourismus in der internationalen Bodenseeregion gemäß bestehendem Gesellschaftsauftrag, zusätzlich intensiv in der Projektsteuerung des Interreg IV-Projekts "Positionierung der Tourismusregion Internationaler Bodensee zur Optimierung des Destinationsmanagements" gefordert. Das Projekt wird getragen von 19 Projektpartnern, Tourismusorganisationen und touristischen Unternehmen sowie dem IMP der Universität St. Gallen und der Hochschule Konstanz für Technik, Wirtschaft und Gestaltung. Es wurde durch die IBT initiiert, auch aus der Erfahrung heraus, dass die spezifische Ausgangslage der multinationalen Destination einer ausdrücklichen Beteiligung der Akteure für die gemeinsame Arbeitsgrundlage bedarf. Das Projekt läuft bis Frühjahr 2012. Aus den Ergebnissen können dann alle Tourismusakteure ihre Schlüsse für die jeweilige Umsetzung ziehen. Dies gilt natürlich auch für die IBT, deren Gesellschafter im Hinblick auf die strategische Ausrichtung sowie die entsprechend künftig zu finanzierenden Aufträge zur Aufgabenwahrnehmung den Handlungsbedarf für die Organisation IBT ableiten können. Mit der Steuerung dieses Projekts - kurz "Positionierung Bodensee" - durch die Projektleitung liegt am Ende in jedem Fall, weit konkreter als bislang, sowohl eine Anleitung für eine identi-

tätsstiftende Vision nach innen mit einer imageprägenden Profilierung der Destination nach außen für den Bodenseetourismus, und für die Weiterentwicklung der IBT vor.

Die Grundlage für das operative Geschäft bildet dabei auch in 2011 weiterhin der Marketingplan. Wie in den Jahren der Sanierung und Konsolidierung sowie der ersten Anpassung der Gesellschafterstruktur 2006 auf 2007 war die Gesellschaft im zweiten Jahr der Projektsteuerung, ohne dabei auch in 2011 zusätzliche personelle Ressourcen zu haben, zu einer hohen Belastung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gezwungen.

Schon im letzten Lagebericht wurde festgehalten, dass dieses Level nicht weiter vorausgesetzt werden kann, der Konsens über die Aufgaben zu überprüfen und darüber Leistungsvereinbarungen mit den dazu erforderlichen Ressourcen neu zu vereinbaren sind. Eine Ausstattung der Gesellschaft, die den tatsächlich beauftragten Aufgaben entspricht, ist künftig selbstverständlich zu gewährleisten.

In der Bilanz 2011 wird ein Jahresüberschuss von 1.536,98 € ausgewiesen. Der Verlustvortrag ist damit im siebten Jahr in Folge nach den Sanierungsjahren durch das Stammkapital gedeckt. Um den Verlustvortrag aus der Handelsbilanz zu entfernen, ist eine Verrechnung mit dem Stammkapital im Rahmen einer Kapitalherabsetzung anzustreben.

Es bestanden keine Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gewährleistet. Im Zusammenhang mit der Vorfinanzierung von Projekten im Rahmen von Förderprojekten, wie durch Interreg, war dies in der Vergangenheit oft nur sehr knapp möglich. Darauf wurde bereits in den letzten Lageberichten hingewiesen. Im Hinblick auf das o. g. Projekt wurde nach entsprechenden Beschlüssen der Organe im August 2009 ein Kontokorrentkredit über 150.000 € in der Projektlaufzeit bis Ende 2011 bei der Volksbank verhandelt. Dieser musste auch im Jahr 2011 nicht in Anspruch genommen werden.

Seit der Strukturanpassung zum 01.01.2007 bemisst sich die Höhe des Zuschusses für die Gesellschafter gleichermaßen an dem am Nettoumsatz angelehnten geschätzten kommunalen Steueraufkommen aus dem Tourismus. Der Schlüssel wurde hinsichtlich der dem Schlüssel u. a. zugrunde liegenden Variablen der Übernachtungszahlen seither nicht aktualisiert. Der Gesellschafter IBV e. V. bündelt die Leistungsträger. Die darauf ermittelten Zuschüsse der Gesellschafter sind in einem Sideletter des Gesellschaftsvertrags geregelt.

Der Umfang der jährlichen Zuschüsse liegt seit 2007 nur knapp über den bisherigen Zuschüssen, die zuvor durch die Regel-Mitgliedsbeiträge der Gesellschaftervereine an die GmbH gegeben wurden. Ein Großteil der Marketingmaßnahmen wird über Umlagen bzw. sog. "Poolfinanzierungen" refinanziert, wie das Beispiel des "Messe- und Promotionpool" zeigt, oder über Projektfördermittel - wie Interreg - ermöglicht. Zudem zeigt sich aus den Erkenntnissen des Projekts "Positionierung Bodensee", dass künftig eine größere Transparenz zwischen den Maßnahmen für das Schwerpunktgebiet des Nordufers des Bodensees sowie denjenigen Maßnahmen, die für die grenzüberschreitend von allen grund- und zusätzlich gemeinsam gewollten Aufträge an die Gesellschaft herzustellen ist. Für die im Konsens von allen Gesellschaftern zu beauftragenden Aufgaben wird es künftig nach dem bewährten Schlüssel eine Basis- und Grundfinanzierung in Form eines Zuschusses geben, für die nur von einigen Gesellschaftern gewünschten Aufgaben wird es weitere Zusatzaufträge geben müssen. Bereits 2012 wird es daher als erste aus dem Projekt abgeleitete Umsetzung aus den Projekterkenntnissen entsprechend jeweils einen Zuschuss für die sog. Konsensaufgaben und darüber hinaus einen Zuschuss für zusätzliche Aufgaben, die von einigen Gesellschaftern, hier einigen deutschen Gesellschaftern und dem IBV, aufgebracht werden. Somit wird die Transparenz in den Aufgaben noch vor Beendigung des Projekts in der Gesellschaft gewährleistet.

Im Jahr 2011 wurden die Zuschüsse der Gesellschafter nicht erhöht, so dass keine Preisindexierung berücksichtigt wurde. Begründet ist dies mit der Erwartung, dass im Anschluss an das Projekt ohnehin mit einer merklichen Erhöhung der Zuschüsse gerechnet werde. Für 2012 wurde wie oben beschrieben verfahren - für den gemeinsamen Konsensaufgabenbereich als Basis wird in 2012 der Zuschuss auf 431 T € reduziert, für den zusätzlichen Aufgabenbereich wird ein Zuschuss in Höhe von 295 T € zur Verfügung stehen. Insgesamt erhöht sich der Zuschuss an die Gesellschaft in 2012 um rd. 40 T €.

Die Dienstleistungen, wie Informations- und Prospektversand und die telefonische Anfragenbearbeitung gehörten neben den Kommunikationsleistungen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ebenso weiter zum Leistungsumfang wie die Durchführung der BodenseeErlebniskarte, finanziert durch die vertraglich mit den Leistungsträgern vereinbarten Provisionszahlungen. Die BodenseeErlebniskarte wurde in 2011 im Preis angehoben, nachdem man im Jahr 2010 auf eine Preiserhöhung verzichtet hatte. Aufgrund der um zwei Wochen kürzeren Saison im Vergleich zum Vorjahr konnte der Kartenabsatz insgesamt nicht erneut gesteigert werden. Jedoch blieb die Anzahl der im Schnitt täglich verkauften Karten gleich wie im Vorjahr.

Eine Weiterentwicklung der BodenseeErlebniskarte kann im Anschluss an das Projekt "Positionierung Bodensee" umgesetzt werden. Das aktuelle Modell ist derzeit stabil etabliert. Eine technische Umstellung wird aufgrund des Verschwindens von analogen Telefonanschlüssen, die im jetzigen System genutzt werden, auf absehbare Zeit notwendig.

Die Buchungsplattform in Form einer Meta-Suche auf der Grundlage der unterschiedlichen Buchungssysteme der Partner vor Ort ermöglicht weiterhin dem Gast den Zugriff aus einer Hand auf die Unterkunfts- und Buchungsmöglichkeiten rund um den See. Mittelfristig wird dies eine zusätzlich zu beziehende und zu refinanzierende Leistung sein.

Die Weiterentwicklung des Internetauftritts der IBT GmbH unter www.bodensee.eu insgesamt wurde auf Grundlage von Überlegungen der Geschäftsstelle und Empfehlungen des Marketingbeirats sowie aus den stattgefundenen Arbeitsgruppentreffen breit abgestimmt und im Konsens weiter entwickelt.

Der in der zweiten Hälfte 2011 neu gestaltete Internetauftritt der IBT GmbH dient nun als Einstiegsseite für die internationale Bodenseeregion, die den potentiellen Gast informiert und auf die entsprechenden Orte, Themen und Leistungsträger verweist. Mit seiner modular aufgebauten Struktur und dem Prinzip des "BackOffice" kann dieser über die "Landingfunktion" hinaus ständig weiterentwickelt und der im parallel verlaufenden Projekt Positionierung Bodensee definierten Tourismusstrategie entsprechend weiterentwickelt werden.

In 2011 lag der Fokus der Arbeit der IBT zum einen darin, die Technik des BackOffice und seine Anwendungsmöglichkeiten in Schulungen und Arbeitstreffen mit den Bodenseetouristikern weiter bekannt zu machen, um eine größtmögliche Verbreitung voranzubringen. Zum anderen wurde in den Arbeitstreffen die gemeinsame Strategie für die Inhalte und deren Darstellung im Frontend besprochen und definiert.

Die Webseite muss in Zukunft weiter ausgebaut und entsprechend der Tourismusstrategie mit Inhalten gefüllt werden. Die Bildsprache und Inhalte spiegeln die Tourismusmarke Bodensee wider und stellen die Vielfalt der gesamten Bodenseeregion dar. Die Produkte und Angebote werden entsprechend der Markenleitthemen dargestellt.

Die technische Grundlage dafür bildet der BackOffice-Ansatz, der die browserunabhängige Darstellung auf verschiedenen Endgeräten unabhängig von Plug-Ins ermöglicht. Die Technik ermöglicht ebenso den Einsatz von SocialMedia-Tools und einer kartenbasierten Suche.

Es werden rd. 14.000 telefonische touristische Anfragen von Gästen pro Jahr bearbeitet. Darin sind die allgemeinen Geschäftstelefonate nicht enthalten.

Die Zahl der Beschäftigten ging in 2011 um eine Stelle zurück. Die Stelle für Messen- und Promotion war ab 30. April 2011 vakant. Zum 31. August 2011 wurde die Stelle zur Unter-

stützung in Organisation und Internet vakant. Zum 1. August 2011 wurde nach Beendigung des Dualen Hochschulstudiums der Student in die Festanstellung übernommen und übernahm die Aufgaben schwerpunktmäßig im Bereich Messen- und Promotion.

Die Zahl der zwei Firmenfahrzeuge blieb unverändert.

Der Sitz der Firmenräume blieb nach dem Umzug im Jahr 2004 unverändert. Am bisherigen Standort wurden in 2008 zwei weitere Räume angemietet.

Auf der Basis der beschlossenen Zuschüsse wie oben beschrieben, ist eine positive Fortführungsprognose in das Jahr 2012 zu stellen.

b) Risiken der zukünftigen Entwicklung

Als Verlustvortrag sind in das Jahr 2012 317.479,43 € zu übertragen. Es besteht keine Überschuldungsgefahr. Die Bilanz weist keinen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag auf.

Dieser Verlustvortrag kann jedoch im Rahmen einer Kapitalherabsetzung, Verrechnung des Stammkapitals mit dem Verlustvortrag, in der Handelsbilanz auf null gesetzt werden.

Es bestehen keine Darlehen. Ein Kontokorrentkredit zur Absicherung der Liquidität des Interreg-Projekts zur "Positionierung der Tourismusregion Bodensee" wurde nicht in Anspruch genommen.

Das seit Ende 2009 laufende Projekt "Positionierung Bodensee" wird im Frühjahr 2012 abgeschlossen sein. Gemeinsam mit weiteren Projektpartnern, wie den Hochschulen, den Touristikern und Tourismusunternehmen wurden im Lead durch die Projektleitung bei der IBT-Geschäftsführung Ergebnisse für die weitere Ausrichtung und Strategie im Tourismus am Bodensee erarbeitet. Auf dieser Grundlage haben die Gesellschafter bereits während der Projektlaufzeit erste Veränderungen für die Organisation wie oben beschrieben, durch die separate Bezuschussung ab 2012, abgeleitet und umgesetzt. Weitere Veränderungen für die Gesellschaft sind aus den endgültigen Projektergebnissen abzuleiten, damit die IBT als Tourismusorganisation Bodensee künftig den spezifischen Rahmenbedingungen der Bodenseedestination bspw. hinsichtlich Heterogenität, Größe, Internationalität, letztlich der sog. "Variablen Geometrie" Rechnung tragen kann. Bei der Gründung der IBT GmbH waren diese nicht berücksichtigt und darüber hinaus der Auftrag an die Gesellschaft nicht ausreichend klar formuliert worden. Insbesondere für die Wünsche seitens der Akteure, für die die hauptsächlich deutschen Gesellschafter in der Organisation Ressourcen bereit stellten, hat sich im Projekt deutlicher Nachholbedarf ergeben. Dies war in den letzten Jahren wiederholt als "Geburtsfehler" der IBT konstatiert worden und bildete so für das Modul zum Thema Management und Organisation des Projekts "Positionierung Bodensee" die Ausgangsposition. Zunächst musste jedoch die Sanierung und Konsolidierung der Gesellschaft in den Jahren 2003 bis 2006 erfolgen. Im Jahr 2007 wurde die Gesellschafterstruktur der IBT dahingehend verändert, dass die Kreistage bzw. die Landratsämter die Städte und Gemeinden als Gesellschafter (bzw. Mitglieder der Gesellschafter) direkt ablösten und diese seitdem in der Gesellschafterversammlung der IBT vertreten. Dies führte hinsichtlich der Finanzierungsströme zu einer stabileren Grundlage. Jedoch besteht seitdem ein Nachholbedarf an Kommunikation, Abstimmung und Austausch zwischen diesen "stellvertretenden Gesellschaftern" und den Akteuren in den Kommunen, vor allem den Tourist-Informationen sowie teilregionalen Tourismus-Organisationen.

Im Sinne eines fortlaufenden Change Managements muss auf Grundlage der Projekterkenntnisse die Ausrichtung der Gesellschaft durch ihre Inhaber weiter angepasst werden, indem konkrete und jeweils transparente Aufträge vereinbart werden. Die Gesellschafter, insbesondere die, welche als "stellvertretende Gesellschafter" für ihre Akteure in den Kommunen zeichnen, müssen darüber hinaus dazu beitragen, dass sie sich mit diesen Akteuren

und sich diese Akteure untereinander austauschen können. Nur so können die Aufträge an die IBT erteilt werden, die mit den Bedürfnissen der Akteure übereinstimmen. Diesen Willensbildungsprozess müssen alle Gesellschafter unabhängig von der IBT organisieren. Dann kann die IBT als Tourismusorganisation Bodensee in einer internationalen Destination die Projektergebnisse, d. h. die Strategie, die Marke und die Markenthemen als Kompetenzzentrum managen.

Die gewonnenen Projekterkenntnisse beweisen, dass die IBT von Beginn an dazu gezwungen war, unterschiedliche Erwartungen zudem mit einer eklatanten Unterfinanzierung im Verhältnis zu den Erwartungen seitens der meisten deutschen Gesellschafter bzw. der durch diese vertretenen Akteure zu erfüllen. Dass die IBT es unter diesen Umständen, von der Sanierungsphase ganz abgesehen, dennoch geschafft hat ihre Aufgaben kompetent umzusetzen und zudem die Strategie für die kommenden Jahre gemeinsam mit den Akteuren der Region zu entwickeln, spricht für die Notwendigkeit einer solchen Tourismusorganisation für den internationalen Bodensee sowie für die überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Teams. Nachdem erst mit dem lange erkämpften durch Interreg geförderten, und damit erst ermöglichten Projekt dies allen Gesellschaftern vor Augen geführt werden konnte, lastet bis heute ein immens hoher Druck auf den Mitarbeitern der IBT, die sich unter der unklaren Auftragslage in jeder Maßnahme der Unzufriedenheit mindestens eines Gesellschafter bzw. von Stakeholdern aus dessen Einzugsgebiet bis heute ausgesetzt sehen. Es bestand und besteht durchgehend das Risiko, dass die Potenziale nicht genutzt werden können und durch den Verlust von Motivation, durch mangelnde Wertschätzung letztlich Know How verloren geht.

Mit einer Weiterentwicklung der IBT, die den Erkenntnissen und Vorschlägen Rechnung trägt und über die für 2012 beschlossene Beauftragung gemäß dem Transparenzprinzip nach Grund- und Zusatzaufgaben hinausgeht, kann die Gesellschaft ihr Potenzial entfalten. Sie kann weiterhin gute Arbeit leisten, jedoch endlich den jeweiligen Ansprüchen gerecht werden. Entscheidend ist, wie in 2012 die Gesellschafter die Weichen stellen werden. Für eine nachhaltig stabile Situation der IBT und die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren in der Region wird es auch darauf ankommen, wie die hauptsächlich deutschen Gesellschafter ihre Herausforderungen zur Selbstorganisation unter- und miteinander meistern. Hierzu sind in 2012 die Entscheidungen durch die Gesellschafter verantwortungsvoll zu treffen.

Die Gesellschafter haben die Chance die Ausrichtung ihrer Organisation konkreter und transparenter untereinander zu definieren und mit den Ressourcen gezielt in Aufträgen zu vereinbaren. Die IBT kann für ihre Aufgaben in einer besonderen, nahezu einmaligen Konstellation einer multinationalen Destination Bodensee für die Zukunft aufgestellt werden.

Hiermit wird im Sinne des § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB versichert, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft im Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und, dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB beschrieben sind.

Konstanz, den 10.05.2012

Daniela Pahl-Humbert

11. Abschlussprüfer

Walter Pilz, Wirtschaftsprüfer, Konstanz

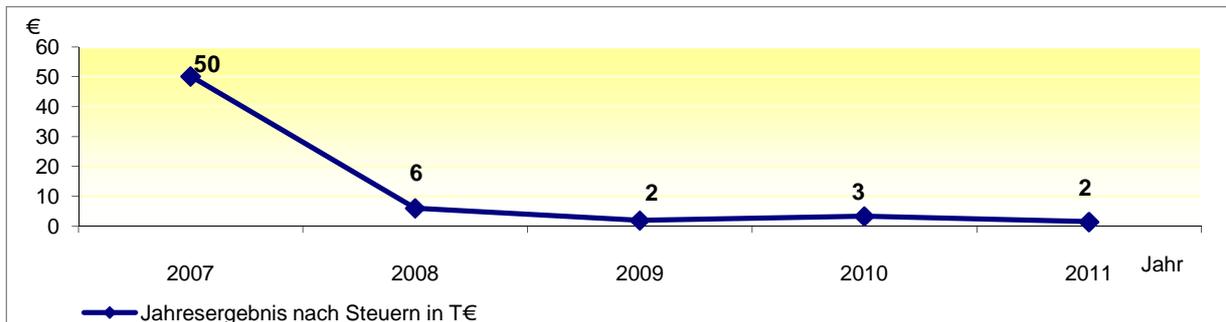
12. Weitere Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2011 hat sich bei den deutschen Landkreisen, die direkt an den See grenzen, die Überzeugung verfestigt, dass es sinnvoll ist, als Konsequenz aus dem Positionierungsprojekt eine eigene deutsche Gesellschaft zu gründen. Aufsichtsrat und Geschäftsführung der IBT haben dagegen Stellung bezogen in der Befürchtung, dass dadurch die IBT untergraben würde. Dies hat zum Teil zu deutlichen Auseinandersetzungen zwischen den Landkreisen Lindau (Bodensee), Konstanz und Bodenseekreis geführt, die zusammen rund 66 % des Stammkapitals an der IBT halten, und der Geschäftsführung der IBT geführt. Entscheidender Grund für die Tendenz, eine eigene deutsche Gesellschaft zu gründen ist der Umstand, dass schon bisher die Vermischung von nationalen und internationalen Aufgaben zu Unzufriedenheiten bei den Gesellschaftern geführt hat. Den deutschen Gesellschaftern hat die IBT in der Regel zu wenig im operativen Geschäft gemacht, den internationalen Partnern eher zu viel. Die deutschen Landkreise haben sich darüber hinaus aber deutlich zur internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der IBT bekannt. Bei der Beratung der Plandaten der IBT für das Jahr 2012 wurde sogar eine Erhöhung der Zuschüsse an die IBT in Aussicht gestellt, die letztlich bei den Haushaltsplanberatungen in den drei Landkreisen für das Jahr 2012 auch bestätigt wurde.

Friedrichshafen, den 28.09.2012

Landrat Lothar Wölfle

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	0,7	0,2	1,1	0,4	0,0	0,0
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen	41,6	10,9	44,2	14,8	38,6	14,6
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	1,3	0,3	1,3	0,4	1,3	0,5
	43,5	11,4	46,5	15,5	39,9	15,1
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1,7	0,4	3,8	1,3	2,0	0,8
2. Unfertige Leistungen	17,0	4,5	23,4	7,8	16,6	6,3
3. Geleistete Anzahlungen	31,8	8,3	29,4	9,8	32,1	12,1
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	190,3	49,8	46,9	15,7	3,8	1,4
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	25,2	6,6	15,8	5,3	15,8	6,0
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	72,3	18,9	119,4	39,9	146,8	55,4
	338,3	88,5	238,8	79,8	217,2	82,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,1	13,8	4,6	7,9	3,0
Bilanzsumme	382,0	100,0	299,1	100,0	265,0	100,0

Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	431,0	112,8	431,0	144,1	431,0	162,6
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-317,5	-83,1	-320,9	-107,3	-322,9	-121,8
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1,5	0,4	3,4	1,1	2,0	0,8
	115,1	30,1	113,5	38,0	110,1	41,6
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Empfangene Ertragszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	54,6	14,3	33,0	11,0	23,3	8,8
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	200,6	52,5	96,7	32,4	90,1	34,0
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	7,0	1,8	8,1	2,7	18,3	6,9
	207,6	54,3	104,8	35,1	108,5	40,9
F. Rechnungsabgrenzungsposten	4,7	1,2	47,7	15,9	23,1	8,7
Bilanzsumme	382,0	100,0	299,1	100,0	265,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der IBT GmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	477,7	29,5	513,7	36,4	541,1	40,2
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.141,2	70,5	896,6	63,6	806,2	59,8
5. Gesamtleistung	1.618,9	100,0	1.410,3	100,0	1.347,3	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	631,6	38,9	676,6	47,9	672,9	49,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	335,9	20,7	117,3	8,3	39,7	2,9
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	310,8	19,1	294,6	20,9	301,4	22,3
b) Soziale Abgaben	64,3	4,0	59,7	4,2	62,1	4,6
8. Abschreibungen						
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	15,1	0,9	18,9	1,3	20,3	1,5
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	268,1	16,5	244,2	17,3	254,8	18,9
10. Gesamtaufwand	1.625,8	100,0	1.411,2	100,0	1.351,5	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-6,9		-0,9		-4,1	
12. Erträge aus Beteiligungen	7,5		2,2		0,0	
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,7		3,1		3,9	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	10,2		5,2		3,9	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3,3		4,3		-0,2	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,3		-0,4		1,9	
22. Sonstige Steuern	-0,4		-0,6		0,4	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	1,5		3,4		2,0	

Energieagentur Bodenseekreis GbR

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Energieagentur Bodenseekreis
Kontakt:	Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH Tel.: 07541 / 289951-0 Fax: 07541 / 289951-99 E-mail: info@energieagentur-bodenseekreis.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	13. Juni 2007
Gesellschaftsvertrag:	13. Juni 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar – 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich die Beteiligung an der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit dem Ziel, dass diese eine Energieagentur im Bodenseekreis als Niederlassung gründet. Außenstellen im Bodenseekreis sollen möglich sein.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Gesellschafter der Energieagentur Bodenseekreis GbR sind:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	4.610 €	45,28%
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	1.470 €	14,44%
EnBW Regional AG	1.470 €	14,44%
Thüga AG, München	980 €	9,63%
Regionalwerk Bodensee GmbH & Co. KG	980 €	9,63%
Stadtwerke Überlingen GmbH	490 €	4,81%
Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis	150 €	1,47%
NABU Bezirksverband Donau-Bodensee e.V.	30 €	0,29%
	10.180 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürgerinnen und Bürger laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen, Gewerbebetrieben Energiesparpotenziale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Energieagentur Ravensburg gGmbH (Einlage: 9.200 €, Anteil: 16,00 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Gesellschaftervertrag

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

⇒ jährlicher Kostenbeitrag: 33.000 €.

Alle Gesellschafter sind nach Maßgabe der Beteiligung am Stammkapital an einem etwaigen Verlust beteiligt.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen Jahresabschluss aufstellt, wird an dieser Stelle auf den Abschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen (s. Seite 161).

Klinik Tett nang GmbH

1. Allgemeine Angaben



WALDBURG-ZEIL
KLINIKEN

Name des Unternehmens:	Klinik Tett nang GmbH
Kontakt:	Emil-Münc h-Str. 16 88069 Tett nang Tel.: 07542 / 531-0 Fax: 07542 / 531-178 E-Mail: info@klinik-tett nang.de Homepage: www.klinik-tett nang.de
Gründungsdatum:	14. Januar 2004
Eintragung Handelsregister:	10. Januar 2008
Gesellschaftsvertrag:	7. Juni 2005
Letzte Änderung:	29. Juni 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Aus- und Fortbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens erfolgt insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises, vor allem durch ambulante, vor-, nach- und vollstationäre Krankenversorgung mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.

Zur Förderung des Wohlfahrtswesens kann die Gesellschaft im Rahmen des Aufbaus vernetzter Strukturen ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote aufbauen und/oder sich an solchen beteiligen.

Die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung erfolgt insbesondere durch die Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und der Pflegeberufe. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, sowie sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 300.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Waldburg-Zeil-Kliniken GmbH & Co.KG	284.700 €	94,90%
Landkreis Bodenseekreis	15.300 €	5,10%
	300.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Ellio Schneider
Jürgen Sachsenmaier

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Tettang, eines Akutkrankenhauses der Regel- und Grundversorgung, sowie einer Krankenpflegeschule. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Medizinisches Versorgungszentrum Tettang GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Waldburg-Zeil Personalservice GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)
- ⇒ Gesundheitsakademie Tettang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag
Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg (WZK) dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrages angeboten. Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen. Die WZK hat Geschäftsanteile an der Klinik Tettang GmbH, Tettang im Nennwert von 284.700 € (94,9 %) für einen Kaufpreis von 1,00 € erworben. Der Landkreis Bodenseekreis hat sich im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet, der Gesellschaft ein Erbbaurecht am Krankenhausgrundstück zu bestellen (s.u.). Zusätzlich hat der Landkreis Bodenseekreis der Gesellschaft das wirtschaftliche Eigentum am Krankenhausgebäude übertragen. Die Vertragspartner sind dabei von einem Nettovermögen (Wert der Baulichkeiten zuzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung abzüglich der Sonderposten aus Fördermitteln sowie des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung) in Höhe von rund 11.840 T € ausgegangen, welches der Bodenseekreis in die Gesellschaft einzulegen hatte. Die Einbringung der Vermögensgegenstände und Sonderposten durch die Gesellschaft ist am 24. Juni 2005 erfolgt.
- ⇒ Erbbaurechtsvertrag
Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Gesellschaft dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages angeboten. Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen. Das Erbbaurecht wurde an dem gesamten Grundstück Flurstück 327 der Gemarkung Tettang auf dem - neben anderen Gebäuden - das Krankenhaus steht, bestellt. Die Ausübung des Erbbaurechts wurde jedoch auf das Krankenhausgebäude, die Zufahrt und die benötigten angrenzenden Nebenflächen beschränkt. Die restlichen auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude werden nicht von der Ausübung des Erbbaurechts umfasst.
Über das Verwaltungsgebäude, den für die Krankenpflegeschule erforderlichen Teil des Personalwohnheims sowie die Parkplätze auf dem Grundstück Flurstück 383/1 der Gemarkung Tettang haben die Parteien Nutzungsüberlassungsverträge abgeschlossen.

Das Erbbaurecht begann mit dem Tag der Eintragung im Grundbuch am 20. März 2006 und hat eine Laufzeit von 30 Jahren mit einer Verlängerungsoption für den Erbbauberechtigten von weiteren 20 Jahren.

Für die Bestellung des Erbbaurechts hatte der Erbbauberechtigte eine Einmalzahlung auf den Erbbauzins in Höhe von 2,4 Mio. € zu leisten. Der Anspruch auf die Einmalzahlung ist am 29. Juni 2005 entstanden und war mit der ranggerechten Eintragung im Erbbaurechtsgrundbuch am 20. März 2006 zur Zahlung fällig. Zusätzlich hat der Erbbauberechtigte vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 einen fixen Erbbauzins von 75.000 € und ab dem 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Erbbaurechts einen fixen Erbbauzins von jährlich 150.000 € zu zahlen. Der fixe Erbbauzins erhöht sich beginnend mit dem 1. Januar 2009 um einen variablen Anteil, welcher wiederum vom Jahresergebnis des Erbbauberechtigten abhängig ist. Der variable Erbbauzins ist jedoch wie folgt begrenzt: Für das Jahr 2009 auf einen Maximalbetrag von 75.000 €, für die folgenden Jahre auf einen Maximalbetrag von 150.000 €.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2007 hat der Landkreis Bodenseekreis die bis einschließlich 2011 anfallenden Erbbauzinsen zinslos gestundet. Eine weitere Stundung wird zusätzlich von der geplanten Investitionstätigkeit der Gesellschaft abhängig gemacht.

⇒ Liefervertrag für den Materialeinkauf

Mit der Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde am 21. Januar 2004 ein Liefervertrag für den Materialeinkauf abgeschlossen. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2004, danach gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende.

⇒ Managementvertrag Labormedizin

Mit der Gemeinschaftspraxis Labor Dr. Gärtner und Partner, Weingarten, wurde am 30. Juni 2004 ein Managementvertrag für das Labor der Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag regelt die organisatorische Sicherstellung der zeitnahen Durchführung aller von den Stationen und sonstigen Funktionsbereichen für die Leistungen der Klinik Tettang und von ihren Chefarzten im Privatliquidationsbereich angeforderten Untersuchungen sowie sonstige Dienstleistungen. Der Vertrag beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 2004 und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Vertragsperiode gekündigt wird.

⇒ Verträge zur integrierten Versorgung

Mit der WZK und der BKK-IKK Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg bzw. der Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) wurden am 24. November 2003 bzw. 17. Mai 2005 Verträge zur Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V geschlossen.

⇒ Mietvertrag MVZ-Gebäude

Mit Datum vom 30. Juni 2008 vermietete die Gesellschaft die Betriebs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss des MVZ-Gebäudes sowie Registraturflächen im Untergeschoss des Klinikgebäudes an das Tochterunternehmen MVZ Tettang GmbH, Tettang. Das Mietverhältnis hat am 1. August 2008 begonnen und wurde bis zum 31. Juli 2013 abgeschlossen.

⇒ Strukturmerkmale und Betten

Die Klinik ist im Krankenhausbedarfsplan von Baden-Württemberg mit 140 Planbetten in der Leistungsstufe Regelversorgung aufgenommen (bis 2010: 185).

⇒ Finanzierungsquellen

Die Investitionen der Klinik werden überwiegend durch die Gesellschafter sowie durch Fördermittel des Landes nach dem KHG finanziert. Die laufenden Betriebskosten sind durch die Erlöse aus DRG zu erwirtschaften.

Mit Bescheid vom 10. Juni 2011 wurde der Gesellschaft für das Jahr 2011 nach §§ 15 und 16 LKHG im Wege der Pauschalförderung ein Festbetrag in Höhe von 369 T € für Investitionen gewährt.

Die Budgetentgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2011 wurde am 1. April 2011 abgeschlossen und vom Regierungspräsidium Tübingen am 28. April 2011 genehmigt.

Das Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 KHEntgG wurde mit rd. 20,7 Mio. € festgelegt. Die Summe der effektiven Bewertungsrelationen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 KHEntgG (inkl. Überlieger) wurde mit 6,97 Mio. € vereinbart.

Zur Finanzierung neu eingestellter Pflegekräfte wurde für das Jahr 2011 gemäß § 4 Abs. 10 KHEntgG ein Gesamtbetrag in Höhe von 189 T € (einschließlich Ausgleichs i.H.v. 1 T €) vereinbart.

Das Ausbildungsbudget für das Jahr 2011 wurde in Höhe von 578 T € vereinbart.

⇒ Organschaftsvertrag

Mit Datum vom 15. Juli 2010 hat die Klinik Tettngang GmbH mit der MVZ Tettngang GmbH einen Organschaftsvertrag abgeschlossen. Dabei unterstellt die MVZ Tettngang GmbH als Organgesellschaft die Leitung des Unternehmens der Klinik Tettngang GmbH als Organgesellschaft. Die Organgesellschaft verpflichtet sich, den gesamten nach Maßgabe der handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Gewinn an die Organträgerin abzuführen. Die Organträgerin ist im Gegenzug verpflichtet, den während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen. Der Vertrag gilt ab dem Tage des Vertragsabschlusses und wurde mit Eintragung in das Handelsregister der Organgesellschaft wirksam. Die entsprechende Eintragung erfolgte am 25. November 2010. Der Vertrag ist bis zum 23. Dezember 2015 unkündbar. Für den darauf folgenden Zeitraum wurden Verlängerungsoptionen vereinbart.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

⇒ Der Bodenseekreis erhielt im Jahr 2011 für die bei der Klinik Tettngang GmbH beschäftigten Beamten Erstattungen i.H.v. 155.005,84 €.

⇒ Der mit der Klinik Tettngang am 1. Juli 2005 geschlossene Kreditvertrag beinhaltet einen Großteil des im Erbbaurechtsvertrag wertmäßig überlassenen Grundstücks. Das Darlehen läuft bis zum 31. Dezember 2030.

Im Jahr 2011 gingen hierfür 76.850,39 € Zins und 76.642,97 € Tilgung ein.

⇒ Der mit der Klinik Tettngang am 25. Juli/1. Oktober 2007 geschlossene Erbbaurechtsvertrag sieht eine Begrenzung des Erbbauzinses bis zum 31. Dezember 2018 und eine Stundung bis zum 31. Dezember 2011 vor.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren 423 Arbeitnehmer (Vj. 418) beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Allgemeine Entwicklungen

Die gesetzlichen Krankenkassen haben im Jahr 2011 auf der Basis der vorläufigen Finanzergebnisse einen Überschuss von rund 4,0 Mrd. € erzielt. Die von der Bundesregierung in 2010 auf den Weg gebrachten Gesetze, insbesondere das Arzneimittel-Neuordnungsgesetz und das GKV-Finanzierungsgesetz, haben ihre ausgabenbegrenzenden Ziele erreicht. Das hat dazu geführt, dass bei einem moderaten Anstieg der Leistungsausgaben von 2,6 % und einem Rückgang der Verwaltungskosten von 1 % im vergangenen Jahr ein Ausgabenzuwachs von rund 3,9 Mrd. € zu verzeichnen war. Unabhängig davon verfügen die Krankenkassen am Ende des Jahres 2011 über Finanzreserven von ca. 10 Mrd. €.

Immer noch geraten Krankenhäuser auf Grund ineffizienter Strukturen und steigender Kosten in eine finanzielle Schieflage. Im Jahr 2009 haben nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft 68 % der Krankenhäuser einen Jahresüberschuss, 21 % einen Fehlbetrag und 11 % ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen. Im Jahr 2010 konnten nur noch 56 % einen Jahresüberschuss, 28 % ein ausgeglichenes Ergebnis, 16 % einen Fehlbetrag ausweisen. Für das Jahr 2011 rechnen die Kliniken mit einer deutlichen

Verschlechterung ihrer Lage. Durch die gesetzlichen Einsparmaßnahmen ging 2011 die Schere zwischen Kosten und Erlösen wieder deutlich auseinander. Allein durch die höheren Sozialversicherungsbeiträge und die bereits feststehenden Tarifabschlüsse für die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben die Personalkosten den durch die Gesetzgebung zugestandenen Vergütungszuwachs um das Dreifache überschritten. Die gesetzlich vorgesehenen Fördermittel für Krankenhausinvestitionen durch die öffentliche Hand sinken seit Jahr-zehnten kontinuierlich. Mittlerweile wird weniger als die Hälfte der Krankenhausinvestitionen (46 %) aus öffentlichen Fördermitteln der Bundesländer bestritten. Mehr als die Hälfte der Investitionen müssen die Krankenhäuser anderweitig aufbringen. Der Investitionsstau liegt nach Berechnungen des RWI derzeit bei rund 14,0 Mrd. € (die DKG geht sogar von bis zu 50 Mrd. € aus). Ausgehend von der Wirtschaftskrise 2010/2011, die das Steueraufkommen der Kommunen negativ beeinflusst, kann davon ausgegangen werden, dass vermehrt kommunale Krankenhäuser zum Verkauf stehen oder geschlossen werden.

Die Haupttreiber für eine neue Privatisierungswelle sind:

- ⇒ stark sinkende Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden
- ⇒ anhaltend sinkende staatliche Fördermittel
- ⇒ steigender Kostendruck (Lohn- und Sachkosten) gekoppelt mit oft ineffizienten Strukturen
- ⇒ Investitionsstau in Höhe von mind. rund 14 Mrd. € (lt. RWI)

Bis zum Jahr 2020 werden ohne Gegenmaßnahmen voraussichtlich bis zu 10 % von derzeit rund 2.000 deutschen Kliniken schließen. Insbesondere für kleinere Häuser in kommunaler Trägerschaft werden die nächsten Jahre wirtschaftlich hart. Besonders betroffen wird wohl der ländliche Raum sein. Die Versorgungssicherheit auf dem Land wird dadurch in den meisten Fällen aber nicht gefährdet, so die Studie "Krankenhaus-Rating-Report" von RWI. Betrachtet man die wirtschaftliche Situation deutscher Krankenhäuser nach Trägern, schneiden kommunale Kliniken signifikant schlechter ab als private oder freigemeinnützige Einrichtungen. Es ist jedoch zu erwarten, dass die Kommunalpolitik eine Marktberreinigung hin zu weniger, aber größeren und wirtschaftlicheren Krankenhausstandorten nicht unterstützen wird. Auch die Landespolitik dürfte sich zurückhalten, um bei den Wählern nicht in Ungnade zu fallen. Somit werden voraussichtlich die Banken über die Kreditvergabe oder Nicht-Vergabe den Marktberreinigungsprozess maßgeblich mitbestimmen, so RWI.

Wenn private Klinikbetreiber öffentliche Krankenhäuser übernehmen, regt sich meist Widerstand. Bund, Länder und Gemeinden ziehen sich aus der Verantwortung für die Krankenhausversorgung zurück und legen sie in die Hände von renditeorientierten Unternehmen, kritisiert die Gewerkschaft ver.di. Fragt man die Patienten, sind sie aber gar nicht unzufrieden mit den privaten Kliniken, wie die Deutsche Gesellschaft für Qualität in einer repräsentativen Studie 2011 herausfand.

Entwicklungen im Akutbereich

Der deutsche Krankenhaussektor befindet sich in einer tief greifenden Umbruchphase. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das in hohem Maße intransparente und stark regulierte Gesundheitssystem, in dem durch "Vollkaskotalität" geprägte Patienten ohne Berücksichtigung ökonomischer Ressourcenoptimierung behandelt wurden, zukünftig nicht mehr zu finanzieren ist. So trifft die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen (demographische Entwicklung, steigendes Gesundheitsbewusstsein und medizinischer Fortschritt) auf leere Kassen der Ausgabenträger. Zusätzlich sind die öffentlichen Krankenhausträger zum Teil hoch verschuldet und können die Investitionsverpflichtungen und die in den ineffizient operierenden öffentlichen Kliniken generierten Verluste nicht mehr tragen.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben im Jahr 2011 Ausgaben von insgesamt rund 179,6 Mrd. € ausgewiesen, davon entfallen auf den Krankenhausbereich 60,14 Mrd. €, dies sind

rund 33,4 % der Gesamtausgaben. Gegenüber dem Jahr 2010 ist dies eine Steigerung von 2,01 Mrd. €, dies entspricht einer Steigerungsrate von 3,5 %.

Da der Krankenhaus-Sektor für 71 % der Ausgaben im deutschen Gesundheitswesen verantwortlich ist und hohe Ineffizienzen aufweist, sind in den letzten Jahren einige Kosten- und Strukturreformen durchgeführt worden. Durch diese Reformen, wie die Einführung eines wettbewerbsfördernden Entgeltsystems (G-DRG), des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), sehen sich die einzelnen Krankenhäuser zunehmend Kostendruck und Wettbewerb ausgesetzt.

Dazu wurden von der Bundesregierung alle Beteiligten herangezogen:

- ⇒ Krankenkassen - Verwaltungskosten dürfen in den nächsten beiden Jahren nicht weiter steigen (Einsparvolumen: 300 Mio. €)
- ⇒ Krankenhäuser - bei Mehrleistungen Effizienzabschlag von 30 % (Einsparvolumen: 350 Mio. €), die Veränderungsrate wurde im Jahr 2011 von 1,15 % auf 0,9 % korrigiert
- ⇒ Arzneimittelsparpaket (Einsparungsvolumen: insgesamt etwas mehr als 2 Mrd. €)
- ⇒ Ambulante Versorgung - Gesamtvergütung um 250 Mio. € gekürzt, keine Mehrausgaben
- ⇒ Hausarztverträge - Vergütungsniveau der Regelversorgung wird festgeschrieben (Einsparvolumen: ca. 0,5 Mrd. €), Rechtsschutz für alte Verträge
- ⇒ Zahnärzte - Anstieg nicht mehr als die Hälfte der Grundlohnsumme
2010 - insgesamt 3,5 Mrd. € Einsparungen
2011 - insgesamt 4 Mrd. € Einsparungen

Finanzgrundlage stärken:

- ⇒ Ab 01.01.2011 stiegen die Beiträge auf 15,5 %, wobei der Arbeitgeberbeitrag auf 7,3 % fixiert wurde.
- ⇒ Im Jahr 2012 ist der Beitragssatz mit 15,5 % unverändert geblieben.
- ⇒ Die Veränderungsrate für 2012 beträgt 1,98 %, reduziert um 0,5 %, somit wirken sich 1,48 % finanziell aus.

Damit wurden die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten entkoppelt. Zusatzbeiträge sollen die Mehrkosten auffangen.

- ⇒ Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge in % wurden gestrichen, sie werden nur noch in Euro und Cent fixiert, mehr Finanzautonomie für Krankenkassen.
- ⇒ Der Sozialausgleich wird durch die Arbeitgeber via Rentenversicherungsträger abgewickelt, finanziert durch Steuern.

Alle zukünftigen Kostensteigerungen gehen in die Zusatzbeiträge ein. Künftige Defizite sind damit durch die Versicherten zu tragen. Dauerhaft steigt der steuerliche Ausgleich ohne Steuererhöhungen an. Einsparungen für die Rehabilitation waren nicht vorgesehen.

Der Deutsche Bundestag hat am 16.12.2011 das GKV-Versorgungsstrukturgesetz (GKV_VStG) beschlossen. Die für den Krankenhausbereich relevanten Inhalte des Gesetzes umfassen u. a.

- ⇒ Leistungen bei lebensbedrohlichen Erkrankungen: Versicherte haben Anspruch auf abweichende Leistungen, wenn keine allgemein anerkannte, dem wissenschaftlichen Stand entsprechende Leistung zur Verfügung steht.
- ⇒ Das Entlassmanagement wird Bestandteil der Krankenhausbehandlung.
- ⇒ Krankenhäuser werden verpflichtet, bei einer Anschlussheilbehandlung des Patienten beim Facharzt für einen zeitnahen Behandlungstermin Sorge zu tragen.
- ⇒ Klarstellung zur Kostenerstattung durch die Länder bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen.

- ⇒ Die kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) können den Notdienst auch durch eine Kooperation und eine organisatorische Verknüpfung mit Krankenhäusern sicherstellen.
- ⇒ Die Kassenärztliche Vereinigung (KBV) richtet mit den KVen eine einheitliche Notdienstnummer ein.
- ⇒ Die Länder erhalten die Möglichkeit zur Bildung eines gemeinsamen Gremiums auf Landesebene zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen.
- ⇒ Die gemeinsamen Landesgremien erhalten die Möglichkeit zur Nutzung der § 21 Daten.
- ⇒ Der ärztliche Leiter eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZs) muss in diesem selbst als angestellter Arzt oder als Vertragsarzt tätig sein.
- ⇒ Gründung von MVZs durch zugelassene Krankenhäuser weiterhin möglich, jedoch nur noch in der Rechtsform einer Personengesellschaft.
- ⇒ Bei Praxisnachbesetzungsverfahren wird freiberuflich tätigen Ärzten ein Vorrang gegenüber MVZs in Krankenhausträgerschaft eingeräumt.
- ⇒ Kooperationsmöglichkeiten bei vor- und nachstationären Leistungen als auch bei ambulanten Operationen mit niedergelassenen Vertragsärzten.
- ⇒ Zulassungsmöglichkeit von Krankenhausärzten zur ambulanten Behandlung bei nicht unterversorgten Planungsbereichen, wenn ein lokaler Versorgungsbedarf besteht.
- ⇒ Leistungen aus dem Bereich der Erkrankungen mit besonderen Krankheitsverläufen sollen nur noch bei schweren Verlaufsformen zur spezialfachärztlichen Versorgung gehören. Die konkrete Abgrenzung der Leistung erfolgt weiterhin durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).
- ⇒ Eine Einrichtung, die in räumlicher Nähe zu einem Krankenhaus liegt und mit diesem organisatorisch verbunden ist, darf für allgemeine Krankenhausleistungen keine höheren Entgelte verlangen als sie nach dem KHEntG und der BpflV zu leisten wären.

Entwicklungen im ambulanten Bereich

Expandiert wird in der ambulanten Versorgung. Schon heute werden ambulant weitaus mehr Patienten behandelt als akutstationär. Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt stetig an. Ziel ist es, die Krankenhäuser mit einem MVZ zu verbinden. Als Einstieg in ein MVZ besteht die Möglichkeit, sich einzumieten und z. B. beim Eintritt in den Ruhestand den freiwerdenden Kassenarztsitz zu übernehmen. MVZs weisen überwiegend zu Beginn Verluste aus, bedingt durch Anlaufkosten und hohe Abschreibungen. Entscheidend bei der Einführung eines MVZ sind die Synergien mit dem Krankenhaus. Außerdem kann damit ein weiterer Schritt zur flächendeckenden Versorgung erreicht werden, da die Krankenhausstrukturen in der bisherigen Form nicht mehr umfänglich finanziert werden können. Parallel entwickeln sich Ärztenetzwerke, die verstärkt mit den Kliniken kooperieren möchten. Allein durch die Bindung der niedergelassenen Ärzte/Fachärzte an die Kliniken ergibt sich ein deutlicher wirtschaftlicher Nutzen auf Grund einer entsprechend hohen Fallzahlzuweisung und somit eine zu erwartende Umsatzstabilität oder Umsatzausweitung. Diese Formen können eine Alternative zu integrierten Versorgungsverträgen sein.

Mit dem Vertragsarztgesetz wurde der Gestaltungsspielraum für die MVZ zusätzlich erhöht. Seitdem steigt die Anzahl derartiger Einrichtungen und der dort behandelten Patienten kontinuierlich.

Von den niedergelassenen Ärzten werden die MVZ nicht selten als Konkurrenz gesehen. Da diese oftmals in räumlicher Nähe zu Krankenhäusern zu finden sind, profitieren sie von der dort vorgehaltenen Infrastruktur und medizinischen Ausstattung, was letztlich auch zu einer stärkeren Anziehungskraft auf Patienten führen dürfte. Aus Patientensicht bieten MVZ erhebliche Servicevorteile gegenüber Einzelpraxen, wie etwa in Form von ausgeweiteten Öffnungszeiten und der Tatsache, dass verschiedene Fachärzte unter einem Dach raumnah aufzufinden sind. Aus Sicht der Klinikbetreiber wird sicherlich der Mehrwert auch im höheren Nutzungsgrad teurer medizinischer Geräte gesehen. Hinzu kommt, dass ein kontinuierlicher

Patientenstrom in die - möglichst eigenen - Kliniken gesichert wird. Die überwiegende Mehrheit der MVZ befindet sich derzeit in der Trägerschaft von Vertragsärzten.

b) Entwicklung der Klinik Tettngang in 2011

Die Vermögenswerte der Gesellschaft werden zum 31. Dezember 2011 mit 31.109 T € ausgewiesen. Von diesen Vermögenswerten entfallen 20.831 T € und somit 67,0 % auf das Anlagevermögen. Das Eigenkapital der Gesellschaft wird zum Bilanzstichtag mit 10.063 T € ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 32,3 %. Die Sonderposten aus der Finanzierung des Anlagevermögens werden mit 7.769 T € ausgewiesen. Von den Verbindlichkeiten sind 5.720 T € langfristig finanziert. Die langfristigen Vermögenswerte sind somit insgesamt durch langfristiges Kapital finanziert.

Im Geschäftsjahr 2011 konnten die Umsatzerlöse von 23.814 T € auf 24.769 T € und somit um 4,0 % gesteigert werden. Korrespondierend haben sich die Personalkosten von 15.413 T € auf 16.549 T € und somit um 7,4 % erhöht. Für das Jahr 2011 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.332 T € ausgewiesen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat im Jahr 2011 1.333 T € betragen. Dieser hat nicht vollständig zur Deckung der Cashflows aus der Finanzierungs- und Investitionstätigkeit ausgereicht. Der Finanzmittelfonds hat sich folglich von 298 T € auf 139 T € verringert.

Am 22.07.2010 begann die Sanierung der Patientenzimmer, die noch aus der Zeit der Klinikgründung im Jahr 1964 stammen. Die ersten 9 Zimmer wurden von Mitte Juli bis Anfang September 2010 saniert. Dabei wurde Wert auf eine wohnliche Atmosphäre gelegt, so dass für die Patienten weitere komfortable Zweibettzimmer mit zeitgemäßer, dazugehöriger Nasszelle zur Verfügung stehen. Ende November 2010 begann der 2. Bauabschnitt mit der Sanierung weiterer 12 Zimmer. Im 3. Bauabschnitt wurden bis Mitte März 2011 6 Zimmer saniert. Damit sind 2/3 der Patientenzimmer modernisiert und insgesamt 1,8 Mio. € investiert. Mit der Sanierung der Patientenflure bis Mitte Mai 2011 wurde diese Sanierungsmaßnahme endgültig abgeschlossen. Im Zuge des Gesamtkonzepts zur baulichen Weiterentwicklung der Klinik Tettngang müssen die derzeit als Dienst- und Bereitschaftsdienst genutzten Zimmer deshalb wieder zu Patientenzimmer umgewidmet werden.

Seit 01.07.2011 ist eine urologische Praxis in Tettngang als weiterer Belegarzt in der Klinik Tettngang tätig und versorgt damit Patienten aus Tettngang und Umgebung wohnortnah. Der HNO-Arzt konnte bei der Kassenärztlichen Vereinigung durchsetzen, dass seine in der Praxis angestellte Ärztin ab dem 15.09.2011 als weitere Belegärztin tätig werden kann, was die Belegabteilung weiter verstärkt.

Die Umsetzung der letzten Phase der Konvergenz führte 2010 letztmalig zu entsprechenden Mehrerlösen für die Klinik. Durch das GKV-FinG wurde gesetzlich geregelt, dass Mehrerlöse für das Jahr 2011 nur zu 70 % finanziert werden. Im Jahr 2012 werden diese vereinbarten Mehrerlöse dann zu 100 % finanziert. Deshalb war und ist es wichtig, auch während der Baumaßnahmen keine Umsatzeinbußen zu realisieren. Die lineare Budgeterhöhung i.H.v. 0,9 % deckt lediglich die lineare Steigerung des Tarifvertrages TVöD ab. Strukturelle Veränderungen sowie notwendige Personalanpassungen auf Grund der gestiegenen Leistungen werden auch künftig nur noch teilweise refinanziert.

Am 16.03.2011 fand die Entgeltverhandlung mit den Kostenträgern als eines der ersten Krankenhäuser in Baden-Württemberg statt. Für das Jahr 2011 konnten insgesamt 400 CM-Punkte zusätzlich zur Vereinbarung 2010 vereinbart werden. Der Budgetzuwachs von ca. 1,3 Mio. € wurde auf Grund des GKV-FinG auf rd. 869 T € gekürzt.

Der Sanierungstarifvertrag mit ver.di lief nur noch bis 31.12.2010. Die Personalkostensteigerungen auf Grund der Tarifsteigerung nach TVöD werden über das Erlösbudget nur zum Teil refinanziert. Es konnte eine Einigung über einen Haustarifvertrag mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014 erzielt werden. Darin konnten weiterhin Kürzungen vereinbart werden, die zum 31.12.2014 auslaufen.

Seit September 2011 bietet die Klinik Tettngang neben der Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpfleger/In den neuen integrierten Studiengang Bachelor of Nurse an. Dieser dauert insgesamt 4,5 Jahre und soll helfen, selbst Nachwuchskräfte für Führungspositionen auszubilden.

Die überholte Röntgenanlage wurde im August 2011 ausgetauscht. Zur qualitativen Verbesserung der Röntgendiagnostik sowie zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit wurde eine voll-digitale Röntgenanlage beschafft und ein PACS-System implementiert. Neben den besonders eingerichteten Befundungsplätzen können alle Röntgenaufnahmen an allen EDV-Arbeitsplätzen befundet werden, was zu einem wesentlich verbesserten Behandlungsablauf führt.

c) Künftige Entwicklung der Klinik Tettngang GmbH

Allgemeine Entwicklung

Wie in den vergangenen Jahren steigen die Fallzahlen. Regional betrachtet dürften sich deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Krankenhausfälle ergeben. Unterschiede in der Altersstruktur und der unterschiedlichen regionalen Bevölkerungsentwicklung dürften sich hier bemerkbar machen. Da in Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Süden Brandenburgs ein Bevölkerungsrückgang erwartet wird, sollte sich in diesen Regionen auch die Krankenhausfälle rückläufig entwickeln. Der stärkste Zuwachs dürfte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland, West Niedersachsen und Berlin zu erwarten sein.

Weiterhin wird die medizinische Rehabilitation als der Behandlungsansatz für multimorbide und chronisch erkrankte Menschen sowie eine stärkere sektorenübergreifende Verschränkung bzw. Koordination zwischen Rehabilitation und Akutversorgung eine herausragende Rolle spielen, d. h., die Bedeutung der medizinischen Rehabilitation wird spürbar zunehmen. Vor dem Hintergrund der Zunahme chronischer Erkrankungen muss es mittel- und langfristig zu einer deutlichen Verschiebung von einer heute primär akutmedizinischen in eine künftig deutlich stärker präventions- und rehabilitationsbezogenen Versorgung kommen. Dies haben u. a. auch die letzten Gutachten des Sachverständigenrats Gesundheit 2007 und 2009 aufgezeigt.

Demgegenüber zeichnen die aktuellen Zahlen ein völlig anderes Bild: Nach Angaben des statistischen Bundesamts stieg zwar der absolute Betrag für die Aufwendungen von Vorsorge und Rehabilitation in den letzten 15 Jahren um etwa 5 % von ca. 7,6 Mrd. € auf ca. 8,0 Mrd. €. Gleichzeitig fiel aber der relative Anteil der Reha von 4,1 % auf 3,1 % des Gesamtaufkommens (ca. - 25 %).

Unverändert prägen Kostendruck, Budgetbegrenzung und wachsender Wettbewerb den deutschen Krankenhausmarkt. Kostensteigerungen können immer schwerer durch Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Verstärkt müssen Wege für eine Verbesserung der Einnahmeseite gefunden werden. Eine Möglichkeit ist, Wachstum innerhalb des budgetären Bereichs zu erreichen, beispielsweise durch Fallzahlensteigerung, Akquisition neuer Objekte oder Vernetzung ambulanter Leistungen. Eine weitere Möglichkeit ist die Erschließung außerbudgetärer Erlöspotenziale, zum Beispiel durch die Versorgung ausländischer Patienten, den Aufbau von Patientenhotels oder das Anbieten zusätzlicher Serviceleistungen.

Die Rhön AG mit Gießen-Marburg als einzige privat betriebene Uni-Klinik in Deutschland hat nach einer Kapitalerhöhung um 460 Millionen EUR genügend Kapital für weitere übernahm-

men. Hauptkonkurrent Helios hat im Jahr 2012 die Damp-Gruppe in Schleswig-Holstein und eine Mehrheitsbeteiligung am Katholischen Klinikum in Duisburg übernommen. Es bestehe unverändert Interesse an der Übernahme von Häusern, die zur Gruppe passten und dauerhaft entwickelt werden könnten, so Helios, die zwischenzeitlich ein Übernahmeangebot an die Rhön AG formuliert haben. Weitere wichtige Marktakteure sind Asklepios, Sana und jüngst die schweizerische AMEOS-Gruppe, die die Salzlandkliniken in Sachsen-Anhalt übernehmen.

Die Gesundheitspolitiker der Koalitionsfraktionen haben sich am 02.05.2012 auf Eckpunkte zur Krankenhausfinanzierung geeinigt, die zusammen mit dem Psychiatrie-Entgeltgesetz umgesetzt werden sollen:

- ⇒ Ab dem Jahr 2013 soll ein anteiliger Orientierungswert die Grundlohnsumme als Obergrenze für die Landesbasiswertverhandlungen ablösen. Über die Höhe des anteiligen Orientierungswertes soll im Rahmen einer Selbstverwaltungslösung verhandelt werden.
- ⇒ Noch im Jahr 2012 sollen die für das Jahr 2012 vereinbarten Tarifsteigerungen zu 50 % des Unterschieds zwischen Grundlohnsumme und Tarifraten (bezogen auf die Personalkosten) bei den Landesbasisfallwerten berücksichtigt werden.
- ⇒ Die Mehrleistungsabschläge sollen übergangsweise auf zwei Jahre verlängert werden. Die Höhe der Abschläge soll gesetzlich fixiert werden, ist aber noch nicht festgelegt.
- ⇒ Die Selbstverwaltungspartner auf der Bundesebene sollen beauftragt werden, einen gemeinsamen Forschungsauftrag zur Leistungsdynamik und bestehenden Einflussgrößen zu vergeben.

Es ist positiv zu bewerten, dass die Tarifausgleichsrate für das Jahr 2012 umgesetzt wird. Zu begrüßen ist auch die Anwendung des Orientierungswerts ab dem Jahr 2013, wobei seine anteilige Anwendung zu kritisieren ist. Die vorgesehene Verlängerung der Mehrleistungsabschläge um zwei weitere Jahre überzeugt nicht als Konzept zur Finanzierung von Leistungsänderungen.

Entwicklung der Klinik Tett nang GmbH

Die Leistungszahlen für die Klinik Tett nang konnten zum 31.12.2011 gegenüber der Budgetvereinbarung 2011 bei den Fallzahlen um 128 Fälle gesteigert werden, beim Case-Mix wurde das vereinbarte Volumen von 6.965,767 um 28,525 CM-Punkte verfehlt. Die Entgeltverhandlung 2012 hat am 21.05.2012 stattgefunden. Es ist gelungen, ein gesteigertes Leistungsvolumen zu vereinbaren. Die Leistungszahlen der ersten drei Monate zeigen auf, dass dieses Ziel erreichbar ist.

d) Risikobericht

Als operatives, am Markt teilnehmendes Unternehmen ist die Klinik Tett nang den unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt. Diese Risiken sind unmittelbarer Ausfluss aktiven unternehmerischen Handelns, das zugleich die Chance bietet, Mehrwert in Form von Ertrags- und Vermögenszuwächsen zu schaffen.

Das Abwägen unternehmerischer Risiken und Chancen ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Aufgaben. Um uns in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wahrzunehmen, d. h. Risiken zeitnah zu erkennen und adäquate Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten, wurde konzernweit ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt, das auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Definierte und erkennbare Risiken werden aus dem administrativen und medizinischen Bereich in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet. Die Geschäftsführung wertet die Risikoberichte hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe möglicher Schäden aus und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken sind die einzelnen Kliniken in eingeschränktem Rahmen ausgesetzt, da die Klinik Tett nang ausschließlich auf dem inländischen

Gesundheitsmarkt tätig ist und außenwirtschaftliche Faktoren von untergeordneter Bedeutung sind.

Branchenspezifische Risiken sind im stark reglementierten Gesundheitsmarkt eng mit der staatlichen Gesundheitspolitik verknüpft.

Auf der Aufwandseite sind insbesondere die Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst von Bedeutung. Innerhalb unserer Branche werden Chancen und Risiken aus Gesundheitsreformgesetzgebungen und Tarifvereinbarungen differenziert beurteilt.

Es bestehen die klassischen Markt- oder Absatzrisiken. Durch strategische Konzepte, insbesondere Kooperationen und den Aufbau und Ausbau sektorübergreifender Netzwerke, kann der Standort gesichert und damit Absatzrisiken begrenzt werden.

Durch die Einführung von trägerübergreifenden Komplexangeboten und dem Aufbau sektorübergreifender Netzwerke soll zum einen eine höhere Kundenbindung (Kostenträger, niedergelassene Ärzte) und zum anderen ein Gegengewicht zur Preisentwicklung geschaffen werden.

Die sich abzeichnende Verschiebung von stationären zu ambulanten Behandlungsformen wird künftig noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Spezifische Produktrisiken ergeben sich, weil Diagnosen und Therapien auf Grund der Komplexität der Leistungserbringung und der Tatsache, dass die Leistungen am Menschen erbracht werden, grundsätzlich risikobehaftet sind. Diesem Risikopotential wirkt allerdings unsere Prozessorganisation entgegen, die einerseits an jedem Arbeitsplatz hohe Professionalität erzeugt und andererseits durch ihre Arbeitsteiligkeit ein sich selbst kontrollierendes System schafft.

Durch regelmäßige und systematische Mitarbeiterschulungen, strenge Überwachung von Aufbau- und Ablauforganisation und strikte Orientierung an Patientenbedürfnissen sollen Produktrisiken minimiert werden. Hier kommt der Überwachung von Patientenbeschwerden durch unseren zentralen Geschäftsbereich Produkt/Qualität der Waldburg-Zeil Kliniken eine besondere Bedeutung zu.

Da trotz aller bestehenden Vorkehrungen Risiken nicht ausgeschlossen werden können, besteht ein angemessener und regelmäßig überprüfter Versicherungsschutz.

Typische Beschaffungsrisiken bestehen bei der Kliniken Tettang nicht. Über die Waldburg-Zeil Kliniken wird darauf geachtet, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nicht entstehen. Temporäre Abhängigkeiten, beispielsweise bei speziellen Gerätschaften, schätzen wir als nicht bedeutsam ein. Die strikte Trennung von Beschaffung und Verwendung betrachten wir als entscheidende Antikorruptionsmaßnahme.

Neben dem wirtschaftlichen Risikomanagement (Finanz-, Management- und Marktrisiken) liegt ein weiterer Schwerpunkt im klinischen Risikomanagement, da in den letzten Jahren die Patientensicherheit als Qualitätsziel in Krankenhäusern zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wer Patientensicherheit stärkt, erhöht auch die Qualität der Krankenhausbehandlung. Deshalb haben sich die WHO und nationale Gremien wie die Bundesärztekammer des Themas angenommen und entsprechende Empfehlungen verabschiedet. Auch für unsere Zertifizierungsverfahren wie KTQ oder IQMP-Reha ist der Nachweis eines funktionierenden Fehlermanagements inzwischen erforderlich.

Oberstes Ziel der Patientensicherheit ist die Vermeidung von unerwünschten Ereignissen, die auf Fehlern beruhen. Aus der Entdeckung und Analyse von Fehlern kann man im Sinne

eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses für die Zukunft lernen. Ein zentrales Instrument zur Erkenntnis solcher Risikokonstellationen ist ein Critical Incident Reporting System (C IRS). Kennt man die Risiken, die Fehler auslösen, lassen sich Fehler vermeiden oder verringern.

Nach Prüfung mehrerer Systeme und Beobachtung der Entwicklung wurde inzwischen eine an unsere spezifischen Verhältnisse angepasste und zukunftssichere Lösung in Kooperation mit der äzq (Ärztliches Zentrum für Qualität in der Medizin) erarbeitet und seit dem Jahr 2010 in unseren Akutkliniken eingeführt.

Die Klinik Tett nang zählt zum Dienstleistungssektor. Ihr wirtschaftlicher Erfolg hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Leistung der Mitarbeiter ab. Unmotivierte bzw. unqualifizierte Mitarbeiter stellen daher ein erhebliches Risikopotential dar. Zur Gewinnung und Bindung leistungsfähiger Mitarbeiterinnen bieten wir in den Waldburg-Zeil Kliniken kontinuierliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme an. Mit dem Gesamtbetriebsrat wird über flexible Lösungen zur Arbeitszeitgestaltung verhandelt, um künftig auf Auslastungsschwankungen kurzfristig reagieren zu können.

Die Waldburg-Zeil Kliniken verfolgen die Strategie einer dezentralen Ergebnisverantwortung bei hoher Wissenskommunikation. Eine weit gefasste unternehmerische Selbstverantwortung soll die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Belastungen in Form von wirtschaftlichen und organisatorischen Risiken minimieren. Die regelmäßige Gegenüberstellung von Vorjahreswerten und Planwerten erlaubt es, abweichende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wo angebracht, korrigierend einzugreifen.

Zur Beurteilung finanzieller Risiken analysieren wir regelmäßig auch unseren Debitorenbestand. Im Rahmen von regelmäßigen Bankengesprächen stellen wir sicher, dass etwaiger Kapitalbedarf auch kurzfristig zur Verfügung steht.

Rechtliche Risiken gewinnen in dem Umfang an Bedeutung, als in immer kürzeren Zeitabständen ergehende Gesundheitsreformen/Gesetzgebungen zur Verunsicherung der Vertragspartner im Gesundheitswesen beitragen. Im Hinblick auf den Unternehmenserfolg messen wir den rechtlichen Risiken jedoch keine gravierende Bedeutung zu.

Für die von uns vorgenommene Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Gesamtergebnis, dass bestandsgefährdende Risiken für die Klinik Tett nang nicht bestehen.

Tett nang, den 11. Juni 2012

Ellio Schneider

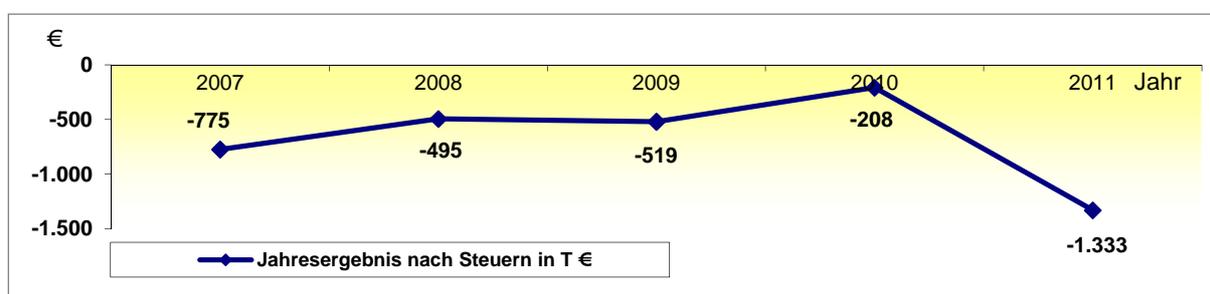
Jürgen Sachsenmaier

11. Abschlussprüfer
RSW Treuhand GmbH

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2011	2010	2009	2008	2007
Planbetten	140	185	185	185	185
Belegung in %	82,96	62,41	60,94	60,15	62,39
stationäre Patienten	6.521	6.393	6.095	5.753	5.854
Belegungstage	42.391	42.139	41.148	40.727	42.253
Verweildauer	6,50	6,59	6,75	7,08	7,22

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011	2011		2010		2009	
Aktiva	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrecht u. ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen	230,7	0,7	296,0	0,9	400,0	1,3
2. Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	1,4	0,0
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	17.234,3	55,4	16.934,3	53,5	17.928,8	56,2
2. Technische Anlagen und Maschinen	493,7	1,6	633,9	2,0	782,4	2,5
3. Einrichtungen und Ausstattungen	2.758,2	8,9	2.869,5	9,1	2.873,5	9,0
4. Anlagen im Bau	38,4	0,1	770,1	2,4	0,0	0,0
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75,5	0,2	75,5	0,2	75,5	0,2
	20.830,8	67,0	21.579,2	68,2	22.061,5	69,2
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	531,4	1,7	471,4	1,5	561,0	1,8
2. Unfertige Leistungen	274,5	0,9	206,3	0,7	157,9	0,5
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	3.931,3	12,6	3.427,7	10,8	3.231,0	10,1
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	250,4	0,8	558,7	1,8	561,3	1,8
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	487,6	1,6	420,9	1,3	437,1	1,4
6. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2,9	0,0	0,0	0,0	36,5	0,1
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten						
	139,6	0,4	298,5	0,9	136,9	0,4
	5.617,5	18,0	5.383,4	17,0	5.121,7	16,1
C. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	2.767,2	8,9	2.707,7	8,6	2.648,1	8,3
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.893,0	6,1	1.971,0	6,2	2.049,0	6,4
Bilanzsumme	31.108,5	100,0	31.641,3	100,0	31.880,4	100,0

Bilanz der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011	2011		2010		2009	
Passiva	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	300,0	1,0	300,0	0,9	300,0	0,9
II. Kapitalrücklage	14.106,9	45,3	14.106,9	44,6	14.106,9	44,2
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-3.010,9	-9,7	-2.803,1	-8,9	-2.283,7	-7,2
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.332,5	-4,3	-207,8	-0,7	-519,4	-1,6
	10.063,4	32,3	11.395,9	36,0	11.603,7	36,4
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen						
I. Sonderposten für Förderungsmittel nach dem KHG	6.999,2	22,5	7.661,4	24,2	8.296,4	26,0
II. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	769,8	2,5	1.081,8	3,4	1.403,0	4,4
III. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	0,5	0,0	0,7	0,0	1,0	0,0
	7.769,4	25,0	8.743,9	27,6	9.700,4	30,4
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	1.235,3	4,0	1.242,1	3,9	1.039,0	3,3
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.020,0	12,9	4.260,3	13,5	4.500,0	14,1
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	696,8	2,2	912,4	2,9	682,3	2,1
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	203,3	0,6	0,0	0,0
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	6.752,5	21,7	3.896,2	12,3	3.825,9	12,0
VI. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	55,1	0,2	577,7	1,8	78,8	0,2
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	499,0	1,6	385,6	1,2	419,6	1,3
	12.023,4	38,6	10.235,5	32,3	9.506,5	29,8
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
G. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	17,0	0,1	23,8	0,1	30,6	0,1
Bilanzsumme	31.108,5	100,0	31.641,3	100,0	31.880,4	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Tett nang GmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	24.768,7	96,0	23.813,4	95,9	22.846,3	96,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	68,2	0,3	48,4	0,2	-42,0	-0,2
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	965,2	3,7	958,5	3,9	932,0	3,9
5. Gesamtleistung	25.802,1	100,0	24.820,3	100,0	23.736,3	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.651,8	13,2	3.588,2	13,9	3.482,3	13,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	874,5	3,2	791,9	3,1	760,7	3,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	13.593,7	49,0	12.635,3	48,9	11.915,1	47,5
b) Soziale Abgaben	2.955,3	10,6	2.778,0	10,7	2.665,7	10,6
8. Abschreibungen						
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2.289,4	8,2	2.178,5	8,4	2.116,7	8,4
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0	2,0
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.391,7	15,8	3.872,8	15,0	3.618,6	14,4
11. Gesamtaufwand	27.756,4	100,0	25.844,6	100,0	25.059,0	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1.954,3		-1.024,3		-1.322,7	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	369,0		376,3		2.168,0	
17. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	59,5		59,5		59,5	

18. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.262,9	1.247,8	1.149,8
19. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	6,8	6,8	6,8
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50,6	50,4	51,0
21. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	-320,1	-179,4	
22. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-289,0	-286,5	-2.073,3
23. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagevermögen	-80,0	-89,8	-94,7
24. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-428,6	-359,9	-462,8
25. Finanzergebnis	631,1	825,2	804,4
26. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.323,1	-199,2	-518,3
27. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen	-7,6	-7,6	0,0
28. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
29. Sonstige Steuern	-1,8	-1,0	-1,1
30. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-1.332,5	-207,8	-519,4
31. Einstellung in Gewinnrücklagen a) in zweckgebunden Rücklagen b) in andere Gewinnrücklagen			
32. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)			
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.332,5	-207,8	-519,4

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH
Kontakt:	Paulinenstr. 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 4094-211 Fax: 07541 / 4094-251 E-Mail: u.ott@gpz-fn.de Internet: www.gpz-fn.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	8. März 2002
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	10. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der GpZ Friedrichshafen GmbH ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis.

Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienst Arbeitsplätzen in Friedrichshafen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Friedrichshafen gGmbH von 50.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bruderhaus Diakonie	15.000 €	30,00%
Pauline 13 e.V.	15.000 €	30,00%
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie,	10.000 €	20,00%
Landkreis Bodenseekreis	5.000 €	10,00%
Stadt Friedrichshafen	5.000 €	10,00%
	50.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Ulrich Ott

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender Dr. Dieter Grupp, ZfP Südwürttemberg (bis 31.12.2011)
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschafter bekräftigen mit dem Gemeindepsychiatrischen Zentrum Friedrichshafen Ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Hilfeplanung im Bodenseekreis zu betreiben. Hierzu wurde im Jahr 2004 in verbindlicher Form die Trägergemeinschaft „Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) Bodenseekreis“ gegründet.

Die GpZ Friedrichshafen gGmbH beteiligt sich hierzu schwerpunktmäßig mit der Trägerschaft und dem Betrieb einer anerkannten Werkstatt sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen. Im Rahmen eines Leistungsverbundes sollen psychisch kranke und behinderte Menschen Angebote im Bereich der beruflichen, medizinischen und sozialen Rehabilitation unter einem gemeinsamen Dach im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in Friedrichshafen finden.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschaft wird nach den Vorschriften für eine große Handelsgesellschaft geprüft unter der Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Gesellschaft ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Werkstättenverbund Bodensee Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 50.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Seit dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem Zinssatz von 2,5 % (1.250 €).
- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 80.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.
- ⇒ Im Jahr 2011 wurde das GpZ Friedrichshafen damit beauftragt, die Jahresbescheide und Mahnungen der Abfallwirtschaft zu falten und zu kuvertieren. Dafür wurden 9.995,30 € vom Bodenseekreis gezahlt. Für die Vollstreckungsabteilung des Bodenseekreises wurden ebenfalls Mahnungen kuvertiert, wofür 835,88 € gezahlt wurden. Weitere Leistungen wurden mit 50,29 € abgegolten.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2011 waren 34 Mitarbeiter beschäftigt (Vj. 27), davon 9 Aushilfen.

10. Lagebericht

Das GpZ Friedrichshafen ist Betreiber folgender drei Bereiche:

- ⇒ Werkstatt für psychisch behinderte Menschen (WfbM / 60 Plätze)
- ⇒ Tagesstätte für psychisch kranke Menschen
 - Tagesstrukturierende Angebote
 - Niederschwellige Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten nach SGB II
- ⇒ Vermietung

a) Werkstatt (WfbM)

Die Geschäftsfelder der WfbM Friedrichshafen sind

- ⇒ Industriemontage
- ⇒ Bürodienstleistung, Archivierung
- ⇒ Küche, Cafe und Catering
- ⇒ Hausmeisterservice

Die Werkstatt des GpZ erreichte bei den Einnahmen aus Produktion und Dienstleistungen das beste Ergebnis seit Bestehen. Die Auftragsauslastung für die insgesamt 160 Beschäftigten war entsprechend der guten industriellen wirtschaftlichen Lage über das gesamte Jahr gesehen hervorragend.

Die WfbM erzielte Produktionserlöse von 572 T € (Vj. 456 T €). Die Einnahmen verteilen sich auf die Bereiche industrielle Fertigung 390 T € (Vj. 203 T €), Bürodienstleistung 25 T € (Vj. 26 T €), Küche und Hauswirtschaft 114 T € (Vj. 115 T €) sowie auf den Bereich Hausmeisterservice mit 43 T € (Vj. 32 T €).

Die Steigerung um mehr als 100 T € bei den Einnahmen aus Produktion und Dienstleistung ist gekoppelt an eine gute wirtschaftliche Auftragslage und ist auch das Ergebnis einer gesteigerten und zuverlässigen Zusammenarbeit mit festen Partnern aus Industrie und Gewerbe.

Bei diesen festen Partnerschaften spielen die GpZ- Außenarbeitsgruppen in der MTU, ZF sowie im Heim Pfingstweid eine wichtige Rolle. Durch die Präsenz unserer Beschäftigten und Betreuer vor Ort entstehen im direkten Kontakt mit den Mitarbeitern und Produktionsleitern immer wieder neue Ideen, die oft zu einer Erweiterung der Aufträge führen.

Auch der Hausmeisterservice konnte seinen Umsatz deutlich steigern und ist mittlerweile ein fester Bestandteil im Arbeitsangebot der Werkstatt und des Zuverdienstes.

Die Abteilung Bürodienstleistung blieb in ihrem Auftragsvolumen konstant und arbeitet zu einem großen Teil im Bereich der Qualifizierung und Schulung für die Personen, die sich im Berufsbildungsbereich befinden.

Die Küchenabteilung des GpZ mit dem angeschlossenen Werkstattcafe war auch in 2011 wieder voll ausgelastet. Hier wird, wie in der Bürodienstleistung, ein starker Schwerpunkt auf Qualifizierung und berufliche Bildung gelegt. In der Kombination mit dem auch für die Öffentlichkeit zugänglichen Cafe im Erdgeschoss arbeitet das Fachpersonal sehr intensiv mit den Klienten an der Einhaltung von Qualitätsstandards und einem der Gastronomie angepassten serviceorientierten Umgang mit der Kundschaft.

In 2011 waren in der WfbM im Durchschnitt 94 (Vj. 90) psychisch behinderte Personen sozialversicherungsrechtlich beschäftigt, davon 75 (Vj. 68) im Arbeitsbereich und 19 (Vj. 22) im Berufsbildungsbereich.

Für die Betreuung dieser Plätze wurden Pflegesatzerlöse in Höhe von 1.197 T € (1.145 T €) erzielt, davon 897 T € (806 T €) im Arbeitsbereich und 300 T € (339 T €) im Berufsbildungsbereich.

Zusammen mit dem Produktionserlösen in Höhe von 572 T € (456 T €) konnte die WfbM in 2011 Einnahmen in Höhe von 1.769 T € (1.601 T €) verbuchen und das gute Ergebnis vom letzten Jahr noch übertreffen.

b) Tagesstätte

Auch In 2011 kamen viele Klienten in die Tagesstätte. Mehr als 100 unterschiedliche Personen nutzten über das Jahr die vielseitigen Angebote der Tagesstätte. Durch einen niedrigschwelligen Zugang können viele psychisch behinderte Menschen erreicht werden, die ansonsten nur schwer den Zugang zu den psychiatrischen Hilfsangeboten finden. Die pauschale Tagesstättenfinanzierung durch die Eingliederungshilfe des Bodenseekreises deckt den groben Kostenrahmen ab. Einige Angebote der Tagesstätte werden gemeinsam mit den Wohnbereichen der ZfP Südwürttemberg, der BruderhausDiakonie und den ambulanten Diensten der Pauline 13 erbracht und finanziert.

Das zusätzlich vom Landkreis finanzierte Zuverdienstprojekt, das als niederschwelliges Beschäftigungsangebot dem Ziel dient, die Belastungsfähigkeit zu trainieren und berufliche Perspektiven abzuklären, wird wie auch schon die letzten Jahre sehr gut angenommen. Insgesamt wurden in dieser Maßnahme 52 Personen betreut. Die neun Plätze, die für diese Stabilisierungs- u. Orientierungsmaßnahme zur Verfügung standen, waren durchgängig mehrfach belegt.

An den Angeboten für "Zusätzliche Arbeitsgelegenheiten" nach SGB II, welche vom Amt für Hilfen zur Arbeit finanziert werden, waren 33 Plätze im Schnitt über die Fallmanager des Amtes für Hilfen zur Arbeit belegt.

Durch die enge Kooperation mit dem Fallmanagement konnte die Verweildauer verkürzt und die Vermittlungsquote auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erhöht werden.

Durch eine Gesetzesänderung Im SGB II fallen die Arbeitsgelegenheiten in 2012 jedoch weg.

Den 1- Euro-Jobber im Harz IV Bereich wird es in dieser Weise nicht mehr geben, eine Nachfolgemaßnahme ist noch nicht in Sicht. Für das GpZ bedeutet der Wegfall der Maßnahme einen Einnahmeausfall von ca. 150 T €.

In 2011 beliefen sich die Einnahmen der Tagesstätte inkl. aller Maßnahmen auf 306 T € (Vj. 319 T €).

c) Vermietung

Die Mietflächen in den Beratungs- und Behandlungsebenen waren ganzjährig komplett vermietet. Hinzu kommt die Vermietung des Normaladens. Der Mietvertrag mit dem Kino "Scala" wurde schon im letzten Jahr aufgelöst.

Insgesamt hat das GpZ Mieteinnahmen in Höhe von 125 T € (128 T €) erzielt.

d) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2011 war für die GpZ gGmbH wirtschaftlich ein gutes Jahr, dank einer guten Auftragslage und einer guten Nutzung unseres differenzierten Angebotsspektrums.

Die Zahlen in der Werkstatt sind leicht gestiegen, die Bereiche Zuverdienst und Arbeitsgelegenheiten waren ganzjährig voll belegt, so dass ca. insgesamt 160 Menschen mit einer psychischen Behinderung täglich beschäftigt werden konnten.

Die Personalkosten belaufen sich in 2011 auf 1.177 T € (Vj. 1.020 T €). Am Ende des Jahres waren ca. 27 Vollstellen mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt. Hinzu kommen zwei geringfügig Beschäftigte, zwei Zivildienstleistende und Bundesfreiwilligendienstler, sowie einige Aushilfskräfte.

Auch die Löhne der Werkstattbeschäftigten haben sich um 40 T € auf 265 T € erhöht, zum einen auf Grund einer leicht gestiegenen Belegung im Arbeitsbereich, zum anderen aber auch durch Sonderzahlung auf Grund des guten Produktionsergebnisses.

e) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die reinen Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr 2011 auf 2.200 T € (Vj. 2.048 T €). Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 152 T € (7,4 %).

Die größte Position bei den Umsatzerlösen bilden die Einnahmen durch Werkstattsätze mit insgesamt 1.197 T €. Hiervon entfallen 897 T € auf den Arbeitsbereich und 300 T € auf den Berufsbildungsbereich.

An zweiter Stelle stehen die Erlöse aus dem Produktions- und Dienstleistungsbereich mit 572 T €.

Die Tagesstätte erreichte durch die pauschale Förderung und durch die beschriebenen Kooperationen, Vereinbarungen und zusätzlichen Angeboten Einnahmen in Höhe von 306 T €. Der Mietbereich kam auf Einnahmen von insgesamt 125 T €.

Die größte Position bei den Ausgaben sind die Personalkosten in Höhe von 1.177 T € bei den hauptamtlich Beschäftigten inklusive der Aushilfen. Bei den WfbM-Beschäftigten und im Zuverdienst wurden 265 T € ausbezahlt, die Sozialaufwendungen für die behinderten Beschäftigten sind hierbei nicht berücksichtigt, da diese als durchlaufender Posten betrachtet und an das GpZ direkt zurückerstattet werden.

Die Betriebskosten summierten sich gesamt auf 1.903 T €, davon betragen die Abschreibung 197 T € und die Zinsen 39 T €.

Der Abschluss 2011 weist einen Jahresüberschuss von insgesamt 269 T € aus. Der Jahresüberschuss wird mit 40 T € in andere und mit 229 T €, in die zweckgebundene Gewinnrücklage eingestellt.

Das GpZ Friedrichshafen erreichte auch in seinem achten Betriebsjahr wieder ein gutes Ergebnis und konnte die Ziele des Wirtschaftsplanes im Ganzen betrachtet noch übertreffen.

f) Umsatzerlös / Gesamtleistung

	2011	2010	2009	2008
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.200 T €	2.048 T €	1.870 T €	1.808 T €
Veränderungen zum Vorjahr	+ 152 T €	+ 178 T €	+ 62 T €	+ 182 T €
Veränderungen zum Vorjahr in %	+ 7,4 %	+ 9,5 %	+ 3,4 %	+ 11,3 %

Die Umsatzerlöse 2011 sind gegenüber 2010 um 7,4 % von 2.048 T € auf 2.200 T € gestiegen.

g) Jahresergebnis

	2011	2010	2009	2008
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.200 T €	2.048 T €	1.870 T €	1.808 T €
Jahresergebnis	+ 269 T €	+ 298 T €	+ 322 T €	+ 424 T €
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+ 12,2 %	+ 14,6 %	+ 17,2 %	+ 23,5 %

h) Personal

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern des GpZ Friedrichshafen waren am Ende des Jahres 27 Vollstellen besetzt. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Personalkosten bei den hauptamtlich Beschäftigten um ca. 157 T €. Dies entspricht der Aufstockung im Personalbereich, verbunden mit der durch die Tarifsteigerung des TVöD verursachten Kostensteigerungen.

	2011	2010	2009	2008
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.200 T €	2.048 T €	1.870 T €	1.808 T €
Personalkosten	1.442 T €	1.245 T €	1.066 T €	998 T €
Personalkosten in % der Gesamtleistung	65,6 %	60,8 %	57,0 %	55,2 %

Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die hauptamtlichen Beschäftigten auf 1.177 T €, an die behinderten Beschäftigten wurden Löhne in Höhe von 265 T € ausbezahlt, in

Summe 1.442 T €. Gerechnet an den Gesamtkosten von 1.864 T € machen die Personalkosten einen Anteil von 77 % aus

i) Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

⇒ Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von	+ 333 T €
⇒ Cash Flow aus Investitionstätigkeit	- 110 T €
⇒ Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 105 T €

Der Finanzmittelbestand lag am 31. Dezember 2011 bei 1.396 T € und ist im Verhältnis zum Vorjahr um 118 T € gestiegen.

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	6.474 T €	6.390 T €	6.194 T €	5.975 T €
Finanzmittelbestand	1.396 T €	1.278 T €	925 T €	580 T €
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	21,6 %	20,0 %	14,9 %	9,7 %

Die GpZ FN gGmbH führt alle Konten bei der Volksbank Friedrichshafen. Die Gelder sind jederzeit verfügbar.

j) Anlagevermögen / Abschreibung / Fremdkapital

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	6.474 T €	6.390 T €	6.194 T €	5.975 T €
Anlagevermögen in €	4.724 T €	4.809 T €	4.971 T €	5.110 T €
Anlagevermögen in %	73,0 %	75,3 %	80,3 %	85,5 %
Abschreibung	197 T €	219 T €	206 T €	188 T €
Fremdkapital in €	2.101 T €	2.189 T €	2.194 T €	2.319 T €
Fremdkapital in %	32,5 %	34,3 %	35,4 %	38,8 %

Das Anlagevermögen in Höhe von 4.724 T € wird folgendermaßen aufgeteilt:

Grundstücke und Bauten	4.463 T €
Technische Anlagen	54 T €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	207 T €

Die Abschreibung auf das gesamte Anlagevermögen beträgt 197 T €.

k) Eigenkapital

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	6.474 T €	6.390 T €	6.194 T €	5.975 T €
Eigenkapital	3.177 T €	2.908 T €	2.610 T €	2.288 T €
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	49,1 %	45,5 %	42,1 %	38,3 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2011 bei 3.177 T €.

In der unteren Tabelle wird der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse dargestellt:

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	6.474 T €	6.390 T €	6.194 T €	5.975 T €
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	4.373 T €	4.201 T €	4.000 T €	3.656 T €
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	65,6 %	65,7 %	64,6 %	61,2 %

l) Chancen- und Risikobericht

Es finden turnusmäßig Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) sowie die Trägergemeinschaft GPV statt. Geplante Veränderungen durch den Gesetzgeber oder die Kostenträger werden hier frühzeitig besprochen und können in die strategische Planung einfließen. Das GpZ ist darüber hinaus auf Bundes-, Landes- und Kreisebene vertreten und kann auch auf Grundlage der frühen Informationen rechtzeitig agieren.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil an der Gesamtleistung sind die Pflegesatzerlöse. Diese werden auch regelmäßig und zeitnah bezahlt. Mit der Eingliederungshilfe, der Arbeitsverwaltung und den Rentenversicherungsträgern funktionieren die Abrechnungsmodalitäten sehr gut.

Auch im Bereich Vermietung gehen die Zahlungen sehr regelmäßig ein. Bei den Produktionserlösen wird der Großteil der Rechnungen von Dauer- und Großkunden ebenfalls ohne große Zahlungsverzögerungen erledigt. Selten sind hier weitergehende Schritte im Forderungsmanagement notwendig. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit wird entsprechend reagiert.

Bei den Maßnahmen im SGB II haben sich, wie schon erwähnt, die Befürchtungen bestätigt, die "Zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten" wurden zum 30.03.2012 eingestellt.

Ob und wie es in diesem Bereich 2012 weitergehen wird, ist im Moment völlig unklar. Sicher ist, dass das GpZ an einer Wiederaufnahme der Kooperation mit dem Jobcenter im Bodenseekreis ein großes Interesse hat und dies auch gegenüber den Vertretern des Landkreises zum Ausdruck gebracht hat.

Zwischen den Angeboten des GpZ und dem Qualifizierungsbedarf eines bestimmten Personenkreises der zu fördernden langzeitarbeitslosen Menschen besteht inhaltlich eine große Schnittmenge. Das hat auch die Zusammenarbeit in der Vergangenheit gezeigt.

Grundvoraussetzung für die Zuteilung einzelner Maßnahmen aus dem SGB II wird zukünftig allerdings eine Zertifizierung nach AZAV Anerkennungs- u. Zulassungsverordnung „Arbeitsförderung“ sein.

Das GpZ hat diese Zertifizierung schon begonnen und hofft im November 2012 die Anerkennung zu erhalten.

Das Thema Qualitätsmanagement gewinnt bei der Bewältigung zukünftiger Aufgaben im GpZ immer mehr an Bedeutung. Die Zertifizierung nach AZAV wird für den Berufsbildungsbereich sowie für eine Reihe von Maßnahmen zur Arbeitsförderung unverzichtbar. Im Produktionsbereich sehen wir auch ab 2013 den Einstieg in die Zertifizierung nach DIN-ISO 9000, um auch den gesteigerten Ansprüchen und Qualitätsanforderungen seitens der Industrie und des Handels Rechnung tragen zu können.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

m) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

n) Prognosebericht

In seinem achten Betriebsjahr hat das GpZ Friedrichshafen seine Gestaltungs- und Produktionsmöglichkeiten nach innen und nach außen nahezu voll ausgeschöpft.

Die Auslastung war über das gesamte Jahr gesehen sehr gut.

Ein Schwerpunkt der Arbeit in der WfbM wird auch in Zukunft die Stabilisierung und Ausweitung der Außenarbeitsgruppen sein. Die direkt bei der Industrie vor Ort angedockten Beschäftigungsprojekte sind sehr arbeitsmarktnahe Arbeitsplätze, die sich ideal zur Arbeits- und Belastungserprobung für den allgemeinen Arbeitsmarkt anbieten.

Beim nächsten Schwerpunkt handelt es um die Umsetzung des neuen Fachkonzeptes im Bereich Berufliche Bildung und die verstärkten Vermittlungsbemühungen unserer Beschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Dafür wurde zusätzlich Personal im Bereich Integrationsmanagement eingestellt.

Die Zukunft des Berufsbildungsbereiches innerhalb der Werkstätten wird bereits heute arbeitsmarktpolitisch sehr heftig diskutiert und wird die Entwicklung und Positionen der Werkstätten entscheidend beeinflussen.

Momentan denkbar wäre, dass der Berufsbildungsbereich nicht mehr automatisch wie bisher an eine Werkstatt angegliedert wird, sondern als Maßnahme von der Agentur für Arbeit ausgeschrieben wird.

Diese Situation kann vertragsbedingt frühestens im Jahr 2015 eintreten und bis dahin muss das GpZ Rahmenbedingen wie Zertifizierung, Kooperationen mit Bildungsträgern etc. schaffen, damit es für diese neuen ausgeschrieben Maßnahmen qualifiziert sein wird und Chancen auf Zuteilungen besitzt.

Ein weiterer Schwerpunkt der nächsten Jahre wird die Planung und die Bauphase des Erweiterungsbaus sein. Zum Ende des Jahres 2011 ist die Raumplanung schon sehr weit fortgeschritten und auch der Finanzierungsplan steht in groben Zügen. 2012 betrachten wir als reines Planungs- und Genehmigungsjahr, in 2013 könnten die Baumaßnahmen eventuell schon beginnen.

Eine Herkulesaufgabe sehen wir dann zwei Jahre lang darin, einerseits den Werkstatt- und GpZ-Alltagsbetrieb aufrecht zu erhalten und andererseits mit einer riesigen Baustelle zurecht zu kommen.

Trotz großen Veränderungen im Maßnahmenbereich, durch Neubau mit Baustellenproblemen, Auslagerungen und vieles mehr, erwarten wir eine positive Entwicklung für das GpZ Friedrichshafen in den nächsten Jahren.

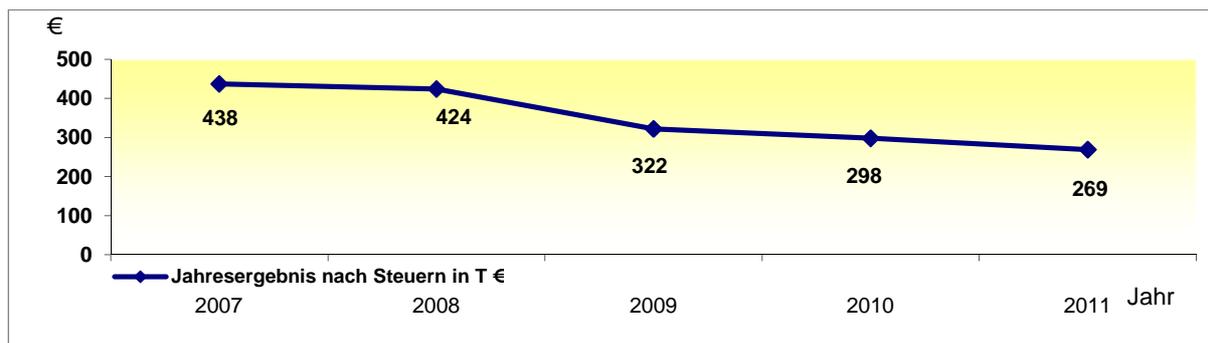
Friedrichshafen, den 21. Juni 2012

Ulrich Ott, Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt, Ravensburg

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	21,9	0,3	25,1	0,4	35,4	0,6
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	4.459,9	68,9	4.549,2	71,2	4.632,1	74,8
2. Anlagen und Maschinen	54,2	0,8	64,2	1,0	72,9	1,2
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	184,7	2,9	171,3	2,7	230,5	3,7
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
III. Finanzanlagen						
1. Genossenschaftsanteile	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
	4.723,9	73,0	4.809,9	75,3	4.970,9	80,3
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5,8	0,1	6,1	0,1	6,0	0,1
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	277,6	4,3	248,8	3,9	129,8	2,1
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	32,7	0,5	15,8	0,2	15,3	0,2
5. Sonstige Vermögensgegenstände	37,9	0,6	30,7	0,5	146,0	2,4
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten						
	1.395,9	21,6	1.278,1	20,0	924,7	14,9
	1.750,0	27,0	1.579,4	24,7	1.221,9	19,7
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,8	0,0	1,2	0,0
Bilanzsumme	6.473,8	100,0	6.390,1	100,0	6.194,0	100,0

Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	0,8	50,0	0,8	50,0	0,8
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	2.714,0	41,9	2.484,7	38,9	2.230,3	36,0
2. Andere Gewinnrücklagen	413,0	6,4	373,3	5,8	329,6	5,3
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	3.177,1	49,1	2.908,0	45,5	2.609,9	42,1
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.195,8	18,5	1.293,1	20,2	1.390,3	22,4
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	61,5	0,9	59,3	0,9	56,9	0,9
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	578,1	8,9	633,1	9,9	688,2	11,1
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	66,7	1,0	57,4	0,9	15,9	0,3
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	600,1	9,3	599,4	9,4	597,4	9,6
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	791,9	12,2	837,0	13,1	832,7	13,4
	2.036,7	31,5	2.127,0	33,3	2.134,3	34,5
F. Rechnungsabgrenzungsposten	2,7	0,0	2,7	0,0	2,7	0,0
Bilanzsumme	6.473,8	100,0	6.390,0	100,0	6.194,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	2.199,9	92,2	2.048,4	93,0	1.870,5	87,5
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	97,2	4,1	97,2	4,4	97,2	4,5
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	119,9	5,6
4. sonstige betriebliche Erträge	88,9	3,7	56,3	2,6	51,1	2,4
5. Gesamtleistung	2.386,1	100,0	2.202,0	100,0	2.138,7	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	92,9	4,5	92,0	5,0	94,8	5,4
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2,7	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	1.203,3	58,0	1.058,0	56,9	909,7	51,5
b) Soziale Abgaben	247,7	11,9	205,6	11,1	175,5	9,9
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	196,7	9,5	218,6	11,8	206,2	11,7
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,0	119,9	6,8
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	331,1	16,0	284,5	15,3	259,3	14,7
11. Gesamtaufwand	2.074,4	100,0	1.858,8	100,0	1.765,3	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	311,6		343,2		373,3	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14,2		15,0		12,5	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-53,2		-56,7		-60,2	
19. Finanzergebnis	-39,0		-41,7		-47,7	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	272,7		301,5		325,6	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
23. Sonstige Steuern	3,6		3,4		3,4	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	269,1		298,1		322,3	
25. Einstellung in Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	229,3		254,5		272,9	
b) in andere Gewinnrücklagen	39,8		43,6		49,4	
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	
Kontakt:	Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de	
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001	
Eintragung Handelsregister:	5. März 2002	
Gesellschaftsvertrag:	13. Dezember 2001	
Letzte Änderung:	27. Juli 2006	
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember	

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienst Arbeitsplätzen in Überlingen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Überlingen gGmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Vianney Gesellschaft e.V.	12.500 €	50,00%
Sprungbrett - Werkstätten gGmbH	2.500 €	10,00%
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie	2.500 €	10,00%
Pauline 13 e.V.	2.500 €	10,00%
Landkreis Bodenseekreis	2.500 €	10,00%
Stadt Überlingen	2.500 €	10,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Ingo Kanngießler

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der GmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck

wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Gemeindepsychiatrischen Verbund Bodenseekreis und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Gesellschafterdarlehen i.H.v. 25.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ab dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem jährlich in der Gesellschafterversammlung festgelegten Zinssatz von derzeit 2,5 %.
- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 55.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 24 Personen (Vj. 27) beschäftigt, davon 3 Aushilfen.

10. Lagebericht

a) Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Allgemein

Nachdem die GpZ Überlingen gGmbH seit einigen Jahren mit mehreren Standorten operiert, und dies zwar ein Mehraufwand bezüglich Kommunikation und Logistik bedeutet, insgesamt aber als positive Entscheidung bezüglich Strukturqualität zu werten ist, sollte auch eine zukünftige Entwicklung nicht auf die Idee eines zentralen Standortes fixiert sein.

Im Gegenteil, eine stimmige Standortentscheidung sollte sich vielmehr an den Notwendigkeiten der sehr unterschiedlichen Geschäftsfelder orientieren. Damit wird nicht nur den Rahmenbedingungen einzelner Geschäftsfelder besser Rechnung getragen, sondern auch einer "inkluseren" Teilhabe entsprochen.

Die ergänzende Zuordnung der Zweckbetriebe in Geschäftsfelder und in Funktionsbereiche, gliedert die Verantwortlichkeiten systematisch neu und erfüllt dadurch die Vorgaben des Qualitätsmanagementsystems AZAV. Eine Trägerzertifizierung nach AZAV ist ab dem 1.1.2013 für die Durchführung aller Maßnahmen innerhalb des SGB III also auch des Berufsbildungsbereiches notwendig. Die GpZ Überlingen gGmbH ist auf einem guten Weg bezüglich der Mindestanforderungen und wird Ende November 2012 die Erstbegutachtung durchführen. So sind die Abteilungen Metall und Montage zu einem Geschäftsfeld zusammengezogen, die Abteilung DigitalService in zwei „Druckstudio“ und „Handel“ gesplittet worden.

Die aktive Zusammenarbeit mit der Janusz-Korczak-Schule (Sonderschule E) wurde einerseits wegen der sehr hinderlichen Systemgrenzen zwischen staatlicher Schulverwaltung und beruflicher Rehabilitation, aber auch wegen fehlender inhaltlicher Möglichkeiten eingestellt. Anstelle dessen ist eine lose Kooperation getreten.

Zusammenfassung

Insgesamt sind die Entwicklungen der GpZ Überlingen gGmbH in 2011 weiterhin als erfolgreich zu bewerten. Es wurde viel Zeit und Energie für die Weiterentwicklung eines umfassenden, sozialgesetzbuch-übergreifenden Bildungsverständnisses verwendet und größtenteils umgesetzt. Die damit einhergehende Umorientierung ist aufwändig aber durch die sich vielfältig verändernden sozial-politischen Rahmenbedingungen wie z.B. die UN-Behindertenrechtskonvention und den vorgegebenen Anforderungen an ein Qualitätsmanagement nötig geworden. Auch wenn unsere Bemühungen noch nicht abgeschlossen sind, kann jetzt schon eine sehr positive Bilanz gezogen werden. Insofern ist auch 2011 ein erfolgreiches Jahr gewesen.

Die Erlöse durch Fertigung und Dienstleistung konnten wieder um 117 T € auf 638 T € also um 22,5 % gesteigert werden. Innerhalb der einzelnen Geschäftsfelder gibt es allerdings deutliche Unterschiede. Steigerungen gibt es in allen Geschäftsfeldern, die größten in den Geschäftsfeldern Industrie und Wäscherei.

Das Ergebnis ist gegenüber dem Planungsansatz und im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Management

Die Funktionsbereiche Management wurden neu sortiert. Neu ist die Gliederung in 3 Verantwortungsbereiche. Gesamtleitung und Management der Ressourcen, Management der Zweckbetriebe und Management der (Re)Integration. Die Zentralen Dienste (Personal-, Finanz- und Organisationsmanagement) sind der Gesamtleitung untergeordnet. Die Funktionsbereiche Gesamtleitung und Zweckbetriebe bleiben in der Verantwortung des Geschäftsführers. Ebenso die Vermögensverwaltung (Vermietung). Die Verantwortung im Funktionsbereich "Management der (Re)Integration" wurde an einen langjährigen und zuverlässigen Mitarbeiter übertragen.

Vermögensverwaltung/Vermietung

In 2011 gab es im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen. Die Einnahmen sind kostendeckend.

Management der Zweckbetriebe

Industrie (Metallbearbeitung) – Die relativ junge Abteilung "Metallbearbeitung" hat in 2011 die geplanten Umsätze generieren können. Die Anstellung eines weiteren Mitarbeiters als Zweitkraft für die zwei Abteilungen Metall und Montage gestaltet sich sehr problematisch. Fachkräfte in diesem Berufsfeld sind im TVöD spürbar schlechter gestellt als in anderen Tarifen. Sowohl die Entwicklung des Auftragspotentials als auch die Belegung mit Beschäftigten entspricht der Planung und birgt noch weiteres Steigerungspotential. Eine räumliche und maschinelle Ausweitung wäre notwendig und grundsätzlich machbar. Eine positive Entscheidung bezüglich der erheblichen investiven Kosten für zusätzlichen Raum und Ausstattung ist aufgrund unzureichender vor allem sozialpolitischer Planungssicherheit schwierig.

Der Negativtrend in 2010 konnte nicht nur gestoppt werden, sondern positiv gedreht werden. *Industrie (Montage und Verpackung)* – Selbst im Vergleich zum Vorvorjahr konnte eine deutliche Umsatzsteigerung erreicht werden.

Wäscherei/Hauswirtschaft – Die räumlichen Kapazitäten in der Wäscherei sind ausgeschöpft. Das gilt sowohl für die maschinelle Ausstattung als auch für die Beschäftigungsplätze. Durch Preisanpassungen und Neustrukturierung der Kundschaft konnte in 2011 erneut ein deutliches Umsatzwachstum erreicht werden. Die Wäschemenge konnte aufgrund der erreichten Auslastungsgrenzen nur geringfügig gesteigert werden. Es gibt weitere konkrete Kundenanfragen, so dass ein weiterer räumlicher und maschineller Ausbau sinnvoll wäre. Auch hier wäre mit erheblichen investiven Kosten für zusätzlichen Raum und Ausstattung zu rechnen. Bleibt aber aufgrund unzureichender sozialpolitischer Planungssicherheit fragwürdig.

Küche/Catering – Das Geschäftsfeld Küche ist gut ausgelastet. Die Anfragen von Betroffenen für die Küche als Arbeits- und Lernfeld sind ungebrochen hoch. Einen weiteren Ausbau des Kundenstammes oder des Auftragsvolumens ist mit der vorhandenen räumlichen Ausstattung allerdings nicht zu realisieren. Um den zukünftigen Anfragen vollständig entsprechen zu können müssten in naher Zukunft Konzeptalternativen geplant und umgesetzt werden.

Der Geschirrmobilverleih bringt die erwarteten Erlöse und "Kundenkontakte" ins GpZ. Der Verleihservice wird künftig in kleinen Schritten durch weitere Produkte ergänzt. Ob damit eine merkliche Umsatz- bzw. Ergebnissteigerung erreicht werden kann ist möglich aber offen.

Garten- und Landschaftspflege – Eine ganzjährige Beschäftigung der Klienten ist möglich. Die Umsätze stagnieren. Der Preiskampf in diesem Geschäftsfeld wird zunehmend härter. Nach heutigem Ermessen wird sich dieser Trend auch weiter fortsetzen. In diesem Geschäftsfeld müssen wir voraussichtlich durch eine längere Konsolidierungsphase.

Druckstudio – Die Auftragslage ist akzeptabel. Die Umsätze stagnieren. In diesem Geschäftsfeld spielt die Maßnahmenbelegung eine bedeutende Rolle und ist im Vergleich zum Vorjahr, insbesondere im Berufsbildungsbereich und bei den Arbeitsgelegenheiten, gesunken.

Handel - Momentan begrenzt sich die Geschäftstätigkeit auf das Betreiben eines Online-Shops (eBay-Agentur). Die Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Erlöse nicht, da sich der Wareneinkauf entsprechend erhöht hat. Die Handelsspannen im "Internetflohmarktverkauf" sind sehr gering. Dem könnte durch eine Professionalisierung der Produktpalette und einer Erweiterung zu einem Ladengeschäft als stationäres Handelsgeschäft begegnet werden. Auch die Teilhabe und Fördermöglichkeiten würden dadurch deutlich gesteigert werden. Weitere Überlegungen oder gar Marktuntersuchungen konnten bisher noch nicht angestrengt werden. Sicherlich wäre ein solcher Entwicklungsschritt mit Investitionen und Risiken verbunden, die nur unter sehr guten Rahmenbedingungen tragbar sind. Diese sind momentan nicht erkennbar.

Management der (Re)Integration

Dieser neu geschaffene Kompetenzbereich steuert die untergeordneten Kompetenzfelder - "Fallführung, Psychosoziale Begleitung, Bildungsbegleitung, Ausbilder, Zusatzangebote" und regelt die Verantwortung in den personenzentrierten Prozessen sozialgesetzbuchübergreifend, also über alle Maßnahmen hinweg.

Die somit auch strukturell dargestellte Prozessorientierung ergänzt die bisherige Gliederung in Abteilungen. Im Wesentlichen die Funktionen der Begleitenden Dienste - "Sozialdienst, Integrationsassistenz und Psychologische Dienst" - aber auch die (re)integrativen Funktionen in den Zweckbetrieben.

Maßnahmen

AB – Im Arbeitsbereich konnten die Pflegesätze (Grund- und Maßnahmenpauschale) zum 1.1.2011 um 2,5% mit einer Laufzeit bis zum 30.6.2012 erhöht werden. Der Anteil der Beschäftigten und damit TN-Monate steigt erwartungsgemäß kontinuierlich an. Verhandlungen über eine Erhöhung ab dem 1.7.2012 werden geführt.

BB - Auch im *Berufsbildungsbereich* wurden die Pflegesätze zum 1.1.2011 um 2,5% angehoben. Außerdem wurde der pauschalierte Aufschlag für den höheren Personalschlüssel von 11,50€ auf 12,00€ erhöht. Die Stabilisierung der TN-Monate und der Umsatzerlöse ist in 2011 gelungen. Verhandlungen auf eine Erhöhung ab 1.7.2012 werden geführt.

TS - Die *Tagesstättenfinanzierung* deckt die Kosten für die Tagesstätte ab. Da die Pauschalfinanzierung laut Rahmenvereinbarung auch für die niederschwellige Beschäftigung von

psychisch kranken Menschen zu verwenden ist, werden die Erlöse der Tagesstättenpauschale auf die Therapeutisch Beschäftigten teilweise in der Kostenträgerrechnung umgelegt.

ZV - Die freiwillig finanzierte *Zuverdienst-Maßnahme* im Bodenseekreis, wird pauschal pro Platz (6 im GpZ Überlingen) vergütet. Außerdem wird ein Zusatzbetrag je Abrechnungsmonat aus der Tagesstättenpauschale umgelegt. Dennoch ist diese Maßnahme nicht kostendeckend. Das liegt einerseits an der Deckelung auf 72 TN-Monate pro Jahr, des Weiteren aber auch am zu niedrigen Vergütungssatz.

AG - Die Vereinbarung mit dem Landratsamt Bodenseekreis "Hilfen zur Arbeit" bezüglich den *Arbeitsgelegenheiten* läuft zum 31.12.2011 aus. Die durchschnittliche Belegung in 2011 lag bei 22,9. Damit waren die vertraglichen max. 30 Plätze (ab 1.7.2011 25 Plätze) im Schnitt um 5 Plätze unterbelegt. Es wurde am 20.12.2011 eine Leistungsvereinbarung mit dem Jobcenter Bodenseekreis für die Arbeitsgelegenheiten mit einer Laufzeit vom 1.1.2012 bis zum 31.3.2012 vereinbart. Darin ist eine weitere Verringerung der Platzzahl auf 20 enthalten. Dagegen konnten die Vergütungssätze gesteigert werden.

TB - *Therapeutisch Beschäftigte* sind all jene Personen(gruppen), die nicht den oben beschriebenen Maßnahmen zugeordnet werden können, eine niederschwellige und unkomplizierte Hilfeleistung im Sinne der Kooperationsvereinbarung GpV Bodenseekreis und im Rahmen der Tagesstättenpauschale aber angezeigt ist. Pflegesatzerlöse werden ausschließlich durch Umlage aus der Tagesstättenpauschale erzielt. Dies reicht bei Weitem nicht mehr aus. Die Nutzung hat sich in den letzten zwei Jahren mehr als verdoppelt. Hier muss sich in Zukunft eine auskömmliche Finanzierung auf tun. Dies könnte über eine entsprechend höhere Pauschalfinanzierung der Tagesstätte sehr gut und ohne weiteren bürokratischen Aufwand erreicht werden.

TVH - Therapeutisch Beschäftigte aus dem Vianney-Hospital werden stundenweise abgerechnet. Nach Umlage aller Kosten ist auch diese Maßnahme nicht kostendeckend. Der insgesamt geringe Umfang relativiert dies allerdings stark.

Profil+ umfasst die fachpsychologische, sozial- und arbeitsmedizinische Eignungsdiagnostik für berufliche Tätigkeiten und berufliche Qualifizierungen in allen Berufszweigen, insbesondere auch die Abklärung der psychophysischen Eignungsmerkmale für "arbeitsmarktfremde" langzeitarbeitslose Menschen. Durchgeführt wird diese Maßnahme in unserem eigens dafür eingerichteten Testcenter. In 2011 durchliefen 59 Personen die Eignungsdiagnostik. Außerdem ist die Vereinbarung für die Profil+ Maßnahme am 15.12.2011 nochmals bis zum 31.12.2012 verlängert werden. Die Finanzierung ist bei entsprechender Belegung angemessen.

Belegung

Zum Stichtag 31.12.2011 waren folgende Personen im GpZ Überlingen beschäftigt:

	AB (0901)	BB (0902)	ZV (1202)	AG (0201)	TVH (0101)	TB (0103)	Summe	Profil+ (0202)
2011	48	22	9	15	3	11	108	59
2010	47	17	6	32	4	7	113	38
2009	41	23	7	25	2	5	103	k.A.

Im GpZ Überlingen wurden zum Stichtag 31.12.2011 108 Personen (Vj. 113) davon 48 im Arbeitsbereich (Vj. 47) und 22 im Berufsbildungsbereich (Vj. 17) beschäftigt. Durchschnittlich beschäftigt waren 110 Personen (Vj. 110), davon im Arbeitsbereich 48 und im Berufsbildungsbereich 19,9. 8,8 im Rahmen des Zuverdienstes. 22,9 Personen im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten und 11,1 als Therapeutisch Beschäftigte

Belegung in Teilnehmer-Monaten im Geschäftsjahr in den Maßnahmen

	AB (0901)	BB (0902)	ZV (1202)	AG (0201)	TVH (0101)	TB (0103)	Summe
2011	576	239	106	275	46	87	1.329
2010	518	241	93	357	36	79	1.324
2009	449	287	92	217	22	38	1.105

Die Gesamtbelegung stagniert mit Verschiebungen innerhalb einzelner Maßnahmen. Insgesamt waren es 1.324 TN-Monate in 2010 und nahezu identische 1.329 in 2011. Dabei sind die TN-Monate im Arbeitsbereich von 518 in 2010 um 58 auf 576 in 2011 gestiegen. Die TN-Monate in den Arbeitsgelegenheiten von 357 in 2010 um 82 auf 275 in 2011 gesunken. Der Zuverdienst steigt leicht von 93 in 2010 um 13 auf 106 in 2011. Die TN-Monate in Therapeutisch Beschäftigte steigen deutlich von 115 in 2010 um 18 auf 133 in 2011. Seit 2009 haben sich hier die TN-Monate mehr als verdoppelt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die erzielten Umsatzerlöse im Jahr 2011 (1.862 T €) gliedern sich in folgende Bereiche auf. Die Einnahmen durch Pflegesätze in Höhe von 1.183 T € bilden hierbei die größte Position. Die pauschalierte Tagesstättenförderung lag bei 47 T €. 22 T € das Zuverdienstangebot. Hinzu kommen Erlöse im Rahmen der Regiekosten nach SGB II in Höhe von 107 T €, der Profil+ Maßnahme über 38 T € und der Therapeutisch Beschäftigten mit 12 T €. Der Umsatz aus Produktionserlösen lag bei 638 T €. Darin sind Sonstige Erlöse von 7 T € enthalten. Der Mietbereich erreichte Einnahmen in der Höhe von 41 T €. Das Essensgeld für Beschäftigte und Betreute fließt mit 15 T € in die Gewinn- und Verlustrechnung mit ein.

Diesen Einnahmen stehen Gesamtkosten in Höhe von 1.576 € und ein Wareneinkauf/Fremdleistungen von 163 T € gegenüber. In den Gesamtkosten sind 1.072 T € Personalkosten und 182 T € Abschreibungen enthalten.

Der Jahresüberschuss 2011 über 109 T € wird mit 13 T € in die freie und mit 96 T € in die zweckgebundene Rücklage gehen.

Die Rücklagen verbessern die Liquidität und ermöglichen die Realisierung der noch anstehenden notwendigen Investitionen bzw. die Refinanzierung der Erstinvestitionen. Diese stehen zum 31.12.2011 noch mit 529 T € als langfristige Verbindlichkeiten in der Bilanz. Insgesamt trägt das Ergebnis zur Stabilisierung und zur Konsolidierung der finanziellen Situation des GpZ Überlingen bei.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Investitionen in der Höhe von 47 T € (Vj. 84 T €) getätigt. Die Investitionen konnten durch eigene Mittel finanziert werden.

Umsatzerlös/Gesamtleistung

	2011	2010	2009	2008
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.862 T €	1.697 T €	1.534 T €	1.396 T €
Veränderungen zum Vorjahr	+ 165 T €	+ 163 T €	+ 138 T €	+ 15 T €
Veränderungen zum Vorjahr in %	+ 9,7 %	+ 10,6 %	+ 9,9 %	+ 1,1 %

Der Umsatz in 2011 ist von 1.697 T € in 2010 um ca. 9,7 % auf 1.862 T € gestiegen.

Jahresergebnis

	2011	2010	2009	2008
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.862 T €	1.697 T €	1.534 T €	1.396 T €
Jahresergebnis	+ 109 T €	+ 71 T €	+ 34 T €	+ 119 T €
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+ 5,9 %	+ 4,2 %	+ 2,2 %	+ 8,5 %

Mit dem Jahresüberschuss 2011 von ca. 109 T € wurden die im Wirtschaftsplan beschriebenen Ziele nicht nur erreicht, sondern deutlich übertroffen.

Personal

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 26,6 Personen (Vj. 27) beschäftigt. Davon 4,0 in der Verwaltung, 4,6 die dem Begleitenden Dienst zugeordnet werden und 12,5 in den Produktionsbereichen. Hinzu kommen noch 1,5 als Zivildienstleistende, 2,25 als Produktionshelfer und weitere 1,75 die nicht direkt zugeordnet werden können. Das sind im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich 0,4 Personen weniger.

Für die im *Arbeitsbereich* beschäftigten Personen wurden 132 T € ausbezahlt. Das ist im Vergleich zum Vorjahr (Vj. 116 T €) eine Steigerung um ca. 14 %. Mit 59.645 Lohnstunden (Vj. 52.976), inklusive der Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage ist der Durchschnittsstundenlohn in 2011 auf 2,21 € im Vergleich zum Vorjahr und im Gegensatz zu den letzten Jahren deutlich gestiegen (Vj. 1,94 €). Bei 576 Abrechnungsmonaten (Vj. 518) ergibt sich ein Durchschnittsmonatslohn von ca. 229 € (Vj. 224 €). Dieser ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen und liegt damit weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

	2011	2010	2009	2008
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.862 T €	1.697 T €	1.534 T €	1.396 T €
Gesamtkosten	1.758 T €	1.626 T €	1.409 T €	1.136 T €
Personalkosten	1.072 T €	1.021 T €	913 T €	825 T €
Personalkosten in % der Gesamtleistung	57,6 %	60,2 %	59,5 %	59,1 %
Personalkosten in % der Gesamtkosten	61,0 %	62,8 %	64,8 %	72,6 %

Der Personalaufwand in 2011 beläuft sich auf **1.072 T €** oder 57,6 % der Gesamtleistung bzw. 61,0 % der Gesamtkosten.

Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten liegt 2011 bei 61,0 % (Vj. 62,8 %) und ist damit der niedrigste Wert der letzten Jahre.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

	2011	2010	2009	2008
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	303 T €	118 T €	253 T €	165 T €
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 47 T €	- 69 T €	- 347 T €	- 46 T €
Cashflow aus Finanzierungs- tätigkeit	- 50 T €	- 50 T €	- 51 T €	73 T €
Finanzmittelbestand	847 T	641 T €	642 T €	787 T €

Der Finanzmittelbestand liegt zum Stichtag 31.12.2011 bei 847 T € und sinkt im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 206 T €.

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	2.801 T €	2.799 T €	2.854 T €	2.850 T €
Finanzmittelbestand	847 T	641 T €	642 T €	787 T €
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	30,2 %	22,9 %	22,5 %	27,6 %

Die GpZ Überlingen gGmbH führt sowohl bei der Volksbank Überlingen als auch bei der Sparkasse Bodensee verschiedene Konten. Der Barbestand der Kassen wird möglichst nied-

rig gehalten. Die größte Summe der Finanzmittel liegt auf dem Tagesgeldkonto der Volksbank Überlingen. Das Geld ist somit sicher und erträglich angelegt. Wobei ein jederzeitiges und vollständiges Abrufen möglich bleibt. Je nach Zinsangeboten werden Teilsummen auch als Festgeld angelegt.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	2.801 T €	2.799 T €	2.854 T €	2.850 T €
Anlagevermögen in €	1.759 T €	1.895 T €	2.014 T €	1.833 T €
Anlagevermögen in %	62,8 %	67,7 %	70,6 %	64,3 %
Abschreibung	182 T €	186 T €	167 T €	134 T €

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen 182 T € und gliedern sich in:

⇒ EDV-Software	9 T €
⇒ Grundstücke und Bauten	42 T €
⇒ Technischen Anlagen und Maschinen	9 T €
⇒ Betriebs- und Geschäftsausstattung	122 T €

Eigenkapital

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	2.801 T €	2.799 T €	2.854 T €	2.850 T €
Eigenkapital	1.107 T €	998 T €	927 T €	893 T €
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	39,5 %	35,7 %	32,5 %	31,3 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31.12.2011 bei 1.107 T € und ist im Vergleich zum Vorjahr um 109 T € gestiegen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen.

Der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse stellt sich folgendermaßen dar:

	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme	2.801 T €	2.799 T €	2.854 T €	2.850 T €
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	1.697 T €	1.636 T €	1.612 T €	1.626 T €
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	50,6 %	58,5 %	56,5 %	57,1 %

b) Chancen- und Risikobericht

Um im Bereich der Eingliederungshilfe und Rehabilitation frühzeitig geplante Änderungen durch den Gesetzgeber bzw. der Leistungsträger in die strategische Planung mit einfließen lassen zu können, finden turnusgemäße Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft GpV, die Trägergemeinschaft GpV statt. Über die Mitwirkung in Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene und deren Informationen ist ein frühzeitiges Agieren möglich.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil der Gesamtleistung sind Pflegesatzerlöse (63,5 %). Diese werden regelmäßig und zeitnah bezahlt. Im Bereich Vermietung (2,2 % der Gesamtleistung) werden die Zahlungen ebenfalls regelmäßig und zeitnah bezahlt. Auch der größte Teil der Produktionserlöse (34,3 %) wird mit Groß- und Dauerkunden erbracht. Auch hier gibt es keine relevanten Zahlungsverzögerungen. Lediglich ein sehr kleiner Anteil der Produktionserlöse, insbesondere im Bereich Geschirrmobil und des Online-Shops erfordert weitergehende Schritte im Forderungsmanagement. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit entsprechend reagiert.

Die räumliche und strategische Ausrichtung der Betreuungs- und Qualifizierungsleistungen der GpZ Überlingen gGmbH haben sich zunehmend auf alle Bürger des Bodenseekreises und somit über alle Sozialgesetzbücher hinweg ausgerichtet. Damit wird insbesondere den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention und den Vorgaben der Kooperationsvereinbarung des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bodenseekreis entsprochen.

Die diskutierten Sparpläne auf Bundes- und Landes- und Kreisebene stehen dem weitestgehend entgegen und deuten eine weiterhin unruhige und vor allem unsichere Zukunft an. Insbesondere für den zum 31.3.2012 ausgelaufenen Vertrag im SGB II ist eine Anschlussmaßnahme im Rahmen der Aktivierungshilfe nicht geklärt. Der Erlösanteil dieser Maßnahme liegt in 2011 bei 9 % der Pflegesatzerlöse. Das Wegfallen dieser Einnahmen würde Einsparungen nach sich ziehen oder durch eine stärkere Belegung anderer Maßnahmen kompensiert werden müssen. Ähnliches gilt für alle Maßnahmen im SGB II und somit auch für die Profil+ Maßnahme. Weniger Aufgrund der inzwischen umgesetzten Gesetzesänderungen sondern infolge einer immer drohenden Budgetkürzung, auch aufgrund einer geringeren Mittelzuweisung in den Bodenseekreis.

Der Umsatzanteil durch Fertigungs- und Dienstleistungserlöse (34,3 %) konnte in 2011 seit Jahren erstmals wieder gesteigert werden. Insbesondere die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben der GpZ eine bessere Position bei Preisverhandlungen ermöglicht. Außerdem konnte die Auslastung in den Geschäftsfeldern Industrie (Metall) und Hauswirtschaft (Wäscherei) verbessert und somit auch die Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln und politischen Prioritäten etwas verringert werden.

Weitere bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

c) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Lohnformel für die Berechnung der Beschäftigtenlöhne im Arbeitsbereich wurde angepasst. Seit April 2012 werden neben den Normalstunden auch Urlaubs- und Feiertagsstunden für die Berechnung der Anwesenheitsprämie herangezogen. Dies entspricht einer Lohnerhöhung um ca. 3 %. Des Weiteren sind nach dem Abschlussstichtag keine weiteren wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgefallen.

d) Prognosebericht

Das GpZ Überlingen hat sich schon in den letzten Jahren eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Dieser Kurs wurde auch im Geschäftsjahr 2011 eingehalten. Die Position am Markt ist stabil. Auch wenn sich die Fertigungs- und Dienstleistungserlöse in den einzelnen Geschäftsfeldern unterschiedlich entwickeln, sind die Gesamterlöse um 117 T € (22,5 %) gestiegen.

In 2011 sind die Pflegesatzerlöse im Berufsbildungsbereich um 0,3 % auf 333 T € gestiegen. Im Arbeitsbereich um 11,7 % auf 609 T € gestiegen. Die Summe der Werkstattsatzerlöse hat sich um 7,4 % erhöht und ist ausschließlich auf Einnahmesteigerungen im Arbeitsbereich zurückzuführen. Die Zahl der Neuaufnahmen im Berufsbildungsbereich stagniert in 2011. Die Zugangszahlen im Berufsbildungsbereich steigen Anfang 2012 deutlich, was auch mit der gesetzlichen Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu tun hat.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur "Leistungssteigerung der Arbeitsmarktpolitischen Instrumente" hat sich seit April 2012 das SGB II und das SGB III neu auszurichten. Als unmittelbare Folge daraus sind die Arbeitsgelegenheiten im GpZ Überlingen komplett weggefallen. Insbesondere für "arbeitsmarktferne" langzeitarbeitslose Menschen gibt es im Bodenseekreis momentan keine Möglichkeiten der Unterstützung und Begleitung. Ein "Umschwenken" auf Aktivierungshilfemaßnahmen ist mit Auflagen bezüglich der Zertifizierung und den Vergaberichtlinien verbunden. Das GpZ strebt die Trägerzertifizierung nach AZAV noch in diesem

Jahr an. Damit wird auch den veränderten Voraussetzungen für die Durchführung des Berufsbildungsbereiches entsprochen. Für Maßnahmen der Aktivierungshilfe könnte bei einem Vergabeverfahren mittels Bildungsgutscheinen auch eine zusätzliche Maßnahmenzertifizierung notwendig werden. Dafür wären dann relativ kurzfristig zusätzliche Anstrengungen notwendig.

Insgesamt rechnen wir für die nächsten Jahre mit einer stabilen Umsatzsituation aber einer turbulenten und von Unsicherheit geprägten sozialpolitischen Haushalts- und Gesetzeslage.

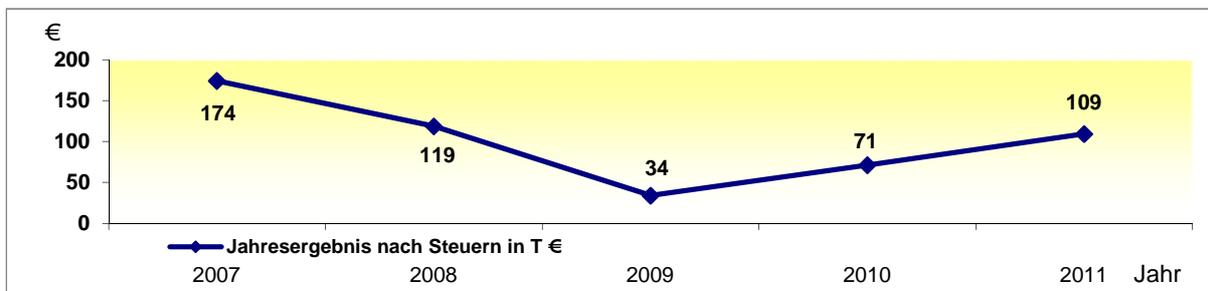
Überlingen, 24. Juni 2012

Ingo Kanngießer, Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Ravensburg

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11,9	0,4	13,5	0,5	10,5	0,4
<u>II. Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten	1.399,8	50,0	1.442,0	51,5	1.484,2	52,0
2. Technische Anlagen und Maschinen	56,3	2,0	64,8	2,3	57,8	2,0
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	269,6	9,6	365,9	13,1	438,3	15,4
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	21,7	0,8	8,3	0,3	8,3	0,3
<u>III. Finanzanlagen</u>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	15,0	0,5
	1.759,4	62,8	1.894,5	67,7	2.014,0	70,6
B. Umlaufvermögen						
<u>I. Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	21,6	0,8	18,9	0,7	10,4	0,4
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	131,9	4,7	205,3	7,3	144,0	5,0
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen						
3. Sonstige Vermögensgegenstände	41,0	1,5	39,4	1,4	43,6	1,5
<u>III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	846,9	30,2	641,1	22,9	641,8	22,5
	1.041,4	37,2	904,6	32,3	839,9	29,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	2.800,8	100,0	2.799,2	100,0	2.854,0	100,0

Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	0,9	25,0	0,9	25,0	0,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	957,1	34,2	860,3	30,7	798,7	28,0
2. Andere Gewinnrücklagen	125,5	4,5	112,9	4,0	103,3	3,6
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	1.107,5	39,5	998,1	35,7	926,9	32,5
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	590,0	21,1	637,7	22,8	685,3	24,0
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	72,0	2,6	74,4	2,7	77,8	2,7
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	269,2	9,6	294,9	10,5	320,5	11,2
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	26,1	0,9	14,2	0,5	47,4	1,7
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	709,9	25,3	743,0	26,5	748,4	26,2
	1.005,2	35,9	1.052,1	37,6	1.116,2	39,1
F. Rechnungsabgrenzungsposten	26,1	0,9	36,9	1,3	47,7	1,7
Bilanzsumme	2.800,8	100,0	2.799,2	100,0	2.854,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	1.861,9	97,0	1.697,3	96,3	1.534,4	93,0
2. Sonstige betriebliche Erträge	57,3	3,0	65,6	3,7	115,8	7,0
3. Gesamtleistung	1.919,2	100,0	1.763,0	100,0	1.650,1	100,0
4. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	150,5	8,4	117,4	7,0	115,8	7,2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12,7	0,7	11,1	0,7	17,1	1,1
5. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	875,0	48,9	834,0	50,0	751,6	47,0
b) Soziale Abgaben	197,2	11,0	186,9	11,2	169,3	10,6
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	182,0	10,2	186,2	11,2	167,2	10,5
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	372,6	20,8	333,2	20,0	377,4	23,6
8. Gesamtaufwand	1.790,1	100,0	1.668,7	100,0	1.598,3	100,0
9. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	129,1		94,3		51,8	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6,5		4,8		11,6	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-25,5		-27,1		-28,7	
12. Finanzergebnis	-19,0		-22,4		-17,1	
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	110,1		71,9		34,7	
14. Sonstige Steuern	-0,7		-0,7		-0,8	
15. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	109,4		71,2		34,0	
16. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	-102,5		-63,3		-35,0	
b) in andere Gewinnrücklagen	-12,6		-9,6		-6,6	
c) aus zweckgebunden Rücklagen	5,7		1,7		7,6	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

Bodensee-Festival GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Bodensee-Festival GmbH
Kontakt:	Olgastraße 21, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 203-3300 Fax: 07541 203-3310 E-Mail: info@bodenseefestival.de Homepage: www.bodenseefestival.de
Gründungsdatum:	22. Januar 1993
Eintragung Handelsregister:	10. November 1993
Letzte Änderung:	26. März 2010
Gesellschaftsvertrag:	
Letzte Änderung:	15. Dezember 2008
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember



2. Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist die grenzüberschreitende Förderung von Kunst und Kultur der Bodenseeregion. Durch Gastspiele, Kulturbegegnungen und sonstige Angebote soll der Gedanke der grenzüberschreitenden Partnerschaft in der Bodenseeregion und in Europa zum Ausdruck gebracht werden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Bodenseefestival GmbH waren mit Stand 31.12.2011 folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bodenseefestival GmbH (16 eigene Anteile)	41.600	21,05%
Stadt Friedrichshafen	52.000	26,32%
Kanton St. Gallen (CH)	26.000	13,16%
Landkreis Bodenseekreis	15.600	7,89%
Stadt Konstanz	13.000	6,58%
Stadt Ravensburg	7.800	3,95%
Stadt Tettnang	5.200	2,63%
Stadt Weingarten	5.200	2,63%
Landkreis Ravensburg	2.600	1,32%
Landkreis Sigmaringen	2.600	1,32%
Stadt Pfullendorf	2.600	1,32%
Stadt Überlingen	2.600	1,32%
Stadt Lindau	2.600	1,32%
Gemeinde Kressbronn	2.600	1,32%
Gemeinde Langenargen	2.600	1,32%
Gemeinde Meersburg	2.600	1,32%
Kanton Thurgau (CH)	2.600	1,32%
Kanton Appenzell- Ausserrhoden (CH)	2.600	1,32%

Stadt St. Gallen (CH)	2.600	1,32%
Stadt Kreuzlingen (CH)	2.600	1,32%
	197.600	100,00%

Die ausgewiesenen eigenen Anteile der Bodenseefestival GmbH stammen aus:

- ⇒ Ausscheiden der Stadt Stockach 2007 (1 Anteil)
- ⇒ Ausscheiden der Marktgemeinde Hard 2008 (1 Anteil)
- ⇒ Ausscheiden der Stadt Singen 2009 (1 Anteil)
- ⇒ Ausscheiden der SWR Media Services GmbH 2009 (3 Anteile)
- ⇒ Rückgabe von Anteilen der Stadt Friedrichshafen (2010: 7 Anteile, 2011: 3 Anteile)

Mit Ablauf des 31. Dezember 2011 haben die Schweizer Gesellschafter ihre Anteile auf die Bodenseefestival GmbH übertragen.

4. Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Winfried Neumann, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler
 Florian Riem, Südwestdeutsche Philharmonie Konstanz
 Henner Faehndrich, Dipl.-Kaufmann
 (bis 28. Februar 2011)

Aufsichtsrat:

Vorsitzender
 stv. Vorsitzender
 Ehrenvorsitzender
 Aufsichtsräte

Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen
 Lothar Wölfle, Landrat Landratsamt Bodenseekreis
 Dr. Hubert Locher, Südwestrundfunk
 Barbara Affolter, Kanton St. Gallen
 Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Stadt Überlingen
 Claus Boldt, 1. Bürgermeister Stadt Konstanz
 Markus Ewald, Oberbürgermeister Stadt Weingarten
 Robert Fischer, Ministerialrat, Finanzministerium
 Baden-Württemberg
 Norbert Fröhlich, Gemeinderat Stadt Friedrichshafen
 Dr. Madeleine Herzog, Fachstelle Kultur Stadt St. Gallen
 Dr. Dagmar Hoehne, Gemeinderätin Stadt
 Friedrichshafen
 Hans Georg Koch, Ministerium für Wissenschaft,
 Forschung und Kunst

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender
 stv. Vorsitzender
 Mitglieder

Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen
 Bruno Walter, Bürgermeister, Stadt Tett nang
 Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Festival GmbH veranstaltet seit ihrer Gründung das Internationale Bodenseefestival, das in der Regel vier bis fünf Wochen dauert und regelmäßig am Pfingstmontag endet. Es wendet sich hauptsächlich an die Bevölkerung und die Gäste in der Bodenseeregion.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis zahlte im Haushaltsjahr 2011 folgende Beträge an die Bodenseefestival GmbH:

- ⇒ 10.434,00 € als Verwaltungskostenzuschuss
- ⇒ 11.877,00 € für die Veranstaltungen des Internationalen Bodenseefestivals
- ⇒ 557,09 € Künstlersozialabgabe, Programmhefte und sonstige Druckkosten

9. Anzahl der im Geschäftsjahr 2011 beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr neben zwei nebenamtlich tätigen Geschäftsführer, eine Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle und verschiedene Aushilfen.

10. Lagebericht

a) Das 23. Internationale Bodenseefestival

Das 23. Internationale Bodenseefestival bot unter dem Motto "Impuls Wien" vom 13. Mai bis 13. Juni 2011 an 27 Veranstaltungsorten bzw. 41 Spielstätten in Deutschland, Österreich und der Schweiz insgesamt 79 Veranstaltungen. Im Mittelpunkt standen dabei Namen der Wiener Klassik wie Haydn, Mozart, Beethoven, Brahms und Schubert, Komponisten der neuen Wiener Schule wie Schönberg oder Webern, und mit Musik von Johann Strauss oder Franz Lehar kam auch die unterhaltsam-beschwingte Seite der Wiener Tonkunst zu Wort.

Als "Artist in Residence" präsentierte die international renommierte Klarinetistin Sharon Kam 8 Konzerte als Solistin mit dem SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg, mit dem Württembergischen Kammerorchester Heilbronn, und mit der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz, zudem als Kammermusikpartnerin der Künstler Stephan Kiefer, Ori Kam, Antje Weithaas, Gustav Rivinius und Paul Rivinius.

Die Veranstaltungen von Sharon Kam waren außerordentlich gut besucht und wurden vom Südwestrundfunk für das Radioprogramm SWR2 mitgeschnitten bzw. live übertragen.

Im Rahmen des "Klavierzyklus" - seit einigen Jahren ebenfalls fester Bestandteil des Bodenseefestivals - stellten sieben junge preisgekrönte Pianistinnen und Pianisten ihr Können unter Beweis und eroberten damit das Publikum ebenso wie die Presse in Friedrichshafen, Langenargen, Tettngang, Ravensburg, Lindau, Isny und Kressbronn.

Der niederländische Dirigent Ton Koopman und das Amsterdam Baroque Orchestra & Choir, die Sopranistin Christiane Oelze, das Miroir Quintett, Amarcord Wien mit der Mezzosopranistin Elisabeth Kulman, Mnozil Brass u. v. a. mehr trugen mit spannenden Aufführungen, interessanten Besetzungen und mitreißender Bühnenpräsenz zum Facettenreichtum des Festivals bei.

Unter den zahlreichen Konzerten bildete eine neu eingeführte Konzertreihe auf Schloss Salem einen besonderen Schwerpunkt des Festivals. Geboten wurden attraktive Kammermusik-Konzerte u. a. mit der Geigerin Julia Fischer, dem Tokyo String Quartet, der Sängerin Christiane Oelze, sowie ein Open-Air-Abschlusskonzert mit Ivo Pogorelich und der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz bei freiem Eintritt auf dem Schlossgelände.

Tanz stand an zwei Abenden in Friedrichshafen auf dem Festivalprogramm, wo das Ballett am Rhein - Düsseldorf und Duisburg, begleitet von der Württembergischen Philharmonie Reutlingen, mit Choreografien von Martin Schläpfer im Graf-Zeppelin-Haus Furore machte.

Mehrfach bereits diente die Panoramahalle auf dem Gipfel des 2500 Meter hohen Säntis in den vergangenen Jahren als Festivalspielort. In diesem Jahr feierte eine außergewöhnliche Produktion auf dem St. Galler Hausberg Premiere: In Kooperation mit dem Stadttheater und der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz komponierten Noldi Alder und Friedrich Schenker die Kammeroper "Mord auf dem Säntis", deren Handlung auf einem tatsächlichen Kriminalfall aus dem Jahr 1922 beruht. Die Uraufführung des Werks fand im Rahmen des Festivals statt. Das Konzept "Ungewöhnliche Musik an einem Event-Spielort" stieß auf große Nachfrage: Alle Aufführungen der Kammeroper waren ausverkauft.

Unter den 17 Veranstaltungen in der Schweiz bildeten die Konzerte in der Klosterkirche Münsterlingen - u. a. mit dem Merlin Ensemble Wien, dem Belcea Quartet und der "Artist in Residence" Sharon Kam - besondere Highlights. In St. Gallen waren darüber hinaus das "Singwochenende" in der Kathedrale und das Konzert des Pefialosa-Ensembles in der historischen Stiftsbibliothek Erfolge.

In Österreich beteiligte sich das Vorarlberger Landeskonservatorium mit zwei Konzerten in Feldkirch am Programmangebot des Bodenseefestivals 2011, von denen insbesondere ein Chor- und Orchesterkonzert mit Mozarts "Waisenhausmesse" sehr gut besucht war.

Speziell für jüngere Festivalbesucher standen in Tettngang das Familienmusical "Bravo, Bravo, Papageno" und ein Kinderkonzert mit der Kammerphilharmonie Bodensee-Oberschwaben sowie in Ravensburg und Konstanz das "Ohrwurm"-Konzert "Die Klarinette und das Buch der Träume" auf dem Programm. Darüber hinaus gab es unter dem Titel "Klangvisionen" auch ein Kompositionsprojekt für Schüler. Gemeinsam mit dem SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg und seinem Chefdirigenten Sylvain Cambreling konnten Jugendliche bei einem Konzert in Friedrichshafen eigene Kompositionsvorstellungen umsetzen.

b) Entwicklung der Gesellschaft

2011 war in der Geschichte des nunmehr über zwei Jahrzehnte alten Festivals ein bedeutendes Jahr. Mit einem Wechsel in der Geschäftsführung (der neue Geschäftsführer und Intendant der Südwestdeutschen Philharmonie, Florian Riem, ist seit 1.8.2010 im Am) erhielt das Internationale Bodenseefestival auch ein neues Erscheinungsbild. Das in Zusammenarbeit mit der Firma Lacon Marketing (Langenargen) entwickelte, neu eingeführte Corporate Design soll stärker als zuvor die Identifikation mit dem Bodensee und der Bodenseeregion ermöglichen.

Der im Juli 2010 angekündigte Austritt der Schweizer Gesellschafter St. Gallen Kanton, St. Gallen Stadt, und Appenzell Ausserrhoden sowie des Kantons Thurgau und der Stadt Kreuzlingen wurde zum 31.12.2011 vollzogen. Alle ausscheidenden Schweizer Gesellschafter werden jedoch auch in Zukunft Veranstaltungen des Internationalen Bodenseefestivals finanziell unterstützen, aller Voraussicht nach auch im bisherigen Umfang.

c) Wirtschaftliche Situation

Die Bodenseefestival GmbH ist wirtschaftlich gesund. Der Jahresabschluss zum 31.12.2011 weist einen Bilanzgewinn von 23.092,29 € nach einem Bilanzverlust von 22.036,10 € im Vorjahr aus.

Das Anlagevermögen, verringert um die regulären Abschreibungen, beläuft sich zum Jahresende 2011 auf rd. 13.700 €. Im Berichtsjahr wurden im Wesentlichen Investitionen in ein neues Corporate Design getätigt. Der Bestand an Waren (Doppel-CDs) verringerte sich durch Verkäufe im Berichtsjahr auf rd. 18.000 €. Die Guthaben bei Kreditinstituten – die Bodenseefestival GmbH hat keine Kasse, sondern wickelt alle Zahlungsvorgänge unbar ab - betrugen am Ende des Berichtsjahrs rd. 192.000 € und damit rund 16.000,- € mehr als im Vorjahr.

Im Geschäftsjahr 2011 übernahm die Bodenseefestival GmbH von der Stadt Friedrichshafen weitere 3 Geschäftsanteile mit einem Nennwert von insgesamt 7.800 €. So hielt die Bodenseefestival GmbH am 31.12.2011 insgesamt 16 eigene Anteile mit einem Nennwert von insgesamt 41.600 €. 2012 wird sich die Zahl der eigenen Geschäftsanteile um weitere 14 erhöhen, die die Schweizer Gesellschafter vertragsgemäß zurückgeben werden.

Die Rückstellungen zum 31.12.2011 konnten gegenüber dem Vorjahr reduziert werden. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für Nachzahlungen infolge einer Sozialversicherungsprüfung wurde im Berichtsjahr in Anspruch genommen. Die Umsatzerlöse (Kartenverkäufe, Kostenerstattungen, Mitschnitt Honorare und Werbeeinnahmen) beliefen sich 2011 auf rd. 282.600 €. Die für das Internationale Bodenseefestival gewährten Zuschüsse und sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich 2011 auf rd. 457.900 €. Die Programmausgaben (Teil des Materialaufwands) betragen im Berichtsjahr rd. 470.700 €, für Werbung (ebenfalls Teil des Materialaufwands) wurden rd. 133.600 € ausgegeben. Der Personalaufwand für die zwei nebenamtlich tätigen Geschäftsführer, die eine Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle und verschiedene Aushilfen belief sich 2011 einschließlich der sozialen Abgaben auf rd. 61.500 €. Er liegt damit deutlich unter den Ausgaben vergleichbarer Festivalorganisationen.

Die Zahl der Besucher lag im Jahr 2011 bei 19.602. Im Vergleich zum Vorjahr konnte eine leichte Steigerung verzeichnet werden. Die durchschnittliche Auslastung der Veranstaltungen lag bei 79 %. Vom Südwestrundfunk wurden 18 Konzerte mitgeschnitten und im Radioprogramm SWR2 gesendet. 6 dieser Konzerte wurden vom Südwestrundfunk über die EBU (European Broadcasting Union) weltweit angeboten. Es kam dabei zu insgesamt 45 Programmübernahmen (ohne deutsche Rundfunkanstalten).

Die Geschäftsführung schlägt vor, den in der Bilanz zum 31.12.2011 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gewinnrücklage zuzuführen.

d) Ausblick

Im Festival 2012 wird zum ersten Mal in der Geschichte des Internationalen Bodenseefestivals eine Bratschistin Artist in Residence präsentiert: die in Lahr (Schwarzwald) geborene Tabea Zimmermann tritt an insgesamt 10 Abenden als Solistin (mit dem SWR-Sinfonieorchester, der Südwestdeutschen Philharmonie und dem Ensemble Resonanz) sowie in mehreren Kammermusikformationen auf. Schwerpunktthema des Festival ist mit "Brennpunkt 1912 - Abschied von Traditionen"- eine Zeitreise, genau einhundert Jahre in die Vergangenheit, in der musikalische Strömungen und Entwicklungen um die Jahrhundertwende und in der Vorkriegszeit beleuchtet werden sollen.

Neben Komponisten wie Igor Strawinski, Arnold Schönberg, Gustav Mahler und Max Bruch bieten zudem Claude Debussys 150. Geburtsjahr und Maurice Ravels 75. Todesjahr Anlass für eine intensive Beschäftigung mit dem französischen Impressionismus, die vor allem in einem großen Kammermusikzyklus umgesetzt wird. Neben einem großen Gastspiel des international renommierten Bejart-Balletts gibt es weitere Festivalhöhepunkte mit Auftritten der Künstler Nigel Kennedy, Grigory Sokolov, Mischa Maisky, Martin Grubinger, sowie Max Raabe und seinem Palast-Orchester. Im Abschlusskonzert, das vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst unterstützt und erneut als Open-Air im Schlosspark Salem durchgeführt wird, spielt die Südwestdeutsche Philharmonie Konstanz zusammen mit dem Chor der Bamberger Symphoniker und dem Dirigenten Ari Rasilainen.

Das 25. Internationale Bodenseefestival findet vom 27. April bis 2. Juni 2013 unter dem Thema "Tastenspiele" statt. Artist in Residence wird der Pianist Rudolf Buchbinder sein. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch das Internationale Bodenseefestival 2013 im bisherigen Umfang und in der gewohnten Programmqualität stattfinden wird, nachdem sich

trotz Ausscheiden der Schweizer Gesellschafter bereits in 2012 eine intensive Zusammenarbeit mit Schweizer Veranstaltern abzeichnet.

Risiken bestehen für die Gesellschaft darin, dass Zuschusszahlungen zukünftig eingeschränkt werden könnten. Die Gesellschaft ist auf Zuschusszahlungen der Gesellschafter und des Landes Baden-Württemberg angewiesen. Die eigenen Einnahmen decken die Kosten der Gesellschaft nicht.

Friedrichshafen, im Mai 2012

Winfried Neumann

Florian Riem

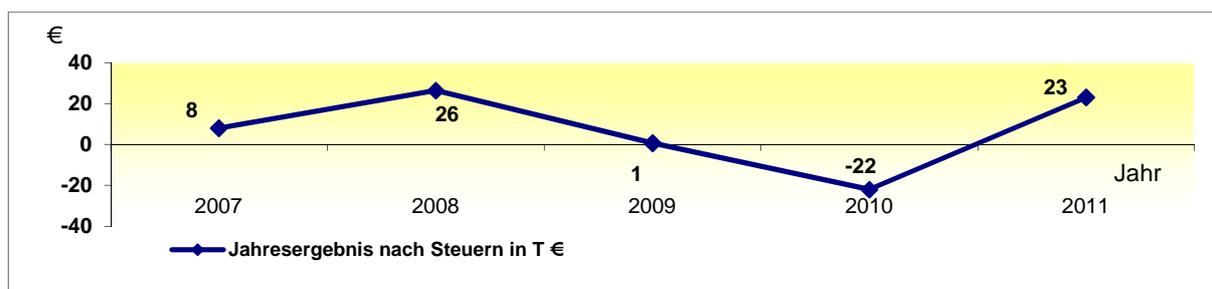
11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2011	2010	2009	2008	2007
Veranstaltungen	79	89	73	84	94
Veranstaltungsorte	27	30	33	31	k.A.
Besucher	19.602	19.227	17.311	17.571	19.168
Auslastung	79,0%	78,0%	77,0%	68,0%	75,0%

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	13,4	5,1	0,7	0,3	2,1	0,8
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,3	0,1	0,5	0,2	0,7	0,3
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	13,7	5,2	1,2	0,6	2,8	1,1
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen						
3. Geleistete Anzahlungen						
3. fertige Erzeugnisse und Waren	18,0	6,9	22,4	10,4	22,0	9,0
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	14,5	5,6	7,5	3,5	54,7	22,5
2. Forderung gegen Gesellschafter	16,6	6,4	5,5	2,6		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte Nachschüsse						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1,6	0,6	2,9	1,3	11,1	4,6
III. <u>Wertpapiere</u>						
1. eigene Anteile	0,0	0,0	0,0	0,0	15,6	6,4
IV. <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>	191,8	73,8	175,4	81,2	135,3	55,7
	242,5	93,2	213,8	99,0	238,7	98,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3,9	1,5	0,9	0,4	1,5	0,6
Bilanzsumme	260,1	100,0	215,9	100,0	243,0	100,0

Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	197,6	76,0	197,6	91,5	197,6	81,3
Eigene Anteile	-41,6	-16,0	-33,8	-15,7	0,0	0,0
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Rücklage für eigene Anteile	0,0	0,0	0,0	0,0	15,6	6,4
2. andere Gewinnrücklagen	35,1	13,5	35,1	16,2	21,4	8,8
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Bilanzgewinn	23,1	8,9	-22,0	-10,2	-2,0	-0,8
	214,2	82,3	176,8	81,9	232,7	95,8
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	6,3	2,4	12,3	5,7	5,0	2,1
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	30,9	11,9	4,0	1,9	1,9	0,8
III. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,0	0,0	20,5	9,5		
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	8,8	3,4	2,3	1,0	3,3	1,4
	39,7	15,2	47,3	20,0	5,2	2,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Bilanzsumme	260,1	100,0	236,4	100,0	243,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	282,6	38,2	263,1	33,3	857,7	99,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0,0	0,0	0,4	0,1	3,0	0,3
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	457,9	61,8	526,0	66,6	6,0	457,9
5. Gesamtleistung	740,5	100,0	789,5	100,0	866,7	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	4,4	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	599,9	83,5	701,1	86,6	785,3	90,6
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	53,5	7,4	45,6	5,6	29,3	3,4
b) Soziale Abgaben	8,0	1,1	8,8	1,1	2,3	0,3
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2,5	0,3	1,6	0,2	1,6	0,2
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	49,9	7,0	52,4	6,5	48,3	5,6
10. Gesamtaufwand	718,3	100,0	809,5	100,0	866,8	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	22,2		-20,0		-0,1	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,9		1,2		0,7	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	0,9		1,2		0,7	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23,1		-18,8		0,7	
20. Außerordentl. Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen u. vom Ertrag	0,0		0,0		0,4	
22. Sonstige Steuern	0,0		-3,3		0,0	
23. Erträge aus Verlustübernahme	22,0		0,0		0,0	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	45,1		-22,0		0,700	
25. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-22,0		-2,0		-256,3	
26. Kapitalrücklage	0,0		0,0		272,3	
27. Gewinnrücklage	0,0		-2,0			
a) in die Rücklage für eigene Anteile					2,6	
b) in andere Gewinnrücklagen					16,1	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	23,1		-22,0		-1,9	

V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

Energieagentur Ravensburg gGmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Energieagentur Ravensburg gGmbH
Kontakt:	Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 76470-70 Fax: 0751 / 764707-9 E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	21. Oktober 1999
Eintragung Handelsregister:	25. April 2000
Gesellschaftsvertrag:	21. Oktober 1999
Letzte Änderung:	20. Mai 2011
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung folgender Ziele:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Beratung beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte und ist unabhängig.

Zur Erreichung der Ziele gemäß Abs.1 wird die Gesellschaft mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere den Handwerksbetrieben, den Architekturbüros, dem Solarenergie-Förderverein, der Forstwirtschaft, der IHK, den Wohnungsbauunternehmen, der Verbraucher-Zentrale und ihren Gesellschaftern zusammenarbeiten, ebenso mit lokalen Arbeitskreisen (u.a. Agenda 21) und weiteren engagierten Organisationen. Des Weiteren wird sie mit der Gesellschaft zur Kulturlandschaftsentwicklung Pro Regio Oberschwaben GmbH, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, zusammenarbeiten.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 63.630 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Energieagentur Bodenseekreis GbR	10.180 €	16,00%
Landkreis Ravensburg	9.200 €	14,46%
Energieagentur Biberach GbR	9.200 €	14,46%
Energieagentur Sigmaringen GbR	6.950 €	10,92%
Stadt Ravensburg (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23%
Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	4.600 €	7,23%
Stadt Weingarten (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23%
Kreishandwerkerschaft Ravensburg	4.600 €	7,23%
EnBW Regional AG	4.600 €	7,23%
Thüga AG, München	4.600 €	7,23%
BUND für Umwelt und Naturschutz Landesverband B-W	500 €	0,79%
	63.630 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Walter Göppel

Beirat: ist eingerichtet

Dem Beirat gehört jeweils ein Gesellschaftsvertreter an. Weiter können Vertreter von Verbänden und sonst interessierten Einrichtungen in den Beirat aufgenommen werden. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet die Gesellschafterversammlung.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 haben 20 Mitglieder (ohne Vertreter) dem Beirat angehört.

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürger und Bürgerinnen laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen und Gewerbebetrieben Energiesparpotentiale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Von besonderer Bedeutung sind folgende Verträge und Vorgänge:

- ⇒ Geschäftsführervertrag mit Herrn Walter Göppel vom 23. Februar 2000 mit Nachträgen vom 04. Februar 2002 vom 07. November 2006 und vom 03. Dezember 2009;
- ⇒ Gesellschafterbeschlussfassungen vom 23. Februar 2000 und 12. September 2001 zur Aufbringung von Finanzierungsbeiträgen durch die (Gründungs-) Gesellschafter in Höhe von jährlich 140 T €;

- ⇒ Erklärung der Energieagentur Biberach GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.000 € zu leisten;
- ⇒ Sponsoring Verträge mit den Kreissparkassen Ravensburg und Biberach, der Sparkasse Bodensee, der Sparkasse Heiligenberg, der Volksbank Überlingen, der Sparkasse Pfullendorf – Meßkirch und der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen über Sponsoring Leistungen von 2,5 T € bis 10 T € p.a. im Gesamtbetrag von z.Zt. 35 T € p.a. mit Laufzeiten bis 2013;
- ⇒ Verträge mit 10 selbstständigen Energieberatern über die Durchführung der Sprechstunden für Energieberatung am Standort Ravensburg und in den Außenstellen;
- ⇒ Werkvertrag über die freiberufliche Mitarbeit von Frau Oschwald und Frau Göppel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit;
- ⇒ Verträge mit 34 Städten und Gemeinden sowie ein weiterer Vertrag mit einem Stadtwerk über die Einrichtung von Außenstellen der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit der Verpflichtung, geeignete Räume für die Energieberatung zur Verfügung zu stellen und einer Regelung über den Kostenersatz für durchgeführte Beratungsstunden;
- ⇒ Mietvertrag vom 15. Januar 2004 mit der Kreishandwerkerschaft Biberach über zwei Büroräume im Gebäude Ehinger-Tor-Platz 8;
- ⇒ Schreiben der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis vom 19. Dezember 2007 betr. die Nutzung von Büroräumen und die Mitbenutzung der Büroinfrastruktur im Gebäude Lindauer Straße 11, 88046 Friedrichshafen;
- ⇒ Mietvertrag vom 2. Februar 2008 mit der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württ. Bauwirtschaft mbH, Stuttgart, über Büroräume im Gebäude In der Au 14, 72488 Sigmaringen; gekündigt zum 28. Februar 2012.
- ⇒ Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award® und der Energieagentur Ravensburg gGmbH zur Durchführung von Zertifizierungsverfahren vom 4. April/2. Mai 2006;
- ⇒ Zahlreiche Dienstleistungsverträge mit den im Lagebericht aufgeführten Städten und über die Beratung im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award®;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Bodenseekreis GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss gemäß Gesellschafterbeschlussfassung zu leisten;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Landkreis Sigmaringen GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 6.950 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.750 € zu leisten; der GbR wurden von der Kreissparkasse Sigmaringen und der Sparkasse Pfullendorf Sponsoringbeträge i.H.v. zusammen jährlich 10.000 € in Aussicht gestellt;
- ⇒ Betreuungsvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über den Aufbau und Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Städten und Gemeinden, die an der Zertifizierung gemäß European Energy Award® teilgenommen haben im Rahmen des Interreg IV Programms vom 15./20. Oktober 2009;
- ⇒ Werkvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über die Durchführung des grenzüberschreitenden Projekts GRIPS „grenzüberschreitendes Initiativprogramm für Sanieren“ zum Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Partnerbetrieben (Handwerk) im Rahmen des Interreg IV Programms Alpenrhein – Bodensee – Hochrhein vom 30. Juli/3. August 2010;
- ⇒ Zuwendungsvertrag zwischen dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg und der Energieagentur Ravensburg gGmbH über die Vorbereitung und Durchführung des Pilotprojekts „Energieeffizienz in Sportvereinen“ vom 4./8. Oktober 2010;
- ⇒ Vier Dienstleistungsverträge mit den Kommunen Bodenseekreis, Landkreis Sigmaringen, Gemeinde Baienfurt, Stadt Radolfzell, abgeschlossen im Jahr 2011;

- ⇒ Vertrag vom 9. März 2011 mit der Energieagentur Regio Freiburg Projekt Stromsparcheck für einkommensschwache Haushalte

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Finanzierungsbeitrag eea: 4.815 €

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Der Personalstand hat sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

- | | |
|---|-------------|
| ⇒ Ein Geschäftsführer (100 %) | unverändert |
| ⇒ Ein Assistent der Geschäftsführung (100%) | unverändert |
| ⇒ Eine Sachbearbeiterin (90 %) | unverändert |
| ⇒ Eine Sachbearbeiterin (90 %) | unverändert |
| ⇒ Eine Energieberaterin für die Energieagentur Ravensburg (80 %) | unverändert |
| ⇒ Eine Energieberaterin (80 %) für die Niederlassung Biberach | unverändert |
| ⇒ Ein Energieberater (100 %) für die Niederlassung Bodenseekreis | unverändert |
| ⇒ Ein Energieberater (100 % bis 31.08.2011, 50 % ab 01.09.2011) für die Niederlassung Sigmaringen | |

Zehn freiberufliche Energieberater-Ingenieure und zwei freie Journalistinnen sind über Werkverträge für die Gesellschaft in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen, in den eingerichteten Außenstellen sowie bei örtlichen Ausstellungen tätig.

10. Lagebericht

a) Allgemeines

Die Energieagentur wurde am 21. Oktober 1999 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und hat am 1. April 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Sukzessiv wurde der Gesellschafterkreis um die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt erweitert:

- ⇒ Energieagentur Biberach:
Am 6. Oktober 2003 wurde die Energieagentur Biberach, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH im Landkreis Biberach gegründet und am 1. März 2004 im Gebäude der Kreishandwerkerschaft eröffnet.
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis:
Am 13. Juni 2007 wurde die Energieagentur Bodenseekreis, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und im Gebäude der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis eröffnet.
- ⇒ Energieagentur Sigmaringen:
Am 21. November 2007 wurde die Energieagentur Sigmaringen, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und am 03. März 2008 im Gebäude der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württ. Bauwirtschaft m.b.H eröffnet.

Um die im Gesellschaftsvertrag genannten Ziele zu erreichen, hat die Energieagentur Ravensburg gGmbH mit Ihren Niederlassungen die Aufgabe neutral, unabhängig sowie handwerksübergreifend Bürger/innen und Kommunen über alle Energiefragen zu beraten, wie z.B.

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.

- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Erreichen der genannten Ziele hat die Energieagentur Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden der Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt eingerichtet:

- ⇒ 2001 bis 2010:
Die Energieagentur Ravensburg hat zehn Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden des Landkreises Ravensburg und eine in enger Kooperation mit dem Landschaftserhaltungsverband Höchsten-Dornacher Ried (in Wilhelmsdorf) installiert.
- ⇒ 2007 bis 2009:
Die Energieagentur Biberach hat neun Energieberatungsaußenstellen in den Gemeinden bzw. deren Verwaltungsgemeinschaften im Landkreis Biberach eingerichtet.
- ⇒ 2008 bis 2009:
Neun Energieberatungsaußenstellen wurden im Bodenseekreis durch die Energieagentur Bodenseekreis in den Gemeinden bzw. deren Verwaltungsgemeinschaften eröffnet.
- ⇒ 2008:
Auch die Energieagentur Sigmaringen hat im Landkreis Sigmaringen fünf Außenstellen in den jeweiligen Kommunen in Betrieb genommen.

So ist eine relativ flächendeckende und unabhängige Energieberatung (bis auf jeweils eine Außenstelle in den Landkreisen Sigmaringen und Bodenseekreis) für die knapp 900.000 Einwohner der rund 130 Gemeinden der o.g. Landkreise gewährleistet.

b) Jahresergebnis

Die Erlöse der Gesellschaft von rund 913 T € setzen sich wie folgt zusammen:

- ⇒ Kostenzuschüsse der Gesellschafter
- ⇒ Erlöse Sponsoring und Spenden
- ⇒ Erlöse aus Beratungsdienstleistungen/ aus dem eea®
- ⇒ Kostenerstattung aus den Energieberatungen in den Außenstellen
- ⇒ Kostenbeteiligungen für Messekooperationen
- ⇒ Erlöse aus landesweiten Schulprojekten
- ⇒ Erlöse aus Seminaren/Vorträgen/Veranstaltungen
- ⇒ Erlöse aus dem Projekt des Bundesministeriums „Stromspar-Check in einkommensschwachen Haushalten“
- ⇒ Erlöse aus den Interreg-Projekten „Energieeffizienzgemeinden und Grips“
- ⇒ Erlöse aus dem Pilotprojekt „Energieeffizienz in Sportvereinen“

Es verbleibt ein Jahresüberschuss von 108 T €.

Der Jahresüberschuss 2011 soll mit dem Gewinnvortrag zusammengefasst und auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Entwicklung der Finanzlage in Form der Bereitstellung und der Verwendung von Mitteln im Laufe der Geschäftsjahre ist in der folgenden (verkürzten) Kapitalflussrechnung dargestellt:

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	2011 T €	2010 T €	2009 T €	2008 T €
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	117	57	78	72
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	- 37	- 7	- 9	- 25
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	7
Summe	80	50	69	54
+ Finanzierungsmittelbestand am 01.01.	441	391	322	268
Finanzmittelbestand am 31.12.	521	441	391	322

c) Tätigkeitsbericht

Der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2011 lag in folgenden Bereichen:

Flächendeckende, messbare ökologische und ökonomische Energieberatungen:

In rund 2.500 gezielten Energieberatungsgesprächen und bei knapp 19.000 telefonischen Anfragen wurde kompetent über Energieeinsparmaßnahmen an der Gebäudehülle, über effiziente Heizungs- und Warmwassertechnologien sowie über erneuerbare Energien, Förderprogramme und Gesetze, wie z. B. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz oder die EnEV 2009 beraten.

Aufgrund der gesetzlichen Verordnungen, wie z. B. Energieeinsparverordnung, EEWärme Gesetz (Bund), EWärmeGesetz (Land) sowie die ständig veränderten Richtlinien der KfW stiegen die telefonischen Energieberatungen sehr stark an. Diese kamen von Investoren, Planern und Handwerkern und wurden von den Landratsämtern, Kommunen und Banken direkt an die Energieagenturen weiter vermittelt.

Kommunale Energieberatung/European Energy Award®:

Im kommunalen Bereich stiegen die Energieberatungen durch den European Energy Award®-Prozess, das Konjunkturpaket 11 sowie durch kurzfristige Förderprogramme von Bund und Land deutlich an. Das zeigt sich auch bei den ausgelösten Investitionen von mehr als 38 Mio. €.

Hilfestellung bei der Umsetzung der politischen Klimaschutzziele der Europäischen Union, der Bundes- und Landesregierung im Rahmen des Qualitäts- und Zertifizierungssystems für Kommunen in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen sowie bei der Beantragung von Förderungen des Bundes und des Landes.

Seit Einführung des European Energy Award® im Sommer 2006 in Baden-Württemberg betreuen die Energieagenturen folgende Gemeinden:

- ⇒ Energieagentur Ravensburg:
Amtzell, Aulendorf, Bad Saulgau, Bad Schussenried, Baintdt, Baienfurt, Bad Waldsee, Dürmentingen, Ebersbach-Musbach, Friedrichshafen, Fronreute, Grünkraut, Ilmensee, Isny, Kißlegg, Leutkirch, Ravensburg, Sigmaringen, Vogt, Wangen, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende sowie zusätzlich die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen.
- ⇒ Energieagentur Biberach:
Landkreis Biberach und Stadt Biberach in Kooperation mit der Energieagentur Ravensburg, Ingoldingen, Laupheim, Maselheim, Mengen, Mietingen und Ochsenhausen.
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis:
Landkreis Bodenseekreis in Kooperation mit der Energieagentur Ravensburg, Meckenbeuren, Neukirch, Oberteuringen, Tettngang, Gailingen und Radolfzell in Kooperation mit der Energieagentur Landkreis Konstanz.

Für ihre umgesetzten Maßnahmen sowie für ihre mittelfristige Projektplanung sind im Jahr 2011 die Stadt Bad Waldsee und die Gemeinde Maselheim mit dem European Energy Award® ausgezeichnet worden.

Die einzelnen Handlungsfelder des European Energy Award® sollen Kommunen Stärken und Schwächen aufzeigen sowie wichtige Entscheidungshilfen bei der zukünftigen investiven Umsetzung bieten.

Folgende ökologische und ökonomische Projekte sind im Geschäftsjahr 2011 entstanden:

- ⇒ Beratende Begleitung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben beim Ausbau der Windkraft/Erstellen eines Energie- und Klimakonzeptes für die Region Bodensee-Oberschwaben;
- ⇒ Beratende Begleitung beim Aufbau von regenerativen Nahwärmeversorgungen und Bioenergie-dörfern;
- ⇒ Potentialstudien für industrielle Abwärmenutzung in Friedrichshafen und Uhldingen-Mühlhofen;
- ⇒ Energie- und CO₂-Bilanzen für Landkreise und Städte sowie Gemeinden;
- ⇒ Beratende Begleitung beim Aufbau des kommunalen Energiemanagements in Städten und Gemeinden;
- ⇒ Beratende Begleitung bei der Straßenbeleuchtungssanierung und Straßenbeleuchtungskonzepten, wie z. B. LED;
- ⇒ Zertifizierter Ökostrom- und Biogasbezug;
- ⇒ Erstellen von Klimaschutzkonzepten für Städte;
- ⇒ Beratende Begleitung beim Ausbau bzw. Einbau der Kraft-Wärme-Kopplung;
- ⇒ Beratende Begleitung bei der Planung/Ausschreibung von energieeffizienten Neubaugebieten;
- ⇒ Beratende Begleitung von Heizkreispumpenaustausch- und Thermographieaktionen;
- ⇒ Beratende Begleitung beim Ausbau der Elektromobilität und Fahrzeugen mit Alternativantrieben;
- ⇒ Beratende Begleitung von Bürgerenergiegenossenschaften;
- ⇒ Kommunale Energiechecks bei öffentlichen Liegenschaften;
- ⇒ Beratende Begleitung beim Erstellen von kommunalen Förderprogrammen;
- ⇒ Durchführung von Hausmeisterschulungen;
- ⇒ Organisation des landkreisweiten Jugendenergietages in Kooperation mit dem Landkreis Ravensburg und mit der regionalen Wirtschaft;
- ⇒ Schulprojekte "Standby in Schulen";
- ⇒ Jährlicher lokaler und internationaler Erfahrungsaustausch der am European Energy Award® teilnehmenden Kommunen und Landkreise.

An einem internationalen Austausch der Energieeffizienzgemeinden im Rahmen eines Interreg-Projektes nehmen folgende Kommunen teil und werden von der Energieagenturen Ravensburg beraten:

Bad Waldsee, Friedrichshafen, Fronreute, Grünkraut, Kißlegg, Ravensburg und Wangen.

Bildung:

Die zahlreichen politischen Klimaschutzziele, Gesetze, neuen Technologien sowie Baustoffe führen zu unterschiedlichsten Bildungsangeboten der Energieagenturen:

- ⇒ 3 Seminare zur Fortbildung von kommunalen Hausmeistern;
- ⇒ 1 mehrtägiges Seminar für Ingenieure "DIN 18599" für Nichtwohngebäude - in Kooperation mit der Bauakademie Biberach;
- ⇒ 23 Schulprojekte mit Lehrern und Schülern in allen vier Landkreisen;
- ⇒ Fortführung des Projektes "Stromsparcheck" in Kooperation mit der Caritas Bodensee-Oberschwaben (ca. 200 einkommensschwache Haushalte haben teilgenommen);

- ⇒ 3 Seminare "Energieanalyse und Effizienzberatung in Produktionsbetrieben" für Ingenieure in Kooperation mit der Ingenieurkammer Baden-Württemberg, der Akademie der Ingenieure und dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg;
- ⇒ kreisweites Energiewirtschaftsforum in Kooperation mit der Kreissparkasse Ravensburg und der W.I.R.;
- ⇒ 3 kommunale Energieforen in den Landkreisen Biberach und Ravensburg ;
- ⇒ Fachseminar zur Anwendung der EnEV im Rahmen der wohnwirtschaftlichen Förderprogramme der KfW - Schwerpunkt Wärmebrücken;
- ⇒ 5 Schulungen zum "Energiemanager in Sportvereinen" (Projekt "Energieeffizienz in Sportvereinen");
- ⇒ 1. grenzüberschreitender Kongress (Anrainerstaaten d. Bodensees) in Friedrichshafen, für Planer und Handwerker, im Rahmen des Interreg IV-Projektes "GRIPS";
- ⇒ 1 Seminar "Energieberatung in der Landwirtschaft" zur Unterstützung der Landesanstalt für Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume.

Öffentlichkeitsarbeit:

Motivation der Bevölkerung bzw. Investoren durch:

- ⇒ 120 örtliche Energieforen bzw. Vortragsveranstaltungen in den vier Landkreisen mehrtägige Ausstellungen in Form von Sonderschauen, wie z. B.:
 - Hausplus in Ravensburg mit jeweils einem kommunalen und einem öffentlichen Energieforum
 - Immomesse der Stadt Biberach
 - IBO in Friedrichshafen mit einem fünftägigen Vortragsprogramm
 - Oberschwabenschau in Ravensburg , in Kooperation mit der Stadt und dem Landkreis Ravensburg.
- ⇒ Beteiligung an den landesweiten Energietagen mit Aktionen, z. B. E-Mobilität in Bad Schussenried und Meckenbeuren.
- ⇒ regelmäßige Presseveröffentlichungen in allen vier Landkreisen
- ⇒ Einstieg in die Gewerbeberatung:
 - Moderation von Energieeffizienztischen
 - Erstellung von Potentialanalysen zur industriellen Abwärmenutzung
 - Energieberatung bei Unternehmen
 - Mitarbeiterschulungen "Energieeffizienz in Unternehmen"
 - Fördermittelberatung
 - Teilnahme am jährlichen Energiewirtschaftsforum im Landkreis Ravensburg und in einzelnen Städten.

Bereits wie schon im letzten Jahr nehmen die Beratungsanfragen aus allen Sektoren, vor allem im kommunalen und im gewerblichen Bereich sowie die Zahl von lokalen Foren und Ausstellungen weiter zu. Dies ist auf die relativ hohen Energiepreise, die europäischen, Bundes- und Landes-Klimaschutzziele sowie auf die neuen Gesetze und die hohe Beteiligung der Gemeinden am eea zurückzuführen.

d) Fazit

Mit dem Einsatz von 405 T € durch die Gesellschafter können nach den von uns stichprobenweise vorgenommenen Erhebungen zum Umsetzungsgrad der Maßnahmen ggf. bis zu 145 Mio. € Investitionen für die Wirtschaft angestoßen werden. Dies entspricht rechnerisch dem Umsatzvolumen für die Vorhaltung von rund 1.600 Arbeitsplätzen in den Städten und Gemeinden aller vier Landkreise. Weiter wurden wichtige Entscheidungshilfen bei kommunalen Energiekonzepten gegeben. Somit trägt die Energieagentur maßgeblich zum Klimaschutz, zur Umsetzung der Energiewende, Bildung und zur Wirtschaftsförderung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen bei.

e) Ausblick auf das Jahr 2012

Die Beratungsanfragen von Investoren, Kommunen und Fachleuten werden sich im Jahr 2012 deutlich verstärken, wie z. B. durch:

- ⇒ das ab 1. Januar 2010 in Baden-Württemberg in Kraft getretene Erneuerbare Wärme-gesetz für den Gebäudebestand;
- ⇒ das politische Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien (Energiewende);
- ⇒ die laufenden Änderungen von Förderprogrammen und deren Richtlinien;
- ⇒ Steigerung der Sanierungsrate durch entsprechende Förderprogramme;
- ⇒ zunehmende Nachfragen nach der fachlichen Beratung bzw. Begleitung bei regenerati-ven Nahwärmeversorgungen, die finanziell von Bund und Land unterstützt werden ;
- ⇒ Einstieg in die KMU-Beratung in Verbindung mit dem beantragten Interreg-Projekt EIVRIG.
- ⇒ vermehrtes Interesse an der Teilnahme am European Energy Award® in den Landkrei-sen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen;
- ⇒ stärkere Nachfrage nach Seminaren für Fachleute und Behörden im Rahmen der ge-setzlichen Verordnungen, Förderprogramme und der zukünftigen technischen Anforderungen;
- ⇒ vermehrtes Interesse von Kommunen und Wirtschaftsbetrieben an der Teilnahme an den zweitägigen landesweiten Energietagen;
- ⇒ starke Nachfrage nach Schulprojekten und lokalen Jugendenergietagen;
- ⇒ Wissenstransfer und Qualitätssicherung für Planer und Handwerker durch landesweites Netzwerk;
- ⇒ Neue Förderprogramme für Gewerbe und Kommunen.

Die zunehmenden Beratungsnachfragen führen bei der gegebenen Personalsituation zu Engpässen.

Das Vorliegen von Urlaubsrückständen und Überstunden im Volumen von zusammen 58 T € sowie die hohe Inanspruchnahme der selbstständigen Energieberater zeigen, dass die Per-sonalkapazitäten der Gesellschaft voll ausgelastet sind. Um der Nachfrage nach Beratungsleistungen gerecht zu werden, beabsichtigen wir die Erweiterung unserer Bera-tungskapazität und die Schaffung zwei zusätzlicher Stellen in der Energieberatung und Projektbegleitung sowie die räumliche Erweiterung der Energieagentur im Geschäftsjahr 2012.

Die Finanzierung der Gesellschaft im bisherigen Umfang ist mittelfristig durch die Gesell-schafterzuschüsse, die zahlreichen, z. T. auf mehrere Jahre vertraglich ausgelegte Projekte und Sponsoringverträge gesichert.

f) Risiken für die zukünftige Entwicklung:

Der wesentliche Teil der Finanzierung der Gesellschaft basiert auf den genannten Einnah-men, den Gesellschafterzuschüssen und aus Projekten, Aktivitäten, Sponsoring, usw., die vertraglich auf zwei bis drei Jahre gesichert sind.

Die Finanzierung der Aufwendungen des Geschäftsjahres 2011 mit ca. 819,9 T € war nur durch zusätzliche Einnahmen für unsere Leistungen z. B. im Rahmen des Zertifizierungspro-cesses gemäß European Energy Award® oder im Rahmen von Interreg-Projekten und nicht mehr ausschließlich durch die Mittel von Gesellschafterseite möglich.

Dies bedeutet für die Gesellschaft auch weiterhin, dass die Aufgabenerfüllung von den Fi-nanzierungsmöglichkeiten bestimmt wird, weil bereits die Fixkosten nicht mehr in vollem Umfang aus den jährlichen Gesellschafterbeiträgen und Förderbeiträgen der Kreditinstitute bestritten werden können. Bei unveränderter Finanzausstattung seitens der Gesellschafter muss weiterhin die Beratungskapazität verstärkt auf die entgeltlichen Dienstleistungen ge-richtet werden.

Ravensburg, 6. Juni 2012

Walter Göppel, Geschäftsführer

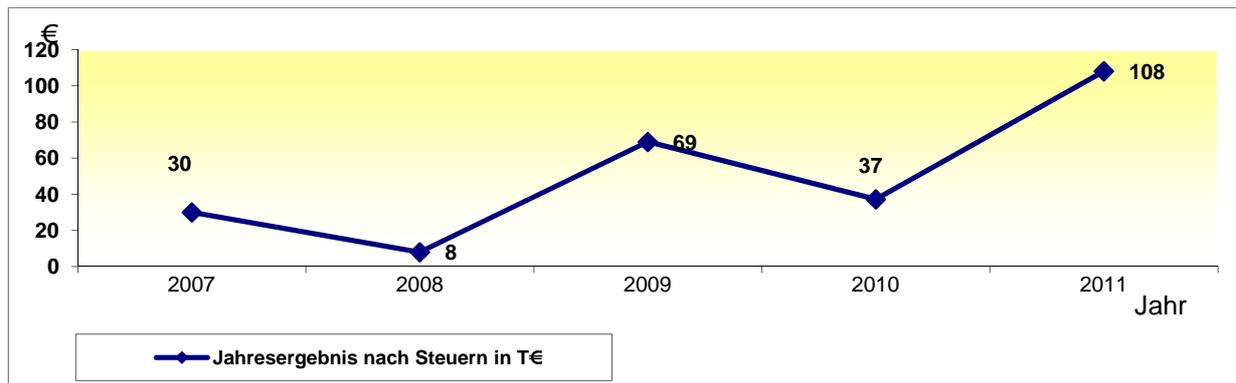
11. Abschlussprüfer

Dr. Gretter & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Ravensburg

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2011	2010	2009	2008	2007
Ausstellungstage	45	23	42	42	38
Energieberatungsgespräche	2.500	2.600	2.500	2.000	1.050
telefonische Anfragen	19.000	18.000	15.500	k.A.	k.A.

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Aktiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	0,0	0,0	0,0	0,0	3,3	0,6
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. Grundstücke und Bauten						
2. Anlagen und Maschinen						
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	51,6	6,9	33,6	5,6	40,2	7,6
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. <u>Finanzanlagen</u>						
	51,7	6,9	33,6	5,6	43,5	8,2
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen	56,9	7,6	61,5	10,3	39,3	7,5
3. Waren						
II. <u>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	117,4	15,7	61,4	10,3	53,6	10,2
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte noch ausstehende Kapitaleinlagen						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	0,7	0,1	0,8	0,1	0,6	0,1
III. <u>Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	521,1	69,7	441,0	73,7	390,8	74,0
	696,1	93,1	564,7	94,4	484,3	91,8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	747,8	100,0	598,4	100,0	527,8	100,0

Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2011

Bilanz zum 31.12.2011 Passiva	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
A. Eigenkapital						
I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	63,6	8,5	62,7	10,5	62,7	11,9
II. <u>Kapitalrücklage</u>						
III. <u>Gewinnrücklage</u>						
1. Zweckgebundene Rücklagen						
2. Andere Gewinnrücklagen	60,0	8,0	60,0	10,0	60,0	11,4
IV. <u>Gewinnvortrag/Verlustvortrag</u>	205,3	27,5	168,0	28,1	98,7	18,7
V. <u>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</u>	108,2	14,5	37,3	6,2	69,4	13,1
	437,1	58,5	328,0	54,8	290,7	55,1
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil						
C. Sonderposten für Zuschüsse	3,6	0,5	6,1	1,0	11,2	2,1
D. Rückstellungen	96,9	13,0	96,2	16,1	72,2	13,7
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	120,4	16,1	87,3	14,6	85,4	16,2
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	14,0	1,9	10,6	1,8	11,4	2,2
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	54,9	7,3	38,5	6,4	34,2	6,5
	189,4	25,3	136,4	22,8	131,0	24,8
F. Rechnungsabgrenzungsposten	20,8	2,8	31,7	5,3	22,7	4,3
Bilanzsumme	747,8	100,0	598,4	100,0	527,8	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2011

Gewinn- und Verlustrechnung	2011		2010		2009	
	T €	%	T €	%	T €	%
1. Umsatzerlöse	495,1	53,9	415,5	48,0	375,8	43,4
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten	418,1	45,5	402,4	46,5	475,5	55,0
3. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-4,6	-0,5	22,1	2,6	5,4	0,6
4. Sonstige betriebliche Erträge	10,5	1,1	25,8	3,0	8,5	1,0
5. Gesamtleistung	919,1	100,0	865,8	100,0	865,2	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	67,5	8,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	113,0	13,9	62,5	7,6	0,0	0,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	427,9	52,8	441,6	53,6	400,7	50,6
b) Soziale Abgaben	100,2	12,4	102,7	12,5	98,5	12,4
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	15,8	2,0	17,0	2,1	18,0	2,3
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	153,1	18,9	200,3	24,3	206,8	26,1
11. Gesamtaufwand	810,1	100,0	824,1	100,0	791,6	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	109,0		41,8		73,6	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,0		6,3		7,5	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
19. Finanzergebnis	9,0		6,3		7,5	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	117,7		48,0		81,1	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-9,5		-10,7		-11,7	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	108,2		37,3		69,4	
25. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen						
b) in andere Gewinnrücklagen						
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	108,2		37,3		69,4	

frieks Friedrichshafener Software- und Kommunikationszentrum**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (frieks)
Kontakt:	Müllerstraße 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 38588-0 Fax: 07541 / 38588-55 E-Mail: info@frieks.de Homepage: www.frieks.de
Gründungsdatum:	30. September 1999
Eintragung Handelsregister:	22. Mai 2000
letzte Änderung vom:	10. März 2009
Gesellschaftsvertrag:	
Letzte Änderung:	8. März 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Aufbau und Betrieb eines Kommunikations- und Softwarezentrums zur Unterstützung von Existenzgründungen und Jungunternehmen aus der IT- und Multimedia-Branche, vor allem durch die Bereitstellung von Büroräumen und eine IuK-Infrastruktur sowie Beratungs- und Marketingleistungen durch die IHK Bodensee-Oberschwaben und die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH.

Zweck der Gesellschaft ist:

- ⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus der technologieorientierten Dienstleistungsbranche, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen
- ⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen
- ⇒ das Marketing für das Technologiezentrum

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der frieks GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	12.750 €	51,00%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis GmbH	7.250 €	29,00%
IHK Bodensee-Oberschwaben	5.000 €	20,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Benedikt Otte
Michael Mahl

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Andreas Brand, Oberbürgermeister
Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Seit Eröffnung des Zentrums waren insgesamt 49 Unternehmen im Zentrum Mieter. Von diesen sind zwischenzeitlich 17 wieder ausgezogen und haben einen Firmensitz in Friedrichshafen oder im Bodenseekreis gewählt. 10 Unternehmen haben das Zentrum aus wirtschaftlichen Gründen verlassen.

Stand 31. Dezember 2010 sind 22 Unternehmen im Softwarezentrum mit rund 52 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das Zentrum leistet somit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung durch Schaffung der notwendigen Infrastruktur in speziellen Dienstleistungsbranchen. Das Projekt wird von der Stadt Friedrichshafen finanziell unterstützt.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Grundstücksmietvertrag mit GMG Generalmietgesellschaft mbH (vormals DeTe-Immobilien) vom 20. Dezember 1999 über die Anmietung des Gewerbeanwesens mit Büro- und Technikflächen in Friedrichshafen, Müllerstraße 12 - 14.
- ⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH vom 1. Februar 2002

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter/innen.

10. Lagebericht

a) Lage und Geschäftsverlauf

Zweck der frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (Frieks GmbH) ist

- ⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus technologieorientierten Branchen, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen,
- ⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen, die Stabilisierung der bestehenden Betriebe, vor allem hinsichtlich der spezifischen Probleme von Existenzgründern,
- ⇒ eine engere Verknüpfung dieser Branche mit anderen Unternehmen der Region Friedrichshafen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Technologiezentrums, insbesondere für Existenzgründer und junge Unternehmen der Region Friedrichshafen. Dazu gehören:

- ⇒ die Anmietung der für den Betrieb des Technologiezentrums vorgesehenen und notwendigen Immobilie,
- ⇒ der Abschluss entsprechender Mietverträge mit potentiellen Untermietern,
- ⇒ die Koordination der für die Zielerreichung geplanten und durchzuführenden Maßnahmen,
- ⇒ das Marketing des Technologiezentrums,
- ⇒ die Verwaltung des Technologiezentrums, sowie
- ⇒ Existenzgründungsberatungen.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Stadt Friedrichshafen (51%), die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (29%) und die IHK Bodensee Oberschwaben (20%).

Im Geschäftsjahr wurde eine Gesellschafterversammlung abgehalten.

Im Jahr 2011 war eine starke Erholung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung spürbar. Die Gewerbeanmeldungen in Baden-Württemberg nahmen 2011 um 7,0 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ab. Absolut gesehen wurden 1.608 Unternehmen im Bodenseekreis neu gegründet. Bei 287 dieser neu gegründeten Unternehmen kann man aufgrund der Rechtsform bzw. weil mindestens eine Person beschäftigt wird, eine größere wirtschaftliche Substanz vermuten. Der größte Teil der Gründungen sind die sogenannten „sonstigen Gründungen“, welche unter anderem auch die Nebenerwerbsbetriebe privater Photovoltaikanlagenbesitzer beinhalten. Den Gewerbeanmeldungen im Bodenseekreis stehen 1.237 Gewerbeabmeldungen gegenüber (Quelle: statistisches Landesamt).

Auf dem Vermietungsmarkt von Büroräumen und Bürozentren herrscht in der Region ein starker Wettbewerb. Diesem Wettbewerb stellt sich die Frieks GmbH, indem zusätzlich zu den günstigen Mietkonditionen weitere Leistungen, wie z. B. kostenlose Gründungs- und Wachstumsberatung sowie Fördermittelberatung angeboten werden. Die Gründungsberatung, die im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis durchgeführt wird, lässt eine zurückgehende Qualität der Gründungen erkennen. Hohes Innovationspotenzial von Gründungen bildet eher die Ausnahme.

Das Technologiezentrum wurde mit öffentlichen Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Die mit diesen Mitteln getätigten Investitionen unterlagen einer zwölfjährigen Bindungsfrist bis zum 31.12.2011. Wesentlicher Bestandteil der Zweckbindungsfrist ist, dass der Gesellschafter Stadt Friedrichshafen und die Frieks GmbH während dieser Zeit anfallende Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums übernehmen müssen.

Aufgrund europarechtlicher Vorgaben (sogenanntes Monti-Paket) wurde die Frieks GmbH im Geschäftsjahr 2010 im Rahmen eines Betrauungsaktes durch den Mehrheitsgesellschafter unbefristet mit der Wahrnehmung der ihr nach dem Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut.

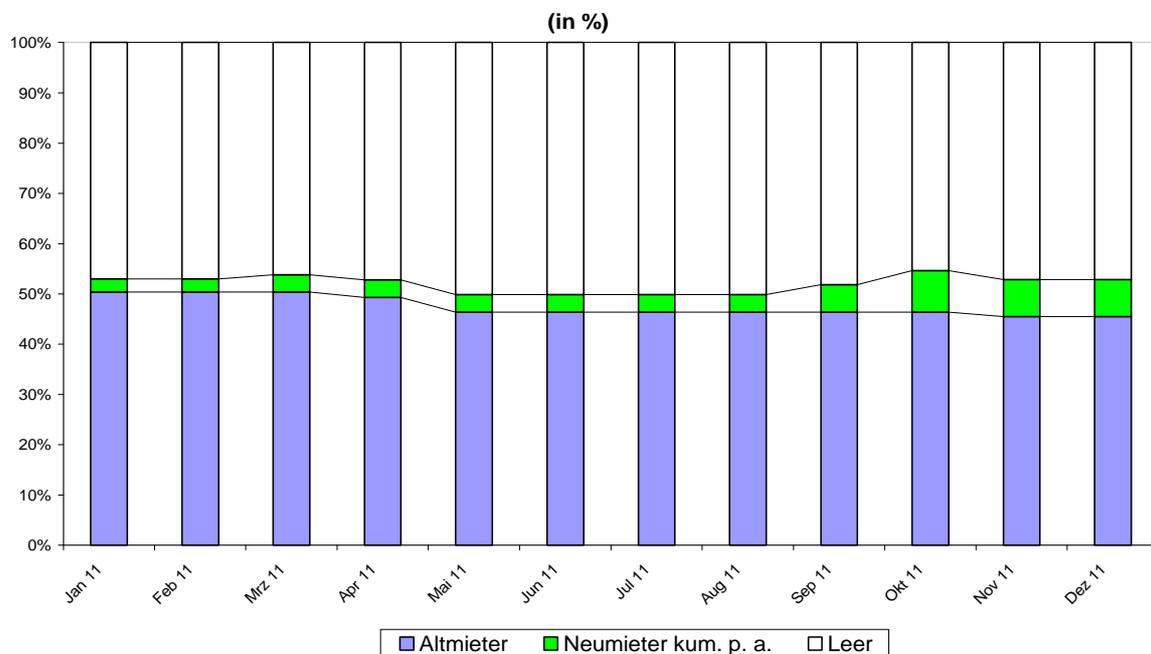
Vermietung

Die Auslastung des Zentrums betrug zum Stichtag 31. Dezember 2011 ca. 53 % und konnte damit um ca. 2 % gesteigert werden. Der im Jahresmittel geplante Vermietungsgrad von 52 % wurde mit einem erreichten Vermietungsgrad von 53 % um 1 %-Punkt übertroffen. Absolut konnten zum Jahresende 2011 insgesamt 160 qm neu vermietet werden. Bezogen auf die in 2011 vermietbare Fläche lag der Auslastungsgrad im Jahr 2011 zwischen 50 % und 55 %.

Von Januar bis Mai 2012 konnten 129 qm neu vermietet werden, so dass die aktuelle Auslastung bei ca. 56 % liegt. In Verbindung mit weiteren zu erwartenden Auszügen im II. und III. Quartal 2012 wird die Auslastung auf ca. 48 % sinken.

Seit Ende 2009 wurde das Zentrum auch für Unternehmen geöffnet, die nicht der IKT-Branche zuzuordnen sind.

frieks - Vermietungsstand 2011



Vermietungsverlauf Frieks GmbH 2011 (in % bezogen auf vermietbare Gesamtfläche von 2166 qm)

Die kurzfristige Vermietung von Seminarräumen wurde auch im Geschäftsjahr 2011 fortgesetzt. So wurden mehrere externe Veranstaltungen, unter anderem von der IHK Bodensee-Oberschwaben, in den Räumen der Frieks GmbH durchgeführt. Die inhaltlichen Themen der Vorträge zielten dabei speziell auf Fragestellungen ab, die im Zusammenhang mit jungen Unternehmen und/oder einer Existenzgründung standen. Seit 2011 bietet die Frieks GmbH in Zusammenarbeit mit dem baden-württembergischen Regionalbüro der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung spezielle Gründungsberatungen für Existenzgründer aus den Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft an.

Die Mitarbeiterzahl der bei der Frieks GmbH ansässigen Unternehmen beträgt zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 ca. 50. Die Teilziele der Frieks GmbH, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, sind damit erreicht.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden folgende Marketingmaßnahmen umgesetzt.

⇒ Messen, Präsentationen und Werbung

Die Frieks GmbH präsentierte sich auf der Messe IT & Büro in Friedrichshafen, auf der Messe Newcome in Stuttgart im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes der Baden-Württembergischen Technologie- und Gründerzentren, auf dem Mittelstandstag im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen und auf vielen Veranstaltungen der WFB GmbH. Ferner wurde das Zentrum auf den Messen Expo Real in München und Intertech in Dornbirn durch die Auslage von Werbemitteln beworben.

In den regionalen Tageszeitungen und im Internet wurde das Zentrum mittels Anzeigen beworben.

Außerdem ist die Frieks GmbH mit einer umfangreichen Anzeige auf dem Gewerbeimmobilienportal der WFB GmbH vertreten und wirbt zudem mit einer Bannerwerbung auf dem Portal.

⇒ Veranstaltungen

Im Jahr 2011 wurden drei Grundlagenworkshops für Existenzgründer gemeinsam mit der Industrie - und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben im Technologiezentrum durchgeführt.

Die Geschäftsführung beurteilt unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen und Einschätzungen den Geschäftsverlauf 2011 als zufriedenstellend.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die Frieks GmbH weist im Geschäftsjahr 2011 ein ausgeglichenes Jahresergebnis (Vj. - 6,6 T €) aus. Die im Geschäftsjahr 2011 realisierten Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 6 T € auf 127 T €. Dies ist auf verringerte Einnahmen aus der Nebenkostenabrechnung 2010 in Höhe von 3 T € und aus regulären Mieteinnahmen in Höhe von 3 T € zurückzuführen.

Der Posten sonstige betriebliche Erträge enthält insbesondere öffentliche Zuschüsse und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Der planmäßige, aufgrund der Haushaltslage des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters verringerte monetäre Zuschuss betrug insgesamt 83,7 T €. Davon wurden 20,5 T € in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Aufwandszuschuss verrechnet. Für den Ergebnisausgleich wurden außerdem 37,6 T € aus überzahlten Zuschüssen der Vorjahre erfolgswirksam vereinnahmt.

Saldiert betrachtet, konnten die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 3,4 T € gesenkt werden. Die Kosten für bezogene Leistungen belaufen sich insgesamt auf 211 T € (Vj. 214 T €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für Buchführung und Jahresabschluss in Höhe von 8,7 T € (Vj. 8,3 T €) sowie die ratierliche Anpassung der Rückstellung für Instandhaltungsverpflichtungen in Höhe von 3 T €.

Die Gesellschaft finanziert sich über die laufenden Mieterlöse sowie über Gesellschafterzuschüsse, die im Rahmen eines Defizitausgleichs gewährt werden.

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25 T € ist voll eingezahlt. Insgesamt verringert sich die Bilanzsumme um 31 T € auf nunmehr 125 T €.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr 2011 – wie im Vorjahr – nicht vorgenommen.

Das Vorratsvermögen enthält die von der Frieks GmbH bezahlten und auf die Mieter umlegbaren Nebenkosten des Geschäftsjahres.

Die bilanzierten Werte für die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 T € auf 9,5 T €.

Die Guthaben bei Kreditinstituten verringerten sich auf 84 T € (Vj. 109 T €). Zur Verfügung stehende Kreditlinien in Höhe von 51 T € wurden nicht in Anspruch genommen.

Auf der Passivseite blieben die erhaltenen Anzahlungen mit 34 T € weitgehend konstant. Die von den Mietern erhaltenen Anzahlungen übersteigen die unter den Vorräten aktivierten umlegbaren Nebenkosten.

Das Working Capital ist positiv und beträgt 30 T € nach 28 T € im Vorjahr.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt.

c) Voraussichtliche Entwicklung

Das Vermietungsgeschäft wird sich in den Jahren 2012 bis 2014 aus Sicht der Frieks GmbH weiterhin schwierig gestalten. Die Konkurrenz durch neue Büro- und Gewerbeparks in der Region ist nach wie vor stark. Dennoch wird es nach heutigem Wissensstand gelingen, im laufenden Geschäftsjahr die Umsatzerlöse des Vorjahres zu halten. Ab dem Jahr 2013 geht die Geschäftsführung davon aus, dass aufgrund von Kündigungen mit niedrigeren Umsatzerlösen zu rechnen ist. Die Liquiditätsreserven werden im Geschäftsjahr 2012 nur leicht zurückgehen. Grund ist die Erhöhung der Einzahlungen aus Zuschüssen des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters.

Die Geschäftsführung wird weiter daran arbeiten, ein zu starkes Sinken der Auslastung des Zentrums zu vermeiden. Das Objekt wird sowohl in Tageszeitungen als auch im Internet beworben. Auf den Veranstaltungen des Gesellschafters Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH wird das Zentrum ebenfalls präsentiert. In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptgesellschafter wurde das Konzept der Frieks GmbH auf den Prüfstand gestellt. Mit einer Entscheidung in den Gremien des Mehrheitsgesellschafters wird im Laufe des Geschäftsjahres 2012 gerechnet. Es kann daher aus heutiger Sicht nicht abschließend beurteilt werden, ob das Zentrum nach Auslaufen des Mietvertrages im September 2014 weitergeführt wird.

Darüber hinaus hat der Mehrheitsgesellschafter einen durch das Regierungspräsidium genehmigten Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013 beschlossen. Die in diesem Haushaltsplan aufgeführten Zuschüsse an die Frieks GmbH belaufen sich für 2012 auf 130 T € und für 2013 auf 140 T €. Damit signalisiert der Mehrheitsgesellschafter, die Frieks GmbH auch nach Auslaufen der Förderperiode zum 31.12.2011 finanziell weiter zu unterstützen.

Der Betrauungsakt des Mehrheitsgesellschafters sieht Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Betrieb des Technologiezentrums vor, deren maximale Höhe sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres ergibt. Ferner sollen mit dem Betrauungsakt bzw. der Deckungszusage des Mehrheitsgesellschafters etwaige Fördermittelrisiken ausgeschlossen werden. Mit dem Betrauungsakt einhergehende steuerrechtliche Fragen wurden im Rahmen des Risikomanagements insbesondere mit dem Mehrheitsgesellschafter des Unternehmens eingehend diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass der Betrauungsakt das Ergebnis umfangreicher Untersuchungen und Vorarbeiten ist und verfügbare Hinweise des Deutschen Städtetags bzw. auch diejenigen anderer Städte beachtet wurden. Zusammenfassend ist die Geschäftsführung der Auffassung, dass keine Anhaltspunkte vorliegen, welche die unrichtige Behandlung der Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafters bzw. des Verlustausgleiches zur Folge haben könnten. Dennoch wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der Komplexität des Steuerrechts ein gewisses Restrisiko verbleibt.

Sollte die Fortführung des Zentrums über September 2014 hinaus nicht erfolgen, muss in den kommenden Jahren mit weiteren Belastungen aufgrund zurückgehender Auslastung gerechnet werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind, soweit nicht schon genannt, nicht bekannt.

Größere Investitionen in das Anlagevermögen stehen aus heutiger Sicht nicht an. Die Geschäftsführung rechnet im Geschäftsjahr 2012 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Friedrichshafen, 31. März 2012

Benedikt Otte

Michael Mahl

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung, Owingen

Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH
Kontakt:	Flughafen 29, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/284-2010 Fax: 07541/284-211 E-Mail: fps@fly-away.de
Gründungsdatum:	Januar 2007
Eintragung Handelsregister:	23. Mai 2007
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	16. Januar 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Flughafen Friedrichshafen GmbH	18.800 €	75,20%
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	6.200 €	24,80%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Michael Wosching (bis 2. Februar 2012)

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG). Es liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Dienstleistungsvertrag zwischen der FFG und FPS vom 19./20. Februar 2007
- ⇒ Mietvertrag zwischen FFG und FPS vom 2. Juli 2007
- ⇒ Managementvertrag zwischen KDS und FPS vom 22. Februar/1. März 2007

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr waren 57 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Auswirkung auf die Lage des Unternehmens

Im Bereich des Flugverkehrs besteht weiterhin ein enormer Kostendruck. Fluggesellschaften unterbieten sich fortwährend mit ihren Flugpreisen. Dementsprechend müssen auch Flughäfen versuchen, ihre Kosten zu senken und ihre Leistungen möglichst kostengünstig zu erbringen. Dies begünstigt auch in diesem Bereich die Entstehung von Servicegesellschaften, die ihre Angestellten zu günstigeren Tarifen beschäftigen können. Der Kostendruck führt zwar zu geringen Gewinnspannen der Servicegesellschaften, sichert aber deren Existenzberechtigung.

Weiterhin stagnieren die Passagierzahlen aufgrund von Optimierungen der Luftverkehrsgesellschaften und der Reiseveranstalter. Der Ergebnisdruck bei den Airlines sorgt für verhaltene Entscheidungen zu Neustrecken und Ausbau von bestehenden Streckenverbindungen. Die prognostizierten Passagierzahlen für den Flughafen Friedrichshafen konnten bei weitem nicht erreicht werden. Aufgrund der starken Koppelung des Umsatzes der Flughafen Personal und Service GmbH an die Fluggastzahlen des Flughafens ergaben sich auch Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der FPS.

Die Flughafen Personal und Service GmbH reagierte darauf mit entsprechender Anpassung der Mitarbeiterzahl und Ausweitung der Geschäftsfelder im Drittkundengeschäft sodass auch 2011 wieder ein stabiles ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden konnte.

Entwicklung der Gesellschaft und Geschäftsfelder des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Januar 2007 als Dienstleister gegründet und nahm zum 1. März 2007 ihre Tätigkeit auf. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst. Die Übernahme der Gepäckverladung erfolgte reibungslos und wird ebenso wie die Winterdienstleistungen zur Zufriedenheit des Kunden erbracht. Ebenso konnte mit der Flughafen Friedrichshafen GmbH eine Vertragsergänzung zur Reinigung des Gepäckverladebereichs getroffen werden.

Die Gesellschaft konnte inzwischen auch weitere Kunden hinzugewinnen; der Drittg Geschäft-Markt wurde weiter ausgebaut. So erhielt sie den Auftrag, den Schließdienst für die Liegenschaften des "Dornier-Areals" zu übernehmen. Ab Oktober 2008 erhielt die Gesellschaft den Auftrag, den Schrankendienst für SD Objektgesellschaft mbH & Co. KG zu übernehmen; ab dem 01.01.2009 erhielt die Gesellschaft den Auftrag, die Cockpitscheibenreinigung für Lufthansa zu übernehmen. Mit der Liebherr-Geschäftsreiseflugzeug GbR als Erbbauberechtigter der Halle A konnte ein Winterdienstvertrag Land- und Luftseite geschlossen werden. Aufträge für die Winterdienste am IBIS-Hotel und am Dorniermuseum konnten weiter verbucht werden. Zuletzt konnte mit der Picobello-Schuler Service GmbH ein Vertrag über die Erbringung von Leistungen im Winterdienst am Bahnhofpunkt Flughafen abgeschlossen werden.

Der Bereich Feuerwehrausbildung wird weiter ausgebaut und hat sich in der Branche als professionelle Ausbildung etabliert.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2011 konnte ein Umsatz von 587 T € erzielt werden. Dieser lag somit unter den Erwartungen des geplanten Umsatzes in Höhe von 663 T €. Dies entspricht einem Umsatz von 11 T € je Mitarbeiter.

Für das Jahr 2012 wird mit einem vergleichbaren Umsatz von 634 T € gerechnet.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzierungsmaßnahmen und –vorhaben

Die Gesellschaft konnte bisher ohne die Aufnahme von Krediten auskommen. Für das Jahr 2012 sind keine Investitionen vorgesehen.

Personal

Die Gesellschaft beschäftigte bis zum Ende des Geschäftsjahres 53 Mitarbeiter, von denen 49 geringfügig und 4 sozialversicherungspflichtig beschäftigt wurden. Die Entlohnung erfolgte je nach Art und Umfang der Leistung nach einem vorab erstellten Vergütungsschlüssel.

b) Darstellung der Lage

Vermögenslage

Die Bilanzsumme lag zum 31.12.2011 bei 162 T €, was eine Eigenkapitalquote von 43,2 % mit sich brachte.

Das Umlaufvermögen repräsentiert die Bilanzsumme zu 98,8 %. Abwertungen des Umlaufvermögens waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Stille Reserven konnten nicht gebildet werden.

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf ca. 30,2 % der Bilanzsumme.

Finanzlage

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31.12.2011 auf 154 T € und damit auf 95,1 % der Bilanzsumme. Die Gesellschaft konnte sich aus Eigenmitteln finanzieren, die Aufnahme von Bankverbindlichkeiten war nicht erforderlich.

Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte einen Gewinn von 4 T €. Dieser lag somit über dem erwarteten Bereich. Für das Geschäftsjahr 2012 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

c) Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist wesentlich abhängig vom Umfeld und der Erholung im Flugverkehr. Die Chancen des Flughafens Friedrichshafen bietet seine Lage in einem wirtschaftlich starken Umfeld. Technisch innovative Betriebe sorgen für eine überdurchschnittliche Kaufkraft in der Bevölkerung und bieten somit den Fluggesellschaften die Chance auf kostendeckende Flugtarife. Im neuen Terminal mit deutlich verbesserter Infrastruktur, dem starken Wirtschaftsmarkt und den weiteren Potentialen im Einzugsgebiet liegen die Chancen für die kommenden Monate. Die Anzahl verkaufter Flugtickets im Einzugsgebiet liegt deutlich höher als die tatsächliche Passagierzahl in Friedrichshafen. Hier gilt es weitere Drehkreuzanschlüsse zu bieten um das Angebot markt- und bedarfsgerecht auszubauen. Der hohe Anteil an Premiumbuchungen (Business, First und nicht reduzierte Economy) liefert gute Argumente für den Standort.

Sollten allerdings die Passagierzahlen des Flughafens Friedrichshafen sich nicht wie geplant entwickeln, so hat dies auch direkte Auswirkungen auf die Gesellschaft, da weniger Leistung bei der Flughafen Personal und Service GmbH abgerufen wird.

Dies ist aber auch die Chance für die Flughafen Personal und Service GmbH, da der Flughafen hierdurch auf deren kostengünstige Leistungen angewiesen ist und damit zu rechnen ist, dass weitere Dienstleistungen auf die Gesellschaft ausgelagert werden.

Der Drittgeschäft-Markt wird ungeachtet dessen weiter ausgebaut. Es laufen Gespräche über die Übernahme weiterer Winterdienst-Leistungen und anderer Flughafen-affinen Dienstleistungen.

d) Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, sind nicht zu verzeichnen.

e) Ausblick

Die Gesellschaft rechnet für das Jahr 2012 mit gleichbleibenden Umsätzen. Durch die abgeschlossenen Verträge sind die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2012 insgesamt als gesichert zu bezeichnen.

Die mittelfristige Entwicklung, die abhängig von den äußeren Rahmenbedingungen ist, zeigt bedingt durch die vom Flughafen Friedrichshafen prognostizierten Passagierzahlen weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis.

Friedrichshafen, 2. Mai 2012

Ute Mayer, Geschäftsführerin (seit 2. Februar 2012)

11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele,

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft GmbH

Radweg Reisen GmbH

1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens:	Radweg Reisen GmbH
Kontakt:	Fritz-Arnold-Str. 16 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 819930 Fax: 07531 / 8199366 E-Mail: info@radweg-reisen.com Homepage: www.bodensee-radweg.com
Eintragung Handelsregister:	Amtsgericht Freiburg im Breisgau HR B 381878
Gesellschaftsvertrag:	22.06.2001 HRB Konstanz Geändert am 23.05.2011 Amtsgericht Freiburg im Breisgau HR B 381878
Letzte Fassung:	25.05.2011
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Touristische Dienstleistungen am Bodensee-Radweg für Unternehmen und Privatkunden im Bereich Radtourismus

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital i.H.v. 25.000 € ist voll einbezahlt.

	Stammkapital	Anteil
Peter Eich	16.250 €	65 %
Euro Forum GmbH	6.500 €	26 %
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	1.250 €	5 %
Peter Schuck	1.000 €	4 %
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Herr Peter Schuck
Herr Simon Mink

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

keiner

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahr 2011 waren durchschnittlich 18 Mitarbeiter beschäftigt.

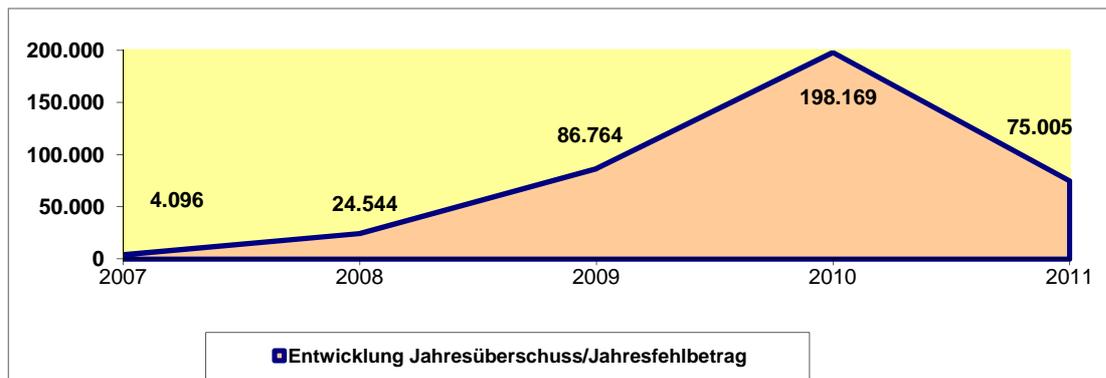
10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

Dr. Herberger GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Konstanz

12 Entwicklung Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag



Gesundheitsakademie Tettngang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gesundheitsakademie Tettngang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettngang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettngang.de Homepage: www.klinik-tettngang.de
Gründungsdatum:	11. Mai 2006
Eintragung Handelsregister:	29. Juni 2006
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	11. Mai 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember



2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Gesundheitsakademie an der Klinik Tettngang GmbH als Einrichtung zur Informationsvermittlung, Weiterbildung, Gesundheits-schulung und Behandlung.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesundheitsakademie Tettngang GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tettngang GmbH	12.750 €	51,00%
Dr. Martin Pfeifer	5.500 €	22,00%
Dr. Andreas Kost	5.500 €	22,00%
Karl Peter Sohler	1.250 €	5,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

keine

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettngang GmbH



Kontakt: Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettngang
 Tel.: 07542 / 531 - 0
 Fax: 07542 / 531 - 178
 E-Mail: info@klinik-tettngang.de
 Homepage: www.klinik-tettngang.de

Gründungsdatum: 29. November 2005

Eintragung Handelsregister: 21. Februar 2006

Gesellschaftsvertrag:
 Letzte Änderung: 29. November 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Erbringung von Serviceleistungen, insbesondere von Hygiene-, Reinigungs- und Sterilisationsdiensten, Hol- und Bringdiensten, Krankenhausgebäudemanagement und -logistik, Betrieb von Küchen, Cafeterien, Kiosken und Bettenzentralen sowie die Übernahme von Pflegehilfs-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und technischen Diensten einschließlich des Managements von nicht medizinischem Personal.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Waldburg-Zeil Klinikdienste GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tettngang GmbH	12.750 €	51,00%
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	12.250 €	49,00%
	25.000 €	100,00%

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

s. unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 27 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

Waldburg-Zeil Personalservice GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Waldburg-Zeil Personalservice GmbH	 WALDBURG-ZEIL KLINIKEN
Kontakt:	Riedstraße 16, 88316 Isny-Neutrauchburg Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettang.de Homepage: www.klinik-tettang.de	
Gründungsdatum:	06. April 2009	
Eintragung Handelsregister:	11. Mai 2009 (HRB 723613)	
Gesellschaftsvertrag:	6. April 2009	
Letzte Änderung:	4. Mai 2009	
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember	

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Personaldienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bereitstellung von Personal, Personalvermittlung, Personalbetreuung, Beratung in Personalfragen und die Übernahme von Personalverwaltungsaufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Ellio Schneider

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 2 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Medizinisches Versorgungszentrum Tettang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ)
Tettang GmbH



Kontakt: Emil-Münch-Str. 16, 8806 Tettang
Tel.: 07542 / 531 - 0
Fax: 07542 / 531 - 178
E-Mail: info@klinik-tettang.de
Homepage: www.klinik-tettang.de

Gründungsdatum: 06. Dezember 2007

Eintragung Handelsregister: 28. Januar 2008

Gesellschaftsvertrag:
Letzte Änderung: 07. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zudem die hiernach zulässige Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Jürgen Sachsenmaier

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat insgesamt 30 Mitarbeiter.

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

VI. Sonstige Mitgliedschaften des Landkreises

Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG
Kontakt:	Neuer Wall 1, 78315 Radolfzell Tel.: 07732 / 9268-0 Fax: 07732 / 9268-68 E-Mail: Info@bfhb.de Homepage: www.bauen-am-bodensee.de
Gründungsdatum:	1. März 1950
Eintragung Genossenschaftsregister:	24. Juli 2001
Letzte Änderung	am 2. Januar 2010 (9. April 2009)
Satzung:	11. Juni 2008
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, bewirtschaften, betreuen, verwalten und vermitteln; hierzu zählen insbesondere alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimobilien und alle damit verbundenen Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann ferner alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen.

Beteiligungen sind zulässig. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten mit Stand 31. Dezember 2011 insgesamt 2.565 Mitglieder mit Geschäftsanteilen von insgesamt 1.328.171 € an.

Der Bodenseekreis ist an der Genossenschaft mit einem Geschäftsanteil von 160 € beteiligt.

Die Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG hält folgende Beteiligungen:

- ⇒ Wohnbau Bodensee GbR (Anteil 50 %)
- ⇒ BHS Städtebau Bodensee/Hegau GmbH (Anteil 17%).

4. Organe des Unternehmens

Vorstand: Wilhelm Stiefet
Henryk Conz

Aufsichtsrat: ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft verfügt über insgesamt 1.391 genossenschaftseigene Wohnungen und bewirtschaftet 508 Garagen.

Aufgrund der guten Nachfrage ist die Vermietungssituation an den eigenen Standorten beständig und positiv.

Im Berichtsjahr 2011 ist die Anzahl der Mieterwechsel mit 114 leicht zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der Anpassungen an die ortsübliche Vergleichsmiete und die Mietanpassungen, die aus Modernisierungstätigkeiten hervorgehen, beträgt das derzeitige Grundmietniveau durchschnittlich 5,39 €/m² Wfl.mtl.

6. Wesentliche Verträge

Keine

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde im Jahr 2011 eine Dividende von 4 % (6,40 € je Anteil) ausgeschüttet.

Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG
Kontakt:	Scheffelstr. 52, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 3011-0 Fax: 07541 / 3011-80 E-Mail: info@kreisbau-bodenseekreis.de Homepage: www.kreisbau-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	8. Juli 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	23. August 1949
Satzung:	21. Dezember 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Nach § 2 der Satzung ist vorrangiger Zweck der Genossenschaft, eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, vermitteln und veräußern. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2011 insgesamt 1.574 Mitglieder (Vj. 1.580) mit 8.307 Geschäftsanteilen an.

Der Bodenseekreis besitzt neun Geschäftsanteile in Höhe von 1.800 €.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Kreisbaugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

5. Öffentlicher Zweck

Im Eigenbestand der Genossenschaft befanden sich am 31. Dezember 2011 insgesamt 1.159 Wohneinheiten in 112 Gebäuden, 12 gewerbliche Räume sowie 513 Garagen. Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 74.440 m² beträgt - ohne Betriebskosten - 5,74 € pro m².

Neubauprojekte sind im Jahr 2011 nicht entstanden. Das im Jahr 2004 in der Allmandstraße erworbene Grundstück mit dem alten Finanzamtsgebäude ist vermietet. Ab 2013 ist beabsichtigt, auf dem über 6.900 m² großen Grundstück in guter innerstädtischer Lage frei finanzierte Mietwohnungen, Praxis- und Gewerberäume sowie betreute Seniorenwohnungen und Räume für Kurzzeitpflege zu errichten. Dieses Bauvorhaben wird im Rahmen der soli-

den Bilanzstruktur geplant. Der im Rahmen der Objektfinanzierungsbelastung notwendige Eigenkapitalanteil wird mit eingebracht.

6. Wesentliche Verträge

Keine

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde im Jahr 2011 eine Dividende von 3 %, insgesamt 54,00 €, an den Bodenseekreis ausgeschüttet.

Baugenossenschaft Überlingen eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Überlingen eG
Kontakt:	Nußdorfer Str. 32, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 918730 Fax: 07551 / 918740 E-Mail: info@baugenossenschaft-ueberlingen.de Homepage: www.baugenossenschaft-ueberlingen.de
Gründungsdatum:	20. Mai 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	1949
Satzung:	September 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig die Wohnversorgung ihrer Mitglieder. Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Mietwohnungen. Sie kann Eigentumswohnungen und Eigenheime verwalten. Entsprechendes gilt für andere Bauten, soweit dies wohnungswirtschaftlich, städtebaulich und zur Vervollständigung der Infrastruktur erforderlich ist. Sie kann demgemäß Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Genossenschaft kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Daneben kann sie sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2011 insgesamt 892 Mitglieder (Vj. 874) mit 15.365 Geschäftsanteilen (Vj. 12.169) an.

Der Bodenseekreis ist an dieser Baugenossenschaft als Rechtsnachfolger des Landkreises Überlingen mit einem Geschäftsanteil von 155 € beteiligt. Der Beitrittsbeschluss wurde im Kreistag am 27. Juni 1956 gefasst.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Geschäftsführer: Gerhard Czacharowski (bis 30.09.2011)
Dipl.-Ing. (FH) Dieter Ressel (seit 01.04.2011)

Vorstand: Gerhard Czacharowski (bis 30.09.2011)
Dr. Andreas Huther (seit 01.08.2011)
Dipl.-Ing. (FH) Dieter Ressel (seit 01.04.2011)

Aufsichtsrat

Vorsitzender
Stv. Vorsitzender
Mitglieder

Wolfgang Wiest, Dipl.-Sparkassen-Betriebswirt
Günter Hornstein, Polizeihauptkommissar
Konrad Huther, Bankprokurist
Hartmut Hueber, Geschäftsführer
Mirko Gläser, Dipl.-Ing. (FH)
Fritz Krefeldt, Feinmechaniker
Heinrich Besserer, Rechtsanwalt

5. Öffentlicher Zweck

Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes. Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Haus- und Wohnungsbestand umfasst per 31. Dezember 2011 57 Häuser mit 472 Wohnungen, zwei Gewerbeeinheiten, eine Geschäftsstelle, 29 Garagen, 130 Tiefgaragenstellplätze, 172 Abstellplätze und 5 Carports.

Die durchschnittliche Kaltmiete beträgt 5,87 €/m² Wohnfläche. Die gesamte Wohn- und Nutzfläche beträgt 34.981 m².

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Überlinger Wohnbau GmbH (Einlage: 26.000 €, 100 %)

6. Wesentliche Verträge

Keine

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Im Haushaltsjahr 2011 wurde für das Geschäftsjahr 2010 eine Dividende von 4 % (6,20 € je Anteil) an den Bodenseekreis ausgeschüttet.

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kontakt:	Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg Tel.: 0751 / 36354-0 Fax: 0751 / 36354-54 E-Mail: info@rvbo.de Homepage: www.bodensee-oberschwaben.de
Gründungsdatum:	1. Januar 1973

Die Inhalte, die das Jahr 2011 betreffen, stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Verbandsversammlung am 7. Dezember 2012.

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Zu seinen Aufgaben zählen nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg:

- ⇒ die Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalplans, die Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der fachlichen Entwicklungspläne des Landes,
- ⇒ die Mitwirkung an Raumordnungsverfahren und
- ⇒ die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans.

Der Regionalverband unterrichtet und berät die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen Stellen und die Personen des Privatrechts über die Erfordernisse der Raumordnung. Er unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts in den Nachbarregionen, Nachbarländern und Nachbarstaaten in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere durch die Mitgliedschaft in Körperschaften, Gesellschaften, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen, die grenzüberschreitend tätig sind.

Der Regionalverband kann in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere bei der regionalbedeutsamen Wirtschaftsförderung und beim regionalen Tourismusmarketing, Mitglied in Körperschaften, Gesellschaften und Einrichtungen werden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er hat allerdings weder den Charakter einer Gebietskörperschaft noch den eines Zweckverbandes, daher gibt es keine echten Verbandsmitglieder.

Die Landkreise und Kommunen entsenden keine weisungsgebundenen Vertreter in die Gremien des Regionalverbandes und können somit nicht unmittelbar Einfluss auf dessen Willensbildung nehmen.

4. Organe und Geschäftsführung

Hauptorgan ist die Verbandsversammlung. Ihr gehören derzeit 56 Mitglieder an, die von den Kreisräten der drei Landkreise im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Kreistags gewählt werden. Der Bodenseekreis entsendet 19 Mitglieder in die Verbandsversammlung. Die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen 25 bzw. 12 Mitglieder.

Es sind zwei beschließende Ausschüsse eingerichtet: ein Planungsausschuss mit 20 Mitgliedern und ein Verwaltungsausschuss mit 10 Mitgliedern.

Der Verbandsvorsitzende ist ebenfalls Organ des Regionalverbands. Er ist ehrenamtlich tätig und wird aus der Mitte der Verbandsversammlung für die Dauer seiner Amtszeit als Mitglied der Verbandsversammlung gewählt. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Verbandsvorsitzender	Hermann Vogler, Oberbürgermeister a.D.
Stv. Verbandsvorsitzende	Landrat Dirk Gaerte, Sigmaringen Peter Allgaier, Bürgermeister a.D., Salem Jürgen Lang, Ravensburg

Der Verbandsdirektor vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre.

Verbandsdirektor	Wilfried Franke, Dipl.-Geogr.
------------------	-------------------------------

5. Öffentlicher Zweck

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist eine kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Er unterliegt in weisungsfreien Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg. Obere Rechtsaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Tübingen; oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

6. Wichtige Verträge

keine

7. Finanzierung/Finanzbeziehungen

Der Regionalverband erhält für die Erfüllung seiner Aufgaben vom Land einen jährlichen Zuschuss (0,11 € je Einwohner und 17,90 € je Quadratkilometer Regionsfläche). Soweit dieser Landeszuschuss und die sonstigen Einnahmen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs ausreichen, erhebt er von den zu ihm gehörenden Landkreisen eine Umlage. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festgesetzt und nach dem Verhältnis der jeweiligen Steuerkraftsummen aufgeteilt.

Die Gesamtumlage im Jahr 2011 betrug 722.940 €. Der Bodenseekreis hat davon 233.988 € (32,00 %) gezahlt. Die restliche Umlage wurde von den Landkreisen Sigmaringen und Ravensburg geleistet.

Der Bodenseekreis hat sich im Jahr 2011 darüber hinaus am regionalen Kompensationsflächenmanagement mit weiteren 8.330 € beteiligt.

8. Wirtschaftsführung

Auf die Wirtschaftsführung des Regionalverbands finden die Vorschriften des Landes über die Gemeindegewirtschaft entsprechend Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, die Auslegung und die ortsübliche Bekanntgabe des Beschlusses über die Feststellung der Jahresrechnung, die Finanzplanung, das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

In der Geschäftsstelle waren im Bezugsjahr 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dazu gehören der Verbandsdirektor (Geschäftsführung), sein Stellvertreter (Leitender Planer für die Raum- und Umweltplanung), drei weitere Planer (Siedlungsplanung, Verkehrsplanung, Planungsinformationssysteme), ein Verwaltungsleiter, ein Kartograph und zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen.

Zweckverband PROTEC Orsingen**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Zweckverband PROTEC Orsingen
Kontakt:	Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 800-1150 Fax: 07531 / 800-1166 E-Mail: ludwig.egenhofer@lrakn.de Homepage: www.protec-orsingen.de
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1978
Letzte Änderung:	20. November 2001
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

Die Inhalte, die das Jahr 2011 betreffen, stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Verbandsversammlung ca. Ende November 2012.

2. Gegenstand des Unternehmens

Satzungsmäßige Aufgabe des Zweckverbandes ist der Betrieb der Tierkörperbeseitigung in Orsingen sowie von zugeordneten Kleintiersammelstellen und Umsetzstationen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Verbandsversammlung abgesehen.

Dem Zweckverband gehören die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Konstanz, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und der Stadtkreis Freiburg im Breisgau an.

4. Organe des Unternehmens**Verbandsversammlung:**

Vorsitzender:	Herr Frank Hämmerle, Landrat Kreis Konstanz
stv. Vorsitzender:	Herr Lothar Wölfle, Landrat Kreis Bodenseekreis
Mitglieder:	Landräte der beteiligten Landkreise Oberbürgermeister des beteiligten Stadtkreises

5. Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist die Beseitigung und/oder Verwertung von Tierkörpern nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bis nach Abschluss des Entseuchungsvorgangs.

6. Wesentliche Verträge

Am 25. Januar 2007 wurde ein Kooperationsvertrag mit den folgenden baden-württembergischen Tierkörperbeseitigungs-Zweckverbänden abgeschlossen:

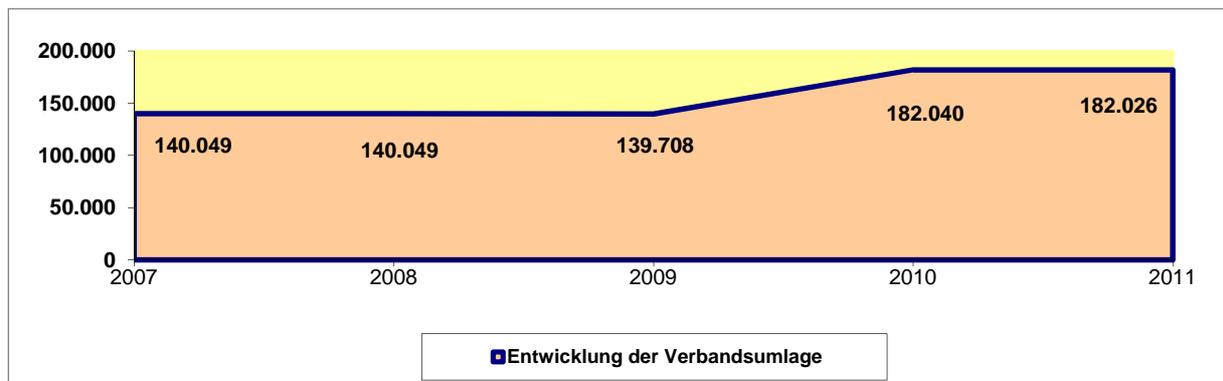
- ⇒ Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
- ⇒ Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ztn): ausgelaufen zum 30. November 2011

Basis der Kooperation ist eine Lieferverpflichtung von Rohware der Kategorie 1 des ztn gegenüber dem ZV Protec.

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis zahlte 2011 eine Verbandsumlage von 182.026 €. Das Gesamtaufkommen lag bei 2.106.000 €.

8. Entwicklung der Verbandsumlage



Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm**1. Allgemeine Angaben**

Name des Unternehmens:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
Kontakt:	Schule-Delitzsch-Weg 28, 89079 Ulm Tel.: 0731 / 9455-0 Fax: 0731 / 9455-47190 E-Mail: info@rz-kiru.de Homepage: www.rz-kiru.de
Gründungsdatum:	1. Januar 2002
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

Die Inhalte, die das Jahr 2011 betreffen, stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Verbandsversammlung am 22. November 2012.

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- ⇒ Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- ⇒ Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.

KIRU kann auch Aufgaben durch Dritte erledigen lassen.

Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mit dem Zusammenschluss des Zweckverbands Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen (RRAS) mit dem Zweckverband Interkommunale Datenverarbeitung in Ulm (IKD) zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) werden ab dem Jahr 2002 keine Vermögensanteile der einzelnen Mitglieder mehr ausgewiesen.

Das Stammkapital und die Eigenvermögensumlage des Zweckverbandes betragen unverändert 7.130.386,77 €. Die allgemeine Rücklage weist 5.412.113,23 € aus.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Manfred Allgaier

Als weitere Organe sind der Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung eingerichtet. Der Stimmenanteil bei der Verbandsversammlung betrug 120 Stimmen von insgesamt 5.027 Stimmen.

5. Öffentlicher Zweck

Die Rechenzentrumsgruppe KIRU erbringt im Auftrag ihrer Verbandsmitglieder und Kunden umfangreiche DV-Aufgaben - von der Bereitstellung der DV-technischen Produktion mit zentralem Hard- und Softwarebetrieb über die Übermittlung und Betreuung der Vorortkomponenten bis hin zu Auslieferungen der Ausdrucke.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH Reutlingen (Einlage: 1 Mio. €, Anteil: 100 %)
- ⇒ Hauseigentümergeellschaft Interkommunale Datenverarbeitung und Rechenzentrum Ulm -GbR - Ulm (Einlage: 920.325 €, Anteil: 90 %)
- ⇒ Datenzentrale Baden-Württemberg Stuttgart (Einlage: 383.468 €, Anteil: 25 %)
- ⇒ DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH Stuttgart (Einlage: 63.911 €, Anteil: 13,89 %)
- ⇒ ProVitako-Genossenschaft (Einlage: 10.000 €, Anteil: 7 %)

7. Wichtige Verträge

Keine

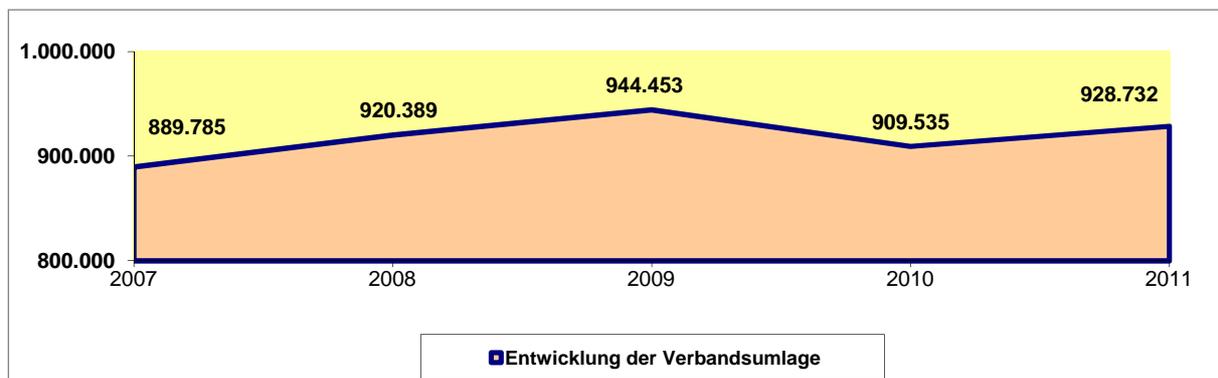
8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Umsatz des Bodenseekreises betrug im Jahr 2011 insgesamt 28.732 € für die Verbandsumlage zzgl. der Ausgaben für Schulungen, Datenübertragungen und anderes i.H.v. 10.716 €.

9. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende zum 31. Dezember 2011 beträgt 356 und gliedert sich wie folgt: 53 Beamte und 303 Angestellte.

10. Entwicklung der Zahlungen an den ZV KIRU



VII. Stiftungen des Landkreises

Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises
Kontakt:	c/o Kulturamt Landratsamt, Schloss Salem, 88682 Salem Tel.: 07553/91675-11 Fax: 07553/91675-20 E-Mail: feucht@kultur-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	24.01.2001 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Die Stiftung des bürgerlichen Rechts strebt die nachhaltige Förderung der Kunst, Kultur und Geschichte auf Dauer an, das reichhaltige kulturelle Erbe der Region zu erhalten und zu mehren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Die Mittel der OEW-Sonderausschüttung von 766.937,82 € (1,5 Mio. DM) wurden als Stiftungsvermögen eingebracht.

Als Stiftungsgeber gilt der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind die der Vorstand und der Stiftungsrat.

Geschäftsführer: Dr. Stefan Feucht

5. Stiftungszweck

Die Stiftung dient der Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte des Bodenseekreises und der Bodenseeregion und nimmt hierfür insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ die Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ der Erwerb von Kunstwerken und Kulturgütern mit Bezug auf den Raum
- ⇒ die Förderung von Ausstellungen und Veröffentlichungen zu Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Organisation und Betrieb von Ausstellungen und Veranstaltungen nichtgewerblicher Art über Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Vergabe eines Preises für herausragende kulturelle Leistungen oder zur Förderung von wissenschaftlichen Forschungen

6. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Der Bodenseekreis stellt für die Verwaltung der Stiftung Personal zur Verfügung.

7. Finanzbeziehungen

Neben dem Stiftungsvermögen werden keine weiteren laufenden Zuschüsse vom Bodenseekreis an die Stiftung gezahlt.

Stiftung „Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee“ (KOB)

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
Kontakt:	Schuhmacherhof 6, 88213 Ravensburg - Bavendorf Tel.: 0751/7903-0 Fax: 0751/790-33 22 E-Mail: poststelle@kob-bavendorf.de Homepage: www.kob-bavendorf.de
Gründungsdatum:	15. September 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Schwerpunkt der gemeinnützigen Stiftung des bürgerlichen Rechts ist die Forschung in folgenden Arbeitsbereichen:

- ⇒ Nacherntephysiologie
- ⇒ Kulturführung Kern- und Steinobst
- ⇒ Sortenprüfung inkl. Sortenerhaltungszentrale BW
- ⇒ Ökologischer Obstbau
- ⇒ Betriebswirtschaft und Markt
- ⇒ Übergebietsliche Pflanzenschutzberatung und Versuchswesen im Obstbau
- ⇒ Streuobst- und Landschaftspflege

3. Stiftungsgründer

- ⇒ Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg
- ⇒ Universität Hohenheim
- ⇒ Landkreise Ravensburg, Bodenseekreis und Konstanz
- ⇒ Württembergische Obst- und Gemüse-Genossenschaft (WOG)
- ⇒ Marktgemeinschaft Bodenseeobst (MABO)
- ⇒ Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) und
- ⇒ Landesverband Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg e.V.
- ⇒ Ökobo GmbH
- ⇒ Obstgroßmarkt Oberkirch

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Beirat.

Geschäftsführer: Dr. Manfred Büchele

Vorstandsvorsitzender: Joachim Hauck, MDG

5. Stiftungszweck

Die Förderung des Obstanbaus in der Bodenseeregion und damit auch der Erhalt der dort gewachsenen Kulturlandschaft. Die Stiftung übernimmt dabei Aufgaben an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Hierzu zählt einerseits die an den Standort gebundene grundlagenorientierte Forschung. Andererseits soll durch anwendungsorientierte Untersuchungen und Beratung, aber auch durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit

Einrichtungen anderer Obstbauregionen die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die obstbauliche Praxis gefördert werden.

6. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Direkt bei der Stiftung dauerhaft angestellt waren 15 Mitarbeiter. Vom Land wurden weitere 70 Mitarbeiter angestellt. Zusätzlich wurden vom Land 5 Personen überlassen.

7. Finanzbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2011 leistete der Bodenseekreis folgende Zahlungen an die KOB:

- ⇒ jährlich Projektmittel: 40.903,36 €
- ⇒ Personalkosten (50 %): 22.178,76 €
- ⇒ Mietkostenerstattung: 16.800 €
- ⇒ Sächlicher Verwaltungsaufwand: 13.500 €
- ⇒ Zahlung für Schulfruchtprogramm: 16.746,10 €

Stiftung „Naturschutzzentrum Eriskirch“

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch
Kontakt:	Bahnhofstraße 24, 88097 Eriskirch Tel.: 07541/81-888 Fax: 07541/81-899 E-Mail: info@naz-eriskirch.de Homepage: www.naz-eriskirch.de
Gründungsdatum:	16. Juni 1992 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Zweck der Stiftung ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Betrieb eines Naturschutzzentrums.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Gründer der Stiftung sind der Landkreis Bodenseekreis, das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Eriskirch.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und das Kuratorium.

Geschäftsführer: Gerhard Kersting

5. Stiftungszweck

Die Stiftung "Naturschutzzentrum Eriskirch" dient der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ Betreiben eines Naturschutzzentrums in Eriskirch als Schwerpunkt der Naturschutzbildungsarbeit
- ⇒ Betreuung und Organisation der Pflege des Naturschutzgebietes "Eriskircher Ried" sowie des nördlichen Bodenseeuferes in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verbänden
- ⇒ Präsentation von Ausstellungen mit natur- und landeskundlichem Bezug
- ⇒ Organisation von Informationsveranstaltungen zu Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes
- ⇒ Durchführung von Maßnahmen der Besucherlenkung, insbesondere in Naturschutzgebieten
- ⇒ Erarbeitung von Informationsmaterial über Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie über den Schutz des nördlichen Bodenseeuferes
- ⇒ Organisation von Fachtagungen und Seminaren
- ⇒ Auswertung von Forschungsergebnissen über Natur und Landschaft am Bodensee
- ⇒ Unterstützung der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Naturschutzwarte
- ⇒ praktische Unterstützung der Naturschutzarbeit im Bodenseekreis.

Mit Zustimmung der Naturschutzbehörde kann die Stiftung Pflege und Betreuung sonstiger Schutzgebiete im Bodenseekreis übernehmen.

6. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer gab es eine Sekretariatskraft (65 %), eine 400 €-Kraft, eine Praktikantin des Freiwilligen Ökologischen Jahres sowie einen Zivildienstleistenden.

7. Finanzbeziehungen

Im Stiftungsgeschäft von 01.04.1992 ist festgehalten, dass die zum Betrieb notwendigen Mittel vom Land Baden-Württemberg zu 70 % und vom Bodenseekreis zu 30 % gestellt werden. Die Gemeinde Eriskirch stellt das Gebäude kosten- und abgabefrei zur Verfügung. Im Jahr 2011 betrug der Anteil für den Bodenseekreis 46.300 €.

Stiftung „Perspektive Jugend im Bodenseekreis“**1. Allgemeine Angaben**

Name der Stiftung:	Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis
Kontakt:	c/o Sozialdezernat Landratsamt Albrechtstraße 75, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204-5713 Fax: 07541/204-7713 E-Mail: christine.bougerra@bodenseekreis.de Homepage: www.bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	26. August 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Stiftungszweck soll verwirklicht werden durch:

- ⇒ Die Unterstützung und Begleitung von Netzwerken relevanter Akteure im Bereich Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt
- ⇒ Die Förderung von Bildungseinrichtungen bzw. Projekten zur Begleitung des Übergangs Schule – Beruf, zur vertieften Berufsorientierung oder zur Förderung von chancenbenachteiligten Jugendlichen
- ⇒ Die Unterstützung von Schülern, Auszubildenden und Studenten durch
 - Regelmäßige Berufsinformationsbörsen
 - Regelmäßige Informationsveranstaltungen/Öffentlichkeitsarbeit an Kindergärten, Schulen und Ausbildungsbetrieben
 - Förderung ehrenamtlichen Engagements im Bereich Jugendberufshilfe
 - Preisausschreiben/Preisverleihungen für Gruppenleiter und Multiplikatoren, die mit chancenbenachteiligten Jugendlichen arbeiten
 - Ausbildungspatenschaften

3. Stifter/Stiftungsgeber

Stiftungsgeber ist der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Stiftungsrat.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich

5. Stiftungszweck

Satzungsmäßiger Stiftungszweck ist die Förderung von Erziehung und Bildung.

6. Anzahl der 2011 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung wird ausschließlich ehrenamtlich verwaltet.

7. Finanzbeziehungen

Die Stiftung finanziert sich aus Spendeneinnahmen und den Erträgen des Stiftungskapitals in Höhe von 100.000 €.

Laufende Zuschüsse des Bodenseekreises sind nicht vorgesehen.

VII. Anhang

1. Rechtsgrundlagen

§ 105 Gemeindeordnung (GemO)

Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. dafür zu sorgen, dass
 - a) der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
 - b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
 3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.
- Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.
- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 48 Landkreisordnung (LKrO)

Anzuwendende Vorschriften

„Auf die Wirtschaftsführung des Landkreises finden die für die Stadtkreise und Großen Kreisstädte geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechende Anwendung...“

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

A. Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität $\frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen (= Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

B. Kennzahlen zur Finanzlage

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Bonität eines Unternehmens.

Fremdkapitalquote $\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.

Anlagendeckung I $\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

C. Kennzahlen zu Ertrag und Rentabilität

Umsatzrentabilität $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit.

Eigenkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Gesamtkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Kostendeckung $\frac{\text{Umsatzerlöse} * 100}{\text{Gesamtaufwand}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand. Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.

Cashflow
 Jahresüberschuss
 + Abschreibungen auf Sachanlagevermögen
 + Erhöhung der Rückstellungen
 - Verminderung der Rückstellungen
 = Cash Flow

Erläuterung: Der Cash-Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur Verfügung stehen.

